

Zeitschrift: Beiträge zur Geschichte Nidwaldens

Herausgeber: Historischer Verein Nidwalden

Band: 43 (1986)

Artikel: Die Gemeinden, Räte und Gerichte im Nidwalden des 18. Jahrhunderts

Autor: Steiner, Peter

Kapitel: Räte und Ratausschüsse : Organisation, Verfahren und Befugnisse im 18. Jahrhundert

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-698275>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2. Organisation, Verfahren und Befugnisse im 18. Jahrhundert

2.1 Organisation

2.1.1 TERMINIERUNG UND SITZUNGSRHYTHMUS

Zu den Behörden des 18. Jahrhunderts, die mit feststellbarer Regelmässigkeit tagten, zählten der einfache Landrat, Rät' und Landleute und der Wochenrat. Der Zweifache und der Dreifache Landrat versammelten sich — mit Ausnahme des Zweifachen Landrates für die Dauer, als er als Georgenlandrat fungierte — bloss auf Einberufung im Bedarfsfall. Dasselbe galt für die spezialisierten Räte wie Feuererrat, Sanitätsrat oder Kriegsrat und die ad hoc gebildeten Ratsausschüsse.

Im Jahreslauf versammelte sich der Landrat ordentlicherweise vor der Landsgemeinde am Tage St. Georgs¹, in der zwischen der Landsgemeinde und der Nachgemeinde liegenden Zeit, unmittelbar nach der Nachgemeinde und — über das Jahr verteilt — jeweils an Fronfasten.

Von grösster politischer Bedeutung war der Georgenlandrat, da er über die behördlichen Anträge an die Landsgemeinde bestimmte und zeitweise auch ein Vorberatungsrecht über Vorstösse aus der Mitte der Landleute beanspruchte. Von 1694 weg tagte er als Zweifacher Rat²; nachdem die Landleute aber ihr freies Antragsrecht zurückgewonnen hatten, reduzierte ihn die Nachgemeinde wieder auf die einfache Besetzung³. Ab 1702 und für die restlichen Jahre des Jahrhunderts blieb er in dieser Zusammensetzung bestehen, was jedoch nicht ausschloss, dass auf den gleichen Tag auch ein multiplizierter Rat zusätzlich einberufen werden konnte⁴.

Am Tag, dem 23. April, wurde mit grosser Konsequenz festgehalten; auf den Samstag zuvor oder auf den Montag darnach wurde ausgewichen, wenn der 23. auf einen Sonntag fiel. Kollidierte der Termin mit einem hohen kirchlichen

¹ daher «Georgenrat» oder «Georgenlandrat»

² s. S. 177

³ «Seinthmahlen nun crafft heurigenß Jahrss gemachten Articuls jeder Landtman nach guot Bedunkhen an den Gemeinden anziechen mag, wass er will, aussert den verpüntlichen Articlen, alss ist für guot befunden worden, dass der St. Georgy gesässne Landssrath insskünftig nur einfach gehalten werden solle.» 17. 5. 1701, LRP 4 fol. 333a

⁴ Zweifach: 1704 (am 21. 4.), 1713, 1722; dreifach: 1728; R&L: 1773

Feiertag⁵, so wurde die Tagung in der Regel vorverschoben⁶, aber auch nachträglich gehalten⁷. Für die Jahre 1704 und 1728 ergeben sich aus dem kirchlichen Festtagskalender keine zwingenden Gründe, den Rat nicht am traditionellen Tag zu halten; dennoch wurde vom Termin abgewichen. Die Vorverschiebung von 1704 vom Mittwoch, dem 23., auf Montag, den 21., lässt sich erklären, weil auf jenen Montag ein Zweifacher Landrat zur Verurteilung eines Delinquenten versammelt war, und die Gelegenheit wahrgenommen wurde, auch die anstehenden Georgenratsgeschäfte zu verabschieden. Es mag dabei die Überlegung mitgespielt haben, dass an Feiertagen — als solcher galt St. Georg noch im 18. Jahrhundert⁸ — kein Strafgericht gehalten wurde und es zudem unrationell gewesen wäre, zwei Tage später nochmals die Ratsherren herzubemühen. 1728 war auf den Tag zuvor wegen dem Marchenstreit mit Engelberg ein Dreifacher Landrat terminiert⁹; noch am 7. April hatte der Wochenrat den Georgenlandrat auf den ordentlichen Termin gesetzt¹⁰, doch wurde in diesem Fall bewusst von der Tradition abgewichen und «eodem die . . . auch bey disser Gelegenheit St. Georgen Landtrath, iedoch ohne Consequenz, gehallten»¹¹. Kein Georgenlandrat fand 1765 statt — zumindest ist davon kein Protokoll überliefert¹².

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts — 1705 und 1710 — war der Rat prinzipiell in Frage gestellt worden, da der gewöhnliche Landmann an der Nachgemeinde jetzt «Anzug thuon mag, wass er will»¹³. Das Ansinnen fand in beiden Fällen keine Ratsmehrheit¹⁴.

Nach der Landsgemeinde und noch vor der Nachgemeinde versammelten sich die Ratsherren regelmässig zum «Schwörtag». Noch 1727 hielt allerdings der Georgenlandrat fest, die Ratsherren sollten an der Nachgemeinde erscheinen und, «so fehrn das Wetter ginstig, iederzeit an der Nach-Gemeindt die eydtliche Treuw dem wohlregierenden Herrn Landtammann widerum praestieren undt ablegen . . .»¹⁵ Im Titel des Landratsprotokolles vom 30. April 1734 signalisierte sich

⁵ mit Ostern, aber auch mit Karfreitag, Karsamstag oder Ostermontag

⁶ 1707, 1734, 1753, 1791

⁷ 1764

⁸ St. Georg wird als Feiertag im Stanser Stiftjahrzeitbuch von 1621 aufgeführt; er wurde als solcher im Jahre 1858 vom Bischof des Bistums Chur aufgehoben. Vgl.: N.N., Erinnerung an die Heiligen der dispensierten Tage, in: Nidwaldner Kalender 1860 (unpag.); N.N., Ein alter Nidwaldner Kalender, in: Nidwaldner Stubli 1942, Nr. 1, Beilage zum Nidwaldner Volksblatt

⁹ R&L 15. 4. 1728, WRP 26 fol. 27a

¹⁰ 1728, WRP 26 fol. 18b

¹¹ Protokolltitel LR 22. 4. 1728, LRP 6 fol. 293a

¹² Der am 18. des Monats gehaltene Landrat wurde ausdrücklich als «extra gesessne[r] Landtrahrt» betitelt und kann auch inhaltlich nicht als Georgenlandrat gedeutet werden; LRP 9 fol. 59a. Am üblichen Datum war indessen ein Dreifacher Landrat beisammen, der im Landsgemeinde-Protokollband protokolliert wurde; LGP A fol. 256a f. Denkbar ist, dass bloss der Eintrag, der üblicherweise im Landrats-Protokollband hätte fortgeführt werden sollen, unterlassen wurde.

¹³ LR 23. 4. 1710, LRP 5 fol. 231a

¹⁴ LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83b; LR 23. 4. 1710, LRP 5 fol. 231a f.

¹⁵ 23. 4., LRP 6 fol. 253b f.; vgl. auch LR 28. 4. 1707, LRP 5 fol. 135a

erstmals eine Praxisänderung, indem die Eidesleistung als an diesem Tag vorgenommen verzeichnet wurde¹⁶. Der Hinweis erfolgte ab 1737¹⁷ erst sporadisch, nach der Mitte des Jahrhunderts schliesslich regelmässig.

Der Schwörtag fand hauptsächlich am zweiten Montag nach der Landammannwahl statt, doch wurde er in der Regel auf den Mittwoch vorgezogen, wenn die Nachgemeinde schon acht Tage nach der Landsgemeinde gehalten werden wollte¹⁸.

Mit grosser Häufigkeit gleich am Montag nach der Nachgemeinde¹⁹ wurde der «Grämpler-Schwörtag» gehalten; die Wirte, Weinschenker, Bäcker, Müller, die Händler und Handwerker²⁰ hatten der Obrigkeit an diesem Tag zu schwören, sie möchten ihre Berufspflichten und die Verpflichtungen gegenüber den Gnädigen Herren der Eidesformel gemäss erfüllen.

Wohl war das Ablegen des Eides an beiden Schwörtagen Anlass, aber lange nicht einziger Grund der Zusammenkunft; immer wurden sie für die Behandlung von anstehenden Traktanden benützt²¹.

Weitere vier Termine galten während des Jahres für Sitzungen des Landrates als ordentliche Daten. Die Versammlung an Fronfasten zu halten, war schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts Brauch²², doch erhob erst das Landbuch von 1782 die Gewohnheit ins geschriebene Recht: «Alle Quartember solle ein sogenannter Fronfasten Landstrath bey der Treü gehalten werden; . . .»²³.

Die vier Fronfastenzeiten bestimmten sich teils nach variablen, teils nach unbeweglichen kirchlichen Daten, indem sie diesen — nämlich Aschermittwoch, Pfingsten, Kreuzerhöhung²⁴ und Lucia²⁵ — immer am Mittwoch, Freitag und Samstag folgten. Aschermittwoch und Pfingsten richten sich nach dem beweglichen Ostertermin; Fronfasten fällt demzufolge auf Tage zwischen den beiden Extremen 11. Februar²⁶ und 20. März²⁷ bzw. 13. Mai und 19. Juni. Im September

¹⁶ LRP 6 fol. 445b

¹⁷ LR 6. 5., LRP 7 fol. 36a; 4. 5. 1639, LRP 7 fol. 73a; LR 30. 4. 1740, LRP 7 fol. 105a

¹⁸ was im 18. Jahrhundert die Ausnahme darstellte; s. S. 69

¹⁹ in 50 von 97 Fällen zwischen 1701 und 1797

²⁰ die «Grämpler»! Die eigentlichen Grümpfer und Grämpler sind die «pochenden und polternden Handwerker» wie Schlosser, Schmiede, Weber und dergleichen. Vgl. Businger Aloys, Der Kanton Unterwalden, Gemälde der Schweiz, 6. Heft, St. Gallen und Bern 1836, unveränderter Neudruck Genf 1978, S. 112

²¹ Für beide Schwörtage sind Jahre festzustellen, in denen sie weder in den üblichen Zeiträumen stattfanden noch später nachgeholt wurden; möglicherweise wurde auch schlicht eine Protokollnotiz dann unterlassen, wenn bloss die feierliche Eidesabstattung auf dem Programm stand.

²² Im Zusammenhang mit der Erledigung von Prozessen verlangte der Landrat am 24. 4. 1702 deren Durchführung in der Amtszeit des jeweils regierenden Landammanns und forderte «zuo Bewerkstelling dessen» deren Vorlage «an allen 4 Fronfasten gesässnen Landsträthen». LRP 5 fol. 8b

²³ V. S. 10

²⁴ 14. September

²⁵ 13. Dezember

²⁶ 1761

²⁷ 1734

und im Dezember ist die Spanne weit geringer und reicht vom 15. bis zum 24. September bzw. vom 14. bis zum 23. Dezember.

Der Vergleich der Landratstermine mit den einzelnen Fronfastenzeiten hat ergeben, dass in aller Regel²⁸ Fronfasten nur als Zeitraum für die zur Hauptsache vom Wochenrat vorgenommene Einberufung²⁹ eines ordentlichen Landrates gelten konnte; mit beinahe gleich starker Tendenz erweist sich, dass entweder der Montag vor dem Fronfastenmittwoch³⁰ oder der Montag darnach³¹ Ratstag war. Dreimal seltener wurde am zweiten Montag vor bzw. am ersten Mittwoch nach der Fronfastenwoche³² Landrat gehalten; mit Ausnahme des Sonntags, der als Ratstag nicht in Frage kam, sind alle Wochentage vor und nach Fronfasten gelegentlich zur Durchführung des Landrates benutzt worden. Am Fronfasten-Termin wurde allerdings nicht zwanghaft festgehalten; der Rat fiel ohne weiteres und formlos aus, wenn es seiner mangels Traktanden nicht bedurfte.

Reichten die sieben ordentlichen Landratstermine zur Behandlung der anstehenden Geschäfte nicht aus oder erheischte ein Gegenstand die unverzügliche Beratung, so konnte der Landrat auch ausserordentlicherweise zusammengerufen werden. Während die Fortsetzung regelmässig schon vom Landrat selbst angesagt worden sein dürfte, waren für die übrigen Extra-Landräte auch alle anderen Räte und der regierende Landammann zur Ansetzung befugt³³. Das Landbuch von 1782, das ausdrücklich die Versammlung von ausserordentlichen Landräten zuließ³⁴, schwieg sich über das Einberufungsrecht aus. Der ausserordentliche Charakter verschiedener Landratsversammlungen lässt sich in vielen Fällen allein aus dem Datum erkennen. Es war offensichtlich dem Belieben des Landschreibers anheimgestellt, ob er diesen als solchen im Protokolltitel sichtbar machen wollte oder nicht.

Ähnlich dem Landrat lassen sich auch für die Versammlung von Rät' und Landleuten regelmässige Sitzungsdaten feststellen. Bestand das Bedürfnis, Heu

²⁸ nur gerade 13 Sitzungen fanden präzis an einem eigentlichen Fronfastentag statt!

²⁹ Beispiele: WR 12. 12. 1707, WRP 22 fol. 335a; WR 13. 9. 1717, WRP 24 fol. 416b; WR 17. 9. 1727, WRP 25 fol. 433b f.; WR 18. 2. 1737, WRP 30 fol. 147a; WR 14. 12. 1767, WRP 32 fol. 134a; WR 22. 1. 1777, WRP 34 fol. 135b; WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 400a

³⁰ 70 Termine

³¹ 74 Termine

³² je 24 Termine

³³ Beispiele: LR 30. 4. 1710, LRP 5 fol. 234a; LR 24. 5. 1714, LRP 5 fol. 380a; LR 22. 2. 1723, LRP 6 fol. 138b; LR 25. 9. 1751, LRP 8 fol. 45b; LR 12. 3. 1753, LRP 8 fol. 66b; LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b; LR 31. 5. 1779, LRP 10 fol. 129a; WR 17. 10. 1707, WRP 22 fol. 323b; WR 19. 2. 1720, WRP 24 fol. 544a; WR 19. 1. 1728, LRP 6 fol. 283b; WR 27. 7. 1737, WRP 27 fol. 47b; WR 14. 2. 1746, WRP 28 fol. 287a; WR 25. 6. 1753, LRP 8 fol. 75b; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 82b; WR 3. 1. 1787, WRP 35 fol. 365a; 3-LR 19. 1. 1756, LGP A fol. 176b. — Mindestens von einem Teil der zahlreichen Extra-Landratssitzungen darf angenommen werden, dass sie direkt vom regierenden Landammann einberufen wurden; vgl. die Delegation des Wochenrates an den Landammann vom 27. 6. 1767, WRP 32 fol. 96b, und vom 5. 10. 1767, WRP 32 fol. 112a

³⁴ «... nach Erheischung wichtiger Geschäften können auch unter der Zeit extra Landräth gehalten ... werden.» V. S. 10

und Stroh aus dem Land zu führen, konnte jeder interessierte Landmann beim regierenden Landammann auf Mitte März die Einberufung von Rät' und Landleuten verlangen; auch für die Bewilligung allfälliger Einfuhren traten Rät' und Landleute nach diesem Termin zusammen³⁵. 1795 wurde zudem beschlossen, die Abnahme der Salzrechnung am Ende einer sechsjährigen Verwaltungsperiode «vor Räth und Landleüthen zu Mitte Mertzens, die auch hinfür ausgekündt werden sollen», zu vollziehen³⁶. Mitte März sollte aber weniger als fixes Datum als vielmehr als Zeitraum gelten; im März liessen sich die Vorräte abschätzen und der Bedarf bis zum Einsetzen der Frühjahrsnutzung ungefähr errechnen. Die Zusammenkunft konnte deshalb auch schon vor dem 15.³⁷ stattfinden oder sich bis in den April hinein verzögern³⁸. Mit Vorliebe fand sie jeweils an einem Montag statt.

Ein ordentliches Zusammentreten war auch zur Erteilung der Instruktion an die Gesandten, die zu gemeineidgenössischen Tagsatzungen, zu den Jahrrechnungstagsatzungen oder an Fürstenhöfe delegiert worden waren, vonnöten sowie zum Empfang derer Berichte³⁹. Die Formulierung des Auftrags wurde in der Regel eine bis zwei Wochen vor dem Termin der Konferenz vorgenommen, nämlich in den letzten Junitagen für die eidgenössische Tagsatzung⁴⁰, in den letzten Juli-Tagen für die Lauiser- und Luggarneser-Jahrrechnung⁴¹ und um Mitte August für die Bellenzer Konferenz⁴². Rät' und Landleute versammelten sich unabhängig davon, ob der Stand Nidwalden zur Entsendung eines Gesandten an der Reihe war oder ob der «Ritt» Obwalden zukam⁴³. Für die Relation⁴⁴ lässt sich kein Regeltermin festlegen; je nach Interessenlage wurden dafür Rät' und Landleute⁴⁵ berufen oder bei sich ergebender Gelegenheit Bericht erstattet; schliesslich wurde oft auch auf die Relation im grossen Kreis schlicht verzichtet. Daneben ergaben sich aus dem Recht zu Instruktion und Relation zahlreiche zusätzliche Versammlungen, nämlich immer⁴⁶ dann, wenn zuhanden von bilateralen oder multilateralen Ständekonferenzen die Nidwaldner Haltung bestimmt bzw. «nach eingetrof-

³⁵ Lb 1623/1731, S. 94 N.; Lb 1782, IV. S. 29

³⁶ R&L 16. 3. 1795, LGP B fol. 253a

³⁷ frühestes Datum: 5. 3. 1703, LRP 5 fol. 32b

³⁸ spätestes Datum: 15. 4. 1771, LGP B fol. 19a

³⁹ Lb 1623/1731, S. 88 f. N.; Lb 1690, fol. 67a N. auf Georgenlandrat 1683

⁴⁰ deren Eröffnung sich im Verlaufe des Jahrhunderts auf den ersten Montag im Juli einpendelte

⁴¹ Die Durchführung dieser Konferenz erfolgte im August, wobei ein genaueres Datum in den Abschieden nicht überliefert wurde.

⁴² Sie wurde traditionell am 25. August eröffnet.

⁴³ Nicht mit Obwalden teilen musste Nidwalden die Verwaltung von Bellenz, Bollenz und Riviera, weshalb es sich bei dieser Konferenz jährlich vertreten lassen konnte; vgl. S. 133

⁴⁴ Berichterstattung

⁴⁵ «... so es nöthig erfunden wird, ...» LR 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 177b

⁴⁶ «Immer» darf allerdings nicht so gedeutet werden, dass Rät' und Landleute etwa ohne Ausnahme zur Gestaltung der Aussenpolitik herangezogen worden wären; es war die Regel — nicht mehr! S. dazu S. 289 f.

fenem Abscheydt» die Ergebnisse angehört werden mussten⁴⁷, wenn Stipendien⁴⁸ oder Gardedienstplätze zu vergeben waren oder Blutgericht gehalten wurde. In Zeiten bewegter Verhältnisse konnte es eintreffen, dass Rät' und Landleute ausserordentlich fleissig zum Tagen eingeladen wurden. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um das Toggenburg im Frühjahr und im Sommer 1712 traten sie innerhalb der drei Monate Mai, Juni und Juli nicht weniger als 27 mal zusammen, oft jeden zweiten Tag, einmal ohne Unterbruch an vier aufeinanderfolgenden Tagen. Zieht man die fünf Extra-Landsgemeinden, die in diesem Zeitraum zusammengerufen wurden, zusätzlich in Betracht, so ergibt sich für den einzelnen Ratsherrn und den Landmann eine Belastung an Präsenz, die er kaum stets zu ertragen vermochte. Zwar liegen über den zahlenmässigen Besuch der Versammlungen keine Angaben vor, repräsentativ dürfte er jedoch kaum immer gewesen sein. Selbst kein einziger Mann aus dem Landvolk fand sich 1715 zur ordentlichen Instruktion nach Frauenfeld ein, weshalb sie vom Landrat allein formuliert wurde⁴⁹.

1713 wurden Rät' und Landleute als Behörde abgeschafft und durch einen Zweifachen Landrat ersetzt⁵⁰. Ab 1714 erschienen sie aber wieder in alter Form⁵¹.

Regelmässiges Zusammentreten der mehrfachen Räte blieb die Ausnahme: der Zweifache Landrat als Ersatz für Rät' und Landleute wurde vom Landvolk nicht auf die Dauer akzeptiert⁵². Auch die Versuche, den Georgenlandrat als zweifachen⁵³ oder dreifachen Landrat⁵⁴ zu institutionalisieren, schlugen fehl, da sie jeweils eine Verminderung des Einflusses der Landleute mit sich gebracht hätten⁵⁵.

Zur Einberufung von Rät' und Landleuten im ausserordentlichen Fall, von mehrfachen Räten aber überhaupt waren sämtliche Behörden vom Wochenrat bis zur Landsgemeinde und der Nachgemeinde befugt⁵⁶. Eindeutig am häufigsten machten von der Befugnis allerdings der Landrat und der Wochenrat Gebrauch.

⁴⁷ Lb 1623/1731, S. 89 N.

⁴⁸ s. S. 197 f.

⁴⁹ 26. 6., LRP 5 fol. 413b

⁵⁰ LG 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 326a

⁵¹ LG 29. 4. 1714, LRP 5 fol. 369a

⁵² s. soeben

⁵³ 1694 bis 1701; s. S. 177, S. 179 f. und S. 211

⁵⁴ 1702, 1713/1714

⁵⁵ s. S. 177

⁵⁶ Beispiele: R&L terminiert durch einen Ehrenausschuss: 9. 3. 1725, WRP 24 fol. 238a; — durch den Wochenrat: 14. 11. 1707, WRP 22 fol. 329a; 23. 6. 1717, WRP 25 fol. 398b; 11. 12. 1747, WRP 29 fol. 81b; 25. 6. 1753, LRP 8 fol. 75b; 23. 6. 1760, LRP 8 fol. 268a; 20. 7. 1767, WRP 32 fol. 99b; 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 139b; 29. 10. 1787, WRP 35 fol. 406b; — durch den Landrat: 5. 3. 1708, LRP 5 fol. 150b; 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a; 10. 5. 1728, LRP 6 fol. 303b; 26. 10. 1748, LRP 7 fol. 276b; 8. 5. 1752, LRP 8 fol. 56b; 13. 5. 1769, LRP 9 fol. 167b; 8. 5. 1780, LRP 10 fol. 146b; 9. 10. 1786, LRP 10 fol. 276a; — durch die Nachgemeinde: 13. 5. 1787, LGP B fol. 190b f. 2-LR terminiert durch den Wochenrat: 1. 8. 1707, WRP 22 fol. 300b; 9. 9. 1713, WRP 24 fol. 124b; 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 147a; 8. 11. 1777, WRP 34 fol. 189b; 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 414b;

Rät‘ und Landleute und die mehrfachen Räte wurden öfters nicht allein auf einen Tag versammelt, sondern zusammen mit dem Wochenrat⁵⁷ oder dem Landrat. Es sind sogar Termine anführbar, an welchen an einem einzigen Tag gleich drei Formen von Behörden tagten: Am 18. August 1704 eröffnete zum Beispiel der Landrat die Sitzung, es folgte eine Tagung von Rät‘ und Landleuten, dann beriet sich ein Zweifacher Landrat und schliesslich beendete wiederum ein einfacher Landrat den Tag⁵⁸. Am 23. November 1729 tagten zuerst Rät‘ und Landleute, dann ein Dreifacher Landrat und schliesslich der einfache Landrat⁵⁹. Rät‘ und Landleute sowie ein ein- und ein zweifacher Landrat versammelten sich nacheinander auch am 13. März 1765⁶⁰. Nicht selten in Kombination erschienen Landrat und Wochenrat⁶¹ bzw. Rät‘ und Landleute und Wochenrat⁶². Auch der Landrat begann oft in einfacher Zusammensetzung, verhandelte dann in multiplizierter Form weiter und schloss eventuell wieder in der Grundzusammensetzung, oder er eröffnete mehrfach und reduzierte sich im Verlaufe des Tages auf die Grundform⁶³.

Von den Ratsausschüssen tagte bloss der Wochenrat regelmässig und zwar — wie aus seiner Bezeichnung hervorgeht — wöchentlich. Eine andere Benennung der Versammlung — «Montagsrat» — und die Vorschriften in den Landbüchern⁶⁴ weisen genauer auf den Zeitpunkt hin. Fiel ein Feiertag auf den Montag, so wurde der gewöhnliche Ratstag am darauffolgenden Mittwoch gehalten⁶⁵. Weitere Verschiebungen für einzelne Ratssitzungen aus besonderem Anlass oder Verle-

— durch den Landrat: 22. 5. 1713, LRP 5 fol. 329a; 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 258b; 5. 7. 1780, LRP 10 fol. 155b; 19. 7. 1780, LRP 10 fol. 158a.

⁵⁷ 3-LR terminiert durch den Wochenrat: 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 93a; — durch den Landrat: 20. 9. 1706, LRP 5 fol. 120b; 20. 5. 1728, LRP 6 fol. 306a; 2. 5. 1736, LRP 7 fol. 24b; — durch die Landsgemeinde: 4. 5. 1755, LGP A fol. 168b.

⁵⁸ WR/3-LR/LR am 24. 5. 1736, LRP 7 fol. 27a ff.; WR/2-LR/WR am 11. 3. 1737, LRP 7 fol. 32a ff.

⁵⁹ LRP 5 fol. 74 ff.

⁶⁰ LRP 6 fol. 351b ff.

⁶¹ LRP 9 fol. 58b; LGP A fol. 254a ff.

⁶² Das mag mit der Verfahrensregel zusammenhängen, die nur als vom Landrat behandelt gelten liess, was zu Beginn der Sitzung angekündigt worden war, das übrige aber als bloss vom Wochenrat beraten anerkannte; s. S. 240 f.

⁶³ Beispiele: 7. 3. 1712, WRP 24 fol. 4b; 21. 7. 1720, WRP 24 fol. 615b ff.; 28. 2. 1728, WRP 26 fol. 36b ff.; 25. 6. 1736, WRP 36 fol. 609a ff.; 18. 8. 1747, WRP 29 fol. 64a und LGP A fol. 89b; 18. 8. 1762, WRP 31 fol. 81b und LGP A fol. 210a; 14. 8. 1775, WRP 34 fol. 38a und LGP B fol. 78b; 23. 6. 1788, WRP 35 fol. 442b und LGP B fol. 203b

⁶⁴ 4. 8. 1707, LRP 5 fol. 140b und 143a; 13. 1. 1710, LRP 5 fol. 212b und 213a; 4. 6. 1712, LRP 5 fol. 282a und 283a; 14. 10. 1720, LRP 6 fol. 98b und 99a; 24. 5. 1736, LRP 7 fol. 27a ff.; 17. 8. 1740, LRP 7 fol. 116b und LGP A fol. 30b; 19. 1. 1756, LRP 8 fol. 152a und LGP A fol. 176b; 7. 12. 1763, LRP 9 fol. 17a und LGP A fol. 224a; 1. 6. 1771, LRP 9 fol. 239a, LGP B fol. 21a und LRP 9 fol. 241a; 20. 5. 1774, LRP 10 fol. 32a und LGP B fol. 63a; 11. 6. 1781, LRP 10 fol. 178a und LGP B fol. 142a; 2. 1. 1786, LRP 10 fol. 253b und LGP B fol. 178a

⁶⁵ «So ist geordnet und luth Nachgemeinden 1649 und 1660 hierüber erleütheret, dass alle Wochen am Montag . . . ein gewohnlicher Rathstag gehallten werde . . .» Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 106b; Lb 1782, V. S. 11

⁶⁶ Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 106b; Lb 1782, V. S. 11

gungen auf einen andern Tag für eine längere Zeit⁶⁶ wurden entweder vom Wocherrat selbst⁶⁷ oder dann vom Landrat verfügt⁶⁸. Das Prinzip der wöchentlichen Sitzung wurde nie in Frage gestellt; auch gelegentliche Ausfälle vermochten es nicht zu beeinträchtigen⁶⁹. Demgegenüber konnte der Landammann im Falle, dass «nothwendige oder frembde Händel, so kein Verzug leiden möchten, ussert der Zeit vorfiehlen», auch an andern Wochentagen einen Extra-Rat berufen⁷⁰, doch sollte dies nicht leichthin geschehen⁷¹.

Während es die Kommissionen «zue denominieren nach Zeytt und Umständen [einem] gesessnen [Landrat] oder Wuchenrath überlassen» war⁷² und diese sich in der Folge ihre Arbeit in der Regel selbst einteilten⁷³, traten die verschiedenen Fachräte aufgrund objektiver Begebenheiten zusammen, nämlich der Feuerrat, «wann das Feür . . . aufgehett»⁷⁴, der Sanitätsrat, «wann ansteckende Suchten old Kranckheiten unter Mentschen oder Vüh in unserm Landt oder in benachbarten lobl[ichen] Ständen sich äussern sollten»⁷⁵, und der Kriegsrat bei drohenden Konflikten, die das Land Nidwalden tangieren konnten⁷⁶.

⁶⁶ «Der ordinarij Wuchen Rath haben mghh. anstadt des Montags auf den Mitwuchen die Fasten hindurch gestellt und hernach soll wider vor ein Landrath kommen, ob man fernes also wolle fortfahren oder wider auf den Montag setzen.» LR 8. 3. 1756, LRP 8 fol. 157b. — «Den ordinary Wuchenrath haben mghh. für das Künfftige auff den Mitwochen abgeenderet, wan ein Feürtag aber auf den Mitwuchen fiele, solle es danne den Rath zu hallten einem Wuchenrath überlassen seyn.» LR 24. 5. 1756, LRP 8 fol. 166b. — «Den ordinari Wuchenrath haben Mghh. widerumben auf den Montag gestellt, aussert in den Fasten soll selber am Mitwuchen gehallten werden.» LR 29. 10. 1756, LRP 8 fol. 182a

⁶⁸ Beispiele: 17. 9. 1703, LRP 5 fol. 47b; 17. 3. 1717, LRP 6 fol. 11b; 18. 12. 1719, LRP 6 fol. 87a; 4. 5. 1727, LRP 6 fol. 252b; 1. 4. 1743, LRP 7 fol. 181a; 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 177b; 18. 9. 1769, LRP 9 fol. 179b; 2-LR 26. 5. 1708, LRP 5 fol. 162b

⁶⁹ LR 2. 5. 1708, LRP 5 fol. 159b; WR 11. 2. 1715, WRP 24 fol. 241b; LR 14. 5. 1725, LRP 6 fol. 196b; LR 15. 5. 1741, LRP 7 fol. 135b; WR 23. 11. 1767, WRP 32 fol. 126a

⁷⁰ Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 107a; Lb 1782, V. S. 11

⁷¹ 3-LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 182b

⁷² «. . . doch soll es nit zue offt und in gahr zue grosser Anzahl geschehen, . . .» LRP 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a. Die Mahnung auf Zurückhaltung ging auf einen Vorstoss im LR vom 13. 12. 1756, LRP 8 fol. 187a, zurück, der eine Überprüfung der Praxis wegen zu hohen Kosten anregte. — Lb 1782, V. S. 11

⁷³ was aber Mahnungen von höherer Warte nicht ausschloss! Vgl. LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 13b; LR 17. 3. 1706, LRP 5 fol. 105a

⁷⁴ Lb 1782, V. S. 33; s. auch Lb 1623/1731, S. 218 N. — Im Dorf Stans waren die Wächter beauftragt, den «H. Praesidenten von dem Feürrath samt dem Feyrhauptmann» zu benachrichtigen, sobald sie einen Brand festgestellt hatten; Lb 1782, I. S. 36

⁷⁵ Lb 1782, V. S. 31. — Die Doktoren und Schärer, «so das oberkeitliche Wartgeldt haben», besassen eine Anzeigepflicht für den Fall, dass sie «erbliche ansteckende Krankheiten verspühren, . . .» Lb 1782, I. S. 36

⁷⁶ Lb 1782, V. S. 32

2.1.2 MODALITÄTEN DER EINBERUFUNG

Für Ratssitzungen — wohl mit Ausnahme des Wochenrates⁷⁷ — mussten die Ratsherren und die allenfalls zusätzlich Abgeordneten eingeladen werden. Normalerweise geschah dies in Form einer Mitteilung ab der Kanzel. Ob die Auskündigung, die vom Landweibel beziehungsweise vom Landläufer auf Geheiss des Landammanns oder des Statthalters⁷⁸ überbracht wurde⁷⁹, nur in den Pfarrkirchen oder aber auch in den Kapellen der Urten ohne eigenen Pfarreistatus getätig wurde, bleibt unentschieden. 1715 hielt der Georgenlandrat fest, dass es «fürohin wie vor alltem häro gehalten undt von denen Weyblen in allen Ürthenen gewohntermassen fleissig aussgekhündt werden» solle, und auch in einem Nachtrag auf den Georgenlandrat von 1683⁸⁰ verlangte das Landbuch um 1690 die Ansage von Rät' und Landleuten «in allen Ürthinen»⁸¹, während die Bücher von 1623/1732 und 1782 nur von den «Kirchhören» beziehungsweise den «Kirchgängen» sprechen⁸². Die Uneinheitlichkeit erzeigt sich auch daraus, dass anlässlich der Artikelbereinigung im Oktober 1749 die Verkündigung «in allen Pfarrejen» verlangt wurde⁸³, sie im Dezember des gleichen Jahres aber bereits wieder «in allen Ürtenen» anbeordert wurde⁸⁴.

Mit der Bekanntgabe von Versammlungsdatum und -zeit, die mindestens einen Tag zuvor zu geschehen hatte⁸⁵, war auch zu vermelden, «wie, worumb und [aus] wass Ursach» der Zusammentritt gewünscht wurde⁸⁶. Für eine allfällige Differenzierung in der Art der Auskündigung des Landrates beziehungsweise seiner Vervielfachungen liegen keine Hinweise vor, doch befahl ein Landrat im Jahre 1736 den Dreifachen Landrat auch «in denen Ürttenen» zu verkünden, «damit die begehrte Landtleüth schulltige Gehorsambe leisten undt erscheinen thuon»⁸⁷. Mit

⁷⁷ Hingegen wurde auch ein im Datum fixierter Rat wie der Georgenlandrat angesagt: «... solle der Georgi Landtsrath ... von denen Weyblen in allen Ürten gewohntermassen fleissig ausgekhündt werden.» LR 23. 4. 1715, LRP 5 fol. 406b

⁷⁸ Lb 1623/1731, S. 89 N.; Lb 1690 fol. 67a; Lb 1782, V. S. 35; LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83a; LR 23. 3. 1735, LRP 7 fol. 6a

⁷⁹ Lb 1623/1731, S. 40 N., S. 111 N., S. 112 N.; Lb 1782, II. S. 22

⁸⁰ 23. 4., LRP 3 fol. 396b

⁸¹ fol. 67a

⁸² Lb 1623/1731, S. 89 N.; Lb 1782, V. S. 35; vgl. auch Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 167

⁸³ 3-LR 24. 10., LGP A fol. 123b

⁸⁴ R&L 10. 12., LGP A fol. 128b. — Der Unterschied ist nicht ohne Bedeutung! Wurden Rät' und Landleute nur in den Pfarrkirchen auskündigt, so waren die Landleute, die nicht in der Hauptkirche zur Messe gingen, von der direkten Information abgeschnitten. Beim damaligen System der Grosspfarren — zu Stans gehörten auch die Urten Dallenwil, Büren, Oberdorf, Ennetmoos und Stansstad samt Kehrsiten und Obbürgen, zu Buochs Ennetbürgen, zu Beckenried Emmetten! Vgl. Odermatt Leo, S. 79 ff. — konnte bei der engen Interpretation eine grosse Zahl von Landleuten ohne Mitteilung bleiben.

⁸⁵ Lb 1782, I. S. 34

⁸⁶ Lb 1690, fol. 67a; LR 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 4a

⁸⁷ 2. 5., LRP 7 fol. 24b

der öffentlichen Ansage, die gelegentlich bei der Einberufung des Landrates aus Gründen der Geheimhaltung unterlassen wurde⁸⁸, wurde mitgeteilt, ob der Extra-Landrat von den Ratsherren obligatorisch — «bei der Treu»⁸⁹ — zu besuchen war oder nicht⁹⁰. Die Mitteilung, dass ein ausserordentlicher Wochenrat stattfinde, oder die Ansage von Kommissionen und Spezialräten wurde persönlich vom Landläufer oder vom Landweibel überbracht⁹¹, sofern die Beteiligten den Termin nicht bereits in einer vorangehenden Sitzung vereinbart hatten.

Mit Sturmgeläute, das in Stans zuerst in dem Beinhaus begonnen und dann in der Pfarrkirche fortgesetzt wurde, wurden bei einem Brandausbruch nicht nur die Feuerräte, sondern die ganze Bevölkerung an ihre öffentlichen Pflichten gemahnt⁹².

2.1.3 ZUSAMMENSETZUNG

2.1.3.1 *Landrat*

Der Landrat bestand aus den Vorgesetzten Herren inklusive den Landvögten, den höheren Beamten und den Vertretern der Urten⁹³.

Aus dem Kreis der Vorgesetzten Herren zählten selbstverständlich der regierende Landammann, die alt Landammänner, der Statthalter und der Säckelmeister zum Landrat. Einsitz nahmen auch der Bau- oder Zeugherr und der Obervogt⁹⁴. Das Landbuch von 1782 nennt zusätzlich ausdrücklich auch den Pannerherrn und den Landeshauptmann⁹⁵, die zweifellos schon zuvor ohne aus-

⁸⁸ LR 12. 3. 1753, LRP 8 fol. 66b; LR 13. 6. 1757, LRP 8 fol. 201b: «... die hh. Räth sollen schon würckhlich avisert sein, bey der Treuw zue erscheinen, und jene Rathsherren, so nit gegenwertig, soll der Hr. Landweibell heimlich avisieren, und soll desswegen bey Eyden ein Stillschweigen gehalten werden, damit die Obwaldner uns nit können auff Schritt und Tritt kommen.» — LR 25. 8. 1780, LRP 10 fol. 161a; LR 28. 8. 1780, LRP 10 fol. 162b. — Lb 1782, II. S. 22: Landweibel und Landläufer erhielten für die Ausführung des Auftrags, einen «Landtrath von Haus zu Haus umzusagen oder also abzuruoffen», einen Gulden und 20 Schilling.

⁸⁹ Wenn «inskünfftig ein Landtrath bei der Treuw ausgekündigt ist, als sollen die, so nicht erscheinen und keine rechtmässige Entschuldigung eingegeben, vor nächstem Rath sich entschuldigen und den gemachten Guldj Buoss erlegen.» LR 14. 4. 1756, LRP 8 fol. 161a

⁹⁰ «... nach Erheischung wichtiger Geschäften können auch unter der Zeit Extra Landräthe gehalten und denen Räthen geboten werden, darbey zu erscheinen bey der Treü oder nit.» Lb 1782, V. S. 10. — Beispiele: — mit Verpflichtung: LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 26. 1. 1756, LRP 8 fol. 153a; LR 13. 6. 1757, LRP 8 fol. 201b; LR 25. 8. 1780, LRP 10 fol. 161a; — ohne Verpflichtung: LR 7. 7. 1755, LRP 8 fol. 131a; LR 21. 8. 1755, LRP 8 fol. 143a; LR 1. 6. 1771, LRP 9 fol. 240b; LR 25. 8. 1780, LRP 10 fol. 161a; LR 28. 8. 1780, LRP 10 fol. 162b

⁹¹ Schluss aus Lb 1623/1731, S. 111; Lb 1782, II. S. 21, II. S. 23

⁹² Lb 1782, I. S. 34

⁹³ Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 176 f.

⁹⁴ Lb 1623/1731, S. 147; Lb 1690, fol. 109a; Lb 1782, V. S. 12

⁹⁵ V. S. 12

drückliches Zugeständnis der älteren Landbücher dem Rat angehörten⁹⁶. Einzug in den Landrat hielte auch jener, der «uff ein Landvogtey erwölt würdt»⁹⁷, wozu auch die Talvogtei in Engelberg⁹⁸ und das Kommissariat in Bellinzona zählten⁹⁹; das Begehren, Landvögten den Zutritt nicht mehr zu gewähren, wenn sie nicht schon zuvor im Rat gesessen waren, drang 1726 nicht durch¹⁰⁰, doch musste sich diese Gruppe ab 1748 mit einer Rangverschlechterung abfinden¹⁰¹. Gewährt wurde der Ratsplatz auch dem Inhaber des Landmajorenamtes¹⁰²; nachdem diese militärische Stelle von 1695 an vakant geblieben war, wurde sie 1791 dreifach besetzt, über die Ratsposition der drei neuen Amtsträger aber nichts ausgesagt¹⁰⁴.

Nicht ipso facto im Rat sass hingegen der Landesfähnrich, dem allerdings ein guter Sitzplatz zugesichert war, wenn er schon vor seiner Wahl als Ratsglied fungiert hatte¹⁰⁵. Das Amt war indes derart doppelt besetzt, dass stets ein Landesfähnrich «des Rats», ein zweiter «aussert des Rats» amtierte¹⁰⁵. Das Landbuch von 1782 trug dem insofern Rechnung, als es dem «ersten» Landesfähnrich das Ratsmandat auch dann zusprach, wenn «er zuvor nit des Raths gewesen wäre»¹⁰⁶.

Keinen vom Amt abgeleiteten Anspruch auf die Mitgliedschaft im Rat besaßen der Salzdirektor, die Kornherren, die Schlüsselherren und selbstverständlich eine Anzahl minderer Beamter¹⁰⁷.

Ausdrücklich als Ratsmitglieder galten die beiden Landschreiber und der Landweibel¹⁰⁸, doch war ihnen nach einem Beschluss der Nachgemeinde 1701 das Stimmrecht entzogen¹⁰⁹. Den Ratsplatz behielten sie auch dann bei, wenn sie die Schreiber- oder Weibelstelle aufgaben¹¹⁰. Der Landläufer, der während den Ratsitzungen einen Auftrag ausserhalb des Tagungsraums zu erfüllen hatte¹¹¹, blieb notwendigerweise ausgeschlossen.

Den gleichen Status wie die Amtsleute erhielten die vier 1787 offiziell eingesetzten Prokuratoren¹¹².

⁹⁶ vgl. auch die sonst wenig sinnvollen Streitigkeiten um den Rang gerade des Pannerherrn und des Landeshauptmanns, S. 133, sowie die Vorschrift über die Reihenfolge der Worterteilung an Ratsitzungen, S. 247

⁹⁷ Lb 1623/1731, S. 147; Lb 1690, fol. 109a; Lb 1782, V. S. 12

⁹⁸ LG 26. 4. 1693, LRP 4 fol. 90a

⁹⁹ vgl. R&L 14. 1. 1704, LRP 5 fol. 51b

¹⁰⁰ LG 28. 4., LRP 6 fol. 221b

¹⁰¹ NG 11. 5. 1748, LGP A fol. 99b; vgl. S. 133

¹⁰² NG 7. 5. 1690, LRP 4 fol. 19b

¹⁰³ 3-LR 18. 7. 1791, LGP B fol. 225a

¹⁰⁴ Lb 1623/1731, S. 148 N. auf ao. LG 26. 8. 1708, LRP 5 fol. 171b

¹⁰⁵ vgl. das Verzeichnis der Amtsträger im 18. Jahrhundert im Anhang.

¹⁰⁶ V. S. 12

¹⁰⁷ wie Land- und Pfandschätzer, Waldvögte, Aawasservögte, etc.; s. die Aufzählung «Beamte aussert dem Rath» im Lb 1782, I. S. 23 ff.

¹⁰⁸ Lb 1623/1731, S. 147; Lb 1690, fol. 109a; Lb 1782, V. S. 12

¹⁰⁹ 16. 5., LRP 4 fol. 332a; Lb 1623/1731, S. 39 N.

¹¹⁰ LG 27. 4. 1692, LRP 4 fol. 54b; LG 26. 4. 1699, LRP 4 fol. 265a; LR 9. 5. 1759, LRP 8 fol. 239b f.

¹¹¹ Lb 1782, I. S. 22

¹¹² LG 29. 4. 1787, LGP B fol. 190a



14 Der Landratssaal mit seiner heutigen Möblierung.

Eine zweite, grössere Anzahl von Ratsherren bestand in den 58 Abgeordneten der Ürten. Die grossen Ürten — als solche galten Stans, Buochs, Ennetbürgen, Beckenried mit Emmetten, Wolfenschiessen, Ennetmoos und Hergiswil — konnten je sechs Plätze beanspruchen, die kleinen — Oberdorf, Dallenwil, Büren und Stansstad — je vier¹¹³. Die Wahlen, die normalerweise nur auf Absterben eines Ürtevertreters hin erfolgten und bloss wahlweise bei Umzug in eine andere Ürte¹¹⁴, wurden in offener Versammlung getätig, zu welcher die männlichen Gemeindeangehörigen aus den Nidwaldner Geschlechtern ab dem 20. Altersjahr Zutritt hatten¹¹⁵, die zudem «eigen Feür und Liecht erhallten», das heisst, eine eigene Haushaltung führen mussten¹¹⁶. Um übertriebene Beeinflussungsversuche zu verhindern, war die Ürte gehalten, die Wiederbesetzung an dem auf den Todestag nächstfolgenden Sonn- oder Feiertag vorzunehmen¹¹⁷. Keine Nachwahl war dann zu treffen, wenn ein Ürte-Abgeordneter mit einem Amt beehrt wurde, das diesem den Ratsplatz ebenfalls verschafft hätte. In umgekehrter Weise konnte die Ürte auch keinen Ersatz stellen, wenn ein Vorgesetzter Herr verstarb, der seinen Ratsherrenstatus allein vom Amt her besass¹¹⁸.

Die Gesamtmitgliederzahl des Landrates betrug also mindestens 58; sie konnte aber auch auf über 70 steigen¹¹⁹.

Bei der Auswahl ihrer Vertreter waren die Ürtner einigen Beschränkungen unterworfen. Dass als Ratsherr nur ein Abkömmling aus einem einheimischen Geschlecht in Frage kam, war im 18. Jahrhundert selbstverständlich¹²⁰, ebenso, dass der Auserwählte ein ehrbarer Mann war, der sich nicht verschuldet hatte¹²¹ noch

¹¹³ Lb 1623/1731, S. 148; Lb 1690, fol. 109a f.; Lb 1782, V. S. 10

¹¹⁴ Lb 1782, V. S. 12

¹¹⁵ 2-LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 207a; NG 13. 5. 1696, LRP 4 fol. 213a: «Dem Artickhul in dem Rechtnbuch solle nachfolgende Clausula beygesetzt werden, dass künfftiglich diejenige Knaben, so über 14 Jahr, allein befügt seyn sollen, an öffentlicher Landts- und Kirchen-Gemeinden umb Landtsehrenembter undt so man einichen Pfarrherren undt Hrn. Caplänen annemmen wirdt, zuo minderen und zuo möhren, in Ürtysachen aber, so alls umb Rätzplätz und umb einiche Be schwerden zuo minderen und zuo mehren, sollen sye fürobas unvechig seyn undt verblieben.» — Lb 1623/1731, S. 3 N.

¹¹⁶ Lb 1623/1731, S. 3 N. auf NG 1684; Lb 1782, V. S. 63

¹¹⁷ LR 23. 4. 1692, LRP 4 fol. 52a

¹¹⁸ «... obschon einer oder mehr der ... Ambstlügen, es sige Landtamman, Statthalter, Seckellmeister, Landtschryber, Landtweibell, Buwmeister und Obervogt oder Landvogt, zuvor ein[en] Rahtsplatz von einer Ürty hette, soll doch in syn statt kein anderen bey synem Leben verordnet werden, unnd wan einer ein Rahtsplatz allein von Ämpter oder Vogty har besitzt, soll nach synem Absterben keiner in syn stat in Raht geben werden, sonder allein die Rahtsplatz, so uff die Ürtinen abgetheilt sind, alle Zytt verblyben söllendt, wie von Alter har: ...» Lb 1623/1731, S. 146; Lb 1690, fol. 109a; Lb 1782, V. S. 12

¹¹⁹ Nach der Landsäckelmeisterrechnung 1730/1731, fol. 22a, sassen 64 Herren im Landrat. Nach dem Archivverzeichnis aus dem Jahre 1741, Handschrift, StA NW, unpag., betrug sie 67 Mitglieder (15 Vorgesetzte und 52 Ratsherren). 1765 waren es 70; LR 4. 2. 1765, LRP 9 fol. 54a. Unrichtig ist die Darstellung der Zusammensetzung bei E[ngelberger], S. 5

¹²⁰ s. E[ngelberger], S. 5

¹²¹ Lb 1623/1731, S. 41, S. 104, S. 139 N. auf 3-LR&L als LG 21. 5. 1674, LRP 3 fol. 373b; Lb 1690, fol. 102b; Lb 1782, IV. S. 89, V. S. 13

mit Lastern behaftet war¹²². Nicht in Betracht kamen all diejenigen, «so Henckherspersonen heürathen» würden oder mit solchen «in dem erst oder anderen Grad» verwandt wären¹²³. Entgegen der Sitte hatte sich eine Tochter von Rats-herr Franz Leonz Stulz 1722 mit dem Sohn des Nachrichters verehelicht, was des Vaters Ausschluss aus dem Rat zur Folge hatte¹²⁴. 1737 wurden solche unstandes-gemässen Heiraten erneut streng verboten und die Vorschrift mit der Amtsunfä-higkeitserklärung dem Landbuch zugefügt¹²⁵. — Die Annahme einer Stellung in fremden Diensten verstiess ursprünglich nicht gegen die Interessen, die ein Rats-herr zu wahren hatte¹²⁶, ab 1764¹²⁷ galt das Gegenteil, doch dauerte es eine Weile, bis sich der entsprechende Landsgemeindebeschluss Geltung zu verschaffen ver-mochte: Am Schwörtag 1764 wurden die sogenannten «Französischen Herren» trotz Einwänden zur Eidesleistung zugelassen¹²⁸; im Herbst darauf wurde ein Mann hart bestraft, weil er behauptet hatte, mit Ausnahme von acht Ratsherren seien sämtliche «Franzosen»¹²⁹. Auch nach der Verschärfung der Ausschlussvor-schrift an der Nachgemeinde 1765¹³⁰ erfolgte keine Rücktrittswelle; die Überprü-fung der Beziehungen einzelner Herren zum mittlerweile nicht mehr im gleichen Ausmass geschätzten Nachbarstaat Frankreich blieb weitgehend auf die Vorge-setzten Herren beschränkt¹³¹. Die Lockerung, die von der Landsgemeinde 1766 für die Väter verfügt wurde, welche an den Einkünften ihrer in fremden Diensten engagierten Söhne nicht beteiligt waren¹³², dürfte die Zahl der potentiell vom Ausschluss bedrohten Ratsherren weiter verringert haben. Im Landbuch von 1782 wurde die Unvereinbarkeit schliesslich bestätigt¹³³.

¹²² 1710 wies der Landrat den von Beckenried gewählten Ratsherrn Balzer Murer zurück, weil sich dieser gegen über ihn geäusserte Schmähworte nicht zur Wehr gesetzt und sie so wohl als berech-tigt anerkannt hatte, «zuomahlen nebent demme dessen allte Fähler ratione gewüsser Weiber-wächslung, in Gedechnuss gefallen, . . .» LR 23. 4., LRP 5 fol. 230a; LR 30. 4. 1710, LRP 5 fol. 234a und 235a

¹²³ 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124a; Lb 1623/1731, S. 202 N.

¹²⁴ WR 3. 9., WRP 25 fol. 67b; Bestätigung: LR 6. 10. 1723, LRP 6 fol. 153a. — S. auch NG 14. 5. 1724, LRP 6 fol. 168a f.; Flüeler, S. 126 f.; Odermatt-Lussi, S. 88 (mit verfälschten Daten)

¹²⁵ LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 40b; Lb 1623/1731, S. 113 N.; s. auch S. 145

¹²⁶ vgl. die Beehrung von Landschreiber Josef Ignaz Stulz mit dem Ratsplatz, als er 1692 das Kanzler-amt in Wettingen angenommen hatte; LG 27. 4. 1692, LRP 4 fol. 54b

¹²⁷ ao. LG 5. 2.; vgl. S. 145

¹²⁸ LR 7. 5. 1764, LRP 9 fol. 31a

¹²⁹ LR 10. 9. 1764, LRP 9 fol. 38a; LR 28. 9. 1764, LRP 9 fol. 38b; LR 14. 11. 1764, LRP 9 fol. 42b; LR 19. 11. 1764, LRP 9 fol. 44a f.

¹³⁰ 12. 5., LGP A fol. 257b

¹³¹ vgl. S. 146 Fn. 344. Vor die Wahl gestellt sah sich 1794 Landmajor Franz Niklaus Zelger, der sich jedoch für die Ratszugehörigkeit entschied; LR 7. 4. 1794, LRP 10 fol. 425a

¹³² 4. 5., LGP A fol. 265b

¹³³ «Alle diejennige, so in frömden Fürsten und Herren Diensten stehen oder an solchen Antheil ha-ben, sollen in Zukunft weder der Raths-Plätzten noch Landtsämtern zu keinen Zeiten mehr fähig seyn; und wann einer den Rathsplatz ürthi- oder ammts wegen hat, anbey aber frömden Fürsten und Herren dienen will, soll selber zuerst den Rathsplatz aufgeben.» V. S. 13

Mit einer Einengung der Auswahl sah sich die Urte endlich auch insofern konfrontiert, dass sie allzu nahe Verwandte nicht gleichzeitig in den Rat delegieren durfte. Das Verbot, das nicht zwei Brüder und nicht Vater und Sohn im Rat duldet, wurde 1681 von der Nachgemeinde erlassen¹³⁴ und 1701 «auss gewüssen considerablen Motiven» bestätigt¹³⁵. Die Landbücher¹³⁶ verdeutlichen zusätzlich, dass die Regel auch dann gegolten hat, «wan selbe in underschidlichen Ürthenen haussen wurden», nicht aber, wenn «einer oder der ander hierzue ambstwegen gelangen wurde»¹³⁷. Die im Landbuch um 1690 verzeichnete Ausdehnung auf die «Gegenschwächer oder Mit-Vätter»¹³⁸ wird von den späteren Redaktionen nicht mehr angeführt. Mit und ohne diese Regel musste das Verwandtschaftsverbot untauglich bleiben, da sich die herrschenden Familien um die Ämter im vorgesetzten Rang bewarben und so ohne weiteres in den Rat gelangten. Nicht Voraussetzung für die Wahl bildete die Sesshaftigkeit in der ursprünglichen Heimatgemeinde¹³⁹.

Verhielt sich ein gewählter Ratsherr entgegen den Vorstellungen der Ratsmehrheit, so wurde er von seinem Amt auf Zeit suspendiert oder gar abgesetzt; die Massnahmen oder deren Androhung trafen des öfters Schuldenmacher¹⁴⁰, gelegentlich auch Säufer¹⁴¹, Streithähne¹⁴² und solche, die sich — vorwiegend in der

¹³⁴ 11. 5., LRP 3 fol. 375a

¹³⁵ 17. 5., LRP 4 fol. 332a; Lb 1623/1731, S. 148 N. auf NG 1681; Lb 1690, fol. 108b und fol. 109b N.; Lb 1782, V. S. 13

¹³⁶ s. soeben Fn. 135

¹³⁷ Lb 1623/1731, S. 148 N.

¹³⁸ fol. 108b N. auf LG 1682; weder das Protokoll der Landsgemeinde noch jenes der Nachgemeinde 1682 enthalten allerdings einen entsprechenden Beschluss.

¹³⁹ Schluss aus Lb 1623/1731, S. 148 N. auf NG 1681; Lb 1690, fol. 109b N. auf NG 1681; Lb 1782, V. S. 13

¹⁴⁰ LR 17. 3. 1738 (Melchior Odermatt, Dallenwil), LRP 7 fol. 48b; LR 26. 9. 1753 (Wiederzulassung von Dorfvogt Melchior Remigi Wyrtsch auf Ende Jahr), LRP 8 fol. 223b; LR 19. 4. 1760 (Obervogt Bartholomäus Odermatt und Ratsherr Hans Melchior Odermatt), LRP 8 fol. 258a ff.; LR 30. 3. 1761 (Aufgabe des Amtes durch Hans Melchior Odermatt trotz Befriedigung der Gläubiger), LRP 8 fol. 294b

¹⁴¹ LR 18. 9. 1725 (Androhung der Suspension gegen Niklaus von Büren), LRP 6 fol. 209a f.; LR 23. 4. 1726 (Bestätigung der Suspension von Bürens), LRP 6 fol. 219a; LR 16. 9. 1726 (Wiederzulassung von Bürens), LRP 6 fol. 239b; LR 27. 6. 1729 (Androhung gegen Andreas von Matt), LRP 6 fol. 336b f.; LR 23. 3. 1735 (vorübergehender Ausschluss von Andreas von Matt), LRP 7 fol. 5b; WR 14. 2. 1746 und LR 23. 4. 1746 (Suspension von Kirchmeier Balzer Blättler), WRP 28 fol. 286a und LRP 7 fol. 230b; LR 13. 4. 1768 (Ausschlussdrohung gegen Hans Melchior Barmettler), LRP 9 fol. 131b

¹⁴² LR 31. 7. 1702 (Suspension bis zur Erledigung eines persönlichen Streites zwischen Landvogt [Fidel] Odermatt und Landschreiber [Karl Josef Anton] Lussi), LRP 5 fol. 24b; LR 22. 1. 1763 (Statthalter Maurus Lussi und Landesfähnrich Melchior Fidel Achermann auf zwei Monate), LRP 8 fol. 346b ff.

politischen Auseinandersetzung um das Antragsrecht — nicht wohlverhielten¹⁴³. Ehebrecherische Ratsherren erwarteten neben dem Ausschluss «bis auf Widerbegründigung eines gesessnen Landraths» eine Busse von 40 Gulden¹⁴⁴; auf zwei Jahre bemessen wurde die Ausschlusszeit 1749 für den Ürtevogt Anton Amstutz, der das 9. Gebot verletzt hatte¹⁴⁵.

Die auf Lebzeiten bestimmten Ratsherren konnten ihr Amt mit dem Einverständnis des Landrates resignieren und sich damit von den Amtspflichten entlasten¹⁴⁶. Bei Entlassungsgesuchen angeführte Gründe waren mehrheitlich Altersbeschwerden¹⁴⁷, in je einem Fall der angeschlagene Ruf¹⁴⁸ und der Wille, das Land Nidwalden auf Dauer zu verlassen¹⁴⁹.

2.1.3.2 Rät' und Landleute

Die Zusammensetzung von Rät' und Landleuten konnte sowohl auf der Ratsseite wie auch hinsichtlich der zugelassenen Landleute variieren. Ihre Offenheit lässt einen Vergleich mit dem Institut der Landsgemeinde und der Nachgemeinde zu, dem sie aber hinsichtlich der Macht untergeordnet blieben.

Im Grundmuster bestanden Rät' und Landleute auf der Ratsseite aus dem «ehr-samen Rat»¹⁵⁰. Für bestimmte Geschäfte verstärkte sich die obrigkeitliche Seite, indem statt nur der Wochenrat¹⁵¹ der gesamte Landrat berufen wurde¹⁵² und die-

¹⁴³ LR 1. 9. 1692 (Ausschluss von Landmajor Hans Kaspar Achermann auf Lebzeiten, von Landvogt Franz Melchior Zelger, Genossenvogt Sebastian Stulz, Kirchmeier Peter Keyser und Balthasar Joller bis zur Bezahlung einer Busse) LRP 4 fol. 67a f.; vgl. S. 176. — LR 29. 5. 1775 (Ausschluss von Landvogt [Franz Xaver] Bali), LRP 10 fol. 60a f.; LR 23. 4. 1777 (Aufrechterhaltung der Massnahme gegen Bali), LRP 10 fol. 83a; LRP 30. 4. 1777 (Wiederzulassung von Bali auf den Termin seiner Rückkehr vom Castellanen-Dienst in Bellinzona), LRP 10 fol. 83b

¹⁴⁴ Lb 1623/1731, S. 20 N.; Lb 1690, fol. 17b N.; Lb 1782, IV. S. 13

¹⁴⁵ 25. 10., LRP 8 fol. 7a

¹⁴⁶ «Auff die nammens des Hr. Kirchmeyer Baltzer Hugen geschechene Vorstellung haben Ughhobern erkennet, das der bedachte Hr. Hug entweders die dem Rathplatz anhängige Beschwerden ertragen und aushalten, oder aber den Rathplatz quittieren solle.» LR 4. 5. 1772, LRP 9 fol. 280b

¹⁴⁷ LR 23. 4. 1717 (Johann Georg Amstutz), LRP 6 fol. 16a; LR 6. 5. 1743 (Landammann Melchior Remigi Lussy — 82-jährig!), LRP 7 fol. 184a; LR 5. 5. 1749 (Ratsherr[?] Blättler), LRP 7 fol. 280a; LR 7. 5. 1753 (alt Kirchmeier Kaspar Christen), LRP 8 fol. 71b; LR 10. 5. 1762 (Rechnungsherr [Josef] Barmettler), LRP 8 fol. 327a

¹⁴⁸ LR 30. 3. 1761 (Hans Melchior Odermatt), LRP 8 fol. 294b

¹⁴⁹ LR 27. 4. 1701 (Ürtevogt [evtl. Hans Kaspar, vgl. Bünti, Chronik, S. 95] von Büren, Ennetmoos), LRP 4 fol. 330a

¹⁵⁰ so in der Bewilligung von Heu-Ein- und Ausfuhr; Lb 1623/1731, S. 94 N.

¹⁵¹ Er wird mit dem «ehrsamen Rat» gemeint sein.

¹⁵² Für die Wahl und die Instruktion von Gesandten zu «Fürsten und Herren, auch yber die Eydtgnossschafft user»; Lb 1690, fol. 67a N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b; Lb 1782, V. S. 35. — Für die Bewilligung der Vieheinfuhr: LR 23. 4. 1782, LRP 10 fol. 199b; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 81;

ser unter Umständen gar in doppelter¹⁵³ oder dreifacher Besetzung¹⁵⁴ antrat. Welche Absicht mit der personellen Verstärkung verfolgt wurde, geht aus den Protokollen nicht hervor. Da die dreifache Form hauptsächlich zur Behandlung besonders wichtiger Anliegen gewählt wurde¹⁵⁵, liegt die Vermutung nahe, dass der Behörde an einer Mindestpräsenz gelegen war; inwieweit sichergestellt werden wollte, dass Entscheidungen nicht von einem zufälligen Haufen versammelter Landleute in einer der Obrigkeit vielleicht unliebsamen Art gefällt wurden, bleibt offen.

Der Kreis der zugelassenen Landleute war enger als bei der Landsgemeinde, indem die Unter-20-Jährigen zuerst 1624 von der Behandlung von Untertanenstreitigkeiten¹⁵⁶ und Malefizsachen¹⁵⁷, dann 1677 allgemein von allen Rät' und Landleute-Versammlungen ausgeschlossen wurden¹⁵⁸. Traten Rät' und Landleute zur Abhaltung eines Landtages zusammen, wurde die Teilnahmeberechtigung ab dem Jahre 1744 erst mit 30 Jahren gewährt¹⁵⁹; zuvor besassen die 20- bis 30-Jährigen noch das Recht auf Zutritt¹⁶⁰. Inwieweit die erhöhte Altersgrenze in der Folge auch auf die übrigen Verhandlungsgegenstände von Rät' und Landleuten allgemein ausgedehnt wurde, kann nicht definitiv beantwortet werden. Bei der Einberufung des Gremiums «zur Bestättigung des neuwen Articul-Buochs» begrenzte die Nachgemeinde 1781 den Zuzug der Landleute jedenfalls ausdrücklich auf «die über 30 Jahre»¹⁶¹.

An Landtagen galt zusätzlich die Vorschrift, dass neben den Räten auch die Landleute in schicklicher Kleidung und mit angehängtem Degen erschienen¹⁶². Die Wächter waren beauftragt, solche, die «keine Camisöler, Strimpf old Schuo

vgl. S. 286 ff. — Für die Beurteilung von Malefizverbrechen vgl. die Protokolltitel «Vor meinen gnädigen Herren, einem ehrsamen und wohlweisen gesessenen Landssrath, auch gemeiner Landtleüthen uf . . .» 11. 5. 1702, LRP 5 fol. 14a; 13. 5. 1702, LRP 5 fol. 15a; 14. 10. 1704, LRP 5 fol. 78b; 14. 11. 1708, LRP 5 fol. 176a; 30. 10. 1710, LRP 5 fol. 246b; 18. 6. 1715, LRP 5 fol. 412a; 23. 11. 1715, LRP 5 fol. 427b

¹⁵³ Für die Behandlung von Rechtshändeln aus den deutschen und welschen Vogteien bis zum Jahre 1665, Lb 1690, fol. 107b f. N. auf Georgenlandrat 23. 4. 1665, LRP 3 fol. 147a. — Beispiele von Tagungen in dieser Form: 29. 9. 1703, LRP 5 fol. 47b; 3. 2. 1710, LRP 5 fol. 215b

¹⁵⁴ Diese Komposition wurde gegen Ende des 18. Jahrhunderts bevorzugt. Beispiele: 9. 10. 1775, LGP B fol. 81a; 14. 8. 1776, LRP 8 fol. 88b; 16. 9. 1776, LGP B fol. 91a; 16. 12. 1776, LGP B fol. 94a; 30. 4. 1777, LGP B fol. 95b; 14. 7. 1777, LGP B fol. 100a; 10. 11. 1777, LGP B fol. 106a; 19. 1. 1778, LGP B fol. 108a; 11. 5. 1780, LGP B fol. 128b; 11. 5. 1782, LGP B fol. 149a

¹⁵⁵ zum Beispiel zur Genehmigung des Landbuches am 11. 5. 1782, LGP B fol. 149a, berufen durch die Nachgemeinde am 16. 5. 1781, LGP B fol. 142a

¹⁵⁶ die 1665 an den 2-LR übergingen; s. S. 296

¹⁵⁷ Lb 1690, fol. 107b; NG 5. 5. 1624, LRP 2 fol. 221b

¹⁵⁸ NG 9. 5. 1677, LRP 3 fol. 337a; Lb 1623/1731, S. 115 N.;

¹⁵⁹ «. . . damit wegen iungem Vollkh nit (wie lestermahlen beschechen) eine Confusion erfolgen thuoe.» NG 10. 5. 1744, LGP A fol. 67b; Lb 1623/1731, S. 132 N., S. 133 N.; Lb 1782, III. S. 3; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 125b f.

¹⁶⁰ Lb 1690, fol. 97b

¹⁶¹ 14. 5., LGP B fol. 142a

¹⁶² Lb 1623/1731, S. 115 N. auf NG 6. 5. 1635, LRP 2 fol. 405b; Lb 1690, fol. 138b

old Holtzschuo [tragen] old sonst unanständig gekleidet kommen», vom Versammlungsraum fernzuhalten¹⁶³. Erst ab der Phase der Urteilsfindung hatten sich auch die Priesteranwärter, die Verwandten bis zum vierten Grad und alle, die unfähig einen Eid zu schwören erklärt waren, zurückzuziehen¹⁶⁴.

2.1.3.3 Mehrfache Landräte

Für die Formierung des Zweifachen Landrates wurde jedem Ratsherrn ein Landmann jener Urte, aus welcher der Abgeordnete stammte, beigegeben. Die Verdoppelung wurde nicht nur auf die Urte-Vertreter angewandt, sondern auch auf jene Mitglieder des Rates, die von Amtes wegen zum einfachen Landrat zählten¹⁶⁵. Bis 1744 war es dem einzelnen Ratsherrn überlassen, persönlich einen «ehrlichen, verständigen Landtman» auszuwählen¹⁶⁶. Darnach gelangte das Wahlrecht an die Urte-Gemeinde, die ihre zusätzlichen Abgeordneten bloss auf ein Jahr bestimmte¹⁶⁷.

Dem zusätzlich abgeordneten Landmann wurde Zutritt zum Ratssaal nur gewährt, wenn er mindestens 20 Jahre alt war und mit Mantel und Degen erschien. Verboten war zunächst die Mitnahme des eigenen Sohnes¹⁶⁸, ab 1782 wurde sie erlaubt, ebenso die Hinzugabe eines Bruders. Untersagt blieb aber auf der Landleuteseite die Wahl von Vater und Sohn oder jene zweier Brüder¹⁶⁹.

Für die Bestellung des Dreifachen Landrates galten grundsätzlich die gleichen Regeln. Die Wahl der zwei zusätzlichen Urte-Delegierten durch die Urte-Gemeinde war allerdings schon 1702 bei der geplanten, aber vom Volk nicht akzeptierten Aufstockung des Georgenlandrates in Aussicht genommen worden¹⁷⁰. 1713 wurde die Bestimmung indessen von der Landsgemeinde in der Form vorübergehend gutgeheissen, dass «ein jeder Rahtss-Freündt 2 verständige Landleüth

¹⁶³ LR 5. 7. 1771, LRP 9 fol. 249a; Lb 1782, III. S. 2

¹⁶⁴ Lb 1623/1731, S. 133 N., S. 217 N.; Lb 1782, III. S. 3

¹⁶⁵ Lb 1782, V. S. 8

¹⁶⁶ Lb 1623/1731, S. 146 N. auf LR 23. 4. 1665, LRP 3 fol. 147a; Lb 1690, fol. 107b f. . — Beispiele von solchermassen zusammengesetzten Räten: 23. 4. 1699, LRP 4 fol. 263a; 23. 4. 1700, LRP 4 fol. 315a; 23. 5. 1701, LRP 4 fol. 434b; 17. 8. 1701, LRP 4 fol. 336b

¹⁶⁷ «Jedtere Ürtty in unsserem Landt solle an jhrer Meyen Gemeindt ein verständigen Landtman erwöllen, . . . versteht sich für jeden Rathsherr ein Landtman von denen Ürtenen ernambset werden solle.» NG 10. 5. 1744, LGP A fol. 67b; Lb 1623/1731, S. 147 N.; Lb 1782, V. S. 8. — Beispiele von Tagungen in dieser Form: 8. 3. 1753, LGP A fol. 153a; 14. 4. 1755, LGP A fol. 164b; 1. 9. 1755, LGP A fol. 174b; 13. 10. 1755, LRP 8 fol. 147b; 13. 3. 1765, LGP A fol. 254b; 11. 10. 1766, LGP A fol. 272a; 3. 8. 1770, LGP B fol. 12a

¹⁶⁸ Lb 1623/1731, S. 146 N. auf NG 9. 5. 1677, LRP 3 fol. 337a; Lb 1690, fol. 108a

¹⁶⁹ «. . . mit der Erleütherung, das wann ein Vatter oder Bruder in dem einfachen Rath sich befindet, soll der Sohn oder andere Bruder auch in zweifachen Rath mögen gethan werden, hingegen aber solle Vatter und Sohn oder zwey Brüder als Landtleüth nit mögen darin gethan werden.» Lb 1782, V. S. 8

¹⁷⁰ LR 24. 4., LRP 5 fol. 9a; LG 29. 4. 1702, LRP 5 fol. 10a

zue sich nemmen solle, welche gantz ohnpartheyisch und ohne Beding, doch ohne Berühr- und Entgelltnuss der Ührty-Rechten nach bester Tauglichkeit zue erkiessen, und selbige jährl[iche]n widerumben zue bestätten, oder aber andere an dero statt zue erwöllen, jederer Ührty lediglich überlassen und anhaimb gesetzt»¹⁷¹ wird. Während die Landbücher von 1623/1731 und um 1690 keine Angaben zum Dreifachen Landrat enthalten, bestimmt das Landbuch von 1782; «Es erscheinet darbey der Ein- und Zweyfache Landrath, und nebst disem wird in jeder Ürthi an der Ürthi-Gemeind annoch ein verständiger Mann jedem Raths-Freund, er seye amts- oder ürthi-wegen im Rath, zugegeben»¹⁷².

Eine Verdeutlichung in bezug auf die Zusammensetzung des Dreifachen Landrates, die aber Geltung auch für den Zweifachen Landrat hatte, sprach der Landrat 1743 aus: War ein Ratsangehöriger abwesend, so blieben die zu seiner Unterstützung beorderten Landleute von der Sitzung ausgeschlossen¹⁷³.

2.1.3.4 Ratsausschüsse

Der Wochenrat oder «einfache Rat» setzte sich ursprünglich aus den Vorgesetzten Herren und den Elfern zusammen¹⁷⁴. Jede Ürte hatte das Recht, einen Elfer zu bestimmen; bei der Auswahl war sie allerdings auf den Kreis ihrer Ratsherren oder Vorgesetzten Herren eingeschränkt¹⁷⁵. Der Gewählte verblieb ein Jahr im Amt; eine Bestätigung erfolgte in der Regel erst wieder, wenn alle übrigen Abgeordneten einer Ürte zur Elferwürde gelangt waren¹⁷⁶. Auf die Wiederwahl als Elfer konnte indes auch verzichtet werden¹⁷⁷. Nach einem Eintrag im Landbuch um 1690 waren die übrigen Ratsherren vom Besuch des einfachen Rates nicht ausgeschlossen, aber keineswegs dazu verpflichtet¹⁷⁸.

Noch 1744 muss im damals gültigen Artikelbuch die Regel gestanden haben, welche die Elfer zur Teilnahme am Wochenrat verpflichtete¹⁷⁹. Die aus dieser Zeit überlieferten Landbücher enthalten jedoch bereits die lockere Fassung, die bloss noch fordert, dass «uff das wenigst auss einer ieden Ürthi ein Rathsfreundt beyzuwohnen schuldig seyn solle»¹⁸⁰. Dasselbe bestimmte auch ein Zweifacher

¹⁷¹ 7. 5., LRP 5 fol. 325a f.

¹⁷² V. S. 7

¹⁷³ 4. 2., LRP 7 fol. 179b

¹⁷⁴ Bünti, Chronik, S. 95 Fn. 12; Durrer, Kunstdenkmäler, S. 830

¹⁷⁵ 3-LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 183b; Lb 1623/1731, S. 91 N.

¹⁷⁶ s. S. 334

¹⁷⁷ vgl. LR 4. 5. 1744, LRP 7 fol. 203b

¹⁷⁸ fol. 107a f.; vgl. auch Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 184

¹⁷⁹ LR 14. 12. 1744, LRP 7 fol. 211a

¹⁸⁰ Lb 1623/1731, S. 145 N. auf NG 1649 und 1660; NG 27. 5. 1649, LRP 3 fol. 14a; NG 9.5. 1660, LRP 3 fol. 110b; Lb 1690, fol. 106b

Landrat im Jahre 1697¹⁸¹. Während 1744¹⁸² in Beobachtung der ursprünglichen Vorschrift die Vertretung durch einen Ratsherrn eher wieder als Ausnahme bewertet wurde¹⁸³, anerkannte das Landbuch von 1782 allein noch die weniger strenge Regel¹⁸⁴. Seitdem sie im 17. Jahrhundert erstmals in Gültigkeit kam, wies sie die Ratsherren an, sich selbst über einen Turnus im Besuch des Wochenrates abzusprechen¹⁸⁵.

Für die Behandlung unaufschiebbarer und eiliger Geschäfte war es dem Landammann gestattet, «wie von alltem häro» Extra-Rath zu halten¹⁸⁶. Reichte die Zeit aus, «etliche der Rhäden zu beschikhen oder sy wissen [zu] lassen», so war ihm das anempfohlen; andernfalls sollte er mindestens mit dem Kirchenrat von Stans¹⁸⁷ verhandeln, was «nit Ufzug lyden mag»¹⁸⁸.

In der Zusammensetzung von ad hoc-Kommissionen war die berufende Behörde völlig frei. Je nach den Gegenständen, die dieser zur Vorberatung oder Verabschiedung überlassen wurden, umfassten sie mehr oder weniger zahlreiche honorable Persönlichkeiten. Zur Vorbereitung eines Häuserkaufs im Hauptflecken Stans wurde zum Beispiel eine Kommission aus dem dortigen Dorfvogt und dem Kirchmeier bestimmt¹⁸⁹, zur Neugestaltung des Beisteuerwesens der regierende Landammann, ein alt Landammann und der Statthalter¹⁹⁰, zur Konzeptionierung einer Zollvereinbarung mit Ursenen vier Landammänner, der Statthalter, der Pannerherr und ein Ratsherr¹⁹¹. Gebildet werden konnte ein Ausschuss auch aus allen Vorgesetzten Herren¹⁹², zu welchen die Elfer¹⁹³ oder darüber hinaus weitere Männer¹⁹⁴ hinzugesellt werden konnten. Dazwischen liegen alle denkbaren Kombinationen und Varianten bis hin zum unbestimmten «Landratausschuss»¹⁹⁵. Bezüglich der Teilnahme der Beamten bestimmte der Landrat 1737

¹⁸¹ 23. 4., LRP 4 fol. 229b

¹⁸² Auch 1711 strich ein Landrat die Ratsbesuchspflicht der Elfer besonders hervor! LR 1. 6., LRP 5 fol. 259b

¹⁸³ «Weilen der Landarticell enthältet, dass alle Rathstät der Eindliffer den Raht frequentieren sollen, und aber solchen Articul von einigen hhr. Räthen nit mehr observiert worden, alss haben Mgdhhr. dem Articul neüwerdingen bestättet undt erkhennt, dass fürs kinftig auss jeder Ürthi, wan nit der Eindliffer, doch aber ein Rathshr. . . . zu erschynen schuldig seyn solle, . . . » LR 14. 12., LRP 7 fol. 211a

¹⁸⁴ I. S. 9; V. S. 11

¹⁸⁵ 2-LR 23. 4. 1697, LRP 4 fol. 229b; Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 106b f.; Lb 1782, V. S. 11; LR 14. 12. 1744, LRP 7 fol. 211a

¹⁸⁶ Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1782, I. S. 10, V. S. 11

¹⁸⁷ Nach Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 185, sind das die Räte aus der Kirchhöre Stans.

¹⁸⁸ Lb 1690, fol. 107b

¹⁸⁹ LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81b

¹⁹⁰ LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a

¹⁹¹ WR 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 147b

¹⁹² LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b

¹⁹³ WR 13. 2. 1713, WRP 24 fol. 97a; 2-LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 321a

¹⁹⁴ LR 23. 4. 1729, LRP 6 fol. 328b: «. . . die Herren Vorgesetzte, die Hrn. Eindleffer undt von ieder Ürthy ein gescheider Landtman . . . »

¹⁹⁵ Versammlungen zum Beispiel am 15. 3. 1718, LRP 6 fol. 37a, und am 26. 3. 1718, LRP 6 fol. 37b

aus finanziellen Erwägungen, dass bei Ausschüssen «allein ein Landtschreiber, der Landtweibel oder der Landtsleüffer (verstehet sich nur zwey) erscheinen sollen und folglich miteinanderen abwechseln» mögen¹⁹⁶.

Auch von Sparbestrebungen motiviert war die Zusammensetzung der Prüfungskommission für die Siechenrechnung, die aus dem regierenden Landammann, dem Obervogt, einem Beamten und dem Siechenvogt selbst bestand¹⁹⁷. Das Landbuch von 1782 verdeutlichte, dass es sich bei dem Amtsmann um den Landschreiber handelte und verlangte die Präsenz des alten und des neuen Siechenvogtes¹⁹⁸. Wesentlich mehr Männer wurden dagegen zur Prüfung der übrigen Rechnungen — der sogenannten «oberkeitlichen», der des Säckelmeisters, der Zoller, des Salzwesens, des Zeughauses sowie der Angster- und Umgeld-wie auch der Stansstader Sustrechnung — abgeordnet, nämlich die drei Rechnungsherren, alle Herren Landammänner, der Statthalter, der Säckelmeister, der Obervogt, der Bau- beziehungsweise Zeugherr samt dem Geschworenen Gericht¹⁹⁹. — 1748 wurde von der Nachgemeinde die aufgeworfene Frage, ob man das Amt des Rechnungsherrn²⁰⁰ «wolle lassen abgehñ oder nicht», verneint²⁰¹.

Der Feuerrat bestand zunächst für das ganze Gebiet des Landes aus allen Vorgesetzten Herren²⁰²; das Landbuch von 1782 erläuterte näher, dass im «Feür-Rath zu Stans . . . alle H[erren] Vorgesetzte, so im Stanser Kirchgang wohnen, ernam-set» wären. Das Präsidium hielt der regierende Landammann inne, sofern er im Dorfe wohnhaft war, andernfalls der älteste Landammann oder der Statthalter. In den übrigen Ürten bildete sich der Feuerrat aus den «in der Ürthi sich befindliche[n] H[erren] Räth, sie mögen dann ürthi- oder amtswegen im Raht seyn, samt dem Gnossen- oder Ürthi-Vogt»²⁰³.

Ein erster ad hoc-Sanitätsrat wurde zur Behandlung eines Einzelproblems 1713 aus drei Landammännern und drei weiteren Vorgesetzten Herren zusammengesetzt²⁰⁴. Das ständige Gremium, das 1774 «nach dem Beyspihl anderer lob[licher] Ständen» formiert worden war, bestand aus zwei Landammännern, dem Statthalter und dem Landesfähnrich²⁰⁵. Die Landbuch-Redaktion von 1782 erweiterte den Sanitätsrat, indem sie alle Landammänner, den Statthalter sowie «zwey Doc-

¹⁹⁶ Lb 1623/1731, S. 2 N. auf LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 41a (Die Protokollstelle berichtet nur über den bestätigten Jahrlohn und verweist auf das Landbuch); Bestätigung: 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b

¹⁹⁷ LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; Lb 1623/1731, S. 119 N.; Lb 1690, fol. 111a N.

¹⁹⁸ II. S. 34

¹⁹⁹ Lb 1782, V. S. 30

²⁰⁰ d.h. aber nicht die Rechnungsprüfungskommission überhaupt!

²⁰¹ 11. 5., LGP A fol. 98b

²⁰² Lb 1623/1731, S. 218 N. auf LR 5. 1. 1746, LRP 7 fol. 226b f.

²⁰³ Lb 1782, V. S. 33

²⁰⁴ 2-LR 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 354a

²⁰⁵ Letzterer wurde wohl wegen der Tatsache, dass er ausgebildeter Arzt war, in den Rat delegiert. — WR 24. 1. 1774, WRP 33 fol. 251a; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

toren und zwey Schärer, so das Wartgeld beziehen», zu seinen Mitgliedern bestimmte²⁰⁶.

Nach welchen Kriterien der Kriegsrat zu Beginn des 18. Jahrhunderts zusammengestellt wurde, lässt sich nicht feststellen. Im April 1709 wurde der offensichtlich bestehende Rat um den Statthalter²⁰⁷ und um den Pannerherrn ergänzt²⁰⁸. Die ausserordentliche Landsgemeinde vom 19. April 1712 wählte anstelle eines alt Landammanns, «ob zware selbiger gestern zue einem Kriegss-Rath uff Pfäffickhon ernambset» worden war, «auss erhöblichen Beweg-Ursachen» den Landeshauptmann in Nidwalden in den (mehrörtigen) Geheimen Kriegsrat und ordnete an, er wäre im Falle, dass er «das General Comando über die Völlkher von Ob- und Nidt dem Kernwaldt insgesamt an sich nemmen» würde, durch den bereits im Nidwaldner Kriegsrat sitzenden Landeshauptmann in Nidwalden zu ersetzen²⁰⁹.

Aufgrund des Hilfegesuchs der Urner, die mit ihren Untertanen in der Leventina im Streit lagen, delegierte ein Dreifacher Landrat «krafft einer Landtsgemeindt» am 7. Mai 1755 alle vier Landammänner, den Statthalter, den Pannerherrn, den Säckelmeister und den Zeugherrn in den Kriegsrat²¹⁰. Ausdrücklich festgehalten wurde ferner, dass «wan ein Kriegsrath abgeht, . . . ein anderer substituiert werden» soll. Zugang zu dem Rat wurde auch den «erwellten Herren Haubtleüth» gewährt, «um zu jnformieren und die Order zu empfangen»²¹¹.

Obwohl das Landbuch von 1782 die Angehörigen des Kriegsrates genau bezeichnete²¹², wählte eine ausserordentliche Landsgemeinde am 13. April 1798 den Rat dennoch und ergänzte ihn mit einem Landmann aus jedem Kirchgang²¹³.

2.1.4 TAGESZEIT

Die Angaben darüber, zu welcher Tageszeit sich ein Rat gewöhnlich versammelte, sind spärlich. Schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hat sich der Landrat in der Regel am Morgen — nach der Hauptmesse in der Stanser Pfarrkirche — versammelt²¹⁴. Der ordentliche Beginn um zehn Uhr wurde 1743 aufgrund

²⁰⁶ V. S. 31

²⁰⁷ und zufällig gleichzeitigen Landeshauptmann in Nidwalden

²⁰⁸ R&L 21. 4., LRP 5 fol. 190b

²⁰⁹ LRP 5 fol. 280a

²¹⁰ Sie waren damit vom Dienst in den Rotten befreit! Versammlung des Kriegsrates und der Rotten 11. 5. 1755, LGP A fol. b171a

²¹¹ LGP A fol. a170a

²¹² «Alle Hh. Vorgesetzte, die Stabs-Officiers und Hauptleüth unsres Landts machen den Kriegsrath aus.» V. S. 32

²¹³ Die zusätzlichen Kriegsräte wiesen ein Alter von über 60 Jahren auf; LGP B fol. 297b

²¹⁴ Festsetzung des Beginns des Landrates auf 10 Uhr durch den Landrat am 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a, des Georgenlandrates auf «alle Zeit gleich uff die Mäss» durch den Zweifachen Landrat am 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 207b, und Korrektur auf 11 Uhr durch die gleiche Behörde am 23. 4. 1697, LRP 4 fol. 229b. — Einberufung auf 10 Uhr: LR 10. 12. 1731, LRP 6 fol. 388b

einer «vor Jahren gemachte[n] Ordnung» bestätigt und schliesslich in den Landbüchern von 1623/1731²¹⁵ und von 1782²¹⁶ ausdrücklich festgehalten. Dieser Zeitpunkt wird auch für die mehrfachen Räte gegolten haben, sofern sie allein oder als erste zusammentraten. Tage zuerst ein einfacher Rat, so verzögerte sich das Antreten der Zugezogenen entsprechend. Demgegenüber wurden Rät' und Landleute gemäss den seltenen Angaben auf 14 Uhr²¹⁷, auf 16 Uhr²¹⁸ oder zwölf Uhr²¹⁹ befohlen, doch konnten sie ihre Geschäfte durchaus auch schon vormittags in Angriff nehmen²²⁰. Übten sie ihre Rechte als Malefizgericht aus, so gehörte die Frage, ob «die Tagzeit allso weith verflossen, das man nach Gewohnheit, keyserlichen Rechten²²¹ und alltem Härkommen über das Bluot richten und urtheilen möge», zum Zeremoniell²²², doch wird die entscheidende Stunde selbst nicht genannt.

2.1.5 VERSAMMLUNGSSORT

Üblicher Versammlungsort der Räte im 18. Jahrhundert war das Rathaus in Stans. Bis zu seiner Zerstörung am 17. März 1713 enthielt es in seinen Obergeschossen eine grosse Ratsstube für den Landrat und eine kleine für den Wocherrat. Im 1. Stock befand sich die Tanzlaube, die aber neben dieser Lustbarkeit auch Rät' und Landleuten für die Abhaltung von Landtagen diente und allgemein bei grossem Andrang der Landleute benutzt wurde²²³. In der ersten Zeit nach dem Dorfbrand, da kein geeignetes öffentliches Gebäude mehr zur Verfügung stand, hielten die Räte ihre Sitzungen in dem oberen Saal Landammann Beat Jakob Leuws ab, dessen stattliches Haus an der Nägeligasse von der Katastrophe verschont geblieben war²²⁴.

Das neue Rathaus, das ab dem Juni teilweise und ab dem November 1715 gänzlich wieder zur Verfügung stand, hielt sich in der Raumaufteilung im wesentlichen an den Vorgängerbau. Auf den 2. Stock kam die nunmehr einzige Ratsstube zu liegen, auf den 1. Stock der Gerichtssaal für Landtage, der auch als Lokal für grössere, ausserordentliche Versammlungen diente²²⁵.

²¹⁵ S. 146 N.

²¹⁶ V. S. 10

²¹⁷ Beispiele: 1. 5. 1712, WRP 24 fol. 19a; 23. 6. 1712, WRP 24 fol. 37a; 18. 7. 1712, WRP 24 fol. 45a

²¹⁸ 14. 4. 1712, WRP 24 fol. 15a

²¹⁹ 20. 5. 1712, WRP 24 fol. 22b

²²⁰ vgl. LR 16. 10. 1748, LRP 7 fol. 276b

²²¹ Angaben aus der «Carolina» Karl V. sind nicht erhältlich und wären wohl auch unnütz! s. S. 291 Fn. 376

²²² Lb 1623/1731, S. 132 N.

²²³ Durrer, Kunstdenkmäler, S. 853 ff.; übermässig dürfte der Zulauf der Landleute im allgemeinen nicht gewesen sein, ist doch gar ein Beispiel ihrer völligen Absenz bekannt; s. S. 216; Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 166 f.

²²⁴ Steiner-Barmettler, S. 35; LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 320b

²²⁵ Durrer, Kunstdenkmäler, S. 860 ff.; Steiner-Barmettler, S. 50 ff.

Mindestens für Extra-Räte und Kommissionssitzungen stand das Rathaus nicht stets in bester Beliebtheit — Wirtshäuser wurden ihm offenbar häufig vorgezogen. 1757 überliess der Landrat die Wahl der Lokalität dem regierenden Landammann, schränkte aber ein, die Sitzungen sollten wenigstens «sommerzeysts» auf dem Rathaus gehalten werden²²⁶.

2.1.6 PRÄSENZPFLICHT

Die Angehörigen der Räte — Vorgesetzte wie Ratsherren²²⁷ — waren verpflichtet, die Ratssitzungen zu besuchen und die Verhandlungen so lange im Rate zu verfolgen, wie Traktanden zur Sprache kamen, die zu Beginn der Landratssitzung angekündigt worden sind²²⁸. Den unentschuldigt Abwesenden drohte eine Busse, die 1697 einen Louis d'or²²⁹, 1702 fünf Gulden und 1756 einen Gulden betrug²³⁰. Einen Gulden Busse drohte das Landbuch von 1782 auch jenem Ratsfreund an, der — war die Reihe an ihm — den Wochenrat nicht besuchte²³¹.

Als akzeptierter Entschuldigungsgrund galten «Gottes Gewalt und ehrhaffte Noth»²³² oder — nach einer anderen Formulierung — «wichtige Ursachen»²³³. Die Bewilligung für das Ausbleiben war im voraus beim regierenden Landammann einzuholen²³⁴, ebenso die Erlaubnis für ein früheres Verlassen des Ratssaales²³⁵. Die Kontrolle über die Absenzen war den Amtsleuten aufgetragen²³⁶. Die Korrektion der Säumigen in Form einer Ermahnung oder Büssung erfolgte durch den Wochenrat²³⁷ oder den Landrat²³⁸.

²²⁶ 23. 4., LRP 8 fol. 192a

²²⁷ Besonders hervorgehoben wurde die Präsenzpflicht der Elfer vom LR am 1. 6. 1711, LRP 5 fol. 259b

²²⁸ LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a; LR 16. 9. 1697, LRP 4 fol. 239a; LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 145b; LR 22. 1. 1744, LRP 7 fol. 197b; Lb 1623/1731, S. 146 N. auf LR 24. 4. 1690, LR 23. 12. 1697, LRP 4 fol. 241b und LR 18. 12. 1730 (Ein diesbezüglicher Eintrag fehlt im Protokollband LRP 6 fol. 373a ff.); Lb 1782, V. S. 10

²²⁹ 1 Louis d'or liegt betragsmäßig eher über 10 Gulden; vgl. das Nidwaldner Münzmandat von 1767, abgedruckt bei Schwarz/Püntener, S. 73 ff. und die dortigen Fussnoten. — LR 16. 9. 1697, LRP 4 fol. 239a

²³⁰ LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 14. 4. 1756, LRP 8 fol. 161a

²³¹ V. S. 11

²³² Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1782, I. S. 8; LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 1. 6. 1711, LRP 5 fol. 259b

²³³ LR 16. 9. 1697, LRP 4 fol. 239a

²³⁴ LR 16. 9. 1697, LRP 4 fol. 239a; LR 23. 4. 1715, LRP 5 fol. 406b; Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1782, I. S. 8. — Das Lb 1690 lässt auch die Entschuldigung bei einem Amtsmann gelten; fol. 106b

²³⁵ vgl. R&L 13. 10. 1704, LRP 5 fol. 78b; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a

²³⁶ LR 17. 9. 1708, LRP 5 fol. 173b

²³⁷ LR 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 145b; LR 20. 8. 1708, LRP 5 fol. 169b; LR 15. 9. 1721, LRP 6 fol. 117a; LR 14. 4. 1756, LRP 8 fol. 161a; LR 1. 7. 1771, LRP 9 fol. 247a

²³⁸ LR 1. 6. 1711, LRP 5 fol. 259b; LR 5. 9. 1729, LRP 6 fol. 346a; LR 15. 7. 1754, LRP 8 fol. 112a

2.1.7 SICHERUNG

Mit Ausnahme der Versammlung von Rät' und Landleuten, die sich gerade durch ihr Stattfinden bei offenen Türen charakterisierten²³⁹, verhandelten die Räte geheim²⁴⁰. Um Unberechtigten das Mitlauschen zu verunmöglichen, wurde der Ratssaal mit einer Doppeltüre versehen²⁴¹, und 1746 ordnete der Landrat gar an, «dass man trachten undt werckstellig mache, dass die üssere Porten für sich selbsten zufallen undt selbsten sich beschliessen» tue²⁴². Als zusätzliche Sicherung bezog während den Sitzungen der Landläufer Posten vor dem Saaleingang, dessen Türen er verschlossen halten musste²⁴³. 1713 wurde dem Landläufer gar befohlen, «sich under der ersten Stiegen uffzuehalten undt niemanden hinauff zue lassen, ess währe dan sach, dass es M[eine] g[nädigen] H[erren] verlangten»²⁴⁴. Waren Rät' und Landleute angesagt, so hatten die Amtsleute allgemein dafür zu sorgen, dass nicht auch Unberechtigte sich Zugang zu dem Ratssaal verschafften oder solche, die nicht in schicklicher Aufmachung erschienen waren²⁴⁵. Bei Landtagen, die sichtlich besonders viel Volk anzuziehen vermochten, wurden zusätzlich zwei Wächter in den Vorraum befohlen, um Minderjährige, unanständig Gekleidete und Fremde abzuhalten²⁴⁶.

2.1.8 AUFLAGEN UND ENTSCHÄDIGUNGEN

Das Amt des Ratsherrn war gleich jenem der Vorgesetzten Herren mit einer Auflage verbunden, die zugunsten des Zeughauses²⁴⁷ im Betrage von 4½ Gulden²⁴⁸ und zugunsten der Salzvorratshaltung «ürthi- und amtswegen» im Betrage von neun Gulden bestand²⁴⁹. Hinzu kamen weitere Ämterauflagen, die von

²³⁹ Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 167

²⁴⁰ s. S. 245 f.

²⁴¹ Durrer, Kunstdenkmäler, S. 857, und dort zitierte Protokollstellen

²⁴² 17. 10., LRP 7 fol. 242b

²⁴³ LR 17. 10. 1746, LRP 7 fol. 242b; LR 27. 11. 1765, LRP 9 fol. 81a; LR 23. 4. 1773, LRP 9 fol. 310b; Lb 1782, I. S. 22: Der Landläufer solle sich «alle Raths- und Grichtstäg vor der Rathstubenthür sich fleissig einfinden und ohne Befelch sich niemal absentieren, auch jederzeit die Obsicht haben, das die aussere Rath-Stubenthür unter dem Rath und Gricht beschlossen seye und folgsamm die Rathschläg niemand hören köne, bey Verlust des Diensts.»

²⁴⁴ LR 28. 9., LRP 5 fol. 349a

²⁴⁵ mit Mantel oder Degen. Lb 1623/1731, S. 115 N., S. 146 N. auf NG 1677; Lb 1690, fol. 107b, fol. 138b in Anschluss an NG 6. 5. 1635, LRP 2 fol. 405b; vgl. S. 228 f.

²⁴⁶ NG 10. 5. 1744, LGP A fol. 67b; LR 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 126a; LR 5. 7. 1771, LRP 9 fol. 249a

²⁴⁷ Die Vorgesetzten unterstützten ihrerseits die Salzvorratshaltung.

²⁴⁸ NG 9. 5. 1694, LRP 4 fol. 157a; Lb 1623/1731, S. 129 N.

²⁴⁹ Lb 1782, II. S. 9



15 Mit Hilfe von zwei Türen wurde unbefugten das Mitlauschen bei Rats- und Gerichtssitzungen verwehrt.

den Ürten erhoben wurden²⁵⁰. Die Ratsherrenauflagen waren ausdrücklich auch von jenen geschuldet, die den Ratsplatz vom Amtes wegen einnahmen²⁵¹.

Den Auflagen gegenüber standen die Einnahmen — «Raths-Emolumenta»²⁵² —, die sich aus regelmässigen Bezügen und Entschädigungen nach Aufwand zusammensetzten. Die Grundbesoldung pro Jahr bestand aus der sogenannten St. Georgs-Krone²⁵³, dem Salztaler²⁵⁴ und dem Anteil an der freiwilligen französischen Pension in der Höhe von $7\frac{1}{2}$ Gulden²⁵⁵. Einen um $2\frac{1}{2}$ Gulden erhöhten Betrag bezogen die Elfer, die dadurch für die Mühen entschädigt wurden, die sich aus der ihnen aufgetragenen Verteilung des Pensionenrestes²⁵⁶ auf die eingerotteten Männer ergaben²⁵⁷. Nach einer Erläuterung aus dem Jahre 1760 hatten auch alle Landvögte «gleich denen im Landt sich befindenden H[erren] Räthen» Anspruch auf den Salztaler und die St. Georgs-Krone²⁵⁸. Hingegen nur das Pensionengeld wurde einem alt Landvogt, der den Kastellanen-Dienst in Bellinzona übernommen hatte und deshalb ausser Landes wohnte, zugesprochen, nicht aber die beiden übrigen Beträge, «weil er keine Beschwerden ertragt»²⁵⁹. Einem Ratsherr, der sich 1753 der Aufgaben des Ratsplatzes zu entledigen suchte, wurde die Entlassung gewährt «in Hoffnung, er wird den andern Herren Räthen die Dublonen und Jörj-Kronen²⁶⁰ verabfolgen lassen»²⁶¹. Verstarb ein Ratsherr, hatten seine Erben Anspruch auf den Pensionenanteil, sofern diese «in Monathsfirst nach dem Todtfahl ankäme»²⁶².

²⁵⁰ Ein die Ürte wechselnder Ratsherr konnte sein Amt behalten, wenn er gegenüber der ursprünglichen Gemeinde die «Steür- und Ürthi-Bräuch des Raths-Platzes halber» erfüllte; Lb 1782, V. S. 13

²⁵¹ LR 4. 5. 1750, LRP 8 fol. 16b

²⁵² LR 30. 4. 1777, LRP 10 fol. 83b

²⁵³ entspricht 2 Gulden; vgl. Landsäckelmeisterrechnung 1730/1731, fol. 22b

²⁵⁴ entspricht $2\frac{1}{4}$ Gulden. — 1744 wurde das vom Salzhändler Jeanneret bezahlte Salzregal in der Höhe von 400 Franken zur Hälfte — nämlich 150 Gulden — «nach alltem Bruch in [den] Landseckhell» gelegt und beschlossen, «die übrige Gl. 150 sollen unter alle hh. Räth und Beambtete . . . aussgetheilt werden»; LR 14. 12., LRP 7 fol. 211a

²⁵⁵ Von den gewöhnlich 1 333 Franken — 1 000 Gulden — der freiwilligen französischen Pension wurde den Ratsherren und Beamten vorab eine Münzdublone zugeteilt, der verbleibende Rest schliesslich an die Rottenangehörigen ausbezahlt. Vgl. LR 11. 1. 1773, LRP 9 fol. 302a f.; 2-LR 16. 2. 1778, LGP B fol. 109a f.; NG 9. 5. 1779, LGP B fol. 122a f.. Die gleichmässige Verteilung auf die Rottenangehörigen konnte erst 1773 erstmals durchgesetzt werden, nachdem zuvor zeitweilig auf den Empfang des Geldes verzichtet wurde, weil sich die Vertreter Frankreichs gegen eine öffentlich bekannte und kontrollierte Verteilungsform sträubten; s. S. 30 f. und S. 201

²⁵⁶ Es dürfte sich um rund die Hälfte des Betrages von 1 333 Franken gehandelt haben.

²⁵⁷ LR 11. 1. 1773, LRP 9 fol. 302a. — Zu seiner zusätzlichen Entschädigung als Richter s. S. 343

²⁵⁸ LR 23. 4., LRP 8 fol. 260a

²⁵⁹ LR 23. 4. 1777, LRP 10 fol. 83a; LR 30. 4. 1777, LRP 10 fol. 83b (Zitat)

²⁶⁰ St.-Georgs-Krone

²⁶¹ LR 7. 5., LRP 8 fol. 71b

²⁶² LR 25. 10. 1749, LRP 8 fol. 6b

Die Grundeinkünfte wurden durch «Sitzgelder» ergänzt, über deren Höhe gelegentliche Beschlüsse vorliegen²⁶³.

Anspruch auf ein «Solarium» hatten auch die Zugezogenen bei Zweifachen und Dreifachen Räten²⁶⁴. Wenn private Parteien oder Körperschaften aus den Untertanengebieten ihre Interessen vor hiesiger Behörde verfochten, wurden sie nicht selten zur Bezahlung eines Sitzgeldes verpflichtet²⁶⁵. Eine besondere Entschädigungsordnung galt, wenn sich Rät' und Landleute als Malefizgericht betätigten: «Von alltem häro» gebührten dem regierenden Landammann als Richter, dem Säckelmeister als seinem Beistand, den Vorsprechern des Klägers und des Übeltäters je 30 Schilling und nach einem Entscheid des Georgenlandrates von 1691 gleichviel den vier Beamten und den Dorfweibeln von Buochs und von Wolfenschiessen; die Wächter erhielten 20 Schilling²⁶⁶. Für das «gewohnte Nachtmahl» gewährten die Gnädigen Herren im April 1716 dem Landweibel zusätzlich vier Gulden²⁶⁷.

Anspruch auf eine Entschädigung, die vermutlich vom Elfer als dem ordentlichen Ratsmitglied aus seinem Jahrlohn geleistet werden musste, hatten die als Ersatz oder im Turnus am Wochenrat erschienenen Ratsherren²⁶⁸. Mit 30 Schilling wurden die Mitglieder von Ausschüssen für ihre Verrichtungen entschädigt²⁶⁹. Aus der Tatsache heraus, dass sich die Entlöhnungen erheblich zu Buche schlugen, gingen Bestrebungen auf eine Limitierung der Zahl der Kommissionsmitglieder und der Ausschüsse generell hervor²⁷⁰.

²⁶³ Beispiele: R&L 10. 9. 1692, LRP 4 fol. 70b; LR 29. 9. 1692, LRP 4 fol. 73b f.; LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 150a; 2-LR 20. 7. 1700, LRP 4 fol. 314a; 2-LR 13. 3. 1765, LGP A fol. 255a. — Die Beträge reichen von 20 Schilling bis zu 1½ Gulden pro Ratsherr.

²⁶⁴ vgl. 2-LR 20. 9. 1700, LRP 4 fol. 314a; LR 4. 1. 1730, LRP 6 fol. 354a; 2-LR 1. 9. 1755, LGP A fol. 176a

²⁶⁵ Beispiele: 2-LR 20. 9. 1700, LRP 4 fol. 313a; 2-LR 13. 4. 1722, LRP 6 fol. 123b; 2-LR 11. 12. 1731, LRP 6 fol. 390a; LR 24. 11. 1738, LRP 7 fol. 64a; 2-LR 8. 3. 1753, LGP A fol. a155a; 2-LR 22. 12. 1769, LGP B fol. 3b; 2-LR 29. 12. 1769, LGP B fol. 5b; 2-LR 24. 7. 1780, LGP B fol. 134a

²⁶⁶ Lb 1623/1731, S. 119 N., S. 110 f. N. auf LR 23. 4. 1691, LRP 4 fol. 32a, S. 112 N. (Jahrlohn des Buochser und des Wolfenschiesser Weibels); unter Berufung auch auf den LR vom 23. 4. 1691 sprach das Lb 1690, fol. 88a N., «denen Ambstleüthen und Weibeln iedem Batzen 10» zu.

²⁶⁷ Lb 1623/1731, S. 111 N.

²⁶⁸ vgl. LR 14. 12. 1744, LRP 7 fol. 211a. — Weder in Säckelmeisterrechnungen noch in den Jahrlohn-Artikeln der Landbücher finden sich Hinweise auf eine Extra-Entschädigung für die Teilnehmer am Wochenrat.

²⁶⁹ Lb 1782, II. S. 17

²⁷⁰ LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a: «Jnskünftige sollen bey Ablegung der Armenleüth oder Siechenrechnung zue Abschneidung grosser Köstungen mehrere nicht beywohnen als der regierende H. Landtamman, ein jeweylig H. Obervogt, einer von den Beambten sambt dem Siechenvogt selbsten, und wahre dabey die Meinung, d[al]ss einem jeden für den Taglohn ss. 30 sollten guetgemacht werden. Die heurige Rechnungskosten, weyl selbige, zue Befrembdung der Angewesten selbsten gar zue hoch steigen, sollen durch Hn. Obervogten revidiert werden.» — Lb 1623/1731, S. 2 N. auf LR 17. 6. 1737 (bestätigt bloss ohne Angaben den Lohn der Amtsleute), LRP 7 fol. 41a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; LR 13. 12. 1756, LRP 8 fol. 187a; LR 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a; vgl. auch Lb 1782, II. S. 17

2.2 Verfahren

2.2.1 LEITUNG

Analog den für die Gemeinden geltenden Regeln kam die Verhandlungsleitung in allen Räten dem regierenden Landammann zu. Bei seiner Verhinderung infolge Ausstands oder Landesabwesenheit trat an seine Stelle der Landesstatthalter. Fiel auch er ausser Betracht, so sprangen die alt Landammänner in der Reihenfolge ihres Alters ein¹. Schliesslich galt bei «Absentz aller H[erre]n Landtamman und H[errn] Statthalters» die Bestimmung, dass die Leitung von einem Landschreiber zu übernehmen sei, «so fern beyde sich gägenwertig befinden möchten». War von den beiden nur einer zugegen, so sollte «ein Landtweybel innskünftig die Umfrag halten und scheyden»².

Dem vorsitzenden Landammann, aber auch den Landschreibern und dem Landweibel, stand während den Ratssitzungen eine Weisungsgewalt zu; geboten sie zum Beispiel jemandem zu schweigen und leistete dieser keinen Gehorsam, so drohte ihm «zechen Pfundt Buss, allss offt einer das³ übergaht, einer möge sich dann mit Recht verantworten»⁴.

2.2.2 ÜBERPRÜFUNG DER ZUSAMMENSETZUNG UND DER ZUSTÄNDIGKEIT

Die Angehörigen der verschiedenen Räte waren unter Androhung von Strafe verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen und bis zu deren Ende auszuhalten. Feste Zahlen, welche Mindestanzahl von Abgeordneten oder Landleuten zugegen sein mussten, damit der Rat beschlussfähig war, werden nicht genannt. Die Frage, ob überhaupt eine genügende Repräsentanz gegeben sei, wurde vielmehr erst dann gestellt, wenn die Lücken augenfällig wurden. Verschiedentlich verschob der Landrat aus diesem Grund Geschäfte auf einen späteren Zeitpunkt⁵, und auch der Wochenrat konnte etwa zu Beschlüssen, «weyl M[eine] gn[ädigen] H[erren] dermahlen an der Zahl wenig . . . , sich nit befüegt befinden»⁶. Im Verhältnis zwischen Landrat und Wochenrat bestand immerhin diese Möglichkeit, dass nach Abwicklung der angekündigten Traktanden, womit die allgemeine Präsenzpflicht aufgehoben war, die weiteren Verhandlungen als nur vom Wochenrat geführt

¹ vgl. 2-LR 8. 3. 1753, LGP A fol. 154b

² LR 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 2a; somit war die Führung des Protokolls auf jeden Fall gewährleistet.

³ d.h. die Weisung

⁴ Lb 1623/1731, S. 108; Lb 1690, fol. 78b

⁵ LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 158b; LR 3. 7. 1713, LRP 5 fol. 338b; LR 10. 3. 1721, LRP 6 fol. 108a; LR 26. 9. 1753, LRP 8 fol. 82a

⁶ WR 6. 7. 1693, LRP 4 fol. 115a

protokolliert wurden⁷. In formeller Hinsicht forderte das Landbuch von 1782 die Landschreiber auf, die Ergebnisse dieser Beratungen auch tatsächlich im entsprechenden Protokollbuch des Wochenrates festzuhalten⁸.

Keine Rücksicht auf eine Mindestzahl von anwesenden Landleuten wurde bei Versammlungen von Rät' und Landleuten genommen; selbst ihre vollständige Abwesenheit verhinderte eine Beschlussfassung nicht⁹.

Abweichungen gegenüber den Regeln zur Bildung der mehrfachen Räte wurde mit Toleranz begegnet: 1695 wurde festgestellt, dass statt eines zusätzlichen Landmanns zwei Landleute zum Georgenlandrat mitgebracht worden waren, was die Gnädigen Herren «ohne Nachtheil undt Consequenz für dismahl» duldeten¹⁰; 1743 machte der Landrat die Feststellung, dass zu einem Dreifachen Landrat auch für die Abwesenden die zusätzlichen Delegierten erschienen waren, doch wolle er «für dissmahlen solches nit abenderen», sie aber künftig nicht weiter zulassen¹¹.

Aus dem Prinzip, dass sich ein Zweifacher Rat versammeln soll, wenn strittige Angelegenheiten aus deutschen oder welschen Vogteien kontradiktorisch zur Sprache kamen, ein einfacher aber, wenn nur eine Partei angereist war, konnte die Frage entstehen, wie zu verfahren sei, wenn der Rat bereits mehrfach besetzt war. 1700 wurde sie so entschieden, dass die erschienene Partei trotz Abwesenheit der andern von dem doppelten Rat angehört wurde¹².

In der Frage der Klärung der Zuständigkeit trug der Landammann die Hauptlast. In strittigen Angelegenheiten hatte er zu entscheiden, «ob solche für den Rath oder für Gricht gehören», welche Kompetenz später auf alle Gegenstände erweitert wurde¹³. Gelegentlich gebot der Landrat dem Landammann ausdrücklich, er solle bestimmte Geschäfte vom Rate weghalten, so die Entscheidung über die Zusammenweisung von Verwandtschaften in Beisteuerfragen¹⁴ und das Ausfallen von Urteilen «über Sachen, die eine gesetzte Buoss haben»¹⁵.

Nichtsdestotrotz blieben Landrat und Wochenrat von Zuständigkeitsprüfungen nicht verschont; wer über die Zuteilung der Brandsteuer, die nach dem Dorfbrand von Stans im Jahre 1713 in der ganzen Eidgenossenschaft gesammelt worden war, befinden sollte, blieb zunächst unklar, bis der Landrat mit der formellen Zustimmung des Geschworenen Gerichts die Aufgabe an die Hand nahm¹⁶. 1720

⁷ vgl. LR/WR 31. 5. 1706, LRP 5 fol. 116a ff.; 23. 3. 1707, LRP 5 fol. 128a ff.; 16. 6. 1707, LRP 5 fol. 137a ff.; 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 143b ff.; 19. 12. 1707, LRP 5 fol. 147b ff.; 25. 2. 1709, LRP 5 fol. 183a ff.; 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 250b ff.

⁸ V. S. 10

⁹ LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 413b

¹⁰ 23. 4., LRP 4 fol. 182b

¹¹ 4. 2., LRP 7 fol. 179b

¹² 2-LR 20. 9., LRP 4 fol. 313a

¹³ Lb 1623/1731, S. 91, S. 145 f. N.; Lb 1690, fol. 37a, fol. 113b; Lb 1782, I. S. 10, V. S. 10

¹⁴ 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a f.

¹⁵ 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b

¹⁶ LR 16. 7. 1714, LRP 5 fol. 388b f.; LR 23. 4. 1714, LRP 5 fol. 389b f.; GG 20. 7. 1714, GGP K, unpag.; Steiner-Barmettler, S. 73

wies der Landrat die Aburteilung zweier Delinquenten vor den Landtag¹⁷, 1736 setzte er den Landrat des Jahres 1717 zur Beurteilung einer bis damals zurückreichenden Angelegenheit ein¹⁸, 1750 verweigerte er die Verabschiedung von an der Nachgemeinde unerledigt gebliebenen Traktanden, weil «einem Landstrath nichts desthalb übergeben worden» war, obwohl an der Nachgemeinde selbst davon gesprochen wurde¹⁹. Schliesslich wies 1713 ein Zweifacher Landrat den Entscheid über die Zuständigkeit in einer aussenpolitischen Frage vor den Wochenrat, der feststellen sollte, «ob solchess vor ein 2-fachen Rath, vor die H[erre]n Kriegsräth oder aber allein vor den Rath gehörig» sei²⁰.

2.2.3 TRAKTANDENLISTE

An ein festes Traktandenmuster hielten sich die Räte nicht. Dem Landammann war aufgetragen, dem Wochenrat alles vorzubringen, «was für die Rhädt gehört»²¹, und an den Landrat zu weisen, was in dessen Beurteilung fiel²². Eine Verhandlungsstruktur ergab sich für den letzteren immerhin von zwei Seiten: Im Zuge der Auseinandersetzung um das Antragsrecht des gewöhnlichen Landmanns wurden einengende Formerfordernisse auch hinsichtlich des Anzugsrechts der Ratsherren im Rat selbst erlassen. Eine erste, vom Georgenlandrat 1690 verabschiedete Vorschrift forderte, dass «so etwer anders [als der Landammann] mehrere Händel vor ein Gesessner Rath wollte vorbringen lassen, solle es dem H[errn] Landtamman od[er] H[errn] Statthalter an[ge]zeigt und vorleüffig im Rath abgeläsen» werden²³. 1697 wurden die Landschreiber als Empfänger für die Anmeldung aller «Sachen, so für ein gesessner Landstrath gehören», genannt und die Pflicht zum Ablesen vor Verhandlungsbeginn derart begründet, «damit nicht, wie [bis] dahin öfftter beschechen, Sachen angezogen [werden], da der vollkommene gesessene Landstrath nicht mehr versamt und sich solcher allss eines gesessnen Landstraths Erkhanthnuss man hernach behelffen möge». Selbstkritisch wurde zugegeben, dies sei «zue theills gesuechten Vortheilen» etwa vorgekommen, was aber anderseits auch «zue verspirten Gefahrlichkeiten» geführt hätte²⁴. Wenig später wurde die Vorschrift nochmals bestätigt und dahin ergänzt, dass die Eingaben schriftlich zu erfolgen hätten²⁵.

¹⁷ 23. 12., LRP 6 fol. 101a

¹⁸ 23. 4., LRP 7 fol. 22a; da nur noch ein Viertel der damaligen Ratsherren unter den Lebenden weilt, trugen diese das umstrittene Geschäft dem gesamten Rat vor! alt LR 18. 5. 1736, LRP 7 fol. 26b

¹⁹ NG 24. 5. 1750, LGP A fol. 134b; LR 1. 6. 1750, LRP 8 fol. 21a

²⁰ 4. 12., LRP 5 fol. 354b

²¹ Lb 1690, fol. 107b

²² s. S. 119 und auch S. 241

²³ LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a

²⁴ LR 29. 12., LRP 4 fol. 241b

²⁵ 2-LR 23. 4. 1698, LRP 4 fol. 249a; LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a; LR 14. 7. 1705, LRP 5 fol. 92a; Lb 1623/1731, S. 196 N.; Lb 1782, V. S. 10.

Abgesehen von der Pflicht zur Voreingabe sämtlicher Anträge, die vordergründig mit Zuständigkeitsüberlegungen und besserer Information motiviert wurde, eigentlich aber eine Verstärkung der Kontrolle des Gebarens der Ratsherren darstellte²⁶, war deren Anzugsfreiheit weiter beschränkt durch das Verbot, Verbindliche Artikel in Diskussion zu ziehen²⁷.

Das Traktandenmuster der Landratssitzungen erfuhr entfernt eine gewisse Prägung durch regelmässige Umfragen und Bekanntgaben. Zur besseren Durchsetzung des Praktizierverbotes war gefordert, die Regelung an allen Fronfasten-Landräten im Anschluss an die Beratung der angesagten Traktanden²⁸ und später zur Mittagszeit²⁹ zu verlesen und Umfrage zu halten, wer allenfalls Kenntnis von Verstößen gegen die Ordnung erhalten habe. Ab dem dritten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts³⁰ wurde die Erforschung nicht mehr mit der vorherigen Intensität betrieben; erst 1744 hält das Protokoll wiederum eine ausdrückliche Umfrage fest³¹, ohne dass damit der Beginn einer neuen Regelmässigkeit verbunden wäre³².

Zum Verlesen des Praktizierartikels kam ab 1722 der gesamte Ratsherreneid hinzu, um die Abgeordneten «der schwären Pflicht der Verschwiegenheit zue erinneren»³³. Nach dem Protokoll zu schliessen, erfolgte auch diese Mahnung weniger nach der gebotenen Regelmässigkeit — ebenfalls jeweils an Fronfasten — als vielmehr dann, wenn nach dem Empfinden der Oberen die Ratssachen wiederum allzu leichtfertig ausgeschwatzt wurden³⁴.

Zunächst zur regelmässigen Abwicklung der anstehenden Prozesse und dann zur blossen Orientierung wurden in gleichen zeitlichen Abständen wie die Mahnungen die anstehenden Strafverfahren bekanntgegeben. Da gefordert war, dass solche Prozesse «under dess Landtamanss Regierung, under welcher solche auffgericht worden, ussgemacht werden», sollten sie «zuo Bewerkhstellung dessen durch die Landschr[eiber] vorgelegt und hierüber von M[einen] H[erren] disponiert werden»³⁵. Als 1735/1736 der Bestimmung zum Durchbruch verholfen wurde, dass «keine buossellige Sachen von M[einen] g[nä]d[igen] H[er]r[en] mehr bestraft, sonder[n] vor das Buossengricht gewüssen werden» sollen³⁶, si-

²⁶ Widerstand, wie ihn die Landleute bei gleichartigen Zusatzregeln zum Antragsrecht entgegensezten, ist innerhalb des Landrates nicht festzustellen; vgl. S. 175 ff.

²⁷ vgl. in bezug auf den Praktizierartikel Lb 1623/1731, S. 143 N.; Lb 1690, fol. 168a; Lb 1782, I. S. 5

²⁸ Lb 1623/1731, S. 143 N.; Lb 1690, fol. 167b; LR 14. 7. 1705, LRP 5 fol. 92a; LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 252a

²⁹ LR 23. 4. 1774, LRP 10 fol. 26b; Lb 1782, I. S. 4, V. S. 10

³⁰ genauer: ab 1723, eine Rückbesinnung griff 1729/1730 Platz.

³¹ LR 9. 3. 1744, LRP 7 fol. 200b

³² denkbar ist, dass jeweils bloss die Protokollnotiz unterlassen wurde.

³³ Lb 1623/1731, S. 143 N. auf LR 23. 4. 1722, LRP 6 fol. 125a; LR 23. 4. 1774, LRP 10 fol. 26b

³⁴ vgl. LR 9. 3. 1744, LRP 7 fol. 200b; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 19a

³⁵ LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 8b

³⁶ WR 10. 1. 1735, LRP 7 fol. 4a; LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b, bestätigt bei der Artikelbereinigung durch den 3-LR am 24. 10. 1749, LGP A fol. 123a, und an der NG vom 8. 5. 1757, LGP A fol. 187a; LR 23. 4. 1767, LRP 9 fol. 108a

chernten sich die Räte einige Jahre später wenigstens die Information darüber, wer vor das Gericht zitiert worden war, mit der Begründung, sie müssten zu erkennen vermögen, «wan das Bussengericht solle zusamenträttēn»³⁷.

2.2.4 INPFLICHTNAHME

Noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurden die Ratsherren im Anschluss an die Nachgemeinde in Pflicht genommen, doch verlagerte sich das Zeremoniell schliesslich auf den Schwörtag³⁸. Dies änderte nichts daran, dass sich die Ratsherren in ihrer Gesamtheit, eingeschlossen die Vorgesetzten Herren, nach der alljährlichen Wahl des regierenden Landammanns diesem eidlich verpflichteten, die in ihrem Eid festgehaltenen Forderungen zu erfüllen³⁹. Abwesende Ratsherren kamen um das Schwören des Treueides nicht herum: Ihre Namen wurden von der Kanzlei notiert, damit sie «nachmahlen zur Verantwortung vorgestellt werden» konnten⁴⁰. Die Inpflichtnahme erfolgte durch den regierenden Landammann persönlich, worauf die Ratsherren auch dann bestanden, wenn dieser am üblichen Schwörtermin landesabwesend war⁴¹. Traten während des Jahres Abgeordnete als Ersatz für Ausgeschiedene oder Verstorbene neu in den Rat ein, so sollten diese «von einem Rathsfreind aus der Ürty der hochen Rathsversammlung in pleno . . . mitlest einer kurzen, anständigen Red» vorgestellt, dann der Ratsherreneid vorgelesen und der Neuling durch den Landammann mit seinen Pflichten bekannt gemacht werden, worauf dieser endlich «dem reg[ieren]d[en] Landtaman den Eyd praestieren» musste⁴². Dem «vorgeschriftenen Reglement fleissig statt[zu]thun», wurde besonders auch jenem geboten, der nach zeitweiliger Suspension zum Rat wiederum zugelassen wurde⁴³.

Der Eid⁴⁴, der seiner Länge nach vorzulesen war⁴⁵, forderte zunächst allgemein, die Ratsherren hätten «des Vatterlandt Lob, Nutz und Ehr zu betrachten,

³⁷ : R 26. 9. 1753, LRP 8 fol. 81b

³⁸ vgl. S. 212 f.

³⁹ Die Leistung des Eides erfolgte auch in den Jahren 1766 bis 1772, in welchen entgegen der Gewohnheit die regierenden Landammänner für ein zweites Amtsjahr ohne Unterbruch bestätigt wurden. Vgl. LR 5. 5. 1766, LRP 9 fol. 90b; LR 5. 5. 1768, LRP 9 fol. 134b; LR 30. 4. 1770, LRP 9 fol. 196b; LR 4. 5. 1772, LRP 9 fol. 280b

⁴⁰ LR 23. 4. 1727, LRP 6 fol. 254a

⁴¹ 1760 erkürzte die Landsgemeinde Franz Alois Achermann zum regierenden Landammann, der allerdings zur Zeit seines Amtsantritts noch in der Landvogtei Thurgau weilte. Dem Anerbieten, dass «demjenigen, so bis zu seiner Rückkehr als Regent ernambset [werde], zuhanden seiner den Eüdt solle praestieret werden», leisteten sie keine Folge und beschlossen Zuwarthen bis zur Rückkehr Achermanns. Nichtsdestotrotz wollten sie seinem Stellvertreter die übliche Schuldigkeit leisten; LR 19. 5. 1760, LRP 8 fol. 265a

⁴² vgl. LR 23. 4. 1767, LRP 9 fol. 108b; LR 11. 7. 1768, LRP 9 fol. 143b; LR 18. 2. 1782, LRP 10 fol. 197a; LR 7. 9. 1782, LRP 10 fol. 208b; LR 8. 3. 1784, LRP 10 fol. 221a

⁴³ LR 23. 4. 1746, LRP 7 fol. 230b

⁴⁴ Lb 1623/1731, S. 41 N. (teilweise); Lb 1690, fol. 155b; Lb 1782, I. S. 8

⁴⁵ LR 27. 11. 1765, LRP 9 fol. 80b

ze fürderen unnd Schaden ze wenden». Dem Landammann hatten sie «in allen zimlichen Sachen gebührende Gehorsamme [zu] leisten»⁴⁶ und Fremden wie Einheimischen, Reichen wie Armen «zum Rechten fürdersammb ze syn»⁴⁷. Stellten sie im täglichen Leben aufkommenden Streit fest, waren sie geheissen, «Fridt ze machen», und erkannten sie «Bussen unnd Fräffel, so in unserem Landt verschuldt wärdent», war ihnen befohlen, die Fehlbaren «dem Seckellmeister oder sonst einem geschwornen Amtsmann angäntz anzazeigen und zu verleiden»⁴⁸.

Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Gebot der Verschwiegenheit geschenkt. Wenn schon von den äusseren Bedingungen her sorgfältig darauf geachtet wurde, dass die Verhandlungen im Ratssaal unbelauscht blieben, so musste weiter dafür gesorgt werden, dass die Beteiligten — auch die Zugezogenen im Zweifachen und Dreifachen Landrat⁴⁹ — selbst nichts über die Verhandlungen in Umlauf setzten. «. . . was im Raht gehandlet unnd geredt würt», war folgerichtig «geheimbt ze behalten». Einem Missachter des Gebots drohte schwere Strafe, denn «welcher aber syner Ehren allso abholdt unnd uss dem Raht rethe, vill old wenig, derselbig soll danethin ein ehrloser Mann syn unnd syn Leben lang weder an Gricht noch an Raht gahn»⁵⁰. Trotz der angedrohten Sanktion müssen immer wieder Informationen aus dem Rat hinausgesickert sein. «Zue Verhütung alles hierauf wachsend Eyffers und Übelss» einigten sich die Ratsherren etwa darauf, die «Verschwiegenheit aigentlich und besser zue beobachten nach Tenor und luth dess Articulss selbsten»⁵¹. Die anfänglich des 18. Jahrhunderts nur in besonders schwierigen Situationen erfolgte Mahnung⁵² wich später einer regelmässigen Erinnerung an die Geheimhaltungspflicht⁵³. Sie konnte allerdings auch nicht verhindern, dass vereinzelt Verhandlungsverlauf oder -ergebnis über den Ratskreis hinaus verbreitet wurde. Trotz verschiedentlicher Feststellung, dass allfällige Ver-

⁴⁶ Diese Aufforderung erscheint im Lb 1782 nicht mehr! Vgl. I. S. 8

⁴⁷ Nach einem Zusatz im Lb 1782 sollten sie dabei «durch nichts, weder durch Versprechen noch durch Gaaben noch durch keinerlej Sachen willen sich darvon aberwendig machen lassen . . .» I. S. 8

⁴⁸ Als «Geschworene» in diesem Sinn galten zusätzlich der Landammann, der Statthalter und der ältere Landschreiber. Lb 1623/1731, S. 7 N.; Lb 1782, IV. S. 1. — Am 6. 5. 1737, LRP 7 fol. 38 f.; wurde anlässlich der Vereidigung im Landrat geltend gemacht, dass «dadurch jedem Rathssfreündt manches Mahl die grösste Beschwerth im Gewissen erfolgte» und es sei «auch zu befürchten, das vile Sachen nit geleidet undt durch solche Nitleydung mancher im Gewissen sich leedieren thüe». Es wurde angeregt, mit einem Antrag an die Nachgemeinde zu gelangen in dem Sinne, «dass der Rathsschr. in kleinen Sach[en] des Eydtss enthöbt werdten kente». Der Vorschlag wurde allgemein als «höchst billigch» angesehen, und die Landleute genehmigten an der nächstjährigen Nachgemeinde die Einschränkung; NG 11. 5. 1738, LGP A fol. 4a; Lb 1623/1731, S. 42 N.; Lb 1782, I. S. 8

⁴⁹ 3-LR 15. 3. 1728, LRP 6 fol. 290a

⁵⁰ Lb 1623/1731, S. 41; Lb 1690, fol. 155b; Lb 1782, I. S. 8

⁵¹ LR 4. 10. 1693, LRP 4 fol. 136b

⁵² Beispiel: LR 2. 3. 1713, LRP 5 fol. 310a (Änderung der Grundordnung!)

⁵³ LR 23. 4. 1722, LRP 6 fol. 125a

letzungen des Geheimhaltungsgebotes als «schwer» beurteilt würden⁵⁴ und trotz den steten Umfragen unterblieben namentlich ausgesprochene Rügen fast gänzlich⁵⁵.

Die Pflicht zur Verschwiegenheit galt nicht in bezug auf Verhandlungsgegenstände, die naturgemäss bei offener Ratsstubentür zu beraten waren. Das hatte für die in den Kompetenzbereich von Rät' und Landleuten fallenden Geschäfte Gel tung, mit Ausnahme der Verhandlungen vor Malefizgericht⁵⁶, und ab 1765 insbesondere für die «königlichen französischen» Angelegenheiten⁵⁷. Relativiert war die Schweigepflicht der Ratsherren gegenüber Kollegen, die an der Teilnahme verhindert waren: Was «schwäre Processen, Thrüwungen und andere nambhaft Sachen und Rathschläg betreffen möchte», sollte «keinem abwesenden Raths freündt, welcher dem Verklagten unter dem vierten Grad verwandt währe», ge offenbart werden, anderen Ratskollegen aber «ussert gesagter Verwandtschafft mögents wohl offenbahren, disse aber ess keinem anderen, die verwandt oder nit dess Rahts seind, gar nit aussreden, bey ihrem Eydt»⁵⁸.

Schliesslich konnte ein Ausreden aus dem Rat durchaus im Interesse der Obrigkeit liegen. So wollte 1740 ein Beschluss dem Nachbarn Obwalden zwar nicht offiziell mitgeteilt werden, aber man liess zu, dass «discursweyss wohl möge ausgeredt werdten, man wolle den an das Orth Unterwalldten nechsthin kom mendten Walliser Pundtschwuhr in hier hallten»⁵⁹.

Die Pflicht der Ratsherren umfasste daneben weiter den Besuch der Ratssitzungen gemäss gültiger Ordnung⁶⁰ und der Gemeinden⁶¹ sowie das Verbot, um Ämter zu praktizieren⁶². Endlich mussten die Ratsherren auch zusichern, dass sie bei Wahlen von Landammann, Landvögten und Gesandten «nit mehr dan einen allein anrathen und in die Wahl setzen»⁶³.

2.2.5 WILLENSBILDUNG

Die Willensbildung innerhalb der Räte unterschied sich wenig von jener an Landsgemeinden und Nachgemeinden. Die Anträge wurden den Ratsherren vorgelesen; bei schwierigen Materien erfolgte die Lesung und Beratung ab

⁵⁴ LR 19. 12. 1740, LRP 7 fol. 124b; LR 23. 4. 1773, LRP 9 fol. 310b

⁵⁵ Ausnahme: LR 14. 5. 1725, LRP 6 fol. 197b (ausgesprochen gegen Niklaus von Büren; das Verhör endete mit einem Freispruch)

⁵⁶ LR 1. 7. 1771, LRP 9 fol. 247a; LR 5. 7. 1771, LRP 9 fol. 249a; LR 9. 7. 1771, LRP 9 fol. 251a; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 19a; Lb 1782, III. S. 3

⁵⁷ NG 12. 5. 1765, LGP A fol. 258a

⁵⁸ Lb 1623/1731, S. 41 N.; Lb 1782, I. S. 8

⁵⁹ LR 19. 12., LRP 7 fol. 124b

⁶⁰ s. S. 235

⁶¹ s. S. 78 ff.

⁶² s. S. 146 f.

⁶³ Lb 1623/1731, S. 41 N. auf NG 1695 und 1703; Lb 1690, fol. 3b N. auf NG 1695 und 1700; Lb 1782, I. S. 8

satzweise⁶⁴. Galt es Regelungen zu schaffen oder zu ändern, die nicht leichthin zu verfassen waren, oder Einzelentscheide von grösserer Tragweite zu treffen, leisteten Ausschüsse für die Beratung erleichternde Vorarbeiten⁶⁵; das häufige Zurückgreifen auf ihre Hilfe provozierte schliesslich den Versuch, deren Zahl zu begrenzen⁶⁶.

Nach normaler Übung wurden vom regierenden Landammann zunächst die Vorgesetzten Herren ihrem Range nach und dann die Ratsherren um ihre Meinung gebeten. «Zu Abkürzung dess Rahtss» beschloss der Landrat 1740, «dass in das Künftige um alle Sachen ohne einigen Ausnamb alein die Herren Landtamman, Statthallter undt der Pannerherr von dem regierenden Herren Landtamman oder Rahtss-Praesidenten sollen angefragt undt weitherss in particulari niemandt die Frag solle bestellt werden.» Nach der Konsultation dieser Herren sollte dann gleich die allgemeine Umfrage folgen, damit «danne ein jeder Rathssverwandte[r] nach Guothachten annoch seine Gedankhen eröffnen kan»⁶⁷. An diesem Vorgehen hielt der Landrat auch 1743 fest⁶⁸. Bloss noch, «wan man . . . nothwendige Bericht von selbigen erforderen wurde», durften sich ab 1701 die Landschreiber und der Landweibel äussern, die zuvor offenbar ein ausgedehntes, wenn nicht gar das volle Mitbestimmungsrecht besassen⁶⁹. Zur Erteilung von Auskünften konnten auch Drittpersonen in den Ratssaal eingelassen werden, wenn dies dem Willen der Gnädigen Herren entsprach⁷⁰.

Zur Verfechtung privater Interessen oder zur persönlichen Verteidigung durften sich Rechtssuchende beziehungsweise Angeklagte einen Beistand erbitten, den zu bewilligen in der Gewalt des Landammanns oder des Statthalters stand⁷¹. Diese Fürsprache wurde von den Vorgesetzten Herren wie den Urte-Abgeordneten gleichsam übernommen⁷², doch waren vorab die nächsten Verwandten zur Übernahme der Vertretung aufgefordert⁷³, während landesfremde Vorsprecher ab 1696 unter Berufung auf den «Artikel im Rechtbuoch» nicht mehr in den Ratssaal eingelassen wurden⁷⁴. Die Beeinflussung der Meinungsbildung zugunsten einer Partei wurde endlich 1787 vier offiziellen Prokuratoren

⁶⁴ 2-LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 321a; LR 23. 4. 1729, LRP 6 fol. 328b f.

⁶⁵ Beispiele: LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 13b; LR 23. 4. 1703, LRP 5 fol. 37a; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81b; WR 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 147b; LR 23. 4. 1729, LRP 6 fol. 328b f.; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b

⁶⁶ LR 13. 12. 1756, LRP 8 fol. 187a; LR 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a

⁶⁷ 30. 4., LRP 7 fol. 106a f.

⁶⁸ LR 6. 5., LRP 7 fol. 184a

⁶⁹ Lb 1623/1731, S. 39, und Lb 1690, fol. 152b, beide N. auf NG 16. 5. 1701, LRP 4 fol. 332a

⁷⁰ Schluss aus: LR 28. 9. 1713, LRP 5 fol. 349a; LR 7. 7. 1740, LRP 7 fol. 113b

⁷¹ Lb 1690, fol. 37a. — Zur Parteivertretung vor Gericht s. S. 348

⁷² vgl. LR 14. 5. 1725, LRP 6 fol. 197b; LR 23. 4. 1737, LRP 7 fol. 35a

⁷³ Lb 1782, V. S. 28

⁷⁴ LR 26. 3., LRP 4 fol. 202b; Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1690, fol. 58b N.

übertragen⁷⁵, die den Beisitz im Rat, jedoch ohne Stimmrecht, erhielten⁷⁶. So wie sie auf die letzten Plätze im Saale gesetzt wurden, waren sie auch in den Verhandlungen die letzten, die mit ihren Anträgen und Begründungen zu Worte kamen⁷⁷. Noch unter dem Regime personell nicht eingeschränkter Vertretung trat die Vorschrift in Kraft, dass die Parteienvertreter in jedem Fall die Ratsstube zu verlassen hätten, wenn zur Abstimmung geschritten wurde⁷⁸.

Besondere Vorschriften galten bei Händeln. Der Streit durfte nur in Beratung gezogen werden, wenn beide Parteien zugegen oder mindestens vertreten waren; ein Eintreten war aber auch dann zulässig, wenn die abwesende Gegenpartei formgerecht zitiert worden war⁷⁹. Immerhin konnte die eine Partei für ihre Aussagen den vorübergehenden Austritt der andern verlangen⁸⁰.

Selbstverständlich kamen wichtige Angelegenheiten stets erst nach reiflicher Beratung und klugem Waltenlassen der Gedanken zur Entscheidung — wenigstens wurden in die Protokolle dermassen lautende Versicherungen immer wieder aufgenommen⁸¹.

2.2.6 ENTSCHEIDUNG

2.2.6.1 Allgemein

Das Formulieren und Stellen der Abstimmungsfrage — das «Scheiden» — beziehungsweise das in die Wahl-Setzen eines Kandidaten gehörte zu den Präsidialaufgaben des regierenden Landammanns⁸². Zur Stimmabgabe, die offen mit dem Erheben der Hand durchgeführt wurde, waren die Ratsherren nicht verpflichtet⁸³. Das Mehr wurde vom Landweibel beurteilt⁸⁴, bei seiner Abwesenheit vom Landammann selbst⁸⁵ und später von einem der amtlichen Prokuratoren⁸⁶.

⁷⁵ Allerdings blieb jedermann «bewilligt, mit und neben selbigen prokurieren zu dürfen». Lb 1782, V. S. 28 N.

⁷⁶ LG 29. 4., LGP B fol. 190a

⁷⁷ LR 19. 12. 1791, LRP 10 fol. 393b

⁷⁸ NG 12. 5. 1737, LRP 7 fol. 39a

⁷⁹ Dies von der andern Partei selbst und zwar bei Fällen aus den tessinischen Vogteien wenigstens acht Tage vor der eigenen Abreise; Lb 1623/1731, S. 37 N. auf LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 209a, S. 146; Lb 1690, fol. 108a; Lb 1782, I. S. 10, V. S. 14

⁸⁰ Lb 1623/1731, S. 147 N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 126a; Lb 1782, V. S. 15

⁸¹ Beispiele: LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 158b; LR 16. 9. 1709, LRP 5 fol. 210a; 2-LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 321a; LR 12. 3. 1753, LRP 8 fol. 67a

⁸² Schluss aus: Lb 1623/1731, S. 37 N. auf LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 209a; Lb 1782, I. S. 10; LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b

⁸³ ausgenommen in Streitfällen aus den Untertanenländern und in Malefizsachen; 2-LR 24. 9. 1780, LGP B fol. 134a

⁸⁴ «Solle der Landweibel im Rath an seinem Orth still sitzen, wann er aber mit Ughh Oberen zu reden hat und das Mehr gibt, wohl Achtung auf das Mehr geben und so wenig als es seyn muss, aus der Rathstuben hinausgehen.» Lb 1782, I. S. 21; vgl. auch Lb 1623/1731, S. 40 N.; Lb 1690, fol. b154b

⁸⁵ Lb 1623/1731, S. 37; Lb 1690, fol. 153a

⁸⁶ Lb 1782, V. S. 28 N.

2.2.6.2 Besonderheiten für Rät' und Landleute als Malefizgericht

Traten Rät' und Landleute als Malefizgericht zusammen, so galt ein in der Tradition verwurzeltes und in den Landbüchern umschriebenes, spezielles Verfahrensrecht, welches auch die Bedeutsamkeit des «Landtages» augenfällig hervorhob. Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts erfuhr das malefizgerichtliche Verfahren mehrfache Veränderungen und Vereinfachungen⁸⁷, ohne dass allerdings von den tragenden, überlieferten Prinzipien abgewichen wurde.

Als erstes galt, dass der Beschluss, die Straftaten eines dingfest gemachten Täters vom Malefizgericht beurteilen zu lassen, drei Tage vor dem Zusammentritt von Rät' und Landleuten dem Malefikanten anzuseigen war⁸⁸. Waren Rät' und Landleute versammelt, wurden nach «libliche[m] Bruch» Richter und Ankläger bezeichnet und diesen beiden je ein Beistand sowie ein Vorsprech für den Übeltäter bestellt⁸⁹. Das Amt des Richters gehörte unbestritten in die Hand des Landammanns, dem zum Zeichen seiner Gewalt «das gewohnte richterliche Schwert an die Seite gestellt» wurde. Bei seiner Abwesenheit wurde die Stelle des Landammanns vom Statthalter beziehungsweise den alt Landammännern dem Alter nach vertreten⁹⁰. Der Richter berichtete jetzt vorab über die Gründe, die zur Einberufung dieses Landtages geführt hatten und stellte darnach die Frage, ob die Tageszeit soweit fortgeschritten sei, dass mit dem Blutgericht begonnen werden könne. War die Frage bejaht, so wurde «dem Richter gebotten, d[a]ss Recht zue vollführen und bey dem Gricht zue sitzen, biss er mit Urthel widerum entlassen wird.» Begehrte der Richter nach einem Beistand, so wurde ihm ein solcher gewährt, der — wollte er sich gegen die Funktion zur Wehr setzen — zur Übernahme verpflichtet werden konnte⁹¹. Nachdem dem Säckelmeister nicht mehr kraft Ordnung das Klägeramt zufiel, erhielt er in der Regel die Assistenz des Hauptrichters zugeteilt⁹². Die Bezeichnung eines Assistenten und die förmliche Entlassung des Hauptrichters nach vollendetem Prozess wurden anlässlich der Reform im Jahre 1747 weggelassen⁹³.

Das Amt des Klägers — ursprünglich vom Säckelmeister kraft seines Amtes wahrgenommen⁹⁴ — alternierte zwischen dem Weibel von Buochs und jenem von Wolfenschiessen; welcher im konkreten Fall die Klage zu führen hatte, be-

⁸⁷ Die weittragendsten Reformen fanden 1747 und 1768 statt; R&L 6. 9. 1747, LGP A fol. 91a ff. (als Folge des Landsgemeinde-Beschlusses vom 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a); LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b f.

⁸⁸ vgl. LR 23. 12. 1720, LRP 6 fol. 101a; auch LR 26. 6. 1771, LRP 9 fol. 245b

⁸⁹ R&L 11. 5. 1702, LRP 5 fol. 14a; 13. 5. 1702, LRP 5 fol. 15a; 14. 10. 1704, LRP 5 fol. 78b; 2-LR 12. 3. 1714, LRP 5 fol. 364b

⁹⁰ Neue Malefizordnung, Lb 1623/1731, S. 216; Lb 1782, III. S. 2

⁹¹ Lb 1623/1731, S. 132 N.

⁹² Lb 1623/1731, S. 119 N. auf LR 23. 4. 1691; vgl. aber R&L 11. 5. 1702, LRP 5 fol. 14a, wo der Säckelmeister zum Beistand des Klägers bestimmt wurde.

⁹³ R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 91b; Lb 1623/1731, S. 216 N.

⁹⁴ Lb 1690, fol. 87b

stimmten Rät' und Landleute. Später bezeichnete der Landrat bereits bei der Einberufung des Landtages den Kläger, wobei die beiden Ortsweibel von dieser sichtlich unangenehmen Beschwerde befreit blieben⁹⁵. Ab 1768 wurde auf den Kläger überhaupt verzichtet⁹⁶.

Für die Verteidigung hatte der Delinquent die Auswahl unter den nicht mit einer speziellen Funktion versehenen «Herren», doch durfte er dazu ausdrücklich nicht seine Examinatoren bestimmen⁹⁷.

Waren die Ämter vergeben, wurde aus dem Kreis der Landleute eine nicht bekannte Zahl von «Gaumern»⁹⁸ bezeichnet, die dem Landweibel behilflich sein mussten, den Beklagten in die Ratsstube zu begleiten⁹⁹. Die spätere Ordnung präzisierte, dieser sei in Handschellen vorzuführen und habe in der Mitte der Ratsstube niederzuknien¹⁰⁰. War der Missetäter vorgeführt, wurden ihm seine Verfehlungen vorgehalten und der «Process» vorgelesen¹⁰¹. Schliesslich wurde er gefragt, ob er das Vorgetragene bekenne¹⁰². Bis 1768 blieb der Täter auch während den Ausführungen des Anklägers, der «Entschuldigung» des Vorsprechers und der Fürbitte eines Geistlichen anwesend¹⁰³. Darnach wurde auf die Anklage verzichtet, und man begnügte sich mit der Bekanntgabe eines kurzen Auszuges aus dem Prozess; noch vor der Verteidigung wurde jetzt der Angeklagte in den Kerker zurückgebracht¹⁰⁴, was übrigens bereits im Jahre 1695 angeregt worden war¹⁰⁵. Ab 1741 ausdrücklich gestattet war das Durchführen eines eigentlichen «Defensivprozesses»¹⁰⁶. Wie dem Kläger war es auch dem Vorsprecher gestattet, sich von einer Anzahl Herren in seinen Verrichtungen beraten zu lassen, doch sollten nach der Ordnung von 1747 diesbezügliche Zusammentritte und Beratungen nicht mehr am Tage des Malefizgerichtes selbst, sondern zuvor geschehen¹⁰⁷. Die gleiche Revision vermittelte dem Beichtvater des Angeklagten das Recht, im Anschluss an die Verteidigung ein bittendes Wort zugunsten des Angeklagten vorzu-

⁹⁵ R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 91b; Lb 1623/1731, S. 132 N.

⁹⁶ LR 14. 5., LRP 9 fol. 137b; vgl. auch Lb 1782, III. S. 2 f.

⁹⁷ LR 4. 6. 1736, LRP 7 fol. 29a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; LR 27.11. 1765, LRP 9 fol. 83b; Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1782, III. S. 1

⁹⁸ Wächtern

⁹⁹ Lb 1623/1731, S. 132 N.

¹⁰⁰ R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 91b; Lb 1623/1731, S. 216 N.; Lb 1782, III. S. 2

¹⁰¹ Das Feststellen des Tatbestandes wurde vom Wochenrat oder vom Landrat veranlasst und von einem Examinatoren in gütlicher oder peinlicher Art durchgeführt; vgl. WR 17. 7. 1747, WRP 29 fol. 57a; WR 24. 7. 1747, WRP 29 fol. 57b

¹⁰² «. . . ob er dessen allessen noch anred und bekhardtlich oder nit?» Lb 1623/1731, S. 131 N., S. 216 N.; Lb 1782, III. S. 2

¹⁰³ Lb 1623/1731, S. 132 f., S. 216 N.

¹⁰⁴ LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b f.

¹⁰⁵ 3-LR 23. 4., LRP 4 fol. 183a

¹⁰⁶ LR 23. 4. 1741, LRP 7 fol. 129a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124a; Lb 1782, III. S. 1

¹⁰⁷ R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 91b; Lb 1623/1731, S. 216 N.



16 Eingang zum Verliess im Rathaufturm.

tragen¹⁰⁸; 1771 wurde dieses Erbitten von Gnade auch den Eltern, Kindern und Freunden des Malifikanten gestattet¹⁰⁹.

Nachdem der Angeklagte weggeführt worden war, erfolgte zunächst eine Kontrolle der versammelten Landleute; unbefugt Anwesende wurden aus dem Saal entfernt¹¹⁰. Jetzt wurden die Saaltüren verriegelt, und der Richter begann mit dem Einholen der Urteile, wobei das Wort zuerst dem Kläger¹¹¹, dann dem Vorsprecher des Angeklagten und schliesslich den Landammännern und Vorgesetzten Herren dem Range nach zustand¹¹². 1769 wurde die Regelung getroffen, es werde vorerst entschieden, ob der Delinquent mit dem Tode bestraft werden soll oder am Leben bleiben könne, erst hernach auf welche Art er hingerichtet beziehungsweise anders bestraft werden soll¹¹³. Nach gefällter Sentenz — zur Stimmabgabe waren die Ratsherren und später auch die anwesenden Landleute verpflichtet¹¹⁴ — musste der Landweibel dem «armen Sünder» das Urteil anzeigen und, war das Todesurteil ausgesprochen worden, das Läuten der schwersten Glocke der Stanser Pfarrkirche veranlassen¹¹⁵. Die Ordnung im Landbuch von 1782 liess den Landweibel bei seinem Gang zum Malifikanten von zwei Kapuzinern begleiten. Sie hob auch ausdrücklich hervor, dass, bevor sich das Malefizgericht auseinanderbegebe, der Hauptrichter alle anwesenden Richter daran erinnern soll, dass «keiner von jhnen der Execution beywohne aus genugsamen begründten Ursachen»¹¹⁶. Der ursprünglichen gleich im Anschluss an das Verfahren erfolgte Vollzug¹¹⁷ wurde später um drei Tage verzögert, während welcher Zeit der Delinquent im «gewohnten Zubereitungszimmer an einer Fussschallen angeschlossen aufzuhalten und vor der Thür eine beständige Wacht zur Sicherheit gestellt» wurde¹¹⁸. Die Urteilsanzeige mit Glockengläute und dem Verlesen eines Auszuges aus dem Prozess sowie die Instruktion des Nachrichters erfolgten jetzt ebenfalls um diese drei Tage später¹¹⁹.

¹⁰⁸ R&L 31. 8. 1747, LGP A fol. 92a; Lb 1623/1731, S. 216 N.

¹⁰⁹ LR 26. 6., LRP 9 fol. 245b; Lb 1782, III. 2 f

¹¹⁰ Lb 1623/1731, S. 133, S. 216 f.; Lb 1782, III. S. 3

¹¹¹ bzw. dessen Fürsprech; Lb 1623/1731, S. 133

¹¹² Lb 1623/1731, S. 133 N., S. 217 N. — Ohne Angabe der Reihenfolge in der Umfrage: Lb 1782, III. S. 3

¹¹³ R&L 4. 1., LGP A fol. 304a; Lb 1782, III. S. 3

¹¹⁴ Noch ohne Stimmzwang: LR 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 125b f.
— Mit Stimmzwang: Lb 1782, III. S. 3

¹¹⁵ Lb 1623/1731, S. 217 N.

¹¹⁶ Am Tage der Vollstreckung des Urteils war deswegen allen Vorgesetzten Herren und den Elfern geboten, in Stans zu erscheinen und hier zu verweilen, bis die Exekution auf dem weit ausserhalb des Dorfes gelegenen Richtplatz Fronhofen als vollendet gemeldet wurde; III. S. 3 f.

¹¹⁷ « . . . der arme Sünder solle auch durch den Landweibel auf der untersten Rathausstagen dem Nachrichter übergeben werden mit Anzeigung, was zu thun oder zu lassen [sei]. » Lb 1623/1731, S. 217 N.

¹¹⁸ Lb 1782, III. S. 3

¹¹⁹ Lb 1782, III. S. 3

2.2.7 AUSSTAND

Um die Verfechtung rein persönlicher Interessen einzugrenzen, galten seit 1652 Ausstandsregeln¹²⁰, die ab diesem Zeitpunkt immer wieder erweitert und verfeinert wurden. Waren die Kriterien erfüllt, die einen Vorgesetzten oder Rats-herrn in den Ausstand zwangen, hatte sich dieser für die Beratung und die Abstimmung aus dem Ratssaal zu begeben¹²¹. Verliess er den Ratssaal nicht freiwillig, wurde er vom Landweibel an die Ausstandspflicht gemahnt und ihm nötigenfalls das Verlassen des Saales befohlen¹²². Bis zu ihrer Wiederzulassung nahmen die Befangenen in dem eigens eingerichteten «Abstandsstäbli» Platz¹²³. Für die einzelnen Ausstandsgründe wurde auf den Schwurtext der Elfer verwiesen¹²⁴. Demzufolge hatte allgemein auszutreten, «welcher teil und gemeindt an der Sach hat»¹²⁵, wobei das Landbuch von 1782 zusätzlich die Vermutung eines Interessenkonflikts auf die Frau und die Kinder eines Ratsgliedes erweiterte¹²⁶. Befangenheit wurde auch dann als naheliegend erachtet, wenn Blutsverwandte unter dem vierten Grad an einem Traktandum beteiligt waren, so dass ohne weiteres Abstand genommen werden musste. Dasselbe galt bei Verschwägerung und in Bezug auf Schwiegereltern und sogenannte «Mitväter»¹²⁷. Wer in strittigen Angelegenheiten als Zeuge¹²⁸, Richter¹²⁹ oder Beistand¹³⁰ fungiert hatte, war im Rat ebenfalls nicht erwünscht. Klärend fügte das Landbuch von 1782 in betreff der Vertretung von Beckenried und Emmetten¹³¹ hinzu, dass — sollte eine dieser Ür-

¹²⁰ Lb 1623/1731, S. 42 N. auf NG 1652; der Protokolleintrag übermittelt allerdings die Einschränkung nicht! NG 12. 5. 1652, LRP 3 fol. 35a

¹²¹ vgl. LR 20. 6. 1746, LRP 7 fol. 236a

¹²² 14. 12., WRP 32 fol. 134a

¹²³ Durrer, Kunstdenkmäler, S. 864

¹²⁴ Lb 1623/1731, S. 148 N.

¹²⁵ Lb 1623/1731, S. 42 N. auf NG 1652; Lb 1690, fol. 156a; Lb 1782, V. S. 15

¹²⁶ V. S. 15

¹²⁷ «Item die recht Schwägeren sind, da einer dess anderen Schwester hete oder gehabt hete, . . . Weiters luth Landsgemeindt den 7.t. Mertzen 1677 umb der gebührenden Respecten willen die Gegenschwächer oder Mitt-Vätter, auch luth Übung, der Schwächer und Dochtermen einanderen aussstehn sollen.» Lb 1623/1731, S. 42 N.; Lb 1690, fol. 156a; Lb 1782, V. S. 15

¹²⁸ relativiert für den Einzelfall vom LR 1. 9. 1692, LRP 4 fol. 66b: «Diejenige HH, so etwan möchten Khuntschafft geben haben, solle nit abstahn, sonder dem Rath bywohnen, doch khein Votu zuo der Uhrtell prestieren.»

¹²⁹ Wie in einem Einzelfall entschieden wurde, mussten die Richter dann nicht in den Ausstand, wenn sie in der Sache «hauptsechlich niemahl geurtheillt» hatten; LR 30. 5. 1695, LRP 4 fol. 190a. Trat der Fall ein, dass sie tatsächlich den Saal zu verlassen hatten, durften deren Verwandte weiterhin beisitzen, wenn «es allein das gantze Gricht und nit die Herren Richter membratin oder in particularj» anging; LR 12. 3. 1753, LRP 8 fol. 67a

¹³⁰ Abstand wurde nach dem Vorbild der Regelung für die Prokuratoren in «italienischen Händtlten» (vgl. 3-LR 21. 5. 1731, LRP 6 fol. 328a; Lb 1623/1731, S. 146 N.) auch von den Ratsherren gefordert, die ein Fürsprache-Mandat zugunsten von Landleuten erfüllten; LR 23. 4. 1737, LRP 7 fol. 35a; NG 12. 5. 1737, LRP 7 fol. 39a

¹³¹ Für die Bestellung des Landrates galten die beiden Orte als eine einzige Ürte! Vgl. Lb 1623/1731, S. 147; Lb 1690, fol. 109a

ten in eine Auseinandersetzung mit Dritten verwickelt und ein Entscheid vor dem Landrat nötig werden — die in der andern Urte wohnhaften Ratsherren nicht abzutreten hätten¹³².

Nach Interpretationen rief immer wieder das Kriterium der Betroffenheit; die offenen Fragen entschied der Landrat und in einem Fall gar die Landsgemeinde. So wurde dem gewählten Gesandten der Zutritt zu den seinen Ritt betreffenden Instruktionsverhandlungen gewährt¹³³; drei Vorgesetzte, die sich in einer strittigen Sache an der Nachgemeinde¹³⁴ der übrigen Obrigkeit entgegengesetzt hatten, wurden zur nachfolgenden Aussprache in den Ratssaal eingelassen¹³⁵; zwar in den Ausstand geschickt wurden die von einem Missetäter Geschädigten, deren Verwandten aber die Präsenz erlaubt¹³⁶. Vorübergehend weggeschickt wurde, wer persönlich Forderungen gegen einen Schuldner besass¹³⁷.

Zog sich die Behandlung eines Geschäfts über mehrere Sitzungen hin, hatten Betroffene selbstverständlich immer wieder abzutreten¹³⁸. Von der Abstands pflicht war selbst der Landammann nicht ausgenommen¹³⁹.

In bezug auf die Beziehungen zu Frankreich und zu Spanien gelangten unterschiedliche Regelungen zur Anwendung. Die Herren, die nach 1764 ausnahmsweise noch im Rat geduldet wurden, sollten, «wann in Kinfftige frantzösische Ge scheffte auff dem Rathaus vorkommen thuon, . . . nichts darzureden, niemahl be sitzen, sondern als Partheyische den Abstand nemmen»¹⁴⁰. «Wann Gegenstän de, die das ganze spanische Regiment betreffen, zu decidieren vorwalteten, soll über alle und jede Frage kein Abstand gehalten werden, aussert es treffe eine einzelne Personn für sich allein an, welches kein Einfluss auf das ganze Corps old mehrere Glider desselben haben, in welchem lesten Fahl der Abstand observiert werden solle», entschied hingegen der Landrat im Jahre 1794¹⁴¹.

Wenn Anliegen einer kirchlichen Bruderschaft zur Sprache kamen, mussten nicht auch die Vorsteher aller andern Bruderschaften den Saal verlassen, sondern allein der Präsident der betroffenen¹⁴².

¹³² V. S. 15

¹³³ R&L 23. 4. 1700, LRP 4 fol. 294b

¹³⁴ Es handelte sich um den Antrag, den Nachrichtersohn Ulrich Feiss in den Beisässenstand aufzunehmen; 14. 5. 1724, LRP 6 fol. 169a f.

¹³⁵ «. . . ist aber erkhet worden, dass obgesagte dry Herren nicht gethan alss wass billich undt recht gewesen, solle also obigen Herren dise Sach niemahl braeidicierlich noch vorheblich sein, hiermit also dise Herren von MgHh. widerumb in die Rathstuben zuo treten befelchet worden.» LRP 7. 6. 1724, LRP 6 fol. 173b

¹³⁶ LR 31. 5. 1747, LRP 7 fol. 256b

¹³⁷ LR 17. 3. 1738, LRP 7 fol. 48b

¹³⁸ Beispiel: LR 17. 3. 1738, LRP 7 fol. 48b

¹³⁹ 2-LR 8. 3. 1753, LGP A fol. 154b

¹⁴⁰ LG 5. 2. 1764, LGP A fol. 227b

¹⁴¹ 28. 7., LRP 10 fol. 430b

¹⁴² LR 15. 12. 1794, LRP 10 fol. 439b

2.2.8 BEGRENZUNG DER VERHANDLUNGSDAUER

Eine fixe Zeit, wann die Verhandlungen der Räte spätestens abzubrechen waren, wird nirgends genannt. Angenommen werden darf, dass analog der Regelung, die für die Nachgemeinde galt, die Diskussionen kaum über 17 Uhr hinaus geführt wurden¹⁴³. Ein eigentlicher Abbruch ist nur von einer einzigen Sitzung bekannt, die «jn Bedänken, ess schon würkhlich 6 Uhren geschlagen undt M[eine] g[nädigen] H[erren] gantz müed», Geschäfte auf den nächsten Landrat verschob¹⁴⁴.

2.3 *Befugnisse*

2.3.1 LANDRAT

2.3.1.1 Allgemein

Beim Versuch, die Befugnisse der einzelnen Räte zu umreissen, erzwingt sich vorab die Feststellung, dass sich — ähnlich wie bei den Gemeinden — abschliessende Definitionen der Zuständigkeiten eines einzelnen Rates und deren Verhältnisse zueinander nicht bewerkstelligen lassen. Dies schliesst aber nicht aus, dass bestimmte obrigkeitliche Tätigkeiten kraft Herkommen oder kraft gesetzlicher Regelungen ausdrücklich in die Zuständigkeit eines bestimmten Rates fielen und sich somit Abgrenzungen gegenüber konkurrierenden Gewalten ergaben. Neben diesem Kreis umschriebener Befugnisse fand sich jener, der weit weniger deutlich konturiert war und um dessen Wahrnehmung zwischen den einzelnen Räten — vorwiegend zwischen Wochenrat, Landrat und Rät' und Landleuten — Streitigkeiten zu entstehen vermochten. Um wenigstens bereits gefallene Entscheidungen vor der unbefugten Modifikation durch einen andern Rat zu schützen, fanden schliesslich Verhaltensmassregeln Beachtung, die als Maxime enthielten: je weitreichender ein Geschäft, umso grösser das zuständige Gremium. Da die Beurteilung der Schwere eines Geschäftes dem Landammann zukam¹, blieb manche Kompetenzzuweisung seinem Gutdünken überlassen, wobei ein Rat auch von sich aus eine einzelne Beschlussfassung an eine grössere Gewalt übertragen konnte².

¹⁴³ Die bäuerliche Erwerbsstruktur dürfte für einen zeitigen Abbruch gesorgt haben!

¹⁴⁴ LR 17. 8. 1740, LRP 7 fol. 177a

¹ s. S. 119

² Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 166; vgl. LR an R&L am 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a: «... weylen man diser Handel von allzue weither Usssichtigkeit und Träffheit ansichtet, allss solle von heüth über 8 T[age] Rath undt Landtleüth gehalten ... werden.»

Verglichen sich die Räte in ihrer Entscheidungspotenz untereinander, so empfand sich der Landrat als durchaus «grösser» und wichtiger als der Wochenrat, dem damit ein Eingreifen in die Gewalt des Landrates untersagt blieb³. Dies schloss Übergriffe allerdings nicht aus, was — auch auf eine Rüge hin — vom Landrat im Einzelfall toleriert wurde⁴. Weniger eindeutig gestaltete sich das Verhältnis zwischen Landrat und Rät' und Landleuten. In Einzelfällen gestand der Landrat ein, dass eine Stellungnahme, «weil [sie] von Räth und Landtleüth gemacht, nit wohl abzuoenderen sye»⁵, verlangte aber umgekehrt die selbe Zurückhaltung und forderte, «wass ein gesessner Landrath verordnen wird, das sollen Räth und Landleüth, die einfältig zuosammen verkündt werden, zuo hindertrieben oder abzuoenderen nit gewalltig» sein. Trotz der gelegentlichen Zuweisung von Geschäften von «weither Usssichtigkeit und Träffheit» an Rät' und Landleute durch den Landrat⁶ mit der Begründung, eine «grosse Gewalt»⁷ damit zu befassen, mochte sich der Landrat nicht als «minder» zu betrachten; ihn hinderte selbst nichts daran, Aufgaben, die zum selbstverständlichen Kompetenzbereich von Rät' und Landleuten zählten, zu erledigen, wenn sich keine Landleute zur Sitzung eingefunden hatten⁸.

An das Prinzip der Nichteinmischung hielt sich der Landrat gegenüber dem Wochenrat sehr gewissenhaft, modifizierte er doch dessen Beschlüsse höchst selten⁹. Die Tatsache, dass sich der Landrat zu einem wesentlichen Teil aus Wochenratsmitgliedern zusammensetzte, mag mitbegründend für die Zurückhaltung gewesen sein. Ein Handeln gegen die Vorgesetzten, die auch im Landrat den grössten Einfluss für sich beanspruchten¹⁰, war schwerlich denkbar. Die führenden Kräfte versuchten vielmehr, die Ürte-Abgesandten so an die Obrigkeit zu binden, dass sie sich im Zweifelsfalle nicht als Ürte- oder Volksvertreter, sondern als Angehörige der «Gnädigen Herren» verstanden¹¹. Die Verfahrensvorschrift, die besagte, dass nur, was vorgängig angekündigt worden war, als vom Landrat, das Übrige aber als vom Wochenrat behandelt galt, diente insofern weniger als Riegel gegen Kompetenzansprüche des Wochenrates als mehr zur Orientierung der Ratsherren, wie lange sie auszuhalten verpflichtet waren¹².

³ LR 23. 4. 1682, LRP 3 fol. 386b; R&L 27. 10. 1700, LRP 4 fol. 316a; LR 30. 9. 1745, LRP 7 fol. 224b; LR 5. 5. 1749, LRP 7 fol. 280a; LR 23. 4. 1755, LRP 8 fol. 128b; Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 185

⁴ LR 9. 11. 1751, LRP 8 fol. 48b f.

⁵ LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 8a

⁶ 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 4a; LR 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a (Zitat)

⁷ 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 4a

⁸ LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 413b

⁹ LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 109b; LR 22. 1. 1763, LRP 8 fol. 351b

¹⁰ und z.B. in der Beratung dominierten; s. S. 247

¹¹ vgl. dazu die eigentlichen Verschwörungen mit dem Zweck, bestimmte Anträge zu bekämpfen, und den Treueid, S. 188 und S. 244 ff.

¹² s. S. 235 Fn. 228

In strenger Zurückhaltung übte sich der Landrat gegenüber den Gerichten. Auf die Behandlung von bürgerlichen Streitigkeiten liess er sich nicht ein¹³, ausgenommen in Fällen, in welchen «beyde Partheyen ihren Handel in Güetigkeit demselben auszuesprechen» übergeben hatten¹⁴. Auch wenn ein Prozessbeteiligter nach ergangenem Urteil vermeinte, «nüwe Rechtsambe zue haben», war es ihm ausdrücklich verboten, diese dem Rate zu unterbreiten; er hatte sich an das Gericht zu wenden, welches das Urteil ausgefällt hatte¹⁵. Ebenso war es dem Landrat¹⁶ untersagt, vom Geschworenen Gericht ausgefällte Bussen zu vermindern oder aufzuheben; dem Steller eines entsprechenden Antrages drohte gar eine Busse in der Höhe von 50 Gulden¹⁷. Auch in die Zuständigkeit der übrigen Gerichte wird sich der Landrat nicht leichthin eingemischt haben; eine mögliche Konsequenz einer allfälligen Desavouierung stellte 1771 das Stanser Siebnergericht dem Landrat in Aussicht, indem es die Hoffnung ausdrückte, in seinen Entscheiden «geschützet zu werden, ansonsten niemand mehr in das Sübengericht werde zu bringen seyn, . . .» Das Argument dürfte für die Bestätigung des Urteils mitentscheidend gewesen sein¹⁸.

Dem Landrat verblieben Geschäfte genug — Arbeit musste er sich mit Kompetenzüberschreitungen wahrlich nicht beschaffen! Die Fülle der Geschäfte drängte zum Überdenken der Ratsarbeit. Abkürzung der Sitzungsdauer wurde 1740 von einer Verringerung der jeweils notwendig aufzurufenden Redner erhofft¹⁹, und schliesslich wurden mit gleichem Grund auch Aufgaben vorübergehend oder dauernd an andere Instanzen übertragen²⁰.

2.3.1.2 Organisationskompetenz

In bezug auf die Organisation und das Verfahren konnte der Landrat sowohl für sich selbst wie auch für andere Behörden Regeln erlassen oder Einzelentscheidungen fällen. Soweit die von einer grösseren Gewalt erlassenen und im Landbuch eingetragenen Bestimmungen nicht ausreichten, um ein Funktionieren des Landrates zu gewährleisten, half er selbst nach, indem er sich zum Beispiel über den Beginn der Sitzungen aussprach²¹ und die Verfahrensordnung ergänzte, beispielsweise dem Weibel das Halten der Umfrage und das Scheiden bei Absenz al-

¹³ Lb 1623/1731, S. 55 N. (fälschlicherweise!) auf NG 6. 5. 1668, tatsächlicher Beschluss: LG 29. 4. 1668, LRP 3 fol. 197a f.; Lb 1690, fol. 40a; LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184b

¹⁴ Lb 1623/1731, S. 146 N. auf 2-LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 109a

¹⁵ Lb 1623/1731, S. 55 N. auf NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a, und S. 82 N.; Lb 1690, fol. 40a N. auf NG 1689. — Abweisender Entscheid im Einzelfall: LR 8. 3. 1717, LRP 6 fol. 8b

¹⁶ aber auch dem Wochenrat!

¹⁷ Lb 1623/1731, S. 82 N.; Lb 1690, fol. 40a N. auf NG 31. 5. 1693, LRP 4 fol. 102a; Lb 1782, IV. S. 7

¹⁸ LR 29. 7. 1771, LRP 9 fol. 253a

¹⁹ LR 30. 4., LRP 7 fol. 106a f.

²⁰ s. S. 258 f. und S. 272

²¹ Belege S. 233 Fn. 214

ler Landammänner, des Statthalters und eines Landschreibers zuwies²² oder das vorgängige Ablesen der Traktanden einführte²³. Es war auch der Landrat selbst, der zur Verkürzung der Ratsdauer den Kreis der in der Umfrage automatisch Konsultierten einschränkte²⁴, oder anordnete, die Kanzlei solle an allen ordentlichen Landratssitzungen die Liste jener verlesen, die vor das Bussengericht zitiert worden seien²⁵.

In der Terminierung eigener Sitzungen, ordentlicher oder ausserordentlicher, ist ein weiterer Teil der Organisationsarbeit des Rates zu erblicken, die er jedoch nicht ausschliesslich beanspruchte²⁶.

Innerhalb von Sitzungen nahm der Landrat Geschäftsverschiebungen vor, um einzelne Vorlagen in der Zwischenzeit von einem Ausschuss vorberaten oder um sich vertiefende Berichte verschaffen zu lassen²⁷, aus Zeitnot²⁸, wegen ungenügender Präsenz im Rat²⁹ oder ohne Grundangabe³⁰.

Auch über den eigenen Bestand verfügte der Landrat, indem er die Ratsherren massregelte³¹ und vor allem auf der Einhaltung der Kleiderordnung beharrte³².

Was in den Aufgabenkreis des Landrates gehörte, konnte dieser definitiv zur Behandlung an eine andere Instanz weisen, wovon er sowohl für Einzelentscheid wie auch den Erlass abstrakter Normen regen Gebrauch machte. Als Empfänger trat häufig der Wochenrat auf³³, doch setzte der Landrat oft auch für den

²² 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 2a

²³ Belege S. 242 f.

²⁴ Belege S. 247

²⁵ LR 26. 9. 1753, LRP 8 fol. 81b

²⁶ s. S. 214 und S. 301 f.

²⁷ Beispiele: LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 9b; LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 248b; LR 23. 4. 1763, LRP 9 fol. 4a; LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b; LR 17. 6. 1771, LRP 9 fol. 242a; LR 11. 4. 1774, LRP 10 fol. 23b; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b; LR 14. 2. 1785, LRP 10 fol. 241b

²⁸ LR 17. 8. 1740, LRP 7 fol. 117a; LR 16. 9. 1748, LRP 7 fol. 275b; LR 16. 12. 1748, LRP 7 fol. 277a; LR 3. 3. 1749, LRP 7 fol. 278b; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 94a; LR 4. 5. 1757, LRP 8 fol. 195b

²⁹ LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 156a; R&L (eher: LR) 10. 3. 1721, LRP 6 fol. 108a

³⁰ LR 23. 4. 1691, LRP 4 fol. 32b; LR 28. 4. 1707, LRP 5 fol. 135a; LR 3. 9. 1714, LRP 5 fol. 395b; LR 10. 12. 1725, LRP 6 fol. 215a; LR 22. 3. 1734, LRP 6 fol. 441a; LR 23. 4. 1742, LRP 7 fol. 169b; LR 25. 2. 1751, LRP 8 fol. 29b; LR 18. 5. 1762, LRP 8 fol. 319b; LR 1. 6. 1771, LRP 9 fol. 240b; LR 23. 4. 1779, LRP 10 fol. 130b f.

³¹ was bis zum Ausschluss führen konnte! vgl. S. 226 f. und S. 284

³² LR 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 145b

³³ Landrat an Wochenrat: 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a; 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b; 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a; 26. 6. 1713, LRP 5 fol. 336b, fol. 337a; 11. 3. 1715, LRP 5 fol. 404a; 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 414b; 30. 8. 1728, LRP 6 fol. 311b; 20. 3. 1741, LRP 7 fol. 125b; 12. 1. 1750, LRP 8 fol. 12a; 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 179b; 6. 10. 1779, LRP 10 fol. 138b; 6. 3. 1780, LRP 10 fol. 143b; 14. 5. 1781, LRP 10 fol. 176a, fol. 177a; 24. 7. 1783, LRP 10 fol. 217a; 18. 2. 1788, LRP 10 fol. 309b. — Wochenrat kraft Landrat: 11. 7. 1746, LRP 7 fol. 232a; 15. 5. 1747, LRP 7 fol. 252a

speziellen Fall geformte Kommissionen ein³⁴ oder beauftragte mit der Erledigung einen einzelnen Vorgesetzten Herrn, mit Vorliebe den regierenden Landammann³⁵, den Säckelmeister³⁶ oder den Zeugherrn³⁷, aber auch die eigentlichen Landesbeamten³⁸ und andere³⁹. Der Landrat verlegte auch an sich ihm zustehende Geschäfte endgültig in den Kompetenzkreis anderer Behörden⁴⁰. Neben diesen Zuweisungen an einen kleineren Kreis oder an einzelne wurden solche an einen grösseren nicht selten unternommen, so an Rät' und Landleute⁴¹, an die Nachgemeinde⁴² oder an die Landsgemeinde⁴³. Als Kuriosum erscheint der Beschluss des Landrates vom 23. April 1736, der die Erledigung einer heiklen und vor langer Zeit bereits einmal behandelten Angelegenheit dadurch anstrebte, dass er «diejenige Rathsherren, so anno 1717 des Raths gewesen», zusammenrief und ihnen die Entscheidung überbinden wollte⁴⁴; tatsächlich begaben sich die aufgebotenen Herren im Mai darauf zusammen; mit der Feststellung, dass sie bloss noch «der vierte Theill vom Landrath undt übrige schon mit [dem] Todt ab[ge]gangen» seien, wiesen sie das Mandat wieder an den ordentlichen Landrat zurück⁴⁵.

Die Organisationsgewalt nahm der Landrat nicht nur für sich in Anspruch, sondern er erstreckte sie auch auf andere Behörden. So erliess er Entscheidungen

³⁴ «[Der Landrat] . . . bestimt Commissionen zu mehrerer Untersuchung und Berathsragung wichtiger Geschäftte, . . .» Lb 1782, V. S. 9. — Beispiele: 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2a; 4. 9. 1690, LRP 4 fol. 25a; 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81b; 20. 4. 1713, LRP 5 fol. 319a; 23. 7. 1714, LRP 5 fol. 390a; 8. 5. 1730, LRP 6 fol. 366b; 23. 4. 1763, LRP 9 fol. 4a; 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b; 11. 4. 1774, LRP 10 fol. 23b; 14. 2. 1785, LRP 10 fol. 241b. — Die Bestrebungen zur Eindämmung der Anzahl der Kommissionen s. S. 218 Fn. 72

³⁵ Beispiele: LR 29. 5. 1705, LRP 5 fol. 85a; 23. 4. 1731, LRP 6 fol. 376b; 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a; 9. 11. 1764, LRP 9 fol. 45b; 6. 5. 1776, LRP 10 fol. 74b

³⁶ LR 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 3a, fol. 3b; 6. 5. 1737, LRP 7 fol. 38a; 3. 3. 1749, LRP 7 fol. 278a; 11. 4. 1774, LRP 10 fol. 23a

³⁷ LR 28. 9. 1701, LRP 4 fol. 340b; 23. 4. 1735, LRP 7 fol. 7a; 14. 6. 1745, LRP 7 fol. 223a; 5. 5. 1751, LRP 8 fol. 37a; 13. 5. 1771, LRP 9 fol. 237a. — Andere: Statthalter: 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 108b; Obervogt: 11. 3. 1715, LRP 5 fol. 405b; 9. 5. 1718, LRP 6 fol. 48b; 1. 7. 1729, LRP 6 fol. 339a; 30. 4. 1740, LRP 7 fol. 106a; Landesfähnrich: 24. 9. 1706, LRP 5 fol. 125b; 9. 5. 1795, LRP 10 fol. 440a; Pannerherr: 6. 5. 1737, LRP 7 fol. 38a

³⁸ Landschreiber, Landweibel und Landläufer; Beispiele: LR 5. 5. 1704, LRP 5 fol. 68a; LR 29. 4. 1705, LRP 5 fol. 85b; LR 28. 9. 1713, LRP 5 fol. 349a; LR 10. 5. 1717, LRP 6 fol. 19b; LR 29. 4. 1729, LRP 6 fol. 333b; LR 11. 3. 1743, LRP 7 fol. 180b; LR 15. 7. 1748, LRP 7 fol. 273a; LR 25. 1. 1755, LRP 8 fol. 124b; LR 9. 5. 1772, LRP 9 fol. 282a; LR 23. 4. 1773, LRP 9 fol. 309b; LR 4. 9. 1780, LRP 10 fol. 163a

³⁹ Ürte- bzw. Dorfvogt: LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 110b; LR 2. 3. 1722, LRP 6 fol. 122a

⁴⁰ LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a f.

⁴¹ LR 6. 3. 1702, LRP 5 fol. 4a; LR 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a

⁴² LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b, fol. 2b; LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a; LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b

⁴³ LR 23. 4. 1782, LRP 10 fol. 199a

⁴⁴ LRP 7 fol. 22a

⁴⁵ alter LR 18. 5. 1736, LRP 7 fol. 26b

über Organisation und Verfahren an der Landsgemeinde⁴⁶ und an der Nachgemeinde⁴⁷, ordnete die Organisation des Malefiztages⁴⁸, erliess verfahrensrechtliche Anordnungen in bezug auf das Bussengericht⁴⁹ und setzte die Geltung der Ausstandsregeln für einen Ausschuss ausser Kraft⁵⁰. In gleichem Masse fixierte der Landrat Termine für ausserordentliche Landsgemeinden⁵¹, bestimmte allenfalls ein neues Datum für die Nachgemeinde⁵², setzte Rät' und Landleute an, verschob Wochenratssitzungen und terminierte Kommissionen⁵³. Auch Gerichtstermine wurden vom Landrat festgesetzt⁵⁴, so vor allem jene des Geschworenen Gerichts und des Siebnergerichts⁵⁵, des Bussengerichts⁵⁶, des Landtages⁵⁷ und des Malefiz-Landrates⁵⁸. Auch an von ihm bestimmte Gerichtsausschüsse übertrug er Streitigkeiten zur Beurteilung⁵⁹. Dazu sorgte der Landrat für Geschäfte vor allem des Wochenrates, indem er persönliche Zitationen aussprach⁶⁰ und insbesondere der Sitzung ferngebliebene Ratsherren zu ihrer Rechtfertigung aufbot⁶¹.

Wenn zweifelhaft war, in wessen Macht die Beurteilung eines Geschäftes gehörte, so schaffte er diesbezüglich auf Antrag Klarheit⁶².

⁴⁶ Beispiele: LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16b; LR 23. 4. 1691, LRP 4 fol. 32b; LR 23. 4. 1692, LRP 4 fol. 53b; LR 21. 4. 1704, LRP 5 fol. 63b; LR 23. 4. 1717, LRP 6 fol. 16a; LR 23. 4. 1718, LRP 6 fol. 43a; LR 24. 4. 1719, LRP 6 fol. 71a; LR 23. 4. 1740, LRP 7 fol. 104b; LR 23. 4. 1749, LRP 7 fol. 279b; LR 30. 1. 1764, LRP 9 fol. 22a; LR 23. 4. 1782, LRP 10 fol. 198b

⁴⁷ LR 8. 5. 1730, LRP 6 fol. 367a; LR 7. 5. 1742, LRP 7 fol. 173a; LR 18. 4. 1753, LRP 8 fol. 70b; LR 23. 4. 1777, LRP 10 fol. 82a. — Belegstellen sind seltener, da die Landsgemeinderegeln analog auch für die Nachgemeinde galten.

⁴⁸ Lb 1623/1731, S. 216 N.

⁴⁹ 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 8b

⁵⁰ LR 11. 3. 1715, LRP 5 fol. 405b

⁵¹ allerdings nicht allein. Vgl. S. 65 f.

⁵² vgl. S. 69 f.

⁵³ Belege S. 214 ff.

⁵⁴ jedoch nicht ausschliesslich. S. S. 302

⁵⁵ LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 8b; LR 3. 2. 1691, LRP 4 fol. 28a (überlässt die Festlegung des genauen Termins dem Landammann!); LR 30. 9. 1693, LRP 4 fol. 133a; LR 6. 4. 1701, LRP 4 fol. 325b; LR 18. 1. 1706, LRP 5 fol. 100a; LR 5. 3. 1708, LRP 5 fol. 150b; LR 8. 3. 1717, LRP 6 fol. 8b; LR 13. 3. 1719, LRP 6 fol. 70b; LR 29. 1. 1748, LRP 7 fol. 263b; LR 8. 10. 1764, LRP 9 fol. 39a; LR 20. 11. 1769, LRP 9 fol. 183b; LR 4. 12. 1775, LRP 10 fol. 64b; LR 12. 12. 1787, LRP 10 fol. 301a

⁵⁶ LR 23. 4. 1703, LRP 5 fol. 36b; LR 23. 4. 1710, LRP 5 fol. 231b; LR 14. 4. 1717, LRP 6 fol. 11b; LR 22. 3. 1729, LRP 6 fol. 324a; LR 1. 4. 1743, LRP 7 fol. 181a; LR 15. 4. 1751, LRP 8 fol. 34a; LR 17. 10. 1768, LRP 9 fol. 152a; LR 20. 3. 1786, LRP 10 fol. 260a

⁵⁷ LR 23. 12. 1720, LRP 6 fol. 101a; LR 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a; LR 28. 1. 1751, LRP 8 fol. 25a; LR 21. 8. 1755, LRP 8 fol. 143a; LR 3. 2. 1756, LRP 8 fol. 155a; LR 6. 2. 1756, LRP 8 fol. 155b; LR 5. 7. 1771, LRP 9 fol. 249a; LR 23. 7. 1772, LRP 9 fol. 291a; Lb 1623/1731, S. 216 N.

⁵⁸ LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b

⁵⁹ LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 17b; LR 26. 6. 1713, LRP 5 fol. 336a

⁶⁰ LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b; LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 414b

⁶¹ vgl. S. 235

⁶² LR 4. 9. 1690, LRP 4 fol. 23a; LR 18. 1. 1706, LRP 5 fol. 100a; LR 20. 12. 1706, LRP 5 fol. 126b; LR 15. 9. 1710, LRP 5 fol. 246a; LR 16. 7. 1714, LRP 5 fol. 388b f.; LR 23. 7. 1714, LRP 5 fol. 389b f.; LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 413b; LR 8. 10. 1781, LRP 10 fol. 185a

2.3.1.3 Wählen

Auch der Landrat verfügte über ein Wahlrecht, das jedoch bloss die Besetzung einiger minderer Beamtenstellen betraf. Daneben wählte er jedoch zuweilen auch Amtsträger, die normalerweise vom Volk bestimmt wurden, oder er traf ad interim-Wahlen. Schliesslich griff der Landrat auch gelegentlich in das Wahlrecht der Ürten ein und nahm Demissionen von höheren Beamten entgegen.

Unter Beobachtung eines Umgangs unter den Ürten⁶³ und auf die Dauer von zwei Jahren wählte der Landrat einen Arme-Leute-Vogt⁶⁴. Zu den Aufgaben des auch als «Siechenvogt» bezeichneten Beamten zählte die Verwaltung des Siechenhauses bei Fronhofen zwischen Stans und Stansstad⁶⁵ und die Führung der mit dem Siechenhaus zusammenhängenden Arme-Leute-Rechnung⁶⁶. Für die Ablage dieser sogenannten «Sondersiechenrechnung» erhielten der alte und der neue Vogt je eine Entschädigung von 30 Schilling; der gleiche Betrag war auch dem ebenfalls anwesenden Landammann, dem Obervogt und einem Vertreter der Amtsleute zugesprochen⁶⁷. Dem Arme-Leute-Vogt war überbunden, die Patenstelle für Kinder armer, fremder Frauen, die sich bei der Geburt im Land aufgehalten hatten, zu übernehmen⁶⁸.

Ebenso ernannte der Landrat die obrigkeitlichen Waldvögte für die Staatsforste Brunniswald, Brennwald und Hinterberg⁶⁹. Gemäss ihrem Eid sollten die

⁶³ vgl. LR 6. 7. 1739, LRP 7 fol. 86a; zur «Störung des Umgangs»: LR 3. 9. 1781, LRP 10 fol. 179a

⁶⁴ «[Der Landrat] . . . ernommset den Armen-Leüthen . . . Vögt, . . .» Lb 1782, V. S. 9. — Wahlbeispiele: LR 5. 9. 1712, LRP 5 fol. 298a; LR 23. 12. 1720, LRP 6 fol. 100b (auf zwei Jahre); LR 6. 7. 1739, LRP 7 fol. 86a; LR 20. 4. 1754, LRP 8 fol. 109b (Ersatz für Verstorbenen aus der gleichen Ürte); LR 6. 3. 1765, LRP 9 fol. 56a; LR 15. 11. 1773, LRP 10 fol. 16b; LR 29. 11. 1784, LRP 10 fol. 239a. Gelegentliche Wahlen durch den Wochenrat: 22. 1. 1727, WRP 25 fol. 355b; 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; 24. 7. 1747, WRP 29 fol. 58a

⁶⁵ vgl. Leuchtmann, S. 37 f.. — Im 18. Jahrhundert hatte die Siechenanstalt infolge Rückgangs epidemischer Krankheiten nicht mehr die selbe Bedeutung wie in den zwei Jahrhunderten zuvor.

⁶⁶ von Deschwanden Konstantin, Versuch einer Geschichte des Sanitätswesens in Nidwalden, in: BGN Heft 8, Stans 1891, S. 13. von Deschwanden weist die Wahl des Siechenvogts den Kirchgenossen zu. Da sich der Arme-Leute-Vogt für die Ausübung seiner Tätigkeit offenbar oft in Stans aufzuhalten musste, empfahl der Wochenrat am 24. 7. 1747 dem turnusgemäss gewählten Hergiswiler Leonz Blättler, er möge «die Sach dem Herrn Obervogt (weilen er gar zu weith entlegen) übergeben»; WRP 29 fol. 58a

⁶⁷ Lb 1623/1731, S. 119, und Lb 1690, fol. 111a, beide N. auf LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; Lb 1782, II. S. 34

⁶⁸ jedoch nicht dem Stanser; die Pflicht kam hier dem Spittler zu. Vgl. Achermann Hansjakob, Der Stanser Spittel, in: Der Stanser Spittel, hg. anlässlich des Spittel-Bazars 1977, (Stans 1977), S. 10. — Lb 1623/1731, S. 17 N. auf LR 29. 5. 1709, LRP 5 fol. 198b; Lb 1782, IV. S. 19. — Das Amt der Patin hatte die Hebamme zu versehen.

⁶⁹ «[Der Landrat] . . . ernommset die oberkeitliche Waldt-Vögt, . . .» Lb 1782, V. S. 9. Die Forste liegen in den Gemeinden Wolfenschiessen, Emmetten und Ennetmoos. — 1768 wurde die Waldvogtei Brennwald mit dem Zollamt Emmetten vereinigt; LR 6. 6., LRP 9 fol. 139a. Vgl. auch die Waldvogt- und Zollerwahl durch den LR am 30. 6. 1788, LRP 10 fol. 317a. — Die Waldvogtei Hinterberg wurde 1775 mit dem Zoller- und Sustamt Stansstad zusammengelegt; LR 13. 3. 1775, LRP 10 fol. 46a. Vgl. Wahl durch den LR vom 18. 2. 1782, LRP 10 fol. 196b, und Auftragserteilung durch den LR vom 14. 5. 1787, LRP 10 fol. 293a

Waldvögte ein «treüw und fleissiges Uffsechen haben», dass «weder sye selbst noch jemand ander[es], frembd noch heimbsche, weder thires Holtz zue samblen noch grüenes niderzuehauwen sich underfange». Hingegen durften sie auf Ge- such hin Bedürftigen für den persönlichen Hausgebrauch das Sammeln von dür- rem Holz erlauben. Um ihre Kontrollaufgabe zu erfüllen, waren sie geheissen, «jährlich zue verschidenen Mahlen den Walldt durchzugehn und zue undersue- chen» und — falls sie Störungen der Ordnung feststellten — die Fehlbaren zu ver- zeigen⁷⁰. Für den Aufwand gebührte den auf eine Amts dauer von sechs Jahren ge- wählt Beamten ein Jahrlohn von drei bis 6½ Gulden⁷¹. — Über einen obrigkeitlichen Waldvogt «in der Kälen», dem das Landbuch von 1782 ebenfalls einen Jahrlohn von 2¼ Gulden versprach, ist dort Detailliertes nicht zu finden⁷².

Vom Landrat bestimmt wurden auch die Einzüger des «Vorrats-Salzgeldes»⁷³ und des «Angstergeldes»⁷⁴. Zusammen mit weiteren Einzügern obrigkeitlicher Auflagegelder mussten sie schwören, dass «sie mit allen Treüwen die verordnete Aufläg- und Angstergeldter, wie selbe Nammen haben mögen und jhnen einzuziehen befohlen sind, einziehen, darüber eine specificierte Rechnung führen und solche sammt denen eingezogenen Geldteren zu bestimmter Zeit und Orth ab- statten wollen»⁷⁵.

Der Salzgeldeinzüger, dessen Amts dauer sechs Jahre betrug und dessen Beam- tung «umgangsweys in denen 6 Pfarreyen vergeben werden» sollte⁷⁶, musste für den Bezug der zugunsten des Salzvor rates auf die Ehrenämter, Vogteistellen, Ge- sandtschaften und Compagnien gelegten Auflagen sorgen. Er erhielt dafür einen «Einzieher-Lohn» von 33½ Gulden sowie eine Entschädigung bei der Abrech- nung von 1½ Gulden. Da die Salzgeldrechnung grössere Umsätze erreichte, hatte der Einzüger allerdings eine Bürgschaft von 3 000 Pfund zu leisten⁷⁷.

Die Einzüger des Angstergeldes versahen ihr Amt neben den Proviantschätz- zern⁷⁸ und den Zollern⁷⁹. Sie bezogen das Angstergeld, das heisst, pro eingeführ- tes Mass Wein einen Angster und vom Wirt für den Ausschank vier Angster,

⁷⁰ Lb 1623/1731, S. 97 N.; Lb 1782, I. S. 28 f., vgl. auch IV. S. 32

⁷¹ Lb 1623/1731, S. 97 N.; Lb 1782, II. S. 28; bereits 1765 wurden dem Brennwaldvogt «wegen seiner grossen Müeh» 30 Pfund Jahrlohn zugesprochen; LR 10. 2. 1765, LRP 9 fol. 69a. — Wahlbeispiele: LR 27. 4. 1701, LRP 4 fol. 330a; LR 16. 6. 1710, LRP 5 fol. 237b; LR 23. 4. 1715, LRP 5 fol. 406a; LR 10. 6. 1743, LRP 7 fol. 187a; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 18a; LR 3. 9. 1781, LRP 10 fol. 179a; LR 5. 5. 1794, LRP 10 fol. 426a. — Wahlen durch den Wochenrat (Beispiele): WR 26. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b

⁷² Die «Kälen» gehört zur Gemeinde Stans. — Wahlen: LR 10. 5. 1773, LRP 10 fol. 5b (Sohn des Vor- gängers Sebastian Fischer); LR 14. 5. 1792, LRP 10 fol. 401b (Xaver Fischer)

⁷³ Die früheste Wahl durch den Landrat fand allerdings erst 1764 statt; 26. 4., LRP 9 fol. 28b

⁷⁴ Lb 1782, V. S. 9

⁷⁵ Lb 1782, I. S. 27

⁷⁶ LR 10. 12. 1781, LRP 10 fol. 194b; Lb 1782, I. S. 27 (Zitat)

⁷⁷ Lb 1782, II. S. 26 f.

⁷⁸ Lb 1623/1731, S. 49 N.; Lb 1782, I. S. 45

⁷⁹ Lb 1782, II. S. 7

nämlich zwei zugunsten des Landsäckels und zwei zugunsten des Salzvorrates. Ein Umgeld in der Höhe von zwei Angstern war auch auf das Mass Most gelegt⁸⁰. Geld, das sie zu kassieren hatten, floss auch vom Kornhandel her: «Von jedem in das Landt kommen[de] Mütt Kernen» war der «Kernen-Batzen» zu erlegen⁸¹. Die Entschädigung der Einzüger richtete sich nach dem Umsatz: pro einkassierten Gulden erhielten sie drei Schillinge und bei der Rechnungsablage einen Gulden und fünf Schillinge fest⁸².

Weiter bestimmte der Landrat zweimal einen Einzüger für das «Elisabethengeld»⁸³ und in der Zeit nach dem Stanser Dorfbrand die Einzüger des Solidaritätsbeitrages der Miteidgenossen⁸⁴.

Von grösserer Bedeutung war die Ernennung der Zoller⁸⁵, die in den Grenzgemeinden Hergiswil⁸⁶, Stansstad⁸⁷, Buochs⁸⁸, Beckenried⁸⁹ und Emmetten⁹⁰ den obrigkeitlichen Wegzoll⁹¹ «laut Tariffa⁹² selbst einziehen oder durch die Föhren einziehen lassen» mussten. Ihre Wahl erfolgte «auf keine gewusse Zeit, sonderen auf Wohlverhallten und so lang es M[einen] g[nädigen] H[erren] beliebt»⁹³. Sie durften keinerlei Waren hinwegführen lassen, bevor sie den Zoll bezogen hatten,

⁸⁰ Lb 1690, fol. 133b bezogen auf 3-LR 1. 6. 1643, LRP 2 fol. 513a f. und LR 21. 4. 1644, LRP 2 fol. 523a (noch mit geringeren Beträgen); Lb 1623/1731, S. 49 N. auf NG 7. 5. 1702, LRP 5 fol. 11a; Lb 1782, I. S. 47, II. S. 7

⁸¹ entspricht 3 Schilling. Lb 1782, II. S. 7

⁸² Lb 1782, II. S. 26

⁸³ 30. 3. 1763, LRP 8 fol. 295a (statt des verstorbenen Säckelmeisters); 10. 9. 1764, LRP 9 fol. 38a (Vorgänger war der verstorbene Kirchmeier Remigi Gabriel). Das Elisabethengeld war vermutlich für die Unterstützung bedürftiger Leute gedacht; vgl. etwa Öxle Otto Gerhard, Armut und Armenfürsorge um 1200, Ein Beitrag zum Verständnis der freiwilligen Armut bei Elisabeth von Thüringen, in: Sankt Elisabeth, Fürstin, Dienerin, Heilige, Sigmaringen 1981, S. 78 ff., und Moritz Werner, Das Hospital der heiligen Elisabeth in seinem Verhältnis zum Hospitalwesen des frühen 13. Jahrhunderts, in: ebenda, S. 101 ff.

⁸⁴ LR 3. 4. 1713, LRP 5 fol. 316b. — Zuvor hatte bereits der Wochenrat zwei Delegationen bestimmt; WR 27. 3. 1713, WRP 24 fol. 105a f.; Steiner-Barmettler, S. 65 ff.

⁸⁵ Lb 1782, V. S. 9

⁸⁶ Wahlen: LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 82b; LR 30. 12. 1716, LRP 5 fol. 455a; LR 21. 8. 1755, LRP 8 fol. 143b; LR 30. 3. 1763, LRP 8 fol. 295a; LR 10. 5. 1773, LRP 10 fol. 4b

⁸⁷ Wahlen: LR 8. 5. 1730, LRP 6 fol. 367b; LR 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 179b; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93a; LR 11. 10. 1773, LRP 10 fol. 14b; LR 18. 2. 1782, LRP 10 fol. 196b; LR 14. 5. 1787, LRP 10 fol. 293a

⁸⁸ Wahlen: LR 23. 4. 1722, LRP 6 fol. 124b; LR 23. 4. 1756, LRP 8 fol. 163a; LR 5. 9. 1774, LRP 10 fol. 36b; LR 30. 7. 1778, LRP 10 fol. 107b; LR 10. 9. 1781, LRP 10 fol. 182a

⁸⁹ Wahlen: LR 21. 1. 1704, LRP 5 fol. 53b; LR 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 179b; LR 18. 12. 1786, LRP 10 fol. 278a. — Aber auch: WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 367b

⁹⁰ Wahlen: LR 23. 4. 1715, LRP 5 fol. 406a; LR 4. 5. 1740, LRP 7 fol. 107b; LR 22. 4. 1758, LRP 8 fol. 218b; LR 30. 6. 1788, LRP 10 fol. 317a

⁹¹ Dass es sich bei dem Zoll um einen Wegzoll handelte, geht aus dem Urteil des Geschworenen Gerichts vom 13. 12. 1772 hervor; GGP O, unpag.

⁹² Lb 1782, II. S. 1. ff.

⁹³ Der Grundsatz wurde festgehalten bei der Wahl des Zollers und Sustmanns von Stansstad; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93a

es wäre dann auf eigene Verantwortung. Wollte einer den Zoll nicht bezahlen, so war die Ware zuhanden der Obrigkeit zu beschlagnahmen. Bekamen die Zoller Kenntnis von verheimlichten Ausfuhren von zollbelasteten Waren, so hatten sie dies der Obrigkeit anzuzeigen. Die Fährleute waren verpflichtet, die Zoller bei der Überwachung zu unterstützen⁹⁴. Schliesslich hatten die Zoller «eine getreüw Rechnung von denen Zohl-Geldteren [zu] führen und zu behöriger Zeit und Orth ab[zu]statten»⁹⁵. Gleichzeitig bezogen sie zuhanden der Obrigkeit das Wäge-Geld, auch wenn auf privaten Wagen gewogen wurde⁹⁶. Zur Sicherung wurden nach einem Beschluss des Landrates vom 23. April 1743 von den Zollern bedeutende Hinterlagen gefordert, «damit M[eine] g[nädigen] H[erren] sich nicht zu befahren haben». Die Höhe der Kaution sollte «nach befindenden Dingen» festgelegt und von den Zollern bei Neuwahlen verlangt werden⁹⁷. Der Stansstader Zoller hatte 750 Gulden in Kapitalien⁹⁸ als Bürgschaft zu hinterlegen, vom Buochser waren 1 000 Pfund und vom Beckenrieder 400 Pfund verlangt⁹⁹. Zur Aufgabe des Zollers gehörte weiter die Aufsicht über die Schiffahrt¹⁰⁰ und die Kontrolle über die Einreisenden. Wer keinen Pass auf sich führte, sollte entweder abgewiesen oder nach Stans in obrigkeitliche Obhut verbracht werden¹⁰¹. Die Arbeit indessen war nicht ohne Entgelt zu leisten: An Lohn gebührte den Zollern «von dem oberkheitlichen Zohl der 4te Theil»¹⁰².

Erst mit dem Bau einer obrigkeitlichen Sust in Stansstad nach Mitte des 18. Jahrhunderts¹⁰³ wurde die Wahl eines Sustmannes aktuell, die 1754 erstmals vom Landrat vorgenommen wurde¹⁰⁴. Da zuvor offensichtlich der Zoller Waren zur

⁹⁴ «Es solle auch nit allein der Zohler, sonderen alle Feehren, Man allss Weib, wans schon nur umb den Lohn bestellt, schuldig seyn, den Zohl einzueziechen und dem Zohler getrewlich zue überantworthen und bevor keine dergleichen Wahren wegfüehren noch durch Frembde wegfüehren lassen.» Lb 1623/1731, S. 189 N. auf LR 21. 5. 1731, S. 196 N. (Zitat); Lb 1782, I. S. 26, II. S. 6, V. S. 134. — S. a. Flüeler s. 143 ff.

⁹⁵ Lb 1623/1731, S. 189 N. auf LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b (Verpflichtung, es wären auch die ungeraden Pfund jährlich mit der Obrigkeit zu verrechnen) und auf LR 21. 5. 1731; Lb 1782, I. S. 24. (Zitat), II. S. 1 ff.

⁹⁶ Letztere Aufgabe versah er zusammen mit dem Landweibel; Lb 1623/1731, S. 181 N. auf LR 12. 8. 1728. — Meldungen über privates Wagen waren folgerichtig an einen Zoller zu erstatten; LR 19. 12. 1707, LRP 5 fol. 148a

⁹⁷ LRP 7 fol. 179b

⁹⁸ Betrag nach dem Lb 1782, I. S. 25. — Dem Lb 1623/1731, S. 189 N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124b, zufolge hatte er noch bloss 1000 Pfund «einrückhig-landrechtliche Mittell bei der Kanzlei zu hinterlegen». Diesen Betrag nennt auch der Landratsbeschluss vom 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 179b

⁹⁹ Lb 1782, I. S. 25

¹⁰⁰ Lb 1623/1731, S. 197 N. auf WR 24. 9. 1687, WRP 18 fol. 268b; Abschied in Gersau, April 1687, EA VI Abt. 2, S. 190 ff.; LR 24. 9. 1733, LRP 6 fol. 430a; Lb 1782, V. S. 133 f.; Flüeler, S. 143 Fn. 1, S. 149

¹⁰¹ LR 5. 5. 1738, LRP 7 fol. 52a

¹⁰² Lb 1782, II. S. 25

¹⁰³ Baubeschluss: LR 2. 3. 1750, LRP 8 fol. 13b; Durrer, Kunstdenkmäler, S. 1004

¹⁰⁴ 11. 3., LRP 8 fol. 93a. — Gewählt wurde Anton Rothenfluh, Ratsherr

Aufbewahrung entgegengenommen hatte¹⁰⁵, verlieh der zuständige Landrat das Sustamt und das Zolleramt in der Folge jeweils der gleichen Person¹⁰⁶. Nach dem Eid des Sustmannes, der in der Landbuch-Redaktion von 1782 mit dem Artikel des Zollers zusammengefügt ist, war ihm befohlen, «von denen Waaren den vorgeschribenen Sustlohn¹⁰⁷ . . . fleissig ein[zu]ziehen und nichts aus der Sust weg[zu]lassen, es seye vorher das ordentliche Sustgeldt bezalt» worden. Gab er, ohne kassiert zu haben, Eingelagertes heraus, haftete er für die allfälligen Verluste. Mit zu seiner Aufgabe zählte die Aufsicht über die Einhaltung der Schiffordnung, wobei es zu den Pflichten der Schiffsleute gehörte, mit ihm zu kooperieren¹⁰⁸. Für die Behausung, die ihm in der Sust als Teil des Entgeltes zur Verfügung stand, war er unterhaltpflichtig «in allem, Pfensteren, Tach und Gemach», was jährlich kontrolliert wurde¹⁰⁹. An Barlohn gebührte ihm der vierte Teil des Sustgeldes, wofür er eine Bürgschaft in der gleichen Höhe wie der Zoller leisten musste¹¹⁰.

Eine ähnliche Regelung für das Sustwesen und die Wahl des Sustmannes hätte die Obrigkeit 1772 gerne auch in Buochs durchgesetzt, wo der Sustbetrieb von den Ürtnern ab 1723 vernachlässigt worden war. Nachdem das schlecht erhaltene Susthaus von einem Privaten gekauft werden wollte, setzte eine Kontroverse zwischen der Obrigkeit und den Ürtnern von Buochs um die Rechte am Susthaus ein¹¹¹. Nach anfänglichem Widerstreben — die Buochser sollten sich um ihre Sust und die Anstellung eines Sustmannes selbst kümmern!¹¹² — erklärte sich die Obrigkeit zur Übernahme des Betriebes bereit, verlangte aber weiter den Bau des Susthauses und auch die künftige Bezahlung des Sustmannes durch die Buochser¹¹³. Der mehrmaligen Aufforderung, die widerspenstigen Ürtner möchten ihre Rechtsamen doch vor dem Geschworenen Gericht einklagen, kamen die Buochser endlich nach, wobei es ihnen gelang, bessere Rechte als die der Obrigkeit nachzuweisen¹¹⁴. Eine Vereinbarung mit der Obrigkeit kam indessen später dennoch zustande, indem der Landrat 1781 den Käufer des Susthauses auch zum obrigkeitlichen Zoller bestimmte¹¹⁵.

¹⁰⁵ s. Lb 1623/1731, S. 189 N. auf LR 19. 12. 1707

¹⁰⁶ Lb 1782, V. S. 9. — Die Wahlen LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93a, und die weiteren Daten s. S. 263 Fn. 87

¹⁰⁷ Der erste Tarif wurde am 20. 10. 1752 vom Landrat festgelegt; LRP 8 fol. 63b f.

¹⁰⁸ Lb 1782, I. S. 25 f.

¹⁰⁹ Lb 1782, I. S. 25; vgl. LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93a

¹¹⁰ Lb 1782, I. S. 25 f.

¹¹¹ LR 17. 4. 1771, LRP 9 fol. 231b; LR 23. 4. 1771, LRP 9 fol. 234a; LR 13. 5. 1771, LRP 9 fol. 236b; LR 11. 5. 1772, LRP 9 fol. 284b

¹¹² LR 23. 7. 1772, LRP 9 fol. 292a

¹¹³ LR 31. 8. 1772, LRP 9 fol. 293b; LR 14. 9. 1772, LRP 9 fol. 296b f.; LR 25. 9. 1772, LRP 9 fol. 298a

¹¹⁴ LR 14. 9. 1772, LRP 9 fol. 296b f.; LR 26. 10. 1772, LRP 9 fol. 300a; GG 13. 11. 1772, GGP O, unpag.

¹¹⁵ Es handelte sich um Martin Baumgartner; LR 10. 9. 1781, LRP 10 fol. 182a

An Stellen in den tessinischen und den gemeinen Herrschaften besetzte der Landrat das Zollamt in Bellenz¹¹⁶ und die Landschreibereien, mit Ausnahme jener in Bellinzona¹¹⁷. Die Landschreibereien, die mehrheitlich fest in den Händen einzelner Familien lagen¹¹⁸, sollten nach einem Beschluss der Nachgemeinde von 1774 nicht eher vergeben werden, bevor sie wirklich ledig gefallen waren¹¹⁹ und, nach der Absicht eines Dreifachen Landrates von 1749, an niemanden denn «taugliche Leüth»¹²⁰.

Nach dem Ersatz der Bettelvögte¹²¹ durch zwei Harschiere im Jahre 1766¹²², der eine herwärts, der andere ennet dem Wasser eingesetzt¹²³, trat der Landrat jährlich zur Wahl beziehungsweise Bestätigung dieser Ordnungshüter zusammen¹²⁴. Aus den Bemerkungen, die bei den Bestätigungs- beziehungsweise Neuwahlen fast regelmässig gefallen sind, wird ersichtlich, dass die Obrigkeit in die

¹¹⁶ das Nidwalden alle 18 Jahre auf eine Dauer von sechs Jahren beanspruchen konnte. — Wahlen: LR 7. 7. 1760, LRP 8 fol. 273b; LR 10. 6. 1778, LRP 10 fol. 104b. — Der WR lehnte am 23. 6. 1760 eine Besetzung der Stelle ab und wies sie dem Landrat zu, «angesechen der Zohlerdienst allzeit vor disem Gewalt vergeben worden». LRP 8 fol. 270a

¹¹⁷ die der Landsgemeinde vorbehalten war; Lb 1623/1731, S. 120 N. auf LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; Lb 1782, V. S. 9

¹¹⁸ so wurde jene im Thurgau von 1628 bis 1798 von der Schwyzer Familie von Reding verwaltet; Art. Thurgau, HBLS VI, S. 757; EA VI Abt. 2, S. 1722; EA VII Abt. 1, S. 729; EA VII Abt. 2, S. 562; Steiner-Barmettler, S. 88. — In Sargans hat sich das Amt des Landschreibers bis 1750 während vollen 163 Jahren innerhalb der Familie Gallati stets vom Vater auf den Sohn vererbt; Art. Gallati, HBLS III, S. 380; EA VI Abt. 2, S. 1873; EA VII Abt. 1, S. 902. — Die Kanzlerwürde in Lugano beanspruchte ab 1576 bis 1798 fortwährend ein Zweig der Urner Aristokratenfamilie von Beroldingen, welches Geschlecht auch in Mendris die Schreiberei innehatte; Art. von Beroldingen, HBLS II, S. 196; EA VI Abt. 2, S. 2079, S. 2131; EA VII Abt. 1, S. 1084, S. 1107; EA VII Abt. 2, S. 946, S. 983. — Die Landschreiberei im Oberen Freiamt war eine Pfründe der Zuger Aristokratenfamilien Zurlauben und Landwing; EA VI Abt. 2, S. 1995; EA VII Abt. 1, S. 947; EA VII Abt. 2, S. 792 f.. — In Baden und im Rheintal wurden die Stellen, insbesondere nach 1712, abwechslungsweise mit Vertretern hauptsächlich der Stände Zürich und Bern besetzt; EA VII, Abt. 1, S. 840, S. 984; EA VII, Abt. 2, S. 730, S. 819

¹¹⁹ Lb 1623/1731, S. 120 N. auf NG 10. 5. 1744, LGP A fol. 68a

¹²⁰ 24. 10., LGP A fol. 123b

¹²¹ zum Problem der Bettelei s. Leuchtmann, S. 38 ff.. — Aufgabe: Lb 1623/1731, S. 119 N.; Lb 1690, fol. 87b; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124a. Erhöhung deren Zahl auf drei («einer zu Stantz, einer zu Buochs und einer ob der Mauren»): LR 20. 3. 1752, LRP 8 fol. 54a. Erwählt wurden die Bettelvögte vom Wochenrat; Wahlbeispiel: WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 107a

¹²² LR 12. 5.; die Obrigkeit war mit der Arbeit der Bettelvögte nicht zufrieden. Vgl. LR 5. 5. 1766, LRP 9 fol. 91a

¹²³ später — bis 1776 — waren es drei Beamte; vgl. LR 13. 5. 1776, LRP 10 fol. 75a

¹²⁴ Wahlen (Beispiele): LR 12. 5. 1766, LRP 9 fol. 93a; LR 23. 4. 1770, LRP 9 fol. 195a (Bestätigung unter Vorbehalt); LR 13. 5. 1776, LRP 10 fol. 75a (alle drei bisherigen Harschiere wurden aufgrund eingegangener Klagen ihres Dienstes enthoben und als vorläufiger Ersatz ein einzelner bestimmt); LR 14. 5. 1781, LRP 10 fol. 175b (Bestätigung unter Absetzungsandrohung); LR 14. 5. 1786, LRP 10 fol. 267b (nur vorläufige Bestätigung); LR 12. 5. 1794, LRP 10 fol. 428a (Bestätigung «auf Wohlverhalten auff unbestimte Zeit»). — Wahlen durch den Wochenrat: WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 94a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371b

Pflichterfüllung seitens der Harschiere hohe Erwartungen setzte, welchen diese offensichtlich nicht immer zu genügen vermochten. — Die Harschiere waren mit Spiess, Degen und Schild bewaffnet¹²⁵ und uniformiert¹²⁶. Zu den Aufgaben der Harschiere zählte die Exekution «leichterer» Körperstrafen wie «trillen, geislen auff der Tantzlauben, Haarabschneidten etc.» und das wöchentlich zweimalige Durchkämmen des Landes nach Bettlern, «an einem Tag von Enne[t]mos auff Emmetten, den andern Tag aber von Stansstad auff Wollffenschiessen». Zudem hatten sie jene Landleute zu verklagen, welche «die arme Leüth wider den Articul behausen und behoffen»¹²⁷. Mit Ausnahme des Harschiers in Hergiswil, der einen Jahrlohn von zwölf Gulden bezog, wurde deren Tätigkeit nach Tarif abgegolten, nämlich — als Beispiele — für das Durchführen einer Betteljagd mit einem halben Gulden, für das Züchtigen von «Buben» mit Ruten mit einem Gulden und fünf Schillingen, für das Wegführen von «Heiden» oder von Banditen mit zehn Schillingen¹²⁸.

Der Landrat wählte weiter auch den Nachrichter, dem der Vollzug von Todesstrafen und von strengeren Körperstrafen übertragen war¹²⁹. Seine gesellschaftliche Stellung unterschied sich in nichts von jener seiner Kollegen in andern Ständen: Er galt als ehrlos, und er hatte gesellschaftlichen Umgang ausdrücklich zu meiden. Ein Versuch, die Isolation seiner Familie zu durchbrechen¹³⁰, mündete in ein Amtsverbot für alle, die mit ihm im Nachgang einer unstandesgemässen Heirat verwandt oder verschwägert wurden. «Wan künftig ein Nachrichter sich erfrechen sollte, ein ehrliches Landtskindt zue heürathen», wollte man diesen «ohne Verzug zue oberkeitlichen Handen [ziehen] und ohne weiters mit dem Schwert vom Läben zum Dodt [hinrichten]»¹³¹. Dem Gebot, er solle «alle oberkeitliche Befelch und Sentenzen pflichtmässig erfüllen» und «das Haus sammt Tach und Gemach und die Gärthenhäg ohne M[einer] g[nädigen] H[erren] Kosten erhalten»¹³², stand ein respektables Entgelt von vorerst 24 Gulden¹³³, ab 1737

¹²⁵ LR 13. 5. 1776, LRP 10 fol. 75a

¹²⁶ Grauer Rock mit rotem Kragen und roten Aufschlägen; LR 12. 5. 1766, LRP 6 fol. 93a

¹²⁷ LR 12. 5. 1766, LRP 9 fol. 93a

¹²⁸ Lb 1782, II. S. 35

¹²⁹ Wahlen: LR 25. 9. 1716, LRP 5 fol. 451a; LR 23. 4. 1717, LRP 6 fol. 15a; LR 2. 3. 1733, LRP 6 fol. 416a; LR 6. 5. 1737, LRP 7 fol. 36b f. (Resignation des Nachrichters, weil er eine bessere Anstellung gefunden hatte); LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 41a; LR 7. 5. 1781, LRP 10 fol. 174a (Absetzung des Nachrichters Anton Schärer «wegen seiner üblen Aufführung» und Bestimmung eines Ersatzes). 1717 verfügte der Wochenrat die sofortige Entlassung des Nachrichters Joseph Feiss, was vom Landrat unverzüglich bestätigt wurde; WR 15. 3. 1717, WRP 24. fol. 382b; LR 17. 3. 1717, LRP 6 fol. 10a. Odermatt-Lussy, S. 82 ff.; Flüeler, S. 125 ff.

¹³⁰ mit der erfolglos versuchten Aufnahme von Ulrich Feiss, Sohn des Nachrichters Hans-Jakob Feiss, in den Beisässenstand; NG 24. 5. 1724, LRP 6 fol. 168a ff.; Flüeler, S. 126

¹³¹ Lb 1623/1731, S. 113 N. auf LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 41a; Lb 1782, III. S. 4, III. S. 10;

¹³² Lb 1623/1731, S. 113 N. auf LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 15a; Lb 1782, III. S. 4 (Zitat)

¹³³ Lb 1623/1731, S. 113 N.

ein solches von 90 Pfund¹³⁴ und später 50 Gulden¹³⁵ gegenüber. Hinzu kamen einerseits Entschädigungen für einzelne Richtarten nach Tarif und anderseits Naturalien in Form einer Amtstracht, freier Behausung und Brennholz¹³⁶.

Nach einem Nachtrag im Landbuch von 1623/1731 wäre der Landrat zudem für die Ernennung des Anklägers in Malefizprozessen zuständig gewesen¹³⁷, doch erfolgte dessen Bezeichnung häufig auch während des Prozesses selbst¹³⁸.

Vom Landrat gewählt wurde auch ein Bote, der «alle Zinst- und Samsttäg alle Brieffschafften, Gellt, Waaren und was kan Namen haben, so ihme möchte anvertraut werden, nachher Lucern . . . und auch ins Landt zue bringen» hatte. Dafür bezog er pro transportiertes Stück eine Entschädigung und später einen zusätzlichen Jahrlohn im Betrage von 40 Gulden¹³⁹. Zur Sicherheit der Obrigkeit hatte er eine Bürgschaft von 800 Pfund zu leisten¹⁴⁰.

Bloss zeitweise bezeichnete der Landrat einen Bachvogt, der den offenbar un-dankbaren Auftrag hatte, die Wuhrarbeiten am Hergiswiler Steinibach zu organisieren und zu überwachen¹⁴¹.

Auch die Hebammen wurden vom Landrat mit ihrem Amt betraut¹⁴². Die Führung eines Verzeichnisses der Angehörigen aller hiesigen Familien vertraute er einem Stammbuchführer an¹⁴³, dem er 1784 einen Gehilfen hinzugesellte¹⁴⁴.

Auf Absterben hin ergänzte der Landrat die Zahl der Kollatoren zunächst für

¹³⁴ entsprechen 33½ Gulden; Lb 1623/1731, S. 113 N. auf LR 17. 6. 1737, LRP 7 fol. 41a

¹³⁵ Lb 1782, II. S. 36

¹³⁶ Lb 1623/1731, S. 97 N., S. 113 N.; Lb 1782, II. S. 36 f.

¹³⁷ S. 216; Beispiel: LR 5. 11. 1756, LRP 8 fol. 183b; vorher war die Anklage dem Säckelmeister, dann den Weibeln von Buochs und von Wolfenschiessen übertragen gewesen

¹³⁸ vgl. S. 249 f.

¹³⁹ Lb 1623/1731, S. 61 N.; Lb 1782, I. S. 32, II. S. 27

¹⁴⁰ Wahlen: LR 4. 5. 1727, LRP 6 fol. 250b (die verlangte Bürgschaft bemisst sich auf 100 Kronen; gefordert wird zusätzlich, «das er jährlich vor St. Georgen Rath sich stellen undt widerumb hierummen anhalten solle». LR 18. 3. 1737, LRP 7 fol. 33b; LR 14. 5. 1753, LRP 8 fol. 73b; LR 19. 3. 1760, LRP 8 fol. 264b; LR 22. 12. 1783, LRP 10 fol. 219b (Bestätigung). Nähere Verhaltensvorschriften beschloss der Landrat am 23. 9. 1767, LRP 9 fol. 119a f., und der Wochenrat am 19. 12. 1763, WRP 31 fol. 166b

¹⁴¹ Wahlen: LR 6. 6. 1703, LRP 5 fol. 44b; LR 31. 1. 1704, LRP 5 fol. 61a (Bestätigung); LR 31. 5. 1706, LRP 5 fol. 117a (Bestätigung); LR 5. 3. 1708, LRP 5 fol. 151a; LR 11. 4. 1708, LRP 5 fol. 152a (auf zwei Jahre); LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 153b (Der Gewählte kann sich ersetzen lassen, wenn er jemanden für sein Amt findet!); LR 7. 5. 1708, LRP 5 fol. 159a (Akzepteerklärung für einen Substituten!)

¹⁴² Wahlen: LR 8. 6. 1716, LRP 5 fol. 446b; LR 17. 10. 1746, LRP 7 fol. 243a; LR 15. 7. 1748, LRP 7 fol. 272b. — Amtsenthebung von Anna Maria Steiner durch den Wochenrat am 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115a

¹⁴³ Wahlen: LR 7. 3. 1746, LRP 7 fol. 228a; LR 16. 9. 1748, LRP 7 fol. 274a; LR 15. 7. 1754, LRP 8 fol. 111a; LR 17. 2. 1777, LRP 10 fol. 79b

¹⁴⁴ 8. 3., LRP 10 fol. 223a

das Amt des Siegristen¹⁴⁵ auf Wiesenbergs und nach der Pfrunderrichtung 1752¹⁴⁶ für das Amt des Kaplans¹⁴⁷ auf vier Herren¹⁴⁸.

Daneben vergab der Landrat vereinzelt weitere Stellen; so wählte er 1712 zwei Steuerschätzer¹⁴⁹, 1717 einen Kaminfeger¹⁵⁰, 1730 einen Vogt für das Frauenkloster Sarnen¹⁵¹, 1732 einen Wächter nach Pruntrut¹⁵², 1755 einen Zeugwart¹⁵³, 1765 einen Feuerhauptmann¹⁵⁴, 1723 und 1778 einen Beamten für den Sinnerdienst¹⁵⁵ und 1789 einen Marchherrn¹⁵⁶.

Zu diesen vereinzelten Wahlen kamen gelegentliche Ämterbestellungen anstelle anderer Instanzen, entweder ausdrücklich kraft Delegation, um eine während des Jahres ledig gefallene Stelle vorübergehend zu besetzen, oder durch zeitweise Usurpation. Kraft Delegation besetzte der Landrat 1721 bis 1723 die Stellen der Proviantschätzer, Landschätzer und Landesspielleute¹⁵⁷, aber auch die obrigkeitlich zugelassenen Metzger wurden während dieser Zeit von ihm bestimmt¹⁵⁸. 1751 waren es allein die Landesspielleute, die der Landrat anstelle der Nachgemeinde wählte¹⁵⁹. Interimsweise, weil unter dem Jahr, aber doch definitiv erkoren 1761 einen Schützenfähnrich¹⁶⁰ und einen Landschreiber¹⁶¹, 1762 und 1777 je eine Bauherrn¹⁶² sowie 1781 einen Helmibläser¹⁶³. Die anfänglich interimsweise Bestellung des Salzdirektors verwandelte sich zur Gewohnheit, die auch der Beschluss eines Zweifachen Landrates im Jahre 1765, von jetzt ab die Wahl zu tätigen.

¹⁴⁵ LR 29. 10. 1731, LRP 6 fol. 387a; LR 14. 1. 1732, LRP 6 fol. 391a; Odermatt Anton, Geschichte der Filialkirchen von Stans, Handschrift 1882, KB NW, S. 500 ff. (zit. Odermatt, Filialkirchen)

¹⁴⁶ Genehmigung durch den Landrat: 20. 3. 1752, LRP 8 fol. 53a

¹⁴⁷ Nr. 10 des Stiftbriefes; s. Odermatt, Filialkirchen, S. 514 f. — Der Siegristendienst wurde an den Käufer der ursprünglich zur Kapelle gehörigen Güter übertragen. Von Amtes wegen gehörte der Pfarrer von Stans der Kollatorschaft an

¹⁴⁸ Zur Vorgeschichte der Kapelle s. Durrer, Kunstdenkmäler, S. 1010; auch (Odermatt Anton) Pfrund und Kapelle auf Wiesenbergs, in: Nidwaldner Kalender 1865, unpag.. — Wahlbeispiele: LR 18. 3. 1754, LRP 8 fol. 95b; LR 4. 12. 1775, LRP 10 fol. 64b (Der von den Kollatoren unterbreitete Mehrfach-Vorschlag wird begrüßt und künftig als Regel verlangt); LR 17. 2. 1777, LRP 10 fol. 80a; LR 10. 5. 1788, LRP 10 fol. 313a; LR 16. 3. 1789, LRP 10 fol. 325b

¹⁴⁹ 7. 11., LRP 5 fol. 304a, unter Zuzug der Elfer

¹⁵⁰ 20. 9., LRP 6 fol. 23b (Bestätigung). — Zur Aufgabe: Steiner-Barmettler, S. 93

¹⁵¹ für den Einzug von Zinsen; 6. 3.; LRP 6 fol. 357a

¹⁵² 30. 4., LRP 6 fol. 402a f.

¹⁵³ 1. 12., LRP 8 fol. 149a

¹⁵⁴ 12. 8., LRP 9 fol. 73a; anstelle eines Vorgängers

¹⁵⁵ 12. 7. 1723, LRP 6 fol. 151a; 4. 5. 1778, LRP 10 fol. 100a

¹⁵⁶ 11. 5., LRP 10 fol. 332a; anstelle eines Vorgängers. — Marchbereinigungen verlangt das Lb 1782 ordentlicherweise alle 20 Jahre, ausserordentlicherweise bei Besitzerwechsel; V. S. 37

¹⁵⁷ 12. 5. 1721, LRP 6 fol. 113b; 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 148b

¹⁵⁸ LR 10. 6. 1720, LRP 6 fol. 96b; LR 12. 5. 1721, LRP 6 fol. 113b

¹⁵⁹ LR 10. 5. 1751, LRP 8 fol. 39a

¹⁶⁰ LR 27. 7., LRP 8 fol. 303a, statt einer Nachgemeinde

¹⁶¹ 26. 10., LRP 8 fol. 316b (für einen Abgesetzten!), statt der Landsgemeinde

¹⁶² LR 5. 5. 1762, LRP 8 fol. 325a; LR 22. 12. 1777, LRP 10 fol. 89a, statt der Landsgemeinde

¹⁶³ 23. 4., LRP 10 fol. 171a, statt der Nachgemeinde

gen¹⁶⁴, nicht mehr dauernd zu verändern vermochte¹⁶⁵. Ohne Widerstand seitens der Landsgemeinde wurden die Wahl und die Bestätigung der Kornherren dem Landrat überlassen, als das Amt an Wichtigkeit und somit an Interesse verloren hatte¹⁶⁶. Demgegenüber bemühte sich die Nachgemeinde 1793 wiederum um das angestammte Wahlrecht für die Aavögte, nachdem deren Beamtung in der Zeit ab 1763 vom Landrat jeweils schon im voraus vergeben worden war und die Nachgemeinde nurmehr Bestätigungsfunction hatte¹⁶⁷. Über das ganze Jahrhundert hin, aber besonders oft 1755/1756, vergab der Landrat auch Gesandtschaften, wobei er damit sowohl die Rechte der Landsgemeinde¹⁶⁸ wie von Rät' und Landleuten¹⁶⁹ tangierte. Nicht nach der üblichen Ordnung war auch die Wahl eines Weibels zu Beckenried¹⁷⁰, wohingegen die Bezeichnung zweier Ersatzrichter für das Geschworene Gericht wegen Befangenheit der ordentlichen Elfer aus Praktikabilität nahe lag¹⁷¹.

Von dem dem Landrat zukommenden Recht, Kommissionen zu bestellen, machte er nicht nur «zu mehrerer Untersuchung und Berathschlagung wichtiger Geschäfte» Gebrauch¹⁷², sondern auch für Kommissionen mit dauerndem Charakter, sofern deren Zusammensetzung im Artikelbuch nicht schon bestimmt war¹⁷³.

2.3.1.4 Gesetzgebung

Die Beschlussfassung über neue Gesetze beziehungsweise über Gesetzesänderungen oblag zur Hauptsache der Nachgemeinde, doch kam dem Landrat eine bedeutende Rolle in der Vorbereitung und in der Ausführung zu. Da eine verbindliche Definition dessen, was «Landessachen» sind, fehlte, ergaben sich für den Landrat in Randbereichen zusätzliche Möglichkeiten, legislatorisch tätig zu

¹⁶⁴ vgl. die Zuweisung durch den Landrat am 26. 4. 1764, LRP 9 fol. 28b

¹⁶⁵ So vergab der Landrat am 30. 7. 1778 wiederum das Salzdirektorium, LRP 10 fol. 108b

¹⁶⁶ Wahlen: LR 7. 9. 1782, LRP 10 fol. 209a (interim bis zur Landsgemeinde); LR 5. 5. 1783, LRP 10 fol. 213a (interim bis zur Landsgemeinde); LR 10. 9. 1783, LRP 10 fol. 218a (interim bis zur Landsgemeinde); LR 30. 8. 1784, LRP 10 fol. 233a; LR 15. 12. 1794, LRP 10 fol. 439a

¹⁶⁷ Wahlen durch den Landrat: 9. 3. 1763, LRP 9 fol. 3a (interim bis zur Nachgemeinde); 23. 4. 1788, LRP 10 fol. 312b; 4. 7. 1791, LRP 10 fol. 389a («bis zur nächsten Nachgemeindt»)

¹⁶⁸ LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 414b (Ersatz für einen erkrankten Gesandten); LR 16. 9. 1726, LRP 6 fol. 240b

¹⁶⁹ LR 14. 5. 1750, LRP 8 fol. 17a; LR 7. 7. 1755, LRP 8 fol. 131a; LR 11. 2. 1756, LRP 8 fol. 156a; LR 14. 2. 1756, LRP 8 fol. 157a; LR 14. 4. 1756, LRP 8 fol. 161a; LR 28. 4. 1756, LRP 8 fol. 165b (erörtert wird, ob die Deputatschaft von einem Dreifachen Landrat bestimmt werden soll, was verworfen wird); LR 22. 9. 1773, LRP 10 fol. 11b; LR 7. 5. 1787, LRP 10 fol. 289b

¹⁷⁰ 15. 9. 1794, LRP 10 fol. 431b

¹⁷¹ 4. 9. 1690, LRP 4 fol. 23a. — Dafür bestanden im übrigen ausführliche Bestimmungen über den Ersatz befangener Richter! S. 333

¹⁷² wie es ihm das Lb 1782 zugestand; V. S. 9

¹⁷³ Mitglieder in den Sanitätsrat (Bestätigung): LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

werden, was je nach der Aufmerksamkeit des Landvolkes in einem engeren oder weiteren Rahmen ausgenutzt wurde.

Unbestritten war die Gesetzesvorberatung durch den Landrat insoweit, wie er selbst Novellen der Nachgemeinde vortragen wollte. Die Anregung dazu ging entweder von einem Ratsherrn oder von einem Vorgesetzten aus, wobei ein während des Jahres erfolgter Anzug entweder auf den Georgenlandrat vertagt¹⁷⁴ oder direkt an die Nachgemeinde gewiesen wurde¹⁷⁵. Zur Beschlussfassung über das Gros der Anträge versammelten sich Vorgesetzte und Ratsherren traditionsgemäß vor der Landsgemeinde zum Georgenlandrat. Über die Verhandlungen ist aus den Protokollen selten mehr zu erfahren als diese oder jene Modifikation eines Artikels des Landbuches sei an die Nachgemeinde gewiesen¹⁷⁶, oder es solle in bezug auf eine bestimmte Vorschrift an der Nachgemeinde nichts¹⁷⁷ oder wenigstens im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts¹⁷⁸ angezogen werden. Weitere Anträge an die Nachgemeinde wurden vom Rat gelegentlich auch nach St. Georg verabschiedet¹⁷⁹. Gewicht versuchte sich die Behörde bei einer Beschlussfassung vor allem der letzteren Art dadurch zu verschaffen, dass sich ihre Mitglieder einigten, einen allfälligen Gegenantrag des Landvolkes entweder mit der Verwei-

¹⁷⁴ Beispiele: LR 2. 3. 1705, LRP 5 fol. 81b, und LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83a; LR 10. 12. 1742, LRP 7 fol. 175a, und LR 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 182a; LR 20. 4. 1754, LRP 8 fol. 99b, und LR 23. 4. 1754, LRP 8 fol. 103b; LR 13. 4. 1768, LRP 9 fol. 131a, und LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 134a; LR 28. 2. 1791, LRP 10 fol. 378b, und (Georgen-)LR 13. 4. 1791, LRP 10 fol. 383b. — Trotz Vertagung an den Georgenlandrat nicht behandelt: Verschobene Anzüge vor dem Landrat am 2. 3. 1716, LRP 5 fol. 435b; LR 1. 12. 1755, LRP 8 fol. 149a; LR 6. 4. 1772, LRP 9 fol. 279a

¹⁷⁵ Beispiele: LR 23. 3. 1707, LRP 5 fol. 128b, und NG 8. 5. 1707, LRP 5 fol. 136b f.; LR 26. 8. 1718, LRP 6 fol. 55b, und NG 14. 5. 1719, LRP 6 fol. 77a; LR 23. 2. 1728, LRP 6 fol. 288a, und NG 9. 5. 1728, LRP 6 fol. 300a f.; LR 8. 10. 1738, LRP 7 fol. 57b, und NG 10. 5. 1739, LGP A fol. 13a; LR 29. 12. 1747, LRP 7 fol. 262b, und NG 11. 5. 1748, LGP A fol. 99a; LR 29. 3. 1762, LRP 8 fol. 320b, und NG 8. 5. 1763, LGP A fol. 212b f.; LR 11. 4. 1774, LRP 10 fol. 24b, und NG 8. 5. 1774, LGP B fol. 62a; LR 7. 4. 1794, LRP 10 fol. 425a, und NG 11. 5. 1794, LGP B fol. 242a. — Entgegen der Zuweisung an die Nachgemeinde nicht behandelt (Beispiele): LR 20. 9. 1706, LRP 5 fol. 120b; LR 25. 9. 1716, LRP 5 fol. 451a; LR 23. 12. 1722, LRP 6 fol. 137b; LR 10. 6. 1743, LRP 7 fol. 188b; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 94a; LR 18. 5. 1762, LRP 8 fol. 317b, fol. 319b; LR 12. 6. 1786, LRP 10 fol. 269a

¹⁷⁶ (Georgen-)LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b f.; LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a; LR 19. 6. 1702, LRP 6 fol. 20a; LR 23. 4. 1703, LRP 5 fol. 35b, fol. 36b f.; LR 23. 4. 1718, LRP 6 fol. 42b; LR 23. 4. 1726, LRP 6 fol. 220b; LR 23. 4. 1737, LRP 7 fol. 35a; LR 23. 4. 1748, LRP 7 fol. 268a; LR 23. 4. 1760, LRP 8 fol. 260a; LR 23. 4. 1771, LRP 9 fol. 234b; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b; LR 23. 4. 1792, LRP 10 fol. 396b

¹⁷⁷ Beispiele: LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 14a; LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 109b; LR 16. 4. 1707, LRP 5 fol. 131a; LR 14. 4. 1734, LRP 6 fol. 442b; LR 5. 5. 1738, LRP 7 fol. 51a; LR 23. 4. 1743, LRP 7 fol. 182a; LR 6. 5. 1748, LRP 7 fol. 269b; LR 23. 4. 1772, LRP 9 fol. 279b (mehrere Beispiele); LR 30. 4. 1774, LRP 10 fol. 28a; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b; LR 17. 3. 1783, LRP 10 fol. 210a; LR 13. 4. 1791, LRP 10 fol. 383b

¹⁷⁸ z.B. zwecks weiterer Vorbereitung; LR 24. 4. 1752, LRP 8 fol. 55b

¹⁷⁹ Beispiele: LR 7. 5. 1708, LRP 5 fol. 158b, fol. 159a; LR 4. 5. 1716, LRP 5 fol. 441a; LR 28. 4. 1728, LRP 6 fol. 296b; LR 4. 5. 1739, LRP 7 fol. 73b, fol. 74a; LR 8. 5. 1752, LRP 8 fol. 57a; LR 6. 5. 1765, LRP 9 fol. 63b, fol. 64a; LR 4. 5. 1778, LRP 10 fol. 101a; LR 9. 5. 1792, LRP 10 fol. 400a

gerung des Scheidens¹⁸⁰ oder mit dem geschlossenen Verlassen der Gemeinde zu parieren¹⁸¹. Ohne über Geplantes nähere Angaben zu machen, gab der Landrat am 23. April 1772 zu verstehen, dass er sich gegen einen missliebigen Antrag mit der «zum gemeinen besten gereichende[n] Vorstellung» zu wehren wissen werde¹⁸².

Von der Materie her anspruchsvolle oder politisch brisante Artikel entwickelte der Rat vielfach nicht während der Ratssitzung selbst, sondern er übergab sie zum Entwurf an von Fall zu Fall eingesetzte Kommissionen¹⁸³.

Die selbständige gesetzgeberische Tätigkeit des Landrates blieb auf den Erlass von weniger gewichtigen Verordnungen beschränkt¹⁸⁴, soweit nicht die Nachgemeinde ihre Gesetzgebungskompetenz an ihn delegierte¹⁸⁵, was der Landrat gerne selbst anstrebte¹⁸⁶. Ein Eingreifen in die Macht der höheren Gewalt war zwar ausdrücklich untersagt¹⁸⁷ und das Verbot von den «minderen Gewalten» in der Regel auch akzeptiert¹⁸⁸, doch Übergriffe blieben dennoch nicht ausgeschlossen. Darauf weist eine Vielzahl von Artikeln bzw. Artikeländerungen im Landbuch von 1623/1731 hin, die vom Landrat erlassen worden sind, wofür aber eine Ermächtigung seitens der Nachgemeinde jeweils nicht auszumachen ist¹⁸⁹. In weiteren Fällen bestehen mindestens Anhaltspunkte dafür, dass der Landrat mit seinen Entschlüssen seine Machtbefugnisse überschritten hat¹⁹⁰. Proteste dagegen blieben selten und diejenigen, die sie formulierten, wurden von der Obrigkeit nach Möglichkeit gemassregelt¹⁹¹.

¹⁸⁰ Beispiele: LR 1. 6. 1692, LRP 4 fol. 67a; LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 109b; LR 20. 4. 1713, LRP 5 fol. 319b; LR 8. 5. 1724, LRP 6 fol. 165a; LR 23. 4. 1749, LRP 7 fol. 279b; LR 5. 5. 1751, LRP 8 fol. 37a; LR 8. 5. 1752, LRP 8 fol. 56a; LR 5. 5. 1773, LRP 10 fol. 4a; LR 5. 5. 1779, LRP 10 fol. 125a

¹⁸¹ Beispiele: LR 2. 5. 1713, LRP 5 fol. 322b f.; LR 29. 4. 1722, LRP 6 fol. 127a; LR 23. 4. 1723, LRP 6 fol. 143b; LR 8. 5. 1752, LRP 8 fol. 56a; LR 5. 5. 1773, LRP 10 fol. 4a

¹⁸² LRP 9 fol. 279b

¹⁸³ Beispiele: LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a (Beisteuerwesen); LR 25. 5. 1739, LRP 7 fol. 79b; vgl. LR 23. 4. 1744, LRP 7 fol. 201b; LR 5. 5. 1779, LRP 10 fol. 124b f.; Lb 1782, V. S. 9

¹⁸⁴ Beispiele: Transporttarif für Fährschiffe ab Stansstad: LR 15. 3. 1681, LRP 3 fol. 371a; Flüeler, S. 145 ff.. — Feuerordnung: LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 248b; LR 5. 1. 1746, LRP 7 fol. 226b f.; Steiner-Barmettler, S. 20 ff., S. 94

¹⁸⁵ s. S. 162 f.

¹⁸⁶ vgl. LR 23. 4. 1783, LRP 10 fol. 211b

¹⁸⁷ allgemein: NG 14. 5. 1747, LGP A fol. 89a; Lb 1623/1731, S. 82 N. auf 1693, S. 114 f. N. (teilweise); Lb 1690, fol. 40a, fol. 84a; Lb 1782, V. S. 3, V. S. 15. — Hervorhebung in Einzelfällen: NG 21. 5. 1730, LRP 6 fol. 369b; NG 10. 5. 1739, LGP A fol. 12a

¹⁸⁸ LR 11. 3. 1758, LRP 8 fol. 212a; LR 6. 8. 1770, LRP 9 fol. 206a

¹⁸⁹ Beispiele aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts (das Lb 1623/1731 beinhaltet noch weitgehend Angaben über die erlassende Instanz und den Zeitpunkt): Lb 1623/1731, S. 1, S. 3, S. 7, S. 15, S. 21, S. 26, S. 40, S. 73, S. 90, S. 110 f., S. 142 f., S. 153, S. 173, S. 188, S. 189, S. 194

¹⁹⁰ LR 1. 9. 1692, LRP 4 fol. 67a; LR 23. 4. 1744, LRP 7 fol. 201b; LR 23. 4. 1751, LRP 8 fol. 35a; LR 14.5. 1781, LRP 10 fol. 177a

¹⁹¹ vgl. R&L (eher: LR!) 13. 9. 1700, LRP 4 fol. 311a f.; vgl. S. 179. — LR 28. 9. 1751, LRP 8 fol. 46b; Der Gesandte Franz Durrer wurde zum Zurücknehmen entsprechender Behauptungen verpflichtet und auf zehn Jahre von allen Gemeinden ausgeschlossen.

Die gültigen Satzungen hingegen wiesen dem Landrat das Entscheidungsrecht darüber zu, ob ein neu erlassener Artikel bereits im ersten Jahr seiner Gültigkeit von einer ausserordentlichen Landsgemeinde wiederum in Diskussion gezogen werden dürfe¹⁹², und ob in einer Sache, die bereits im gleichen Jahr an einer ausserordentlichen Landsgemeinde beraten worden war, eine zweite einberufen werden könne¹⁹³. In beiden Fällen forderten die Artikel das Vorhandensein einer Notlage; die Berechtigung, ihr Vorhandensein zu bejahen oder zu verneinen, bedeutete gleichzeitig Macht wie Verantwortung.

Einen zusätzlichen Bereich für die Einflussnahme auf die Gesetzgebung ergab sich über die Auslegung zu wenig schlüssiger Artikel bzw. Nachgemeinde-Beschlüsse, die der Landrat gelegentlich vornahm¹⁹⁴. In bezug auf die Nutzniesung der Genossame, der Urte- und Bergrechte war ihm das Recht zur Erläuterung gar ausdrücklich im Landbuch zugesichert¹⁹⁵. — Dass über die Interpretation die ursprüngliche Absicht eines gesetzgeberischen Erlasses klarer umrissen werden konnte, geht beispielsweise aus den Artikeln hervor, welche Vermögenszuwendungen an die Tote Hand einzuschränken versuchten¹⁹⁶. Am 24. April 1684 untersagte der Landrat, in der Zukunft Bruderschaften, Kirchen oder Kapellen Gemeinalanteile zuzuschreiben¹⁹⁷, ohne näher zu erläutern, ob in das Verbot auch Pfrundbegründungen eingeschlossen seien. Aus der Tatsache, dass nach diesem Datum an die Kaplaneipfrund auf Obbürgen¹⁹⁸ Beiträge gespendet und jene in Dallenwil überhaupt erst fundiert wurde¹⁹⁹, geht hervor, dass solche Zuwendungen mindestens explizit noch nicht untersagt waren. Zweifel an der Rechtmässigkeit mögen es gewesen sein, welche die Obrigkeit bewogen, die Dallenwiler Stiftungsurkunde zur zusätzlichen Genehmigung auch dem Geschworenen Gericht zu unterbreiten²⁰⁰. Die im Jahre 1703 von der Nachgemeinde bekräftigte und mit einem Vorbehalt gegenüber Neubauten von Kirchen und Kapellen ergänzte Gesetzgebung schloss zwar auch jetzt den Übertrag von Gütten aus, brachte aber in bezug auf einzelne Zuwendungen an kirchliche Einrichtungen keine Klärung²⁰¹. Innerhalb des Landrates bestand darnach offenbar wiederum

¹⁹² Lb 1623/1731, S. 115; Lb 1690, fol. 84a

¹⁹³ Lb 1623/1731, S. 114 N.; Lb 1690, fol. 83b; Lb 1782, V. S. 4

¹⁹⁴ Beispiele: LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2a; LR 23. 4. 1691, LRP 4 fol. 32b (Verschiebung); LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b (Weigerung und Auftrag an den Wochenrat); LR 14. 4. 1734, LRP 6 fol. 442b; LR 17. 3. 1738, LRP 7 fol. 49a; LR 14. 5. 1751, LRP 8 fol. 40a; LR 31. 6. 1751, LRP 8 fol. 44b; LR 9. 6. 1753, LRP 8 fol. 77a (Käseausfuhr-Artikel); LR 28. 6. 1762, LRP 8 fol. 329b; LR 23. 4. 1772, LRP 9 fol. 279a (überlässt Interpretationen dem Geschworenen Gericht)

¹⁹⁵ 1782, V. S. 9

¹⁹⁶ Über die ältere diesbezügliche Gesetzgebung vgl. Graf, Tote Hand, S. 17 ff.

¹⁹⁷ LRP 3 fol. 404b

¹⁹⁸ 1689 und 1699; Odermatt, Filialkirchen, S. 341

¹⁹⁹ 1694; vgl. meinen Aufsatz Die Fundation der Pfründe von Dallenwil, in: BGN Heft 39, Stans 1980, S. 96 ff.

²⁰⁰ 21. 4. 1695, GGP J, unpag.

²⁰¹ NG 13. 5. 1703, LRP 5 fol. 42a; Lb 1623/1731, S. 79 N.; Lb 1690, fol. 145b N. (fälschlicherweise!) auf NG 1700; Lb 1782, III. S. 14, V. S. 49 f.

keine Sicherheit darüber, was galt. Am 1. März 1706 erlaubte er folglich noch die Zuwendung von Gütlen im Wert von 400 Pfund zugunsten des Ewigen Lichts in der St. Jost-Kapelle ob Ennetbürgen, «weylen diss Gestifft vor Uffsetzung des Articuls, der solches verbiehet, beschechen» sei²⁰². 1708 bestätigte die Nachgemeinde das Verbot wiederum²⁰³. 1710 genehmigte der Landrat eine Stiftjahrzeit mit der Erläuterung, diese sei von der Urte Dallenwil vor 1703 approbiert worden und gereiche der Pfarrkirche nicht zum Nachteil; die Bestätigung erfolgte dennoch ausdrücklich «ohne Consequenz und ohnschedlich des Articulss» und wurde mit der Forderung verbunden, der Stiftungsurkunde sei deren Errichtung vor 1703 explizit beizufügen²⁰⁴.

Im gleichen Jahr forderte er die Anlage des Kapitals für eine Stansstader Pfründe «im Zuger Gepiet old anderwertig ussert Landtss»²⁰⁵; 1712 wies er hingegen die Ürtner von Stansstad und den von ihnen präsentierten potentiellen Stifter Arnold vom Bach vor die Landsgemeinde, obwohl diese geltend machten, dass «der Articul solches²⁰⁶ keineswegs verpiethet»²⁰⁷. Zum Antrag an die höchste Gewalt, der vielleicht Klärung gebracht hätte, kam es im folgenden Jahr nicht, da im Haus des stiftungswilligen von Bach im März zuvor der katastrophale Dorfbrand von Stans seinen Anfang nahm²⁰⁸. Ende 1714 machten die Stansstader ihre Interpretation, der Artikel von 1703 verbiete nicht, «dass man . . . Pfründen in dem Landt stüfft möge», wiederum geltend, der sich jetzt der Landrat anschloss, weil der Artikel «lauth dem claren Buochstabn allein Kürchen, Capellen undt Bruederschafften nambset»²⁰⁹. Später, so im Jahre 1753 im Falle von Kehrsiten²¹⁰ und im Jahre 1785 im Falle von Oberrickenbach²¹¹, blieben Erläuterungen über die Zulässigkeit der Pfrundstiftungen aus. — Dem Verbot, keine neuen Kirchen und Kapellen ohne Einwilligung der Nachgemeinde zu bauen, gab der Landrat das Verständnis, es berühre nicht die Restauration oder den Ersatz bisheriger Bauten. Auf eine entsprechende Frage der Ennetbürger Ürtner und Räte hielt der Landrat fest, dass der Beschluss zu einer Renovation in ihre Kompetenz falle und «solches gäntzlichen nit wider den Articul» strebe²¹². Als dann statt der Erneuerung ein Neubau in Angriff genommen wurde, sprach der Landrat ohne Zögern den angeherrten Beitrag²¹³. Unsicherheit über die Richtigkeit dieser Lesart des Artikels

²⁰² LRP 5 fol. 100b

²⁰³ 13. 5., LRP 5 fol. 161b

²⁰⁴ 23. 4., LRP 5 fol. 231a

²⁰⁵ LR 15. 9. 1710, LRP 5 fol. 244a; LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 250a

²⁰⁶ d.h. eine Pfrundstiftung

²⁰⁷ LR 7. 11. 1712, LRP 5 fol. 305a

²⁰⁸ Steiner-Barmettler, S. 30, S. 46

²⁰⁹ 30. 4. 1714, LRP 5 fol. 400a ff. — Die Stansstader Pfründe wurde auf den 25. 11. 1715 in Geltung gesetzt; Bünti, Chronik, S. 264 f.

²¹⁰ 17. 12., LRP 8 fol. 85b; s. aber auch LR 12. 2. 1786, LRP 10 fol. 269b, und LR 28. 2. 1786, LRP 10 fol. 271b

²¹¹ 19. 12., LRP 10 fol. 252b; s. auch LR 20. 3. 1786, LRP 10 fol. 259b

²¹² 23. 12. 1705, LRP 5 fol. 93b

²¹³ 23. 3. 1703, LRP 5 fol. 129a

geht aus der Haltung gegenüber dem Neubaubegehren der Stansstader Ürtner hervor, zu welchem Unternehmen der Landrat weder positiv noch negativ Stellung nehmen wollte²¹⁴. Diese verlor sich über die Jahre allerdings gänzlich²¹⁵. Mit der entsprechenden Konsequenz in Erinnerung blieb demgegenüber das grundsätzliche Verbot der Kapitalanlage in Gütlen seitens der Klöster und zugunsten der «Seelensonntage»²¹⁶. Auf die Klage hin, die Stanser St. Klara-Schwestern würden sich für Geldausleihungen Gütlen hinterlegen lassen, wodurch im Falle eines Aufwurfes²¹⁷ die Gefahr bestehe, dass das Unterpfand — liegendes Gut — an sie übergehe, untersagte ihnen die Nachgemeinde solches Tun, nicht aber das Ausleihen von Geld an sich²¹⁸. Deutlich reserviert zeigte sich der Landrat auch 1749 gegenüber den Intentionen der Läuferfamilie Zumbühl, dem Kloster ein Waldstück im Rotzloch zu verkaufen; zum in Aussicht gestellten Antrag an die Nachgemeinde auf Bewilligung des Verkaufs wollte er «weder rathen noch missrathen»²¹⁹, worauf der Vorstoss an der folgenden Nachgemeinde unterblieb²²⁰. Als umgekehrt das Kloster 1785 einen Teil seiner Güter zu verkaufen gewillt war, wurde gar die ordentliche Landsgemeinde damit befasst, welche für die Sicherung der Kaufsumme bloss die Ausstellung von zweitrangigen²²¹ Gütlen oder Geldbriefen gestattete²²². Der Fundation eines «Seelensonntags» in Buochs stimmte der Landrat mit dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Nachgemeinde zu, äusserte aber den Wunsch, das Kapital sei ausser Landes anzulegen. Einen gleichen Bescheid gab er am selben Tag auf dessen Anersuchen Ritter J.J. Achermann, der zugunsten seiner Ennerberg-Kapelle eine Stiftung zu errichten beabsichtigte²²³. Den «Herren von Beggriedt» wurde noch 1732 «biss auff vier taussendt vierhundert Pfundt an Güllten der Capellen in dem Rydly zuo ergentzen» begünstiget «in Ansächung, sye ess zuvor gehabt»²²⁴. Die 1749 vorgenommene Artikelbereinigung bestätigte diese Praxis und forderte, «wan etwas abgelöst

²¹⁴ LR 16. 6. 1707, LRP 5 fol. 139b

²¹⁵ vgl. LR 13. 1. 1710, LRP 5 fol. 214a, und LR 23. 4. 1711, LRP 5 fol. 253b (Neubau Beinhause Emmetten); LR 3. 1. 1714, LRP 5 fol. 358b (Neubau der Kapelle Rohren, Ennetmoos); LR 28. 11. 1718, LRP 6 fol. 60a (Umbauten Pfarrkirche St. Martin, Buochs)

²¹⁶ 1671 erhielt die Schweizerische Kapuzinerprovinz die päpstliche und bischöfliche Erlaubnis, in einer Gemeinde jährlich einmal an einem Sonntag Aushilfe im Beichtstuhl und auf der Kanzel zu halten. Wer von den Gemeindegliedern an diesem als Seelensonntag bezeichneten Tag zu den Sakramenten ging, konnte einen vollkommenen Ablass gewinnen und den armen Seelen im Fegefeuer zuwenden; Niederberger Franz, S. 453

²¹⁷ Konkurses

²¹⁸ NG 11. 5. 1721, LRP 6 fol. 112a

²¹⁹ LR 5. 5. 1749, LRP 7 fol. 281a

²²⁰ vgl. NG 11. 5. 1749, LGP A fol. 115a ff.

²²¹ «zweirückig»; zur Unterscheidung von einrückigen, zweirückigen und Bargeld-Gütlen s. Zelger S. 209

²²² LG 24. 4., LGP B fol. 190b f.

²²³ LR 24. 4. 1723, LRP 6 fol. 142f; Bewilligung der Anlagen durch die NG am 9. 5. 1723, LRP 6 fol. 146b

²²⁴ LR 14. 1., LRP 6 fol. 391b

wird, sollen sie vor einem Landt-Rath vorkehren und umb die Erlaubtnuss anhalten, solchess wiederumb an Bargelltbrieff anlegen zu mögen»²²⁵. 1756 formulierte die Nachgemeinde mit dem Entscheid, der Ürte Emmetten die Bewilligung zur Errichtung eines Seelensonntags zu geben, gleich auch die einschränkenden Bedingungen²²⁶.

Einfluss auf die Geltungskraft der Rechtsregeln hat auch der Termin des Inkrafttretens. Als Regel, die sich allerdings nirgends schriftlich formuliert vorfindet, galt mit aller Wahrscheinlichkeit jeweils sofortige Verbindlichkeit mit der Annahme. Als von der Durchführbarkeit bedingte Ausnahme muss die Erklärung bzw. Erläuterung des Landrates am 14. Oktober 1754 gelten, «das[s] die gemachte Verordnungen wegen Nutzniessung der Genossamenen jhr Anfang für 1754 haben sollen»²²⁷.

2.3.1.5. Verwaltung

Im Tätigkeitsfeld des Landrates nahmen die verwaltenden Akte ein weites Feld ein. Da diesbezüglich klare Kompetenzzuweisungen weitgehend fehlten, sind die Befugnisse vorwiegend aus dem hergeleitet, was der Landrat in der Praxis unternommen hat.

Verwaltend trat der Landrat gelegentlich anstelle einer höheren Macht auf, nämlich dann, wenn die Nachgemeinde einen an sich ihr zustehenden Entscheid entweder zeitweise oder im Einzelfall an ihn delegierte²²⁸.

Die Verwaltung im einzelnen wickelte sich weitgehend über die Beamten ab, zu denen neben den Vorgesetzten Herren auch die Ratsherren und die Beamten ohne Ratsstelle zu zählen sind. Ihnen erteilte der Landrat häufig Einzelanweisungen²²⁹, schützte sie indessen im Gegenzug gegen Beeinträchtigungen seitens Dritter, denen sie in der Ausführung der landrätslichen Anordnungen ausgesetzt sein konnten²³⁰, und gewährte für die Tätigkeit die landbuchmässigen oder im Einzelfall beschlossenen Entschädigungen²³¹. Den Gehorsam gegenüber seinen Anordnungen sicherte sich der Landrat über den Treueeid, der in individueller Form vom bestrangierten Vorgesetzten Herrn bis hinab zu den privaten Krämern und Gewerblern alljährlich geschworen werden musste²³².

Weitgefächert war die Tätigkeit des Landrates im Bereich der Fürsorge und der Unterstützung Privater. Verpflichtete der Landrat beispielsweise die Einwohner-

²²⁵ 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 122b; Lb 1623/1731, S. 204 N. (Zitat)

²²⁶ NG 30. 5. 1756, LGP A fol. 180b

²²⁷ LRP 8 fol. 114b

²²⁸ 1720 bis 1723: Verleihung der Metzgereibänke; NG 9. 6. 1720, LRP 6 fol. 94a; NG 9. 5. 1751, LGP A fol. 141a

²²⁹ vgl. S. 259

²³⁰ LR 9. 5. 1772, LRP 9 fol. 282b

²³¹ LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2a; LR 21. 4. 1704, LRP 5 fol. 63b

²³² vgl. S. 212 f.

schaft zum Engagement im Käferfang²³³, so stand dahinter die Absicht, die gefährdeten Laubbäume vor der Insekten-Plage zu schützen und damit die Sorge für einen ausreichenden Ertrag an Früchten. Wurde hier der Einsatz über das Mindestmass hinaus belohnt, erhielt der Bauherr eines Hauses prinzipiell eine Subvention²³⁴. Einen landrätslichen Beitrag durften Eltern dann erwarten, wenn ihnen Zwillinge geboren wurden²³⁵; aber auch die Mutter eines unehelichen Kindes durfte auf Unterstützung zählen, wenn sie vor der Geburt «kranckh, arm und ellendt» war²³⁶. Die Verteilung von Almosen allgemein an bedürftige Leute²³⁷ oblag nach einem Beschluss des Landrates vom 30. Mai 1695 bis zu einem Betrag von 20 Schilling dem Säckelmeister, höhere Beträge aber dem Rat²³⁸. Vergabungen an hiesige²³⁹ und an auswärtige Kollektive²⁴⁰ beschloss ebenfalls der Landrat, wobei er sich 1716 die Regel auferlegte, «allen Frömbden, welche usserth der Eydtgnossenschaft daheimb, keine Steüren weder an Brunsten, Was[s]er, neüwen Gebeüwen noch anders wie es Nammen haben möchte», mehr zu bezahlen²⁴¹, und er sich nach dem Stanser Dorfbrand vermehrt davon leiten liess, ob der Petent an die Minderung des hiesigen Schadens auch beigetragen hatte

²³³ Beispiel: LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2b

²³⁴ LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 9b; LR 22. 2. 1712, LRP 5 fol. 273a; LR 9. 5. 1718, LRP 6 fol. 50a; LR 10. 1. 1735, LRP 7 fol. 4a; LR 4. 5. 1744, LRP 7 fol. 203b; LR 23. 4. 1754, LRP 8 fol. 103a; LR 8. 8. 1763, LRP 9 fol. 15a; LR 23. 6. 1772, LRP 9 fol. 231b; LR 23. 10. 1780, LRP 10 fol. 165b; LR 12. 5. 1794, LRP 10 fol. 428a

²³⁵ Bis 1646 wurde allein die Niederkunft zweier Knaben belohnt und zwar mit einem Lagel Wein; Lb 1690, fol. 56a. Darnach wurden — «es seyen Knäbli oder Mägtli» — 20 Pfund ausbezahlt, doch «soll man allwegen bey meinen Herren darumb vorkehren und versteht sich diss allein uff die Landtleüth»; Lb 1623/1731, S. 75 N. — Beispiele: LR 19. 12. 1707, LRP 5 fol. 149b; LR 3. 1. 1718, LRP 6 fol. 30b; LR 28. 9. 1729, LRP 6 fol. 348a; LR 20. 9. 1735, LRP 7 fol. 3b; LR 1. 12. 1755, LRP 8 fol. 149b; LR 13. 5. 1776, LRP 10 fol. 74b; LR 7. 5. 1787, LRP 10 fol. 292a; LR nach dem 20. 6. 1792 und vor dem 7. 4. 1794, LRP 10 fol. 424a

²³⁶ Lb 1623/1731, S. 124; Lb 1690, fol. 92a

²³⁷ Keine obrigkeitlichen Almosen erhielten Personen, die zum Betteln fähig waren oder über Blutsverwandte verfügten, welche sie unterstützen konnten; LR 12. 2. 1731, LRP 6 fol. 374b; Lb 1782, V. S. 110

²³⁸ LRP 4 fol. 190a; Lb 1690, fol. 58b N.; Lb 1623/1731, S. 160 N.; NG 13. 5. 1703, LRP 5 fol. 41a (Bestätigung); vgl. auch LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a. — Beispiele von Vergabungen: LR 19. 12. 1701, LRP 4 fol. 341a; LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a; LR 13. 12. 1717, LRP 6 fol. 28b; LR 17. 5. 1731, LRP 6 fol. 380a; LR 22. 4. 1747, LRP 7 fol. 248b; LR 29. 10. 1756, LRP 8 fol. 182b; LR 17. 10. 1768, LRP 9 fol. 152a; LR 23. 6. 1772, LRP 9 fol. 232a. — Das Lb 1782, I. S. 10, übertrug diese Kompetenz dem regierenden Landammann.

²³⁹ Beispiele: LR 23. 4. 1708, LRP 5 fol. 155a; LR 23. 4. 1711, LRP 5 fol. 253b; LR 28. 11. 1718, LRP 6 fol. 60a; LR 24. 4. 1723, LRP 6 fol. 142b; LR 19. 9. 1735, LRP 7 fol. 14b; LR 11. 5. 1744, LRP 7 fol. 206a; LR 27. 3. 1754, LRP 8 fol. 97b; LR 11. 1. 1773, LRP 9 fol. 301b; LR 8. 1. 1779, LRP 10 fol. 115b; LR 23. 10. 1780, LRP 10 fol. 164b; LR 12. 3. 1792, LRP 10 fol. 395a

²⁴⁰ Beispiele: LR (WR?) 6. 7. 1693, LRP 4 fol. 115a; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a; LR 10. 6. 1720, LRP 6 fol. 95b; LR 28. 9. 1729, LRP 6 fol. 348a; LR 22. 3. 1734, LRP 6 fol. 440a; LR 9. 1. 1736, LRP 7 fol. 20a

²⁴¹ LR 2. 3., LRP 5 fol. 436a; Lb 1623/1731, S. 160. — 1728 erfolgte die Erläuterung, es solle «ussert den Rhün undt ussert die Eydtgenossenschafft, vorbehallten Wallis undt Brontrut, fürohrin uss dem Landseckhell keinem nichts mehr gesteuert werden». LR 20. 5., LRP 6 fol. 306b

oder nicht²⁴². Unsicher war der Rat, ob er die Verteilung der Spenden an den Brandschaden an die Hand nehmen dürfe oder ob dies in die Zuständigkeit eines Gerichtes gehöre²⁴³. Das Geschworene Gericht wollte allerdings von der Aufgabe nichts wissen, weil die meisten Richter mit Geschädigten verwandt wären und schob sie so wieder dem Landrat zu²⁴⁴. Soweit es um die Einleitung der verwandschaftlichen Unterstützung ging, wurden die entsprechenden Handlungen «zu Abkürzung dess Rahtss» 1743 dem regierenden Landammann übertragen²⁴⁵, doch blieben die eigentlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Armut dem Landrat überlassen²⁴⁶, insbesondere die Beurteilung, ob — nach erfolgter Vorprüfung durch den Ürte-Rat — eine Beisteuer überhaupt angelegt werden soll²⁴⁷ und ob für Unterstützungsleistungen «vatterhalb genugsam Freündt seyen oder nit oder ob mutterhalb auch müssen genommen werden und in was Grad hinaus»²⁴⁸. In den Zusammenhang dieser Politik gehörte die Zurückhaltung in der Aufnahme von Beisässen²⁴⁹, und später die vorprüfende Kontrolle der von Beisitzkandidaten zur Hinterlage angebotenen Bürgschaft²⁵⁰ und derjenigen zugunsten von auswärtigen Frauen²⁵¹. Dass auch bei der landrätschen Vorprüfung von Kandidaten für das Landrecht nicht nur der Leumund, sondern auch die finanzielle Lage des Bewerbers geprüft wurde, muss ebenfalls mit der Sorge in Zusammenhang gebracht werden, ein neuer Landmann könnte allenfalls verarmen und der Obrigkeit zur Last fallen²⁵². Dem Landrat stand auch zu, Waldbrüdern den vorübergehenden Aufenthalt im Land zu bewilligen²⁵³, während die kurzzeitige Anwesenheit von Fremden ab 1776 nicht mehr vom Rat genehmigt werden musste, sondern dem regierenden Landammann zu tolerieren überlassen war²⁵⁴.

²⁴² 1739 liess sich der Landrat dafür eigens ein Verzeichnis der Spender an den Dorfbrandschaden anfertigen; 25. 5., LRP 7 fol. 78b; vgl. dazu Steiner-Barmettler, S. 64 f.

²⁴³ LR 16. 7. 1714, LRP 5 fol. 388b f.

²⁴⁴ GG 20. 7. 1714, GGP K, unpag.; vgl. LR 23. 7. 1714, LRP 5 fol. 389b f.; Steiner-Barmettler, S. 73 f.

²⁴⁵ LR 6. 5., LRP 7 fol. 184a f.. — 1703 lehnte die Nachgemeinde eine Regelung mit ähnlicher Absicht ab; 13. 5., LRP 5 fol. 41a f.; vgl. LR 19. 6. 1702, LRP 5 fol. 20a

²⁴⁶ Lb 1623/1731, S. 223 N. auf NG 14. 5. 1752, LGP A fol. 147b

²⁴⁷ Lb 1623/1731, S. 209 N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124b; Lb 1782, V. S. 106 f.

²⁴⁸ 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; Lb 1782, V. S. 107, V. S. 9 (allgemeiner)

²⁴⁹ die von der Nachgemeinde 1652 in die Macht des Landrates oder der Nachgemeinde gelegt und 1674 ausschliesslich der Nachgemeinde übertragen wurde; Lb 1690, fol. 29b; Lb 1623/1731, S. 27. — Die doppelte Höhe der geforderten Beisässen-Bürgschaft wurde von Beisitz-Kandidaten aus dem Luzernischen verlangt, wenn diese Kinder hatten; Lb 1690, fol. 30a; Lb 1623/1731, S. 28 N.; Lb 1782, I. S. 40

²⁵⁰ Lb 1782, I. S. 41 N. auf NG 9. 5. 1790, LGP B fol. 218b

²⁵¹ «Wegen Hinderlegung der Bürgschaften wolle man beim Artikel verbleiben, und sollen solche nur an Landräthen angenommen werden, od[er] aber, fahls sie nit für erklecklich erfunden, zurückgewiesen werden.» LR 17. 3. 1783, LRP 10 fol. 210a

²⁵² Lb 1623/1731, S. 54 N. auf NG 1731 (fälschlich! Der Beschluss wurde erst von der NG am 13. 5. 1736, LRP 7 fol. 25b, gefasst.); Lb 1782, I. S. 39.

²⁵³ alternativ neben dem Wochenrat! Lb 1623/1731, S. 182 N. auf NG 10. 5. 1705, LRP 5 fol. 87a

²⁵⁴ LR 6. 5., LRP 10 fol. 74b

Die Sorge um den Vermögensstand des Volkes war vermutlich Veranlassung dafür, einige erbrechtliche Rechtsgeschäfte vom Landrat bestätigen zu lassen, so allgemein von Frauen errichtete Testamente²⁵⁵ und Verpflichtungen auf künftiges Erbe hin²⁵⁶. Um die Tote Hand nicht über Gebühr erstarken zu lassen, bedurfte die Aufnahme von auswärtigen Frauen ins Kloster St. Klara in Stans der Genehmigung durch den Landrat²⁵⁷, ebenso die Kapitalanlagen, die von Kirchen, Kapellen oder Bruderschaften getätigten wurden²⁵⁸. Eher von der Ehrfurcht vor einer Anordnung eines Verstorbenen hingegen war die Forderung geprägt, dass nur der Landrat einen vom im Todesbett liegenden Vater bestimmten Vormund zu entlassen vermöge²⁵⁹. Von weiterem öffentlichen Interesse war demgegenüber die Erteilung des Mannrechtes an einen Auswanderungswilligen²⁶⁰, konnte doch dabei ein allfälliger Gläubiger auf den bevorstehenden Wegzug aufmerksam werden, und gewann auch das Land dessen Wahl die Sicherheit, nicht einen landesflüchtigen Schuldner in seine Gemarkungen einzulassen.

Nicht viel Raum zu eigenem Handeln verblieb dem Landrat in finanzieller Hinsicht. Die Ausgaben und die Einnahmen bewegten sich allgemein in bescheidenem Rahmen und waren in den Beiträgen meist fixiert. Bei den in den Artikeln festgelegten Einnahmen und Ausgaben konnte es etwa darum gehen, die Zahl der Fälle zu vergrössern bzw. zu vermindern²⁶¹ oder Ausnahmen zu gewähren²⁶². Verfügungen über die Regale²⁶³ zeitigten ebenso Auswirkungen auf den Staatsäckel wie etwa die Bewilligung zur Eröffnung eines Gastwirtschaftsbetriebes²⁶⁴.

Die Versorgungslage mit lebenswichtigen Gütern erforderte einige Einschränkungen im Handel²⁶⁵. Abweichungen vom Verbot zu erlassen, Baumnüsse

²⁵⁵ Beispiel: LR 27. 4. 1689, LRP 4. fol. 1b

²⁵⁶ NG 12. 5. 1754, LRP A fol. 158a; Lb 1623/1731, S. 220 N.; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 45

²⁵⁷ 2-LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 183a; Lb 1623/1731, S. 159, und Lb 1690, fol. 117b, beide N. auf (Georgen-)LR 1695; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 153

²⁵⁸ Lb 1623/1731, S. 204, N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 122b

²⁵⁹ R&L (eher: LR) 10. 3. 1721, LRP 6 fol. 108a; LR 23. 4. 1755, LRP 8 fol. 128b; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 60

²⁶⁰ Beispiele: LR 10. 12. 1732, LRP 6 fol. 411a; LR 16. 2. 1739, LRP 7 fol. 69a; LR 19. 8. 1739, LRP 7 fol. 88b; LR 10. 10. 1740, LRP 7 fol. 117b; LR 7. 9. 1744, LRP 7 fol. 209a; LR 5. 1. 1746, LRP 7 fol. 225b; LR 13. 5. 1748, LRP 7 fol. 270a; LR 3. 3. 1749, LRP 7 fol. 278a; LR 12. 1. 1750, LRP 8 fol. 9b

²⁶¹ Beispiele: Anzahl der Kommissionssitzungen, LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; LR 13. 12. 1756, LRP 8 fol. 187a; LR 23. 4. 1757, LRP 8 fol. 192a. — Unterstützungsbeiträge aus dem Landsäckel: LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a

²⁶² vgl. LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22a, und alt LR 18. 5. 1736, LRP 7 fol. 26b

²⁶³ z. B. die Verpachtung der Gewässer, LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 1b

²⁶⁴ «Hinfüro auch, wan jemandt ein Würtschaft anzustellen willens, soll jederzeit vor ein hochweyser Landrath gekehrt werden.» LR 9. 5. 1759, LRP 8 fol. 239b

²⁶⁵ Salzhandel: LR 29. 5. 1709, LRP 5 fol. 198a; LR 17. 12. 1736, LRP 7 fol. 81a; LR 11. 3. 1743, LRP 7 fol. 180b; LR 1. 4. 1743, LRP 7 fol. 181b; LR 10. 6. 1743, LRP 7 fol. 187b f.; LR 9. 10. 1752, LRP 8 fol. 61b; LR 9. 7. 1753, LRP 8 fol. 76b; LR 4. 12. 1758, LRP 8 fol. 228a; LR 10. 9. 1764, LRP 9 fol. 37a. — Kornhandel: LR 12. 1. 1750, LRP 8 fol. 10b f. (Kornkäufer); LR 2. 3. 1750, LRP

bzw. daraus gewonnenes Öl aus dem Land zu führen, behielten sich 1732²⁶⁶ die Gnädigen Herren vor, wobei 1745 die Erläuterungen abgegeben wurde, «sollchen Gnadt mittheilen zu mögen», bleibe «einem gesässnen Landstrath allein reserviert» und solle «ein Wuchenrath dessen nit befüegt seyn»²⁶⁷. «Ohne die Erlaubnis meiner Herren» sollten zur Laichzeit der Forellen und Balchen keine Fische dieser Art «usserts Landt, weder Gottshäuseren noch sunsten», verkauft werden²⁶⁸. Später galt die Bedingung, dass die Landesbevölkerung vorab ausreichend mit Fischen versorgt sein musste, bevor solche auf den Luzerner Markt getragen werden durften²⁶⁹. In ähnlicher Weise sprach sich der Landrat darüber aus,

8 fol. 13a; LR 25. 9. 1750, LRP 8 fol. 21b; LR 16. 9. 1765, LR 9 fol. 74b; LR 23. 9. 1767, LRP 9 fol. 119b ff.; LR 17. 9. 1770, LRP 9 fol. 208a; LR 5. 5. 1773, LRP 10 fol. 2a; LR 15. 6. 1782, LRP 10 fol. 207a. — Käseausfuhr: LR 17. 9. 1708, LRP 5 fol. 174a; LR 29. 5. 1709, LRP 5 fol. 198a; LR 29. 7. 1709, LRP 5 fol. 203a; LR 3. 9. 1714, LRP 5 fol. 395b; LR 9. 6. 1753, LRP 8 fol. 77a; LR 27. 10. 1794, LRP 10 fol. 437b. — Butterausfuhr: LR 12. 6. 1737, LRP 7 fol. 41b; LR 23. 4. 1744, LRP 7 fol. 201a; LR 5. 12. 1760, LRP 8 fol. 283a; LR 12. 2. 1770, LRP 9 fol. 189b f.. — Ziegerausfuhr: LR 19. 6. 1702, LRP 5 fol. 19a. — Rübenausfuhr: LR 18. 9. 1702, LRP 5 fol. 27b; LR 25. 9. 1716, LRP 5 fol. 451a. — Obstausfuhr: LR 18. 9. 1702, LRP 5 fol. 27b; LR 24. 9. 1715, LRP 5 fol. 421a; LR 10. 10. 1740, LRP 7 fol. 119a; LR 27. 8. 1774, LRP 10 fol. 35b. — Mosteinfuhr: LR 25. 9. 1716, LRP 5 fol. 451a. — Salpeterhandel: LR 25. 5. 1705, LRP 5 fol. 90a; LR 21. 1. 1743, LRP 7 fol. 178a; LR 4. 5. 1757, LRP 8 fol. 194a; LR 30. 4. 1763, LRP 9 fol. 7a

²⁶⁶ Lb 1623/1731, S. 15 N. auf NG 1732 (wo indessen ein Eintrag nicht zu finden ist! LRP 6 fol. 403a ff.). — Die Kompetenz lag schon zuvor beim Landrat; vgl. LR 19. 6. 1702, LRP 5 fol. 18a; LR 5. 5. 1704, LRP 5 fol. 67b; LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81a; LR 25. 5. 1705, LRP 5 fol. 89b; LR 28. 4. 1707, LRP 5 fol. 135a; LR 16. 6. 1707, LRP 5 fol. 137b; LR 19. 9. 1707, LRP 5 fol. 143b; LR 5. 3. 1708, LRP 5 fol. 151a; LR 25. 9. 1709, LRP 5 fol. 208b; LR 28. 5. 1714, LRP 5 fol. 382a; LR 30. 10. 1715, LRP 5 fol. 425b; fol. 426b; LR 23. 12. 1715, LRP 5 fol. 431a; LR 20. 12. 1723, LRP 6 fol. 137a; LR 20. 12. 1728, LRP 6 fol. 318a, fol. 319a; LR 27. 6. 1729, LRP 6 fol. 338b; LR 23. 11. 1729, LRP 6 fol. 353a. — Beispiele nach 1732: LR 9. 9. 1743, LRP 7 fol. 191a; LR 6. 5. 1748, LRP 7 fol. 269a; LR 31. 7. 1751, LRP 8 fol. 42b; LR 11. 3. 1754, LRP 8 fol. 93b f.; LR 6. 3. 1765, LRP 9 fol. 57a; LR 18. 9. 1771, LRP 9 fol. 260b; LR 15. 12. 1788, LRP 10 fol. 322a

²⁶⁷ LR 30. 9.; wiederum ohne die Verdeutlichung: Lb 1782, IV. S. 49

²⁶⁸ Lb 1623/1731, S. 73 N. auf LR 23. 4. 1648, LRP 3 fol. 1a; Lb 1690, fol. 53b f. — Probleme mit den Fischern — vor allem wegen der Verletzung der Pflicht, die Fische zuerst auf dem Stanser Markt feilzuhalten — beschäftigten den Landrat immer wieder: vgl. etwa LR 5. 3. 1703, LRP 5 fol. 34a; LR 5. 5. 1704, LRP 5 fol. 68a; LR 2. 3. 1705, LRP 5 fol. 81a; LR 25. 2. 1709, LRP 5 fol. 184b f.; LR 28. 11. 1718, LRP 6 fol. 59a; LR 14. 4. 1734, LRP 6 fol. 443a; LR 28. 7. 1737, LRP 7 fol. 42a; LR 11. 5. 1750, LRP 8 fol. 17b; LR 5. 11. 1770, LRP 9 fol. 213b; LR 15. 4. 1787, LRP 10 fol. 285a; LR 23. 4. 1788, LRP 10 fol. 312a

²⁶⁹ Der obrigkeitliche Bote hatte sich diejenigen zu merken und jene zu melden, die jeweils am Samstag in Luzern verbotenerweise Fische feilboten; Lb 1623/1731, S. 61 N. auf LR 28. 7. 1737, LRP 7 fol. 42a

ob er die Ein- und Ausfuhr von Braunvieh²⁷⁰ und die Ausfuhr von Holz²⁷¹ gestatten wolle.

Als verwaltende kann man weiter die Akte erachten, die der Landrat im Sinne einer Empfangsstelle für Anzeigen tätigte²⁷². Waren auf Verfehlungen fixe Bussen gesetzt, sollte nach einem 1767 gefällten und 1768 bestätigten Entscheid weder vom Rat noch vom Landrat geurteilt, sondern allein «die nöthige Processen formiert und so danne die Sachen abzustraffen vor das Buossengricht gewüsen werden»²⁷³. Schon Jahre zuvor hatte der Landrat die Forderung aufgestellt, ihm seien jeweils an den ordentlichen Sitzungen alle jene zu nennen, die vor das Bussengericht zitiert worden wären, auf dass er den Termin für dessen Zusammentritt festlegen könne²⁷⁴. 1707 fügte der Georgenlandrat für die «Auffrichtung der Processen» die Regelung ein, dass sowohl Kundschaften wie Examina «in Frag und Antwort sollen gestelt und alle Processen also formiert» werden sollen. Dem anzeigenenden Ratsherrn wurde allerdings aufgetragen, den «Landtschr[eiber]n old Ambtsleüthen die orden[t]lichen Frag und Ansünnungen schriftlichen anzuzeigen, damit die Landtschr[eiber] zuo keinen Zeiten befahret werden»²⁷⁵.

²⁷⁰ Beispiele: LR 17. 9. 1708, LRP 5 fol. 174a; LR 3. 9. 1714, LRP 5 fol. 395b; LR 30. 10. 1715, LRP 5 fol. 426b; LR 23. 4. 1717, LRP 5 fol. 15b, fol. 16a; LR 8. 5. 1719, LRP 6 fol. 76a; LR 3. 1. 1721, LRP 6 fol. 105b (Bestätigung des Artikels betreffend Lehenkühe); LR 20. 3. 1734, LRP 7 fol. 2a; LR 19. 9. 1735, LRP 7 fol. 15a; LR 7. 11. 1741, LRP 7 fol. 162a; LR 15. 5. 1767, LRP 9 fol. 113b f.; LR 31. 8. 1772, LRP 9 fol. 293b; LR 26. 10. 1772, LRP 9 fol. 299b; LR 7. 4. 1773, LRP 9 fol. 308a; LR 11. 10. 1773, LRP 10 fol. 14a; LR 6. 3. 1776, LRP 10 fol. 67b; LR 12. 11. 1781, LRP 10 fol. 192b; LR 23. 4. 1782, LRP 10 fol. 199b (Viehausfuhr soll durch Rät' und Landleute bewilligt werden); LR 17. 9. 1787, LRP 10 fol. 297a, fol. 297b; LR 5. 5. 1794, LRP 10 fol. 425b, fol. 426b. — Der Regulierung des Viehbestandes diente auch die Bewilligungspflicht für Heuaus- und -einfuhren, die grundsätzlich von Rät' und Landleuten erteilt, darin aber regelmässig vom Landrat konkurriert wurden: LR 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83a; LR 13. 12. 1717, LRP 6 fol. 27b; LR 3. 1. 1721, LRP 6 fol. 105b; LR 8. 10. 1738, LRP 7 fol. 57b; LR 22. 3. 1745, LRP 7 fol. 214a; LR 8. 10. 1756, LRP 8 fol. 177a; LR 6. 6. 1771, LRP 9 fol. 241b (Bestätigung eines Ausfuhrverbotes von R&L); LR 15. 12. 1788, LRP 10 fol. 321b

²⁷¹ Beispiele: LR 25. 5. 1705, LRP 5 fol. 88a (verbogene Ausfuhr von Nussbaumholz); LR 19. 12. 1707, LRP 5 fol. 149a; LR 4. 5. 1716, LRP 5 fol. 441a; LR 23. 4. 1739, LRP 7 fol. 72a; LR 26. 9. 1746, LRP 7 fol. 240b; LR 11. 8. 1755, LRP 8 fol. 139a; LR 22. 8. 1768, LRP 9 fol. 150a; LR 18. 2. 1782, LRP 10 fol. 196a; LR 19. 9. 1791, LRP 10 fol. 393a. — 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 125a; Lb 1623/1731, S. 189 N.

²⁷² Lb 1623/1731, S. 74 N.; Lb 1690, fol. 55b. — «Wenn in unserem Landt geschändt würd . . . , so mag der Beschädigte es meinen Herren klagen und die Verargwohnte namhaft machen, da danne Meine Gn. Herren, im Fahl hierumben keine ohnparteyische Kundschafften verhanden, nach Beschaffenheit, wass criminal ist, einen oder zwey von solchen bescheiden und eydtlich fragen lassen mögen, ob sy selbsten die Thätter oder wüssen, wer die That begangen habe? Darüberhin aber für ihre Person ledig gesprochen seyn sollen.» Lb 1623/1731, S. 80 N.

²⁷³ LR 23. 4. 1767, LRP 9 fol. 108a; LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b

²⁷⁴ LR 26. 9. 1753, LRP 8 fol. 81b

²⁷⁵ (Georgen-)LR 16. 4. 1707, LRP 5 fol. 130b

Dass dem Landrat ein Weisungsrecht gegenüber den Ürten zustand, geht aus dem Landbuch²⁷⁶ und diversen Einzelanordnungen hervor, mit denen er in Entscheide einer Ürte eingriff²⁷⁷ oder mit denen er die Verantwortlichen in einer Ürte zum Handeln zu zwingen suchte. Ein «von seithen der H[erre]n Ührtneren von Buochs vor etwass Zeitss wegen Einrichtung der Kriegsrödeln ergangenes Möhr» erklärte er Ende 1714 als «auss beführenden Ursachen auffgehoben undt genichtiget» und setzte unter dem Vorbehalt, die Buochser wären «zue anderen Disposition gewillet», die alte Ordnung wieder in Kraft²⁷⁸. Einem Anersuchen des gemeinsamen Weibels der Ürten Buochs, [Ennet-]Bürgen, Beckenried und Emmetten, seinen Wohnsitz entgegen dem Brauch und entgegen dem Willen der Buochser Räte in Beckenried²⁷⁹ zu behalten, widersetzte er sich 1718 unter Berufung auf das Artikelbuch und das Herkommen²⁸⁰. Auf Klage des nicht mehr bestätigten Ennetmooser Siegristen annulierte der Landrat 1719 die von der Ürte getroffene Wahl, gebot deren nochmalige Durchführung und die Berücksichtigung des Übergangenen²⁸¹. Einem nicht mehr amtswilligen Kirchmeier aus Beckenried riet er im gleichen Jahr zu einer gütlichen Einigung nach Massgabe eines offenbar in dieser Sache ergangenen Urteils des Geschworenen Gerichts²⁸². Die Stanser Genossen, die sich in den 1760-er Jahren standhaft weigerten, sogenannte «Strafherren» zu bezeichnen, wurden mit der Drohung einer Ersatzvornahme konfrontiert und gleichzeitig nachdrücklich angehalten, sie möchten sich gegen die «H[erren] Vorgesetzten und Räthen mit gezimmendem Respekt und Ehrerbietung erzeigen und . . . auch still, ruhig und fridsam jhre Gemeindten anfangen, fortsetzen und also beendigen»²⁸³. Da die Mahnung offensichtlich wirkungslos blieb, beschloss der Landrat, Kleindelinquenten unter Umgehung der geforderten Strafherren der urteilenden Obrigkeit zuzuführen und den Genossen das Rathaus für ihre Gemeinden zu verweigern, solange, bis sie «sich schuldigermassen mit allem Respect gegen M[aine] g[nädigen] H[er]r[en] und Obern und jhren H[er]r[en] Vorgesetzten und Räthen sich aufführen und die hochoberkheitliche Verordnung und Befelche beflissenst vollziechen werden»²⁸⁴. Den Beckenriedern befahl der Landrat 1771, sie sollten «nochmahl zusammen treten und in Freindlichkeit miteinanderen mehren, ob sie Land aufthun wollen oder nit»; um

²⁷⁶ 1782, V. S. 9: «. . . Er gibt die gutbefindliche Erleütherung wegen Nutznüessung der Gnossamme, Ürthi- und Bergrechten, . . .»

²⁷⁷ «Das[s] über solche und dergleichen Fählen» — z.B. bei Ungewissheit, wer an einer örtlichen Schützengemeinde teilnahmeberechtigt sei — «die nöthige Erklärung zu ertheillen nicht von dem hochw. Geschworenen Gricht, sondern von dem hochw. Landtrath abhange», hielt der Landrat selbst fest; 20. 4. 1791, LRP 10 fol. 384b. — Zurückhaltend aber: LR 28. 11. 1768, LRP 9 fol. 154a

²⁷⁸ 31. 12., LRP 5 fol. 401a

²⁷⁹ statt in Buochs

²⁸⁰ LR 2. 5., LRP 6 fol. 45b

²⁸¹ LR 9. 1., LRP 6 fol. 67b ff.

²⁸² LR 26. 6. 1719, LRP 6 fol. 81b

²⁸³ LR 13. 4. 1768, LRP 9 fol. 132b f.

²⁸⁴ LR 17. 8. 1768, LRP 9 fol. 149a; eine Vereinbarung kam am 17. 10. 1768, LRP 9 fol. 153a, zustande

sachliche Verhandlungen zu sichern, ordnete er zugleich zwei Vorgesetzte zum Besuch der Zusammenkunft ab²⁸⁵. 1773 trat ein von den Stanser Dorfleuten gewählter Siebner auf Druck des regierenden Landammanns von seinem Amt kurz nach seiner Wahl wieder zurück²⁸⁶.

Für ausserordentliche Versammlungen hatten sich die Ürtner die Genehmigung des Landrates einzuholen, damit sie mit «vollkommener Gewalt» zusammenentreten konnten²⁸⁷.

Auch bezüglich der Aussenbeziehungen war der Landrat oft zum Fassen von Beschlüssen aufgerufen. Häufig nahm er Kenntnis von eingelangten Briefen, und er legte Art und Inhalt der Antwort fest²⁸⁸. Dazu bereinigte er die Haltung zu diversen Einzelfragen²⁸⁹, erliess in Konkurrenz zu Rät' und Landleuten²⁹⁰ gelegentlich Instruktionen an die Gesandten²⁹¹ und hörte sich deren Relationen an²⁹². In teilweiser Konkurrenz zum Zweifachen Landrat verabschiedete er auch Stellungnahmen in Angelegenheiten der tessinischen Vogteien²⁹³.

2.3.1.6 Gerichtsbarkeit

Trotz Gerichtsbehörden mit umschriebenen Kompetenzen verblieben dem Landrat einige Bereiche, in denen ihm die Rechtssprechung zustand. Fast völlig ausgeschlossen war er von zivilrechtlichen Angelegenheiten, mit Ausnahme sol-

²⁸⁵ LR 16. 1., LRP 9 fol. 219b

²⁸⁶ Beim Siebner handelte es sich um Sebastian Businger, der 1761 in die Verbannung geschickt wurden war und später begnadigt wurde; LR 10. 5. 1773, LRP 10 fol. 5a

²⁸⁷ Beispiele: LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 413a; LR 10. 3. 1727, LRP 6 fol. 249a; LR 12. 6. 1741, LRP 7 fol. 139a; LR 1. 3. 1751, LRP 8 fol. 31b; LR 7. 5. 1764, LRP 9 fol. 30a; LR 10. 5. 1773, LRP 10 fol. 5a; LR 7. 5. 1781, LRP 10 fol. 172b; LR 18. 6. 1794, LRP 10 fol. 428b

²⁸⁸ Beispiele: LR 27. 4. 1689, LRP 4 fol. 2a; LR 20. 11. 1702, LRP 5 fol. 31b; LR 2. 3. 1713, LRP 5 fol. 308b; LR 20. 10. 1724, LRP 6 fol. 176b; LR 28. 9. 1729, LRP 6 fol. 348a; LR 23. 4. 1739, LRP 7 fol. 71b; LR 15. 2. 1751, LRP 8 fol. 28a; LR 23. 4. 1756, LRP 8 fol. 163b ff.; LR 20. 6. 1763, LRP 9 fol. 11b f.; LR 23. 4. 1771, LRP 9 fol. 234a ff.; LR 29. 5. 1780, LRP 10 fol. 153a ff.; LR 12. 5. 1794, LRP 10 fol. 427b. — Nach dem Lb 1782 oblag die Beantwortung obrigkeitlicher Schreiben primär dem Wochenrat; V. S. 11

²⁸⁹ LR 4. 9. 1690, LRP 4 fol. 23a

²⁹⁰ Die Vorberatung erfolgte zurecht bei Gesandtschaften zu Fürsten und Herren und allgemein bei Gesandtschaften in den Raum ausserhalb der Eidgenossenschaft; Lb 1623/1731, S. 88 N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b, und NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a; Lb 1690, fol. 67a N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b

²⁹¹ Vorwiegend Ergänzungen und Einzelaufträge. Beispiele: LR 26. 3. 1691, LRP 4 fol. 29b; LR 19. 6. 1702, LRP 5 fol. 17b; LR 6. 5. 1709, LRP 5 fol. 196a; LR 2. 5. 1718, LRP 6 fol. 44b; LR 23. 11. 1729, LRP 6 fol. 353b; LR 6. 7. 1739, LRP 7 fol. 85a

²⁹² Beispiele: LR 31. 5. 1706, LRP 5 fol. 116b; LR 31. 12. 1741, LRP 5 fol. 401a; LR 5. 6. 1722, LRP 6 fol. 130a; LR 23. 4. 1731, LRP 6 fol. 376a; LR 30. 4. 1740, LRP 7 fol. 106b; LR 14. 6. 1755, LRP 8 fol. 129b; LR 4. 3. 1769, LRP 9 fol. 162a

²⁹³ Beispiele: LR 17. 8. 1689, LRP 4 fol. 3b; LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 12b f.; LR 8. 5. 1690, LRP 4 fol. 21a; LR 24. 7. 1783, LRP 10 fol. 217a (Delegation)

cher Fälle, die ihm von den beteiligten Parteien als Schiedsgericht zu beurteilen unterbreitet wurden²⁹⁴. Ausdrücklich festgehalten war, dass Entscheide der «Zivilgerichts»instanzen nicht vor den Landrat gezogen werden durften²⁹⁵; der Rat selbst hielt sich denn konsequent zurück und begnügte sich damit, Hilfesuchende an das Gericht zurückzuweisen²⁹⁶ und die Richter zum Tätigwerden aufzufordern²⁹⁷. Dagegen befasste sich der Landrat bei seltenen Gelegenheiten mit Appellationsstreitigkeiten aus den Herrschaftsgebieten, sofern trotz formgerechter Zitation nur eine Partei erschienen war²⁹⁸. Eingriffe erlaubte sich der Landrat etwa in den Kostenentscheid des Geschworenen Gerichts²⁹⁹ und in die Zusammensetzung des Gerichts, sofern sich Ausstände ergaben³⁰⁰.

Gerichtliche Funktionen nahm der Landrat als disziplinierende und strafende Gewalt wahr. Disziplinierend trat er gegenüber den eigenen Mitgliedern auf, indem er Ratsherren und Vorgesetzte massregelte, die aufhabende Pflichten verletzten oder sich sonstwie unehrenhaft verhielten³⁰¹. Auch gegenüber Landleuten, die sich gegen Gewerbevorschriften vergingen³⁰², der Obrigkeit nicht den nötigen Respekt zollten³⁰³ oder sich sonstwie nicht wohlverhielten³⁰⁴, trat der Landrat strafend auf. Das Recht, Landleute, die sich an der Landsgemeinde oder an der Nachgemeinde mit missliebigen Voten bemerkbar gemacht hatten, mit einer Strafe zu belegen, wurde ihm im Verlaufe des Jahrhunderts allerdings endgültig entzogen³⁰⁵. Eine Selbstbeschränkung legte er sich 1787 auf, indem er «Klag von Weiberen anzunehmen» als für «in Zukunft abgeschlagen» erklärte³⁰⁶. Neue Strafgewalt erhielt er demgegenüber 1725, als ihm die Nachgemeinde die Durchfüh-

²⁹⁴ Lb 1623/1731, S. 146 N. auf 2-LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 208a; Lb 1782, V. S. 14; LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184b

²⁹⁵ Lb 1623/1731, S. 55 N. auf NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a

²⁹⁶ Beispiele: LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16b f.; LR 8. 3. 1717, LRP 6 fol. 8b; LR 12. 1. 1728, LRP 6 fol. 281b; LR 29. 7. 1771, LRP 9 fol. 253a; LR 16. 9. 1785, LRP 10 fol. 249a

²⁹⁷ LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 9a; LR 20. 9. 1700, LRP 4 fol. 314b

²⁹⁸ LR 20. 11. 1769, LRP 9 fol. 183a; vgl. Lb 1623/1731, S. 146 N.; Lb 1690, fol. 107b f.

²⁹⁹ LR 7. 5. 1691, LRP 4 fol. 37b f.

³⁰⁰ LR 5. 8. 1702, LRP 5 fol. 25b; LR 7. 3. 1746, LRP 7 fol. 229a f.; LR 8. 2. 1751, LRP 8 fol. 26b; LR 25. 2. 1771, LRP 9 fol. 222b; LR 8. 10. 1781, LRP 10 fol. 185a

³⁰¹ Beispiel s. S. 226 f. — Lb 1623/1731, S. 20, und Lb 1690, fol. 17b, beide N. auf NG 1700 (Der Beschluss ist im Protokoll dieser Versammlung nicht protokolliert); Lb 1782, IV. S. 13. — Zur Kontrolle diente auch die regelmässige Erkundigung nach Verletzungen der Praktizierordnung!

³⁰² Beispiel: LR 9. 1. 1690, LRP 4 fol. 7b f.

³⁰³ LR 16. 3. 1690, LRP 4 fol. 13a; LR 28. 9. 1751, LRP 8 fol. 46b

³⁰⁴ Beispiele: LR 31. 7. 1702, LRP 5 fol. 23a ff.; LR 14. 3. 1712, LRP 5 fol. 277a ff.; LR 24. 4. 1719, LRP 6 fol. 71b f.; LR 20. 5. 1728, LRP 6 fol. 305b f.; LR 31. 2. 1739, LRP 7 fol. 68a f.; LR 15. 4. 1751, LRP 8 fol. 33a ff.; LR 20. 6. 1763, LRP 9 fol. 10b ff.; LR 17. 6. 1771, LRP 9 fol. 243a f.; LR 10. 5. 1784, LRP 10 fol. 228b; LR 9. 5. 1791, LRP 10 fol. 388a f.

³⁰⁵ vgl. S. 178 ff.

³⁰⁶ LR 7. 5., LRP 10 fol. 289b

rung jener Malefizprozesse³⁰⁷ übertrug, von denen anzunehmen war, dass sie nicht mit einem Todesurteil endeten³⁰⁸. In nicht eindeutigen Fällen lag die Vorbeurteilung, ob der Prozess vor einem «Malefiz-Landrat»³⁰⁹ oder vor einem «förmlichen Malefizgericht» durchzuführen sei, ebenfalls beim Landrat³¹⁰. Nicht in die Strafgewalt des Landrates fielen hingegen solche Straftatbestände, deren Sanktionen in Form einer Geldbusse genau umschrieben waren³¹¹.

Das Recht zu strafen, umfasste auch das Recht zu begnadigen. Ein Teil der Sanktionen, vorab die Erklärung der Ehr- und Wehrlosigkeit, waren gar ausdrücklich bis zum Zeitpunkt der Begnadigung durch den Landrat auferlegt³¹². Ausdrücklich war aber der Landrat gehalten, nur Strafen zu mildern, die auch von ihm erteilt worden waren³¹³. Umgekehrt war anderen Instanzen ebenso untersagt, in sein Begnadigungsrecht einzugreifen³¹⁴.

Wer die Milderung seiner Strafe anbegehrte, sollte «neüwe, lindernde Umständt» geltend machen können. Konnte er sich auf solche nicht berufen, behielten sich die Herren vor, «selben weiters nach gestalltsame der Sachen zu bestrafen»³¹⁵. Einem Vorstoss, der 1738 die Bitte um Strafminderung verbieten wollte, wurde zunächst keine Gefolgschaft geleistet³¹⁶. 1766 dann verbot der Landrat dem Landammann, denjenigen, so um «Nachlassung der oberkeit[lichen] Straffen

³⁰⁷ Ein Malefizverfahren in diesem Sinn zog auch die Unfähigkeit, seine Gläubiger zu befriedigen, nach sich. Insbesondere musste der Landrat beurteilen, ob sich der Konkursit leichtfertig in seine missliche Situation manöveriert habe. Bei manifestem Verschulden wurde er pro 100 Gulden nicht beglichener Schuld ein Jahr aus der Eidgenossenschaft verbannt; Lb 1623/1731, S. 138 f. mit N.; Lb 1690, fol. 102a f.; Lb 1782, IV. S. 89

³⁰⁸ NG 13. 5. 1725, LRP 6 fol. 193a f.; Lb 1623/1731, S. 132 N.; Lb 1782, III. S. 1 f., V. S. 9: «Wann sich Fehler, die zwar malefiz, danoch nit so beschwärlich, ereigneten, also das MghhObere aus dem Process vorhero mit Vernunft und gründlich schlüssessen könnten, das der Malificant am Leben nicht möchte bestraft werden, solchenfalhs ist dergleichen Fehler nach Beschaffenheit mit gebührender Leibstraff zu bestraffen, es wäre an Prangen stellen, mit Ruthen ausstreichen, das V. aufbrennen, lebenlängliches Bando, Galeeren und andere willkürliche Straffen zuzulegen, der völlige und leidige Gewald dem einfachen Landrath übergeben worden.» — Zu den Tatbeständen vgl. die «Artickel, so unter willkürlicher Buoss verbotten und vor Rath gehören» im Lb 1782, IV. S. 85 ff.

³⁰⁹ Beispiele: LR 9. 4. 1764, LRP 6 fol. 26a f.; LR 9. 8. 1767, LRP 9 fol. 121a; LR 6. 6. 1770, LRP 9 fol. 212a

³¹⁰ LR 8. 5. 1702, LRP 5 fol. 13a; LR 23. 12. 1720, LRP 6 fol. 101a; LR 22. 12. 1723, LRP 6 fol. 138b; LR 18. 3. 1729, LRP 6 fol. 321a f.; LR 14. 5. 1768, LRP 9 fol. 137b

³¹¹ Die Bestrafung solcher Täter erfolgte durch das Bussengericht. — WR 10. 1. 1735, LRP 7 fol. 4a; LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123a; NG 8. 5. 1757, LGP A fol. 187a; LR 23. 4. 1767, LRP 9 fol. 108a; LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b; Lb 1623/1731, S. 7 N..

³¹² Lb 1623/1731, S. 19, S. 72, S. 184; Lb 1690, fol. 8a, fol. 16a

³¹³ und nicht zum Beispiel solche des Geschworenen Gerichts! Lb 1623/1731, S. 82, und Lb 1690, fol. 40a, beide N. auf NG 31. 5. 1693, LRP 4 fol. 102a; vgl. auch LR 23. 4. 1693, LRP 4 fol. 88b; Lb 1782, IV. S. 7

³¹⁴ LR 5. 5. 1749, LRP 7 fol. 280a

³¹⁵ LR 23. 4. 1751, LRP 8 fol. 53a

³¹⁶ LR 5. 5. 1738, LRP 7 fol. 51a

sich u[nseren] g[nädigen] H[erren und] Obern anmelden, den Access vor hochselbe [zu] gestatten, . . .»³¹⁷.

2.3.2 RÄT' UND LANDLEUTE

2.3.2.1 Allgemein

Im Verlaufe des 18. Jahrhunderts wurden mehrmals Anläufe unternommen, Rät' und Landleute als Versammlungseinrichtung ganz aufzuheben³¹⁸ oder ihnen mindestens wesentliche Befugnisse wegzunehmen³¹⁹. Die diesbezüglichen Bestrebungen blieben — abgesehen von dem kurzen Zwischenpiel 1713/1714 — weitgehend ohne Erfolg, im Gegenteil: Rät' und Landleute, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf der Ratsseite zunehmend öfters in verstärkter — dreifacher — Form auftraten, erhielten gar gelegentlich neue Aufgaben zugewiesen. Dennoch war und blieb der Zuständigkeitskreis von Rät' und Landleuten klein und überschaubar, aber nichtsdestotrotz wesentlich und bedeutungsvoll.

Von geringer Bedeutung war ihre Organisationsarbeit³²⁰, die sie weitgehend dem oft am gleichen Tag im voraus oder im Nachgang tagenden Landrat überließen. Ebensowenig kam ihnen eine eigentliche Funktion in der Gesetzgebung zu, abgesehen von wenigen Interpretationen³²¹ und seltener, ersatzweiser Vornahme von Nachgemeinde-Geschäften³²². Von gesetzgeberisch grosser Bedeutung war indessen die Verabschiedung des neu redigierten Artikelbuches im Jahre 1782, die von der Nachgemeinde einem Dreifachen Landrat unter Zuzug der über 30-jährigen Landleute übertragen worden war³²³. Ihre Wahlaktivität, die Funktion in der Verwaltung und in der Gerichtsbarkeit erforderten einerseits eine regelmässige Sitzungstätigkeit, bedingten aber anderseits auch häufige ausserordentliche Zusammenkünfte³²⁴.

Im Konkurrenzverhältnis zu den anderen Räten konnten Unklarheiten, die auch tatsächlich zur Sprache gebracht wurden, nur in bezug auf den Landrat ent-

³¹⁷ 23. 6., LRP 9 fol. 96b

³¹⁸ so 1713/1714

³¹⁹ wie z. B. die Malefizgerichtsbarkeit; LR 1. 7. 1771, LRP 9 fol. 247a

³²⁰ Ausnahme aus dem Jahre 1704: Rät' und Landleute übertragen die Behandlung eines Hilfebegehrens Savoyens an eine ausserordentliche Landsgemeinde und bestimmen, es «solle auch nichts witors als was disser Materi anhängig vorgebracht und zuo Verkürzung dieser Sach angehört werden». 28. 1., WRP 22 fol. 12b

³²¹ R&L 1. 7. 1729, LRP 6 fol. 340a f.; R&L 15. 5. 1752, LGP A fol. 150a

³²² R&L 1. 7. 1767, LGP A fol. 282a ff.; 3-LR&L 17. 5. 1767, LGP A fol. 282a ff.; 3-LR&L 17. 5. 1780, LGP B fol. 128b f.

³²³ NG 14. 5. 1781, LGP B fol. 142a; 3-LR&L 11. 5. 1782, LGP B fol. 149a

³²⁴ s. S. 215 f.

stehen. Ob der Landrat oder Rät' und Landleute die stärkere Gewalt besassen, blieb eigentlich unentschieden. Immerhin konnte es der Landrat — wenn auch blos zögernd — wagen, sich in den Kompetenzkreis von Rät' und Landleuten einzumischen³²⁵. Regelmässiger tangiert wurden Rät' und Landleute vom Wochenrat, der sich in der Behandlung von aussenpolitischen Fragen häufig nicht um die Rechte von Rät' und Landleuten kümmerte³²⁶.

2.3.2.2 Wahlen

Das aktive Wahlrecht von Rät' und Landleuten erstreckte sich zur Hauptsache auf die Bezeichnung der Gesandten an ausserterminliche Tagsatzungen und Konferenzen innerhalb der Eidgenossenschaft³²⁷. Für die Wahl der Abgesandten «zue Fürsten und Herren oder sunsten ussert die Eydtgnossenschafft» war die qualifizierte Zusammensetzung Landrat plus Landleute gefordert³²⁸.

Gelegentlich tätigten Rät' und Landleute Ersatzwahlen für Ämter — vorwiegend Landvogteien und Gesandtschaften —, die sie ordentlicherweise nicht zu besetzen hatten: 1704 ersetzten sie einen verstorbenen Bellenzer Kommissar³²⁹, 1746 einen ebenfalls verstorbenen Bellenzer Landvogt³³⁰ und 1748 den verschiedenen Landvogt in Riviera³³¹; 1752 wählten sie einen Ersatz für den krankheitshalber verhinderten Ehrengesandten nach Bellenz³³².

Auf den 1694³³³ gefassten Beschluss, Tagsatzungen allgemein nur noch von einem einzigen Gesandten besuchen zu lassen³³⁴, kam die Nachgemeinde auf An-

³²⁵ vgl. S. 255 f.

³²⁶ Beispiele s. S. 318

³²⁷ Lb 1623/1731, S. 87; Lb 1690, fol. 67a N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b; Lb 1782, V. S. 6, V. S. 35. — In der Wahl und der Instruktion der Gesandten sowie der Entgegennahme deren Relation erkannte Blumer die Hauptaufgabe von Rät' und Landleuten; 2. Teil, 1. Bd., S. 166. — Wahlbeispiele: R&L 5. 3. 1703, LRP 5 fol. 53a; R&L 1. 6. 1711, LRP 5 fol. 259a; R&L 16. 6. 1727, LRP 6 fol. 259a f.; R&L 9. 6. 1738, LGP A fol. 5a; R&L 9. 3. 1744, LGP A fol. 64a; R&L 5. 1. 1753, LGP A fol. 152a; R&L 14. 3. 1763, LGP A fol. 221b; R&L 4. 10. 1773, LGP B fol. 59b; R&L 30. 4. 1781, LGP B fol. 141a; R&L 21. 5. 1794, LGP B fol. 243b. — Die Bestimmung der Gesandten an die ordentlichen Syndikate und an die eidgenössische Jahrrechnungstagsatzung erfolgte an der Landsgemeinde.

³²⁸ Lb 1623/1731, S. 88, und Lb 1690, fol. 67a, beide N. auf LR 23. 4. 1683, LRP 3 fol. 396b, und NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a; Lb 1782, V. S. 9, V. S. 35

³²⁹ 14. 1., LRP 5 fol. 51b; Josef Leonz Keyser anstelle des verstorbenen Niklaus Keyser

³³⁰ 14. 3., LGP A fol. 80b; die nachmalige Ersatzwahl — allerdings durch die Nachgemeinde am 8. 5. 1746 — verhalf einem andern Bewerber zum Durchbruch; LGP A fol. 82a

³³¹ LR 16. 10., LRP 7 fol. 276b

³³² 19. 8., LGP A fol. 151b

³³³ Bereits 1691 beschloss die Nachgemeinde, die Gesandtschaften wären nach Möglichkeit nur einfach zu besetzen, stellte den Entscheid im Einzelfall aber Rät' und Landleuten anheim; LRP 4 fol. 39b

³³⁴ NG 9. 5., LRP 4 fol. 157b

trag des zweifach gehaltenen Georgenlandrates³³⁵ im Jahre 1701 zurück: Bei gewichtigen Geschäften wie Krieg, Religionsangelegenheiten und fürstlichen Sachen wurde «dass gedeyleichste hierüber zuo deliberieren», Rät' und Landleuten übergeben. Den Ausschlag, die Limitierung wiederum aufzuheben, gab das Konkurrenzverhältnis zu Obwalden, weil befürchtet wurde, das Nachbatal möchte «zue unserem Präiudiz und Nachtheihl sich mitler Zeit praevalieren»³³⁶. Aufrechterhalten wurde das Prinzip der Einer-Gesandtschaft für dreiörtische Konferenzen³³⁷. Die neue Regelung wurde von der Nachgemeinde 1702 bestätigt³³⁸ und ins Landbuch 1782 in dieser offenen Form übernommen: «Es wird jederweilen dem Gewald, so die Gesanten ernamset, überlassen, ein- oder mehrere Gesanten zu ernamsen, nachdemme es die Umständ erforderen werden»³³⁹.

Rät' und Landleuten stand auch die Ernennung der Gardeknechte in Turin und in Pruntrut zu³⁴⁰. Nach einem Beschluss der Nachgemeinde 1744 durften die Gardedienste nicht eher vergeben werden, bevor diese wirklich ledig gefallen waren³⁴¹. Als Gardeknechte bestimmbar waren im übrigen nur ledige Burschen, die mindestens ein Körpermass von «5 Schuo 7 Zohl» aufwiesen³⁴². Das Interesse am Dienst an den fremden Höfen scheint allerdings nicht immer sonderlich gross gewesen zu sein; auf eine freie Stelle in Turin meldete sich zum Beispiel 1772 und 1776 kein einziger, sodass Rät' und Landleute die Ernennung für den Fall, dass sich jemand anerbte, der die «erforderliche Höche und Eigenschaften» hätte, dem Wochenrat überliess³⁴³.

Die Bezeichnung dreier Landmajoren, die von der Nachgemeinde 1791 einem Dreifachen Landrat unter Zuzug der Landleute übertragen wurde³⁴⁴, verblieb einmalig³⁴⁵: Wenige Tage nach der erfolgten Wahl verordnete der Landrat, die

³³⁵ 23. 4., LRP 4 fol. 327b

³³⁶ Lb 1690, fol. 151a N. auf NG 16. 5. 1701, LRP 4 fol. 333b f.

³³⁷ mit Uri und Schwyz. — Lb 1623/1731, S. 89 N. auf NG 1701

³³⁸ 7. 5., LRP 5 fol. 11b

³³⁹ V. S. 35. — Wieweit das an der Landsgemeinde übliche begrenzte Vorschlagsrecht auch Geltung an Rät' und Landleute-Versammlungen besass, kann nicht ausgemacht werden.

³⁴⁰ Bei der Turiner Garde handelte es sich um eine insgesamt 60 Mann starke Leibgarde für den Herzog von Savoyen, welche dieser im Nachgang zum Abschluss der Allianz zwischen den Katholischen Orten und Savoyen vom 8. 5. 1577 «als Zeichen seines grossen Vertrauens» einrichtete. Zwölf Mann wurden von Luzern gestellt, in die restlichen 48 Stellen teilten sich die übrigen fünf Orte (Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden und Zug) und das Wallis gleichmässig; Biel, S. 130 f. Die bischöfliche Residenz Pruntrut besass eine Garde von 42 Mann, die aufgrund der Vereinbarung von 1579 in den sieben katholischen Orten angeworben wurde; HBLS II, S. 25 f. — Lb 1623/1731, S. 120 N. auf LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b; Lb 1782, V. S. 6

³⁴¹ 10. 5., LGP A fol. 68a; Lb 1623/1731, S. 120 N.

³⁴² R&L 7. 10. 1772, LGP B fol. 49b

³⁴³ R&L 7. 10. 1772, LGP B fol. 49b; R&L 7. 10. 1776, LGP B fol. 93b

³⁴⁴ 8. 5., LGP B fol. 224b

³⁴⁵ 3-LR&L 18. 7. 1791, LGP B fol. 225a

Landmajoren sollten künftig «von dem gemeinsamen Militair Corp ernamset werden»³⁴⁶.

2.3.2.3 Verwaltung

Mit Ausnahme der 1795 von Rät' und Landleuten übernommenen detaillierten Prüfung der Rechnung des Salzdirektors³⁴⁷ und der Angstergeldrechnung³⁴⁸ standen die verwaltenden Akte von Rät' und Landleuten durchwegs in einem Bezug zu den eidgenössischen Bündnispartnern, den Vogteien oder zum Ausland. Im Zeitraum zwischen 1673 und 1748 vergaben sie die Studienfreiplätze in Mailand, Turin und Paris³⁴⁹. Mit bloss zwei Ausnahmen zugunsten von Rät' und Landleuten erfolgte die Bestimmung der Stipendiaten ab 1755 durch die Nachgemeinde³⁵⁰.

Zum Gesandtenwahlrecht hinzu besassen Rät' und Landleute die Berechtigung, diese — und dazu die von der Landsgemeinde Gewählten — zu instruieren, das heisst, ihnen verbindliche Anweisungen zu geben, welchen Standpunkt sie zu einzelnen Geschäften an der bestimmten Konferenz zu vertreten hätten³⁵¹. 1713/1714 wurde ihnen das Instruktionsrecht vorübergehend entwunden und an den Zweifachen Landrat übertragen³⁵². Die Instruktion fiel unterschiedlich detailreich aus: Sie konnte die bloss summarische Empfehlung an den Gesandten enthalten, «alles, was zuo grösserer Ehr Gottes undt dem gemeinen Wässen gedeylich seyn wird, zu verhandlen undt abzuofassen»³⁵³, oder sein Verhalten ausführlich vorzeichnen³⁵⁴. Dem hin und wieder gegenüber einem andern Rat ausgesprochenen Verbot, an der Instruktion Änderungen anzubringen³⁵⁵, stand die häufige Erklärung gegenüber, der Wochenrat dürfe bei Notwendigkeit «nach befindenden Dingen» weitere Aufträge erteilen³⁵⁶. Auch bei ausführlichen In-

³⁴⁶ 1. 8. 1791, LRP 10 fol. 390b

³⁴⁷ Die fachmännische Vorprüfung oblag den Rechnungsherren, die summarische Abnahme der Nachgemeinde

³⁴⁸ R&L 16. 3. 1795, LGP B fol. 253a

³⁴⁹ Lb 1623/1731, S. 120 N. auf LR 23. 4. 1736; 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123b

³⁵⁰ vgl. S. 197 f.

³⁵¹ Instruktionsrecht: Lb 1623/1731, S. 88; Lb 1690, fol. 67a; Lb 1782, V. S. 6

³⁵² LG 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 325b; Instruktionen und Relationen vor dem Zweifachen Landrat: 29. 5. 1713, LRP 5 fol. 321a; 22. 6. 1713, LRP 5 fol. 333a ff.; 19. 8. 1713, LRP 5 fol. 340a f.; 11. 9. 1713, LRP 5 fol. 344b f.; 6. 11. 1713, LRP 5 fol. 352a; 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 353b ff.

³⁵³ R&L 23. 11. 1729, LRP 6 fol. 351b f.; vgl. auch LR 26. 3. 1691, LRP 4 fol. 29b

³⁵⁴ Beispiele: R&L 5. 3. 1703, LRP 5 fol. 33a; R&L 6. 5. 1709, LRP 5 fol. 195b; R&L 25. 6. 1739, LGP A fol. 16b ff.; R&L 10. 12. 1749, LGP A fol. 128a f.; R&L 20. 6. 1757, LGP A fol. 183b ff.; R&L 21. 6. 1765, LGP A fol. 260b ff.; R&L 31. 7. 1775, LGP B fol. 77a ff.; R&L 23. 6. 1788, LGP B fol. 203b ff.; R&L 17. 7. 1797, LGP B fol. 288b ff.

³⁵⁵ R&L 23. 4. 1700, LRP 4 fol. 294b

³⁵⁶ R&L 19. 8. 1765, LGP A fol. 264a; R&L 13. 8. 1770, LGP B fol. 16a; R&L 29. 7. 1771, LGP B fol. 34a; R&L 19. 8. 1774, LGP B fol. 69b; R&L 14. 8. 1780, LGP B fol. 135a

struktionen wurde meist die Formel beigefügt, der Gesandte möge sich zur grössten Ehre Gottes und des Vaterlandes Nutzen verhalten, was oft kurz mit «Clausula generalis» umschrieben wurde³⁵⁷.

Auch das Gegenstück der Instruktion, die Relation samt der Entlastungserklärung für den oder die Gesandten, fiel in die Kompetenz von Rät' und Landleuten³⁵⁸. Noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts galt allerdings die Regelung, dass der oder die Gesandten unmittelbar nach ihrer Rückkehr mündlichen Bericht dem Wochenrat zu erstatten hatten und Rät' und Landleute bloss von jenem erfuhren, was nicht als «geheim» eingestuft wurde. Zudem wurde mit der Relation zugewartet, bis der entsprechende Abschied vorlag³⁵⁹. Dieses Abwarten des Protokolls wurde um 1705 in Zweifel gezogen; gegen ein vorgezogenes Ablegen der Rechenschaft wandte sich der Landrat, und er beauftragte die Landschreiber, sie möchten in den Protokollen nachsuchen, «vor was für einem Gewalth sye erkhanth worden, das[s] der Landtamman allzeit bäldest auff seine Heimkunft vor dem anlangenten Abscheidt Relation thuon solle»³⁶⁰. Ihr Bericht blieb aus, und so verblieb es bei der späten und selektiven Übermittlung der Verhandlungsresultate, bis im Gefolge der Auseinandersetzungen mit Frankreich die Nachgemeinde 1765 die Relation vor Rät' und Landleuten über «alle heimlich und öffentliche[n] Verrichtungen» forderte. Diese Regelung, die allerdings bereits 1769 im konkreten Fall relativiert wurde³⁶¹, fand schliesslich auch Einzug ins Landbuch von 1782, indessen versehen mit der Verdeutlichung, der Abschied möge nach seinem Eintreffen «vor dem Gewaldt, welcher die Instruktion ertheilt hatte, verhöret» werden³⁶².

Im Zusammenhang mit dem Überlebensbedürfnis der eigenen Bevölkerung standen Entscheide über Ein- und Ausfuhren von landwirtschaftlichen Produkten und Gütern. Grundsätzlich untersagt war bis Mitte März das Ausführen von Heu oder das Nutzenlassen von Weiden durch Auswärtige. Auf Gesuch hin konnten Rät' und Landleute nach diesem Termin den Handel mit Obwalden und Engelberg, allenfalls auch mit weiteren benachbarten Orten, unter dem Vorbehalt des Zugrechts der Landleute bewilligen. Handel ohne Genehmigung stand unter der hohen Bussdrohung von 100 Gulden³⁶³. «Zue allen Zeiten verbotten» wurde an der Nachgemeinde 1696 die Ausfuhr von Stroh³⁶⁴, doch setzte 1739 ein

³⁵⁷ R&L 19. 8. 1774, LGP B fol. 69b

³⁵⁸ gelegentlich aber auch in jene einer grösseren Gewalt; Beispiel: ao. LG 31. 12. 1713, LRP 5 fol. 357b f.

³⁵⁹ Lb 1623/1731, S. 88 f. N.; LR 29. 12. 1697, LRP 4 fol. 241b

³⁶⁰ 29. 4. 1705, LRP 5 fol. 84b

³⁶¹ Ein eingetroffener Abschied aus Frauenfeld wurde zur Begutachtung an eine Kommission gewiesen und der Entscheid, ob eine allfällige Antwort vom Wochenrat oder von Rät' und Landleuten auszugehen hätte, dem Wochenrat überlassen; LR 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 177b

³⁶² V. S. 36; vgl. auch V. S. 6

³⁶³ Lb 1623/1731, S. 94 N.; Lb 1690, fol. 69a f. (ohne Möglichkeit der Bewilligung durch Rät' und Landleute). — S. auch Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 168

³⁶⁴ Lb 1623/1731, S. 194 N.; Lb 1690, fol. 117a N. auf NG 13. 5. 1696, LRP 4 fol. 213b; s. aber die Ausnahme vor dem Landrat am 23. 4. 1705, LRP 5 fol. 83a

Landrat kraft Nachgemeinde dasselbe Verfahren, welches für den Heuhandel galt, in Kraft³⁶⁵. Die Regelung, welche 1745 bestätigt wurde³⁶⁶, ging, versehen mit einem differenzierten Bussenkatalog für den Fall von Zu widerhandlungen³⁶⁷ und ergänzt mit der Bewilligungspflicht auch für Einführen, in das Landbuch 1782 ein³⁶⁸. — Ursprünglich nur in Notfällen begrenzt wurde der Viehhandel; erwies sich eine Handelsschranke etwa wegen einer grassierenden Seuche als notwendig, so wurde schon im frühen 18. Jahrhundert für deren Erlass Rät' und Landleute bestimmt, «weylen man diser Handel von allzue weither Usssichtigkeit und Träffheit ansichtet»³⁶⁹. Der Entscheid über die Frage, ob der Viehmarkt in Lugano³⁷⁰ besucht werden dürfe, wurde indessen 1734 boss, «weil die Landtleüth sonsten anwäsendt» waren und «ohne Consequenz», Rät' und Landleuten unterbreitet³⁷¹. Der Georgenlandrat von 1782 wies schliesslich die Beschlussfassung über die Viehausfuhr «künftig allezeit» Landrat und Landleuten zu³⁷², welches Gebot der qualifizierten Zusammensetzung auch ins Landbuch von 1782 übernommen wurde³⁷³. — Ohne dauernde Wirkung verblieb der in einer Phase der Uneinigkeit mit den mitregierenden Orten Uri und Schwyz gefasste Beschluss, die Bellenzer Faktorei «gleich den Stipendien» nach Ablauf der zehnjährigen Vertragsdauer jeweils von Rät' und Landleuten neu vergeben zu lassen³⁷⁴.

2.3.2.4 Gerichtsbarkeit

Der qualifizierten Zusammensetzung Landrat und Landleute stand die Malefizgerichtsbarkeit zu³⁷⁵. Im Malefizverfahren beurteilt wurden neben den Verbrechen nach «Gemeinem Recht»³⁷⁶ spezifisch im Land Nidwalden als einer hohen Strafe würdig erachtete Vergehen. Dazu zählten Vorschläge auf Änderung der

³⁶⁵ 1. 6., LRP 7 fol. 84a; Lb 1623/1731, S. 94 N.

³⁶⁶ R&L 10. 4., LGP A fol. 72b; Lb 1623/1731, S. 94 N.. — Die Verletzung des Beschlusses, der forderte, dass «von keinem minderen Gwalldt allss von Räth und Landtleüthen weithers Heuw aussert Landtss verkauffen zu lassen» wäre, erfolgte keinen Monat später, indem am 5. 5. 1745 ein gewöhnlicher Landrat die Heuausfuhr bewilligte! LRP 7 fol. 217b

³⁶⁷ pro Klafter Heu 10 Gulden, pro Stroh-Triste 5 Gulden, pro Weide 50 Gulden

³⁶⁸ IV. S. 29; V. S. 6

³⁶⁹ LR 5. 8. 1715, LRP 5 fol. 418a

³⁷⁰ sog. Lauiser Markt

³⁷¹ LR 2. 8., LRP 6 fol. 454a; vgl. dazu die Entscheide der Nachgemeinde, S. 200

³⁷² 23. 4., LRP 10 fol. 199b. — Noch am 12. 11. 1781 sah sich der Landrat vor die Frage gestellt, ob er «die von letzten Wuchenrath ergangenen Erkandtnuss, das Leb-Vich aussert Land zu verkauffen, bestätten old aufhöben wolle?» LRP 10 fol. 192b

³⁷³ V. S. 9, V. S. 81; Verbot, Lehenkühe vor Anfang Mai aus dem Land zu geben und Zugrecht: V. S. 79. — S. auch Blumer, 2. Teil, 2. Bd., S. 168

³⁷⁴ R&L 10. 12. 1749, LGP A fol. 128b.

³⁷⁵ Lb 1782, V. S. 6; Beispiele von Tagungen des Malefizgerichts s. S. 227 Fn. 152

³⁷⁶ womit auf Tatbestände wie Verletzungen der körperlichen Integrität und auf Vermögensdelikte verwiesen wurde, die zu strafen in den alten eidgenössischen Bünden vereinbart wurde und/oder die zu verfolgen in der Volkstradition selbstverständlich waren. Damit oder mit dem Verweis auf

Zweckbestimmung des Kriegsschatzes, der Regelungen betreffs Bodenzins, Fall und Ehrschatz auf den Gütern Rugisbalm, Gehren und Englerz in Wolfenschissen, der Gütenordnung und des Praktizierartikels. Als malefiz gewertet wurde auch der Bruch der Geheimhaltungspflicht in bezug auf Rat und Gericht und das Brechen eines Urfehdeversprechens³⁷⁷, der Wertpapier-Betrug³⁷⁸, das Auffordern zum Duell, das drittmalige In-Abrede-Stellen von falschen Behauptungen und unberechtigten Beschuldigungen sowie das Nicht-Akzeptieren-Wollen eines bereits revidierten Urteils des Geschworenen Gerichts. Als dieser Art gravierend galten nach den Erfahrungen von 1722 und 1737 auch Verehelichungen mit Abkommen aus Henkersfamilien³⁷⁹.

Im Verlaufe des Jahrhunderts wurden verschiedene Versuche unternommen, Rät' und Landleuten die Malefizgerichtsbarkeit zu entziehen. Dies gelang in der Zeit der kurzlebigen Änderungen 1713/1714³⁸⁰; darnach kam sie aber wieder in die Zuständigkeit der alten Gewalt zurück. 1725 wurde an der Nachgemeinde die Frage aufgeworfen, «ob nit anständig und nutzlicher sein möchte, dass das völlige Malenfizgericht als über Leib und Läben, Guoth und Bluod zuo richten, einem zweyfach old dryfach gesessnen Landtsrath den gäntzlichen Gwalldt gegeben und ertheillt» werden sollte. Die darauf in Diskussion gebrachte Alternative, «wenigst diejenige Delinquenten, welche man vorhin wohl wüssen kan[n], das[s] jhnen an dem Läben nichts geschechen wird, mit gebührenden Leibsstraffen . . . zuo korrigieren undt zuo bezichtigen, einem gesamt gesessenen Landtsrath völlig [zu] überlassen undt anheim[zu]stellen», wurde von der Nachgemeinde zum Beschluss erhoben³⁸¹. Für die Zuweisung des Delinquenten zur Verurteilung vor das eine oder das andere Gericht war von jetzt ab die Schwere der Delikte entscheidend, allenfalls auch Rückfälligkeit³⁸². Der Vorentscheid über die Instanz und das Verfahren wurde im Anschluss an die Untersuchungen in der Regel vom Landrat gefällt³⁸³. Für die Übernahme des Rät' und Landleuten verbliebenen Re-

«keiserliche Rechte» kann nicht die «Carolina» Kaiser Karl V. gemeint sein: Seine «Peinliche Gerichtsordnung» aus dem Jahre 1532 vermochte in Nidwalden keinen Einfluss zu erringen. Vgl. Meier Albert, Die Bedeutung der Peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karl V. im Gebiete der heutigen Schweiz, Abhandlungen zum Schweizerischen Recht, Heft 42, Bern 1911, insb. S. 188 f.; auch: Carlen, Rechtsgeschichte, S. 41

³⁷⁷ dem ewigen Verzicht auf Rechte, abverlangt von Häftlingen

³⁷⁸ «Brieff auf Brieff machen lassen.»

³⁷⁹ Systematische Aufzählung der malefizischen Verbrechen «mit Vorbehalt derjenigen, so laut Gemeinen Rechten an Leib und Leben gestraf[t] werden»: Lb 1782, III. S. 6 ff.

³⁸⁰ Die Kompetenz gelangte an den Zweifachen Landrat; LG 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 326a. — Einziger Prozesstag: 2-LR 12. 3. 1714, LRP 5 fol. 346b

³⁸¹ 13. 5., LRP 6 fol. 193a f.

³⁸² vgl. LR 9. 8. 1767, LRP 9 fol. 121a: Sollte sich der Angeklagte in Zukunft «vil oder wenig im Stehlen vertraben . . ., solle allsdan nit ein Malefiz-Landrath, sonder[n] ein förmliches Malefiz-Gericht oder Landtag wegen jhro angestelt werden».

³⁸³ s. S. 285

stes brachte der Landrat 1771 einen Dreifachen Landrat ins Gespräch; ihm wurde von den teilnehmenden Landleuten zuviel aus den Verhandlungen ausgeschwatzt, weshalb er in anfragender Form die Minimalforderung aufstellte, ob «nicht gut, ja höchst notwendig wäre, wan dennen Landleüthen ... zu mäniglicher Sicherheit und besserer Administrierung der Justiz das Silentio imponiert» würde. Den entsprechenden Beschluss wollte er von einem Dreifachen Landrat ergehen lassen. Sollte es vor dessen Tagung nochmals zu einem Blutgericht kommen, möge der Landammann den teilnehmenden Landleuten als Sofortmassnahme «ein Monitorium geben, verschwigen zu sein, wer diese old jene Meinung gegeben habe»³⁸⁴. Dieser Auftrag zur Mahnung wurde fünf Tage später nochmals erneuert³⁸⁵ und kurze Zeit darnach der Landammann — offenbar zur Beruhigung der Landleute — geheissen, er möge der Warnung «beyfliessen lassen, das[s] das Stillschweigen der Meinung halber halthen sollen, damit M[eine] g[nädigen] H[erren und] Obern nit bemüessiget werden, die Ausschweitzige zu gebührender Straff zu ziechen»³⁸⁶. Mit dem angestrebten Übertrag der Kompetenz an einen Dreifachen Landrat wurde in der Folge die Nachgemeinde überhaupt nicht befasst; ihre Aufteilung zwischen Landrat und Rät' und Landleuten floss schliesslich auch ins Landbuch von 1782 ein³⁸⁷.

2.3.3 MEHRFACHE RÄTE

2.3.3.1 Zweifacher Landrat

Allgemein

Nach den Vorstellungen der Landesobrigkeit hätte der Zweifache Landrat mehr Entscheidungsgewalt erhalten sollen als er noch im frühen 18. Jahrhundert besessen hatte. Als Verbindung beider Elemente, dem obrigkeitlichen und dem populären, wurde er meist dann für die Übernahme von Kompetenzen vorgeschlagen, wenn den weniger berechenbaren Rät' und Landleuten Zuständigkeiten entzogen oder die Volksrechte geshmälert werden sollten. Eine kräftigere Institutionalisierung indessen scheiterte an der steten Aufmerksamkeit des Landvolkes.

Naturgemäß waren organisatorische Anordnungen dannzumal zahlreicher, als der Zweifache Landrat als Georgenlandrat fungierte³⁸⁸, doch bestanden sie zur Mehrheit in Delegationen³⁸⁹.

³⁸⁴ 1. 7., LRP 9 fol. 247a

³⁸⁵ LR 5. 7., LRP 9 fol. 249a

³⁸⁶ LR 9. 7. 1771, LRP 9 fol. 251a

³⁸⁷ vgl. S. 292

³⁸⁸ Zeitraum 1694 bis 1701

³⁸⁹ 2-LR 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 207b f.; 2-LR 23. 4. 1699, LRP 4 fol. 263b; auch: 2-LR 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 354a; 2-LR 16. 7. 1715, LRP 5 fol. 425a

Wahlkompetenz

Die Wahlkompetenz des Zweifachen Landrates war unbedeutend und beschränkte sich auf die Vergabung von Ämtern, die mit der Salzversorgung zusammenhingen. Anfangs 1764 erteilte der Landrat einer Kommission den Auftrag, die Wahlzuständigkeit für den Einzüger des Salzvorratsgeldes abzuklären. Sollte sich ergeben, dass «ein 2-facher L[and]rath solchen ernambset hete, so solle über 14 Tag ein Wuchenrath den 2-fachen Landrath deswegen ansetzen»³⁹⁰. Der nachfolgende Georgenlandrat bestätigte, dass dieser «an einem 2-fachen Landrath vergeben» werde, besetzte aber dennoch gleich das Amt interimswise und sicherte dem Gewählten einen Jahrlohn von zwölf Talern zu³⁹¹. Die Wahl des eigentlichen Salzdirektors sicherte sich der Zweifache Landrat 1768³⁹², doch war er in der Auswahl eng begrenzt: «Als eine kleine Recompenz seiner Bemühungen» sollte das Salzdirektorium jeweils dem rangältesten Landammann zukommen³⁹³. Auch über dessen Belohnung, die sich nach der Zahl der eingeführten Salzfässchen bemass, sollte der Zweifache Landrat befinden³⁹⁴.

Gesetzgebung

Der Einfluss des Zweifachen Landrates auf die Gesetzgebung war zeitweise mindestens von indirekter Bedeutung. Die Einschränkung des freien Antragsrechts hatte gegen Ende des 17. Jahrhunderts zu schwerwiegenden Spannungen zwischen dem Landvolk und der Obrigkeit geführt. 1693 bot die Landesführung den Landleuten die Verdoppelung des mit der Vorberatung der Landsgemeinde- und Nachgemeindegeschäfte betrauten Georgenlandrates an³⁹⁵, der dann als Zweifacher Rat ab 1694 über die Zulässigkeit der Anträge entschied. Der Zweifache Landrat — jeder Ratsherr bestimmte zunächst noch selbst einen zusätzlichen Ratgeber — erhielt damit ein kräftiges Lenkungsinstrument in die Hand, mit dem er sämtliche missliebigen Vorstöße aus dem Kreis der Landleute von der Diskussion an der Landsgemeinde beziehungsweise Nachgemeinde fernhalten konnte. Das solchermassen in der Freiheit beschnittene Volk mochte den Zustand der Bevormundung auf die Dauer nicht akzeptieren; an der Nachgemeinde 1701 wurde die Annulierung der Beschränkung gar von einem Landammann selbst formuliert und vom versammelten Volk selbstverständlich mit Begeisterung und obsiegender Mehrheit unterstützt³⁹⁶. Zwar tagte der Zweifache Landrat auch noch im folgenden Jahr an St. Georg, doch ob er in dieser Form jetzt noch berechtigt sei, fragte er sich gleich selbst. Die Antwort darauf sollte an der Landsgemeinde gegeben werden, die das Stellen von Anträgen in der unbehinderten Form nochmals

³⁹⁰ LR 9. 1., LRP 9 fol. 19b

³⁹¹ LR 26. 4. 1764, LRP 9 fol. 28b

³⁹² s. S. 166

³⁹³ Praxis seit 1753; die Regel findet sich im Lb 1782, V. S. 8.

³⁹⁴ LR 9. 5. 1791, LRP 10 fol. 388b

³⁹⁵ 23. 4., LRP 4 fol. 88a

³⁹⁶ NG 9. 5., LRP 4 fol. 305b f.

bestätigte. Der doppelte Rat erübrigte sich damit von alleine³⁹⁷. Erst 1713 wurde er auf den Georgentag wieder in Gesetzesvorbereitungsfunktion einberufen, diesesmal in der Absicht, er möge die tiefgreifenden Vorschläge zur Veränderung der Grundordnung absegnen und ihnen mehr Duchschlagskraft verleihen³⁹⁸. Eine dauernde Rolle in der Gesetzgebung war dem Zweifachen Landrat indessen nicht zugedacht³⁹⁹.

Verwaltung

Mit zum Vorbereitungsrecht des Georgenlandrates in doppelter Besetzung⁴⁰⁰ zählten auch verwaltende Akte, die endgültig erst von der Nachgemeinde zu tätigen waren⁴⁰¹. — Später wurde der Zweifache Landrat gelegentlich dann eingesetzt, wenn es galt, komplizierte oder umstrittene Entscheide vorzubereiten⁴⁰². In diesem gleichen Sinne kam der Zweifache Landrat auch in aussenpolitischen Angelegenheiten, sowohl was selbständige Dritte⁴⁰³ wie auch Untertanengebiete betraf, zum Zuge; die Behandlung der Probleme der letzteren — Freiheiten, hohe Regalien und Privilegien — wechselte formell⁴⁰⁴ allerdings erst 1747 auf Beschluss der Nachgemeinde aus der Kompetenz des Landrates in jene des Zweifachen Landrates⁴⁰⁵.

Wesentlich aufgewertet wurde die aussenpolitische Verwaltungstätigkeit des Zweifachen Landrates 1713/1714. Dem doppelten Rat wurde das Erteilen von Instruktionen und das Anhören der Relationen übertragen, was vorher und daran nach Rät' und Landleuten zugestanden hat⁴⁰⁶.

³⁹⁷ LG 24. 4. 1701, LRP 4 fol. 329a

³⁹⁸ LR 2. 3. 1713, LRP 5 fol. 310a; 2-LR 23. 4. 1713, LRP 5 fol. 320b f.

³⁹⁹ vgl. aber etwa: Interpretation eines Nachgemeinde-Beschlusses: 2-LR (kaum R&L!) 23. 5. 1701, LRP 4 fol. 336b

⁴⁰⁰ in den Jahren 1694 bis 1701

⁴⁰¹ Beispiele: 1694 verweigerte der Zweifache Landrat die Minderung des Umgeldes und hielt fest, dass «dass gesteigerte Umbgellt solle fürobas bezallt und entrichtet werden, wie bis dahin geüöbt worden, und ist an einer Nachgmeindt anzuezichen aberkhant». 23. 4., LRP 4 fol. 152a. — 1695 wies die Nachgemeinde ein Einbürgerungsgesuch ab, da es zuvor am Georgentag nicht vorbereitet und an die Nachgemeinde gewiesen worden war; 8. 5., LRP 4 fol. 187b

⁴⁰² 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 354a: Bestellung eines Sanitätsrates an Kommission weiterverwiesen; 16. 7. 1715, LRP 4 fol. 425a: Ordnung über die Schafssömmerung an Wochenrat verwiesen

⁴⁰³ Obwalden: 7. 11. 1689, LRP 4 fol. 6b; 4. 12. 1690, LRP 4 fol. 26a f.; Engelberg: 26. 4. 1696, LRP 4 fol. 207b f.; Ursenen: 12. 7. 1723, LRP 6 fol. 151b

⁴⁰⁴ Faktisch setzte sich der Zweifache Landrat bereits zuvor mit diesen Gegenständen auseinander: 17. 8. 1689, LRP 4 fol. 3b f.; 31. 10. 1689, LRP 4 fol. 6a f.; 4. 12. 1690, LRP 4 fol. 26a

⁴⁰⁵ 14. 5., LGP A fol. 89a; Lb 1623/1731, S. 82, S. 147 N. auf NG 1747; Lb 1782, V. S. 8. — Die restliche Aussenpolitik verblieb beim Landrat: 1753 legte der Landrat am 12. März eine Sitzung auf den 23. März fest, «um die von Liffenen und Biasca zu verhören»; der Rat wurde nur einfach versammelt, «weil die Liffener nicht unsere Underthanen» sind; LRP 8 fol. 66b

⁴⁰⁶ LG 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 325b. — Beispiele: 2-LR 29. 5. 1713, LRP 5 fol. 331a; 2-LR 22. 6. 1713, LRP 5 fol. 333a ff.; 2-LR 19. 8. 1713, LRP 5 fol. 340a f.; 2-LR 11. 9. 1713, LRP 5 fol. 344b f.; 2-LR 6. 11. 1713, LRP 5 fol. 352a; 2-LR 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 353b ff. — Rückkehr zur alten Ordnung: LG 29. 4. 1714, LRP 5 fol. 369a

Gerichtsbarkeit

Bereits 1665 erhielt der Zweifache Landrat das Urteilsrecht über Appellationsstreitigkeiten aus den deutschen und den welschen Vogteien zugewiesen⁴⁰⁷. Die Kompetenz wurde damals Rät' und Landleuten entzogen; dass sie gerade dem doppelten Rat zugeteilt wurde, mag in der Vorstellung begründet gewesen sein, dass einem Streit zwischen zwei Parteien auch auf der Gerichtsseite eine doppelte Besetzung wünschbar sei. Einen Hinweis auf eine solche Überlegung vermittelt die Verfahrensregel, die beim Erscheinen bloss einer Partei den Handel auch nur vor einem einfachen Landrat ausgetragen wissen wollte⁴⁰⁸.

Unter dem Regime der Ordnung von 1713/1714 amtete der Zweifache Landrat zusätzlich als Malefizgericht⁴⁰⁹. 1725 wurde er dafür erneut ins Gespräch gebracht; die Landleute entschieden sich indessen für eine Aufteilung der Malefizgerichtsbarkeit zwischen Rät' und Landleuten und einem einfachen Landrat⁴¹⁰.

2.3.3.2 Dreifacher Landrat

Ausgeprägter noch als der Zweifache Landrat war der Dreifache Landrat eine ausserordentliche Behörde ohne festen Kompetenzkreis. In aller Regel befasste er sich nur mit Geschäften, die ihm von der Nachgemeinde oder der Landsgemeinde zugewiesen worden waren⁴¹¹. So trat er 1706 auf einen Antrag in bezug auf die französische Pension nicht ein, da sich «erfunden [hatte], dass dieser Puncten nicht vor den 3-fachen ges[essen]en Landtsrath geschlagen» worden waren⁴¹². Dazu findet sich mit grosser Regelmässigkeit im Protokoll der Hinweis, kraft welcher Instanz der Dreifache Landrat sich mit einem Gegenstand beschäftigte⁴¹³. Das Landbuch von 1782 schliesslich fasste in Worte, was sich im Laufe der Zeit als Gewohnheit ergeben hatte: «Der 3-fache Landrath behandlet dasjenige, was jhme von Landts- und Nachgemeinden zu behandlen aufgetragen wird»⁴¹⁴.

Die Gegenstände, die von einer höheren Gewalt an den Dreifachen Landrat übertragen wurden, betrafen zur Hauptsache die Gesetzgebung und Verwaltungs-

⁴⁰⁷ LR 23. 4., LRP 3 fol. 147a; Lb 1623/1731, S. 146; Lb 1690, fol. 107b f. — Beispiel: 2-LR 8. 2. 1690, LRP 4 fol. 9b f.

⁴⁰⁸ vgl. 2-LR 20. 9. 1700, LRP 4 fol. 313a; LR 20. 11. 1769, LRP 9 fol. 183a; LR 31. 5. 1779, LRP 10 fol. 129a.

⁴⁰⁹ was aber der Landsgemeinde-Beschluss vom 7. 5. 1713, LRP 5 fol. 325b, nicht explizit vorsah! — Beispiel: 2-LR 12. 3. 1714, LRP 5 fol. 364b.

⁴¹⁰ NG 13. 5., LRP 6 fol. 193a f.

⁴¹¹ Hatten zu einem Dreifachen Landrat auch die Landleute Zutritt, so handelte es sich dabei um eine qualifizierte Form von Rät' und Landleuten.

⁴¹² 3-LR 18. 10., LRP 5 fol. 122b

⁴¹³ Beispiele: 3-LR 18. 10. 1706, LRP 5 fol. 122a; 3-LR 22. 4. 1728, LRP 6 fol. 292a; 3-LR 30. 4. 1728, LRP 6 fol. 297a; 3-LR 21. 5. 1731, LRP 6 fol. 382a; 3-LR 7. 5. 1755, LGP A fol. a170a

⁴¹⁴ V. S. 7

akte. Ausschlaggebend für eine Delegation dürfte entweder die Komplexität einer Materie oder ihre besondere Umstrittenheit gewesen sein⁴¹⁵.

An zwei Sitzungen tätigte der Dreifache Landrat auch Wahlen; 1736 bestimmte er zwei Einzüger des Salzauflagegeldes und 1755 bestellte er den Kriegsrat⁴¹⁶.

Die organisatorischen Massnahmen beschränkten sich auf eine Rückverweisung an die Nachgemeinde⁴¹⁷ und an die Landsgemeinde⁴¹⁸. Zweimal verschob er 1755 auch die Nachgemeinde⁴¹⁹.

Ähnlich dem Zweifachen Landrat kam der Dreifache Landrat dann als mögliche Einrichtung mit dauerndem Charakter ins Gespräch, wenn sich die Institutionen in einer Krise befanden: Im Verlaufe der Auseinandersetzung um das Antragsrecht hätte die Obrigkeit den Dreifachen Landrat gerne an St. Georg regelmässig tagen gesehen; sein am 24. April 1702 zuhanden der Landsgemeinde verabschiedeter Vorschlag nahm als Kompensation zur Eingrenzung des freien Antrags die Vorberatung der Vorschläge aus dem Landvolk durch eine dreifache Volksvertretung in Aussicht⁴²⁰, doch mochte der Souverän den Intentionen seiner Obrigkeit nicht folgen⁴²¹. Diese multiplizierte Form des Georgenlandrates — wiederum mit der Kompetenz, Anträge an die Landsgemeinde⁴²² überhaupt zuzulassen oder nicht — stand auch 1713 zur Debatte, und sie wurde an der Landsgemeinde vom 7. Mai wenigstens für ein Jahr akzeptiert⁴²³. Am Georgstag 1714 tagte dementsprechend der Rat in dreifacher Besetzung⁴²⁴, doch sorgte die Landsgemeinde vom 29. April 1714 mit der Wiederherstellung des alten Zustandes dafür, dass er weiter nicht in Funktion treten konnte⁴²⁵.

Bloss im Stadium der Idee blieb die Absicht stecken, dem Dreifachen Landrat eine gerichtliche Funktion zuzuweisen. Alternativ zum Zweifachen Landrat wur-

⁴¹⁵ Beispiele: Gesetzgebung: 3-LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 182b (Wochenratssitzung an einem andern Tag als am Montag); 3-LR 18. 10. 1706, LRP 5 fol. 122a (Beisteuer- und Erbartikel); 3-LR 21. 5. 1731, LRP 6 fol. 382a f. (Bestätigung diverser Artikel); 3-LR 1. 6. 1771, LGP B fol. 21b ff. (Handelsvorschriften). — Verwaltung: 3-LR 9. 10. 1689, LRP 4 fol. 4b (Streitigkeit mit Obwalden; Landleute-Aufnahmen unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Landsgemeinde); 3-LR 17. 10. 1712, LRP 5 fol. 302a (Bestreitung der Kriegskosten aus dem Villmergerkrieg, der endgültige Beschluss auf Erhebung einer Landsteuer wird an eine ausserordentliche Landsgemeinde verwiesen); 3-LR 23. 4. 1714, LRP 5 fol. 367a (Instruktion auf eine dreiörtige Konferenz); 3-LR 22. 4. 1728, LRP 6 fol. 292a ff. (Marchenstreit mit Engelberg); 3-LR 30. 4. 1728, LRP 6 fol. 297a ff. (Marchenstreit mit Engelberg); 3-LR 21. 5. 1731, LRP 6 fol. 382a (Käsehandel)

⁴¹⁶ 24. 5. 1736, LRP 7 fol. 27b; 7. 5. 1755, LGP A fol. 170a

⁴¹⁷ 18. 10. 1706, LRP 5 fol. 122b

⁴¹⁸ 17. 10. 1712, LRP 5 fol. 302a

⁴¹⁹ 7. 5., LGP A fol. a170a f.; 16. 5., LGP A fol. b170b

⁴²⁰ LRP 5 fol. 9a

⁴²¹ LG 29. 4. 1702, LRP 5 fol. 10a. — von Deschwanden, Entwicklung, S. 122

⁴²² nicht mehr an die Nachgemeinde, die überhaupt abgeschafft werden wollte

⁴²³ LRP 5 fol. 325a ff.

⁴²⁴ 23. 4., LRP 5 fol. 365b

⁴²⁵ LRP 5 fol. 369a; von Deschwanden, Entwicklung, S. 129 ff.

de er 1725⁴²⁶ als Möglichkeit für den Ersatz von Rät' und Landleuten als Malefizgericht in Betracht gezogen, und nach 1771 stand er wieder in Diskussion, deren Reste an iudikativen Kompetenzen zugeteilt zu bekommen⁴²⁷.

2.3.4 RATSAUSSCHÜSSE

2.3.4.1 Wochenrat

Allgemein

Die Geschäftsliste des Wochenrates war in aller Regel ausgeprägt umfangreich. Aus ihr wird am deutlichsten sichtbar, wie sich die Obrigkeit des 18. Jahrhunderts in väterlicher Verantwortung um nahezu alle Kleinigkeiten des gemeinschaftlichen und des individuellen Lebens kümmerte. Es oblag dem Wochenrat, die von mächtigeren Gewalten erlassenen allgemeinen Anordnungen im Alltagsleben durchzusetzen und zu konkretisieren. In seiner exekutiven Behandlung der «minder gewichtige[n] Civil-, Policej- und Provisional-Sachen»⁴²⁸ war er in machtpolitischer Hinsicht gegenüber dem Landrat und dessen Kompositionen deutlich zurückversetzt. Wochenratsbeschlüsse besass nicht dieselbe Kraft wie zum Beispiel solche des Landrats⁴²⁹. Drängten aber beispielsweise die Umstände zu einem schnellen Entscheid, konnte dieser — allenfalls an einer ausserterminlichen Sitzung⁴³⁰ — immer noch auf Ratifikation eines Landrates gefällt werden⁴³¹. Gelegentlich wurde die Feststellung, man sei «dermahlen an der Zahl wenig», und die Ansicht, man halte «so weit sich nit befügt», wohl auch dazu benutzt, einen Entscheid zu verzögern⁴³². Bei anderer Gelegenheit wurde einem benachbarten Stand versichert, man werde es nicht unterlassen, «solche Wichtigkeit für den höheren Gwalt zuo bringen»⁴³³. Dem Verbot, das einer «minderen Gewalt» den Eingriff in die Machtbefugnisse der höheren ausdrücklich untersagte⁴³⁴, wurde vom Wochenrat dennoch etwa zuwider gehandelt. Nicht immer konnte er da-

⁴²⁶ NG 13. 5., LRP 6 fol. 193a f.

⁴²⁷ LR 1. 7., LRP 9 fol. 247a

⁴²⁸ Lb 1782, V. S. 11

⁴²⁹ Vgl. die das Verfahren des Landrates prägende Regelung, wonach Gegenstände, die zu Beginn der Sitzung nicht angekündigt worden waren, wohl behandelt werden durften, aber «nit mehr Crafft haben [sollten] alss wan ess vor einem Wochenrath beschecken und erkant worden were». LR 24. 4. 1702, LRP 5 fol. 7b.

⁴³⁰ Lb 1623/1731, S. 145 N.; Lb 1690, fol. 107b; Lb 1782, V. S. 11; Blumer, 2. Teil, 1. Bd., S. 185

⁴³¹ Bsp.: WR 5. 11. 1781, WRP 35 fol. 108b; Behandlung vor Landrat: 12. 11. 1781, LRP 10 fol. 192b. — Einsetzung und Wahl des Sanitätsrates durch den Wochenrat am 24. 1. 1774, WRP 33 fol. 251a; Bestätigung durch den Landrat am 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

⁴³² vgl. WR 6. 7. 1693, LRP 4 fol. 115a

⁴³³ WR 12. 12. 1707, WRP 22 fol. 337a

⁴³⁴ und auch darin den Wochenrat im Vergleich zum Landrat als «minder» einstuft; S. 256

bei damit rechnen, dass die Anmassung ungescholten blieb⁴³⁵, doch war umgekehrt in solchen Fällen eine Schelte keineswegs gewiss⁴³⁶. Eingriffe seitens des Wochenrates musste sich aber auch die Kommission der Rechnungsherren nicht gefallen lassen; wohl im Interesse von deren unbehinderten Prüfungsarbeit hielt das Landbuch ausdrücklich fest, ihre Verordnungen sollten «hafft haben und ein Wochenrath solches abzuenderen nit Gwallt haben»⁴³⁷. Dass ein Gegenstand nicht vor Wochenrat gehöre, hielt dieser von Fall zu Fall selbst fest⁴³⁸, oder er gab dies zu verstehen, indem er Anträge an die zuständige Instanz weiterverwies⁴³⁹. So wie der Landrat auf seinen Zuständigkeiten beharrte⁴⁴⁰, konnte sich auch der Wochenrat auf seine Befugnisse besinnen und fordern, dass die ihm zustehenden Geschäfte auch unterbreitet würden⁴⁴¹.

Was dem Wochenrat üblicherweise an Gewalt abging, konnte er jedoch auf dem Wege der Delegation — insbesondere vom Landrat — übertragen erhalten⁴⁴². Der solchermassen legitimierte Wochenrat handelte dann etwa ausdrücklich «kraft Landrat» bzw. kraft eines andern delegierenden Rates, wie dies verschiedentlich schon im Titel des Sitzungsprotokolls vermerkt wurde⁴⁴³.

Formell klar umrisSEN war auch das Verhältnis des Wochenrates zu den institutionalisierten Gerichten: Deren Entscheidungen zivil- und strafrechtlicher Art durfte er nicht verändern⁴⁴⁴. Auch Streitigkeiten aus den welschen Vogteien gehörten kraft klarer Vorschrift nicht vor Wochenrat, sondern vor einen Zweifachen Landrat⁴⁴⁵. Dennoch konnte sich ergeben, dass der Wochenrat der Behand-

⁴³⁵ 1706 hob der Landrat eine abschwächende Interpretation des neuen Artikels gegen die übermässige Trinkerei, die vom Wochenrat ausgegangen war, wieder auf; 23. 4., LRP 5 fol. 109b

⁴³⁶ 1751 bemängelte eine Abordnung der Priesterschaft, dass der bischöfliche Kommissar Franz Joseph Kayser vom Wochenrat «notificiert» worden sei und nicht — wie etwa dessen verstorbene Vorgänger — vom Landrat. Der Landrat indessen wehrte sich dagegen nicht; 9. 11., LRP 8 fol. 48b f.

⁴³⁷ Lb 1623/1731, S. 82 N. auf (Georgen-)LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a, V. S. 30

⁴³⁸ Unter allgemeiner Berufung darauf, dass «ein Wuchenrath kein Gewaldt» habe: WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 142b; WR 27. 7. 1767, WRP 32, fol. 101a

⁴³⁹ Bsp.: WR 9. 5. 1707, WRP 22 fol. 269a; WR 27. 3. 1737, WRP 27 fol. 28b; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 126b; WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 95a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371a

⁴⁴⁰ z. B. 1745: «Nuss, Kernen, Öhl aussert das Landt zu verkauffen sollen solchen Gnadt mittheilen zu mögen, ejnem gesässnen Landtrath allein reserviert undt ein Wuchenrath dessen nit befügt seyn.» 30. 9., LRP 7 fol. 224b

⁴⁴¹ in bezug auf die Almosenverteilung an Konvertiten: WR 23. 5. 1757, WRP 30 fol. 128a

⁴⁴² Bsp.: Delegationen vom Landrat an den Wochenrat: LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b; LR 26. 6. 1715, LRP 5 fol. 414b; LR 30. 8. 1728, LRP 6 fol. 311b; LR 12. 1. 1750, LRP 8 fol. 12a; LR 18. 9. 1769, LRP 9 fol. 179b; LR 24. 7. 1783, LRP 10 fol. 217a. — Von Rät' und Landleuten an den Wochenrat: R&L 19. 8. 1765, LGP A fol. 264a; R&L 13. 8. 1770, LGP B fol. 16a; R&L 29. 7. 1771, LGP B fol. 34a; R&L 19. 8. 1774, LGP B fol. 69b; R&L 14. 8. 1780, LGP B fol. 135a. — Zweifacher Landrat an den Wochenrat: 2-LR 16. 7. 1715, LRP 5 fol. 425a

⁴⁴³ Bsp.: WR 11. 7. 1746, LRP 7 fol. 232a; WR 15. 5. 1747, LRP 7 fol. 252a

⁴⁴⁴ Lb 1690, fol. 40a N. auf NG 8. 5. 1689, LRP 4 fol. 3a; Lb 1623/1731, S. 55 N., S. 82 N. auf NG 31. 5. 1693, LRP 4 fol. 102a. — S. auch WR 1. 8. 1757, WRP 30 fol. 140b

⁴⁴⁵ vgl. S. 296

lung derartiger Appellationen vor der üblichen Gewalt opponierte und die Parteien gar auf Umgehungsmöglichkeiten aufmerksam machte⁴⁴⁶.

Indes: Die Tätigkeit des Wochenrats beschränkte sich nicht auf das blosse Verwalten und das allfällige Ausführen von Aufträgen. Aus seiner anhaltenden Beschäftigung mit den aktuellen gesellschaftlichen und politischen Begebenheiten wuchs in ihm immer wieder das Bedürfnis, auch auf die gesetzliche Ausgestaltung, vorwiegend als Initiator, Einfluss zu nehmen⁴⁴⁷.

Doch auch dem Wochenrat konnte die Vielfalt der zu behandelnden Geschäfte des Guten zuviel werden. Damit die Gnädigen Herren «wegen Geschäftten, so für die Freündtschafften behören, auch wegen streittige[n] Sachen nit so vertriesslich molestiert werden», wollte er 1747 an den Landrat gelangen, um «eine Remedur anzuschaffen»⁴⁴⁸. Ob er eine ähnliche Entlastung auch in seiner Strafgerichtsbarkeit suchte oder — im Gegenteil — an dem von ihm wahrgenommenen Umfange festhalten wollte, geht aus den Protokollen nicht eindeutig hervor: Der Landrat hatte mehrere Male erklärt, dass «alle buossfeilige Sachen, so hierumb gesetzte Buossen seindt, noch die Rechtshändell keineswegs sollen vor Rath kommen, sondern vor das Buossen-Gricht allzeit gezogen» werden⁴⁴⁹. 1757 sollte der Wochenrat selbst die Frage wiederum von der Nachgemeinde entschieden wissen⁴⁵⁰, welche in der Folge das Bussengericht bestehen liess, doch bestimmte, «was schwörtere Sachen seien, solle es M[einen] g[nädigen] H[erren] hierüber zue decidieren überlassen sein»⁴⁵¹.

Organisationsgewalt

Von der Zusammensetzung und der Funktion des Wochenrates her liegt der Schluss nahe, dass sich das Verfahren des Wochenrates weitgehend an jenem des Landrates orientierte. Dieses aus eigenem Antrieb zu ändern, drängte sich selten auf und so sind denn auch diesbezügliche Anordnungen nicht sehr zahlreich⁴⁵².

⁴⁴⁶ Bsp.: WR 11. 8. 1707, WRP 22 fol. 303b: Die Gnädigen Herren halten «für rathsamb», dass ein Streit «vor Rath allein aussgemacht werden soll», gestehen aber zu, dass — will eine Partei dem nicht zustimmen und die höhere Gewalt verlangen — «alss dan gewillfahrt werden» soll. — WR 9. 11. 1767, WRP 32 fol. 121b: Trotz dem Willen der Parteien, den Entscheid dem Wochenrat zu überlassen, tritt dieser in Erinnerung an den Artikel und «zu Vermeydung der Consequenz» auf den Streitfall nicht ein, empfiehlt aber den Einsatz eines Schiedsrichters «oder aber einer hiesigen hochen Commission».

⁴⁴⁷ s. S. 305 f.

⁴⁴⁸ WR 13. 3., WRP 29 fol. 39a

⁴⁴⁹ 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b. — Weitere Belege S. 285 Fn. 311

⁴⁵⁰ 9. 3., WRP 30 fol. 115b

⁴⁵¹ NG 8. 5. 1757, LGP A fol. 187a

⁴⁵² Bsp.: WR 7. 8. 1747, WRP 29 fol. 62a: Ein Zeuge soll nicht gleichzeitig als Vorsprecher fungieren dürfen. — WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 114b: An der nächsten Wochenratssitzung sollen die Prozesse zu Beginn behandelt werden. — WR 14. 12. 1767, WRP 32 fol. 134a: Mahnung eines Befangenen, wenn sich dieser nicht von sich aus in den Ausstand begibt. — WR 9. 7. 1787, WRP 35 fol. 389b: Anmeldepflicht für vom Vorsprecher gestellte Anträge.

Zur Routine zählten hingegen organisatorische Anordnungen, sei es, dass auf ein traktandiertes Geschäft gar nicht eingetreten werden wollte⁴⁵³, sei es, dass ein Geschäft zur weiteren Behandlung auf eine spätere Sitzung vertagt wurde, entweder zur allgemeinen weiteren Meinungsbildung⁴⁵⁴, zur Vornahme zusätzlicher Abklärungen⁴⁵⁵, zum Einholen ergänzender Berichte⁴⁵⁶ oder um einer Gegenpartei Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme zu geben⁴⁵⁷. Zahlreiche Geschäftsverschiebungen erfolgten ohne Angabe eines Grundes. Im Bedarfsfall wich der Wochenrat vom ordentlichen Sitzungsrhythmus und -termin ab und fixierte das Datum seiner nächsten Zusammenkunft selbst⁴⁵⁸. Wenig Einfluss nahm der Wochenrat auf den eigenen Bestand; einem erstmals von einer Urte abgesandten Vertreter nahm er notfalls den Treueeid ab, sofern dieser nicht zuvor von einem Landrat in Pflicht genommen worden war⁴⁵⁹. Unklarheiten in bezug auf den Ratsplatz eines einzelnen liess er indes von grösserer Gewalt bereinigen⁴⁶⁰.

Organisatorische Anordnungen im Bereich anderer Räte, der Gerichte oder der Gemeinden bezogen sich meist auf konkrete Einzelfälle und hatten selten die Absicht dauernder Gestaltung. Dass die Landsgemeinde um 12 Uhr mittags zu eröffnen sei, entsprach althergebrachter Tradition; Mahnungen an das Landvolk, sich auf diesen Zeitpunkt im Ring einzufinden, waren nichtsdestotrotz gelegentlich notwendig⁴⁶¹. 1767 war es gar der Wochenrat, welcher die für alle Zeit von der Landsgemeinde 1766 beschlossene Verlegung auf 11.30 Uhr wiederum aufhob und die Mittagsstunde abermals bestätigte⁴⁶². Wegen einer gleichentags angesetzten kirchlichen Feier verfügte der Wochenrat 1747 die Beendigung der Nachgemeinde bis spätestens 16 Uhr⁴⁶³. Die häufige Terminierung von Rät' und Landleuten⁴⁶⁴ verband sich vereinzelt auch mit der Angabe der Tagesstunde⁴⁶⁵ und einer

⁴⁵³ Bsp.: WR 29. 7. 1707, WRP 22 fol. 279b; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 385b; WR 30. 6. 1727, WRP 25 fol. 401b; WR 7. 1. 1737, WRP 27 fol. 16b; WR 6. 3. 1747, WRP 29 fol. 36b; WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 116b; WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. a78a; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 383a

⁴⁵⁴ Bsp.: WR 17. 11. 1727, WRP 25 fol. 460a; WR 14. 2. 1757, WRP 30 fol. 112a

⁴⁵⁵ Bsp.: WR 3. 10. 1707, WRP 22 fol. 318b; WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 42b; WR 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 92b; WR 21. 5. 1777, WRP 34 fol. 158a

⁴⁵⁶ Bsp.: WR 3. 10. 1707, WRP 22 fol. 319a; WR 8. 11. 1717, WRP 24 fol. 426a; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 113b; WR 9. 11. 1767, WRP 32 fol. 119a; WR 18. 8. 1777, WRP 34 fol. 175b

⁴⁵⁷ Bsp.: WR 4. 6. 1707, WRP 22 fol. 277a; WR 3. 10. 1727, WRP 25 fol. 440a; WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. a78a

⁴⁵⁸ Bsp.: WR 27. 6. 1767, WRP 22 fol. 283a; WR 12. 4. 1717, WRP 24 fol. 387a; WR 28. 3. 1727, WRP 25 fol. 376a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 40a; WR 18. 9. 1747, WRP 29 fol. 67b; WR 24. 10. 1757, WRP 30 fol. 152a; WR 23. 11. 1767, WRP 32 fol. 126a

⁴⁵⁹ WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 87a

⁴⁶⁰ WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 118a (Delegation an den Landrat).

⁴⁶¹ Bsp. WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124a

⁴⁶² WR 7. 9. 1767, WRP 32 fol. 106b

⁴⁶³ WR 10. 4., WRP 29 fol. 41b

⁴⁶⁴ WR 14. 11. 1707, WRP 22 fol. 329a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 374a; WR 23. 12. 1737, WRP 27 fol. 70a; WR 14. 8. 1747, WRP 29 fol. 62b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 113a; WR 29. 5. 1767, WRP 32 fol. 86b; WR 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 139b; WR 3. 1. 1787, WRP 35 fol. 364b

⁴⁶⁵ WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 400a

Anweisung, wie die Verhandlungen zu führen seien⁴⁶⁶. Auch Sitzungen mehrfacher Räte wurden gelegentlich vom Wochenrat angesagt⁴⁶⁷ und — zahlreicher — solche des Landrates⁴⁶⁸; mit der Anordnung, ruchbar gewordene Diebstähle seien jeweils an den Fronfasten-Landräten zu verkünden, nahm der Wochenrat auch Einfluss auf dessen Traktandenmuster⁴⁶⁹.

Auch mit den rechtssprechenden Institutionen beschäftigte sich der Wochenrat. Die organisatorischen Beschlüsse überwiegen auch diesbezüglich, vorweg die Terminierungen des Siebnergerichts und des Geschworenen Gerichts⁴⁷⁰, aber auch solche des Bussengerichts, welche wohl wegen dem engen Zusammenhang mit der Einnahmeseite des Landeshaushalts⁴⁷¹ in aller Regel im gleichen Zeitraum wie die «obrigkeitliche» und die «Säckelmeister-Rechnung» angesetzt wurde⁴⁷². Immer wieder zur Arbeit befohlen wurden auch die von den Partikularen eingesetzten Schiedsgerichte⁴⁷³. Bei Befangenheit der Richter bezeichnete er, sofern das Gericht aufgrund der Substitutionsvorschriften selbst eine Lösung nicht fand, deren Ersatz⁴⁷⁴, und überhaupt sorgte er sich um die Zusammensetzung der Gerichte⁴⁷⁵. Auf die Tätigkeit der Gerichte gewann der Wochenrat starken Einfluss: Als Empfangsstelle für Anzeigen von Zuwiderhandlungen aller Art⁴⁷⁶ stand es ihm zu, die eruierten Täter der zuständigen Strafgewalt⁴⁷⁷ zuzuführen und als Anmel-

⁴⁶⁶ WR 25. 9. 1737, WRP 27 fol. 55b (Verbot der Umfrage bei einer Stipendienverleihung)

⁴⁶⁷ Bsp.: — Zweifacher Landrat: 1. 8. 1707, WRP 22 fol. 300b; 21. 8. 1747, WRP 29 fol. 64b; 8. 11. 1777, WRP 34 fol. 189b; 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 414b. — Dreifacher Landrat: 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 88a; 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 93a

⁴⁶⁸ Bsp. s. S. 214 Fn. 33

⁴⁶⁹ WR 27. 7. 1757, WRP 30 fol. 137b

⁴⁷⁰ Lb 1690, fol. 40b; Lb 1623/1731, S. 56; aber: in Konkurrenz zum Landrat; s. S. 260. — Bsp. aus Wochenratssitzungen: 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 248a; 2. 4. 1717, WRP 24 fol. 383b; 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 371b; 7. 10. 1737, WRP 27 fol. 57a; 6. 3. 1747, WRP 29 fol. 35b; 3. 1. 1757, WRP 30 fol. 105b; 9. 3. 1767, WRP 32 fol. 78a; 15. 12. 1777, WRP 34 fol. 195a; 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 381a

⁴⁷¹ aber nicht nur deswegen; s. S. 356 f.

⁴⁷² WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 259a; WR 2. 4. 1716, WRP 24 fol. 322b; WR 1. 4. 1726, WRP 25 fol. 283a; WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 42a; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124a; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 82b; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 148b; WR 2. 4. 1787, WRP 35 fol. 375b

⁴⁷³ Bsp.: WR 3. 1. 1707, WRP 22 fol. 235b; WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 107a; WR 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 140a; WR 17. 3. 1777, WRP 34 fol. 145b; WR 3. 1. 1787, WRP 35 fol. 366a

⁴⁷⁴ für das Geschworene Gericht: WR 10. 1. 1707, WRP 22 fol. 238a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 371b; WR 31. 3. 1757, WRP 30 fol. 111a; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 149a

⁴⁷⁵ In bezug auf das Geschworene Gericht: WR 19. 10. 1767, WRP 32 fol. 115a: «Diejenige hhr. Richter, welche lestermahl [am] 11. 8bre 1762 in obwalthendem Streitt wegen der Fr. H.bt.in. Cunegunde Lussy gerichtet und annoch am Leben sind, sollen kinftig Sontag abermahl richten.» — In bezug auf Schiedsgerichte: WR 3. 2. 1777, WRP 34 fol. 145b; WR 17. 3. 1777, WRP 34 fol. 145b; WR 30. 7. 1787, WRP 35 fol. 393b

⁴⁷⁶ «Wenn in unserem Landt geschändt würd . . . , so mag der Beschädigte es Meinen Herren klagen und die Verargwohnte nahmhafft machen, . . . » Lb 1623/1731, S. 80 N.; Lb 1690, fol. 59b. — Empfang von Anzeigen bei Freveleien: Lb 1623/1731, S. 97 N.

⁴⁷⁷ vor Bussengericht: «. . . weylen ein Anzug beschechen, ob alle Delinquenten für dass Buossengericht sollen citiert werden oldt nit, ist erkant, dass zuo jedten Zeiten an einem ehrsamb- und wohlweysen Wochenrath stehn solle, solche Delinquenten nach Beschaffenheit der Sachen für

destelle für zivilrechtliche Klagen und Revisionsbegehren⁴⁷⁸ die Parteien der zivilen Gerichtsinstanz⁴⁷⁹ zuzuweisen. Nicht häufig waren indes eigentliche Eingriffe in das Verfahren⁴⁸⁰.

Wie der Wochenrat den Gerichten und den als Gerichte funktionierenden Räten Arbeit zuwies, so verlegte er auch Gegenstände zur Behandlung vor grössere oder kleinere Gremien oder erteilte Aufträge an einzelne Vorgesetzte und Beamte. Es erfolgten Zuweisungen an Konferenzen mit miteidgenössischen Ständen⁴⁸¹, an die Nachgemeinde⁴⁸², an Rät' und Landleute⁴⁸³ sowie an den einfachen⁴⁸⁴ und

dass Buossengericht zue weysen oldt nit.» LR 23. 4. 1706, LRP 5 fol. 109b. — Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 253a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124a; WR 8. 1. 1777, WRP 34 fol. 134b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 375a. — vor Landrat: Bsp.: WR 8. 5. 1717, WRP 24 fol. 390b; WR 28. 3. 1727, WRP 25 fol. 376a; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 49a; WR 23. 1. 1747, WRP 29 fol. 30a, WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. 78a; WR 1. 10. 1777, WRP 34 fol. 181b. — vor den Wochenrat selbst: Bsp.: WR 11. 3. 1707, WRP 22 fol. 253b; WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 396a; WR 27. 1. 1727, WRP 25 fol. 395b; WR 26. 6. 1737, WRP 27 fol. 42a; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 46b; WR 6. 2. 1757, WRP 30 fol. 111b; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. a78b; WR 1. 10. 1777, WRP 34 fol. 181b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 374b

⁴⁷⁸ Lb 1690, fol. 40a; Lb 1623/1731, S. 55, S. 56, S. 82, je N.

⁴⁷⁹ An das Siebnergericht: Bsp.: WR 21. 6. 1717, WRP 24 fol. 398a; WR 14. 10. 1737, WRP 27 fol. 58b; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109b; WR 19. 10. 1767, WRP 32 fol. 115b; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 380a. — an das Geschworene Gericht: Bsp.: WR 7. 11. 1707, WRP 22 fol. 328a, fol. 328b; WR 23. 6. 1717, WRP 24 fol. 399a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 371b; WR 2. 12. 1737, WRP 27 fol. 67b; WR 17. 4. 1747, WRP 29 fol. 44a; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109a; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. a78b; WR 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 139b; WR 27. 8. 1787, WRP 35 fol. 397b. — an das Geschworene Gericht zur Revision: WR 20. 4. 1693, LRP 4 fol. 85a; WR 12. 4. 1717, WRP 24 fol. 386b; WR 15. 12. 1727, WRP 25 fol. 468a; WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 87b; WR 19. 10. 1767, WRP 32 fol. 115a; WR 25. 8. 1777, WRP 34 fol. 176a

⁴⁸⁰ Bsp.: WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 127b (Ablehnung eines Zeugen); WR 23. 11. 1757, WPR 30 fol. 155b (Zivilstreit soll vorgängig zum Kriminalstreit entschieden werden); WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b (Modalitäten der Appellation); WR 4. 8. 1777, WRP 34 fol. 171a (Anordnung der Fortsetzung eines Prozesses)

⁴⁸¹ an Tagsatzungen und Syndikate: WR 4. 6. 1707, WRP 22 fol. 277b; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 384a; WR 19. 5. 1727, WRP 25 fol. 391b; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 49a; WR 17. 4. 1747, WRP 29 fol. 44b f.; WR 10. 1. 1787, WRP 30 fol. 107a; WR 7. 12. 1767, WRP 32 fol. 131b; WR 25. 6. 1777, WRP 34 fol. 164a; WR 2. 4. 1787, WRP 35 fol. 376a. — an die Katholische Konferenz: WR 16. 5. 1707, WRP 22 fol. 269a; WR 24. 10. 1717, WRP 24 fol. 423a; WR 3. 3. 1727, WRP 25 fol. 369a; WR 18. 11. 1767, WRP 32 fol. 123b. — an dreiörtige Konferenzen: WR 2. 5. 1707, WRP 22 fol. 265b f.; WR 5. 4. 1707, WRP 24 fol. 384a; WR 20. 10. 1727, WRP 25 fol. 446a; WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 30a; WR 4. 12. 1747, WRP 29 fol. 80b; WR 23. 11. 1757, WRP 30 fol. 155a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371a

⁴⁸² Bsp.: WR 11. 3. 1707, WRP 22 fol. 253b; WR 8. 5. 1717, WRP 24 fol. 390a; WR 5. 5. 1727, WRP 25 fol. 385a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153a

⁴⁸³ Bsp.: WR 14. 11. 1707, WRP 22 fol. 329a; WR 12. 7. 1717, WRP 24 fol. 404a; WR 9. 6. 1727, WRP 25 fol. 398a; WR 27. 5. 1737, WRP 27 fol. 38a; WR 27. 11. 1747, WRP 29 fol. 78b; WR 6. 6. 1757, WRP 30 fol. 130a; WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 88b; WR 8. 1. 1777, WRP 34 fol. 133b

⁴⁸⁴ Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263b; WR 1. 12. 1717, WRP 34 fol. 376a; WR 17. 11. 1727, WRP 25 fol. 458a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 39b; WR 13. 3. 1747, WRP 29 fol. 39a; WR 24. 1.

den doppelten Landrat⁴⁸⁵. Zum Einsatz von Kommissionen war der Wochenrat im gleichen Mass befugt wie der Landrat⁴⁸⁶. In einzelnen Fragen wurden die Antragsteller vor den örtlichen Ürterat⁴⁸⁷ oder Kirchenrat⁴⁸⁸, vor den Schützenrat⁴⁸⁹ oder die Versammlung der Alpgenossen⁴⁹⁰, vor die Zusammenkunft der nächsten Verwandten⁴⁹¹, der Erben⁴⁹² oder der Gläubiger⁴⁹³ gewiesen. Die konkrete Durchführung einer vom Wochenrat verfügten Massnahme wurde in ungezählt manchem Fall einem Vorgesetzten Herrn⁴⁹⁴, den Amtsleuten⁴⁹⁵ oder den Repräsentanten einer Ürte übertragen⁴⁹⁶.

1757, WRP 30 fol. 108b f.; WR 14. 9. 1767, WRP 32 fol. 108b; WR 1. 10. 1777, WRP 34 fol. 181b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 373a

⁴⁸⁵ Bsp.: WR 11. 8. 1707, WRP 22 fol. 303b; WR 21. 8. 1747, WRP 29 fol. 64b; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 144a; WR 9. 11. 1767, WRP 32 fol. 121b; WR 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 414b

⁴⁸⁶ Lb 1782, V. S. 11. — Bsp.: WR 10. 10. 1707, WRP 22 fol. 321b; WR 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 382a; WR 11. 8. 1727, WRP 25 fol. 418a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 39b; WR 27. 2. 1747, WRP 29 fol. 33b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 113b; WR 14. 9. 1767, WRP 32 fol. 108a; WR 20. 10. 1777; WRP 34 fol. 187b; WR 8. 6. 1787, WRP 35 fol. 385b

⁴⁸⁷ Bsp.: WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 119b; WR 19. 11. 1777, WRP 34 fol. 190b

⁴⁸⁸ Bsp.: WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 41a; WR 7. 11. 1757, WRP 30 fol. 152b; WR 9. 2. 1767, WRP 32 fol. 75a; WR 25. 6. 1777, WRP 34 fol. 163a

⁴⁸⁹ WR 11. 10. 1717, WRP 24 fol. 421b

⁴⁹⁰ Bsp.: WR 19. 7. 1717, WRP 24 fol. 404b; WR 20. 6. 1757, WRP 30 fol. 132b

⁴⁹¹ Bsp.: WR 27. 6. 1707, WRP 22 fol. 280b; WR 1. 2. 1717, WRP 24 fol. 376a; WR 3. 10. 1727, WRP 25 fol. 439a; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 47a; WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 118b; WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 87a; WR 22. 1. 1777, WRP 34 fol. 135a; WR 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 414b

⁴⁹² Bsp.: WR 30. 5. 1737, WRP 27 fol. 37a; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109b; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 148b; WR 19. 11. 1787, WRP 35 fol. 409b

⁴⁹³ Bsp.: WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 31a; WR 27. 2. 1747, WRP 29 fol. 34b; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124b

⁴⁹⁴ Bsp.: — an den Landammann: WR 20. 6. 1707, WRP 22 fol. 279b; WR 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 382b; WR 15. 9. 1727, WRP 25 fol. 431b; WR 27. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a; WR 26. 7. 1757, WRP 30 fol. 126a; WR 13. 7. 1767, WRP 32 fol. 98b; WR 11. 6. 1787, WRP 35 fol. 384b; — an den Säckelmeister: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 258b; WR 2. 4. 1717, WRP 24 fol. 383b; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 352a; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 47b; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 47a; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 116a; WR 27. 7. 1767, WRP 32 fol. 101a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b; WR 29. 10. 1787, WRP 35 fol. 407a; — an den Obervogt: WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 395a; WR 27. 10. 1727, WRP 25 fol. 448a; WR 27. 11. 1737, WRP 27 fol. 66b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 114a; WR 24. 11. 1777, WRP 34 fol. 193a; WR 16. 7. 1787, WRP 35 fol. 391a; — an den Zeugherrn: WR 12. 9. 1707, WRP 22 fol. 316a; WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 396a; WR 3. 3. 1727, WRP 25 fol. 370b; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54a; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 123b; WR 31. 1. 1767, WRP 32 fol. 73b; WR 16. 6. 1777, WRP 34 fol. 162b; WR 19. 11. 1787, WRP 35 fol. 409b

⁴⁹⁵ Bsp.: — an den oder die Landschreiber: WR 28. 11. 1707, WRP 22 fol. 332b; WR 31. 5. 1717, WRP 24 fol. 394a; WR 6. 10. 1727, WRP 25 fol. 441a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 53a; WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 106b; WR 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 92b; — an den Landweibel: WR 18. 7. 1707, WRP 22 fol. 393a; WR 27. 10. 1717, WRP 24 fol. 423b; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 41b; WR 27. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109a; WR 14. 12. 1767, WRP 32 fol. 134a; WR 29. 1. 1787, WRP 35 fol. 368b; — an den Landläufer: WR 1. 8. 1707, WRP 22 fol. 300b; WR 8. 4. 1717, WRP 24 fol. 386a; WR 27. 1. 1727, WRP 25 fol. 359b; WR 7. 10. 1737, WRP 27 fol. 57a; WR 14. 8. 1747, WRP 29 fol. 62b; WR 18. 7. 1757, WRP 30 fol. 135b

⁴⁹⁶ Bsp.: — an Ratsherren und Elfer: WR 18. 7. 1707, WRP 22 fol. 293a; WR 3. 3. 1727, WRP 25 fol.

Wahlen

Auf eine in den Landbüchern festgehaltene Wahlkompetenz konnte sich der Wochenrat nicht berufen. Das heisst aber nicht, dass er sich mit Wahlen — oder allenfalls Entlassungen — nie beschäftigt hätte. In den meisten Fällen — mit Ausnahme der ihm zustehenden Wahl eines Bettelvogtes⁴⁹⁷ und des Siegristen der Allweg-Kapelle⁴⁹⁸ — geschah dies unter Beeinträchtigung von Rechten des Landrates⁴⁹⁹, ausnahmsweise aber auch unter Verletzung der Kompetenz der Nachgemeinde. Die punktuelle Untersuchung der Wochenratstätigkeit⁵⁰⁰ brachte gleich drei Wahlen eines Arme-Leute-Vogtes zum Vorschein⁵⁰¹, zwei eines Waldvogtes⁵⁰¹ sowie die eines Zollers⁵⁰³ und eines Harschiers⁵⁰⁴. Die Zustimmung zur Substitution des Landschreibers in einer Landvogtei hätte rechtens wohl vom Landrat ausgehen sollen⁵⁰⁵. Eingriffe in die Macht der Landsgemeinde und der Nachgemeinde geschahen nur vereinzelt und erschöpften sich in der Verleihung eines Grossweibeldienstes⁵⁰⁶ und in der Bestätigung eines Kloster Vogts zu St. Klara⁵⁰⁷.

Die sofortige Entlassung von nicht vom Wochenrat gewählten Amtsträgern diente wohl der Abwehr von Rufbeeinträchtigungen⁵⁰⁸ oder der Verhinderung weiterer ungenügender Amtsführung⁵⁰⁹.

Gesetzgebung

Auf eine eigene, selbständige Gesetzgebungsgewalt konnte sich der Wochenrat selbstverständlich nicht berufen. Dennoch verstand er es, auf die Veränderung oder die Interpretation bzw. auf die Neufassung eines Artikels gestaltend Einfluss

370b; WR 20. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 126b; WR 23. 2. 1767, WRP 32 fol. 76a; WR 3. 9. 1787, WRP 35 fol. 398b; — an den Dorf- bzw. Genossenvogt: WR 4. 12. 1747, WRP 29 fol. 80b; WR 19. 11. 1787, WRP 35 fol. 409b

⁴⁹⁷ Bsp.: WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 307a.

⁴⁹⁸ Bsp.: WR 12. 12. 1757, WRP 30 fol. 157b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a. — Der Unterhalt der im Auftrag der Landsgemeinde im Jahre 1671/1672 erstellten Kapelle oblag von Anfang an der Obrigkeit; Durrer, Kunstdenkmäler, S. 256

⁴⁹⁹ etwa bei der Bestellung des Sanitätsrates am 24. 1. 1774, WRP 33 fol. 251a, auf spätere Genehmigung des Landrates, erfolgt am 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

⁵⁰⁰ registriert wurden sämtliche Geschäfte des Wochenrates in den Jahren mit der Endziffer 7, also 1707, 1717, 1727 etc.

⁵⁰¹ nämlich am 22. 1. 1727, WRP 25 fol. 355b; am 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; am 27. 4. 1747, WRP 29 fol. 58a.

⁵⁰² am 26. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a, und am 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b; beide Male handelte es sich um Waldvögte im Hinterberg.

⁵⁰³ am 13. 2. 1718, WRP 24 fol. 503a, und am 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 376b.

⁵⁰⁴ am 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 94a (Ersatz für Verstorbenen), und am 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371b.

⁵⁰⁵ WR 8. 5. 1717, WRP 24 fol. 390a

⁵⁰⁶ vermutlich in Bellenz: WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371a

⁵⁰⁷ am 4. 1. 1717, WRP 24 fol. 368a

⁵⁰⁸ etwa im Falle des Nachrichters Joseph Feiss am 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 382b, bestätigt durch den Landrat am 17. 3. 1717, LRP 6 fol. 10a

⁵⁰⁹ etwa im Falle der Hebamme Anna Maria Steiner am 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115a

zu nehmen. Ob eine bestehende Regelung oder eine ganze Ordnung überarbeitungsbedürftig geworden war oder ob allgemeinverbindliche Normen überhaupt erst geschaffen werden sollten, wurde aus naheliegenden Gründen oft ein erstes Mal in diesem Rat erörtert, der mit der alltäglichen Durchsetzung des Gebotenen konfrontiert war. In der Exekutiv-Funktion erlaubte er sich bei Notwendigkeit ohne Bedenken, einer ihm unvollständig oder nicht mehr dienlich erscheinenden Vorschrift eine eigenständige Lesart zu geben⁵¹⁰. Anderseits wies er auch Begehren auf Änderungen zurück⁵¹¹, oder er brachte das Geschäft selbst vor den Landrat⁵¹² oder vor die Nachgemeinde⁵¹³. Der im 18. Jahrhundert bedeutendste Versuch, die Nidwaldner Grundordnung umzustellen, ging ebenfalls vom Wochenrat aus: Am 13. Februar 1713 beauftragte er alle Vorsitzenden Herren samt den Herren Elfern, einen Plan zur Neuordnung zu entwerfen⁵¹⁴, der dann zunächst dem Landrat und dann der Landsgemeinde zur Beratung unterbreitet wurde⁵¹⁵.

Zu gesetzgeberischer Tätigkeit eigentlich legitimiert wurde der Wochenrat gelegentlich durch Delegationen, doch beschlugen diese durchwegs bloss untergeordnete Angelegenheiten⁵¹⁶.

Verwaltung

Die übergrosse Zahl der Geschäfte von verwaltendem Charakter, die vom Wochenrat behandelt und verabschiedet wurden, weist mit aller Deutlichkeit auf die primäre Funktion dieses Rates hin: Er war jene Instanz, welche die Alltagsgeschäfte zu erledigen und für den Erhalt der Ordnung zu sorgen hatte. Das weitgehende Fehlen einer vollzeittägigen Beamtenenschaft — dauernd im Dienste standen zunächst nur die vier Beamten⁵¹⁷, der Zoller in Stansstad und später die Harschiere⁵¹⁸ — einerseits, anderseits aber das Selbstverständnis der Obrigkeit

⁵¹⁰ Bsp.: — Interpretation des Hausierverbotes: WR 15. 7. 1737, WRP 27 fol. 45b; — Aufhebung des Tanzverbotes und der Helsetenbeschränkung: WR 2. 1. 1747, WRP 29 fol. 24b; — Interpretation des Metzgereiartikels: WR 5. 10. 1767, WRP 32 fol. 112b; — Ergänzung der Wirtshausordnung: WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 366b

⁵¹¹ Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 258b; WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263a; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 48a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a

⁵¹² Bsp.: WR 17. 10. 1707, WRP 22 fol. 323b; WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 399b; WR 17. 2. 1727, WRP 25 fol. 365a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 39b; WR 17. 4. 1747, WRP 29 fol. a44b; WR 7. 11. 1757, WRP 30 fol. 152b; WR 27. 7. 1767, WRP 32 fol. 101a; WR 5. 3. 1777, WRP 34 fol. 141b; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 382b

⁵¹³ Bsp.: WR 28. 9. 1707, WRP 22 fol. 318a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 354b; WR 5. 5. 1727, WRP 25 fol. 385a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115b; WR 29. 8. 1757, WRP 30 fol. 145a; WR 22. 9. 1777, WRP 34 fol. 180b

⁵¹⁴ WRP 24 fol. 97a

⁵¹⁵ vgl. S. 182 ff.

⁵¹⁶ Bsp.: LR 22. 12. 1710, LRP 5 fol. 249b; 2-LR 16. 7. 1715, LRP 5 fol. 425a; LR 30. 8. 1728, LRP 6 fol. 311b (Kompetenz zu sechs unterschiedlichen Verordnungen!); LR 14. 5. 1781, LRP 10 fol. 177a

⁵¹⁷ zwei Landschreiber, der Landweibel und der Landläufer

⁵¹⁸ s. S. 266 f.

mit Einschluss des Landammanns als die von Gott eingesetzte und vom Volk blass approbierte, allumfassende Macht im Land, deren väterliche Sorge sich um fast alles und jedes zu kümmern hatte, waren Ursache für eine immense Flut von Entscheidungen, Ratschlägen, Stellungnahmen, Abklärungen, Anordnungen etc., welche der Wochenrat zu treffen bzw. abzugeben hatte. Dem weitreichenden Kompetenzkreis des Wochenrates trug auch das Landbuch Rechnung, das in «des- sen Gewaldt» die «minder gewichtige Civil-, Policej- und Provisional-Sachen»⁵¹⁹ schob. Das wenig eingrenzende Kriterium des «minderen Gewichts» hatte zur Folge, dass zahlreiche Geschäfte sowohl als solche des Wochenrates wie auch als solche des Landrates erschienen⁵²⁰. So gewährte der Wochenrat im Bereich der Fürsorge — genau wie der Landrat — Beiträge für neuerbaute Häuser⁵²¹, Unterstützungen für Zwillingsgeburten⁵²², an einem bestimmten Tag⁵²³ Almosen für Bedürftige⁵²⁴ sowie Gaben an hiesige⁵²⁵ und auswärtige Kollektive, insbesondere kirchliche Gemeinschaften⁵²⁶. Der Bewilligung, in den Kirchen zur Linderung persönlicher Not für sich das Opfer aufnehmen zu lassen⁵²⁷, folgte häufig⁵²⁸ die

⁵¹⁹ Lb 1782, V. S. 11

⁵²⁰ und dass der Landrat auch häufig Geschäfte an den Wochenrat delegierte

⁵²¹ Bsp.: WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 401a; WR 17. 9. 1727, WRP 25 fol. 433a; WR 23. 12. 1737, WRP 27 fol. 69b; WR 20. 3. 1747, WRP 29 fol. 40a; WR 27. 7. 1757, WRP 30 fol. 137a; WR 23. 2. 1767, WRP 32 fol. 76a; WR 2. 6. 1777, WRP 34 fol. 159a; WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 399b

⁵²² Bsp.: WR 15. 11. 1717, WRP 24 fol. 428b; WR 27. 10. 1727, WRP 25 fol. 449a; WR 14. 10. 1737, WRP 27 fol. 59b; WR 31. 7. 1747, WRP 29 fol. 60a; WR 27. 7. 1757, WRP 30 fol. 137a; WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. 78b; WR 28. 7. 1777, WRP 34 fol. 170a; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 377b

⁵²³ am ersten Ratstag im Monat; LR 22. 4. 1747, LRP 7 fol. 248a; vgl. WR 20. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a

⁵²⁴ Bsp.: WR 14. 3. 1707, WRP 22 fol. 255b; WR 5. 7. 1717, WRP 24 fol. 403a; WR 18. 8. 1727, WRP 25 fol. 419b; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 36a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50a; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 114a; WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 178b; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 377b. — 1695 bestimmte der Landrat, dass Schenkungen von mehr als einem halben Gulden vom Wochenrat, und nicht etwa vom Säckelmeister, beschlossen werden müssen; LR 30. 5., LRP 4 fol. 190a; Lb 1690, fol. 58b N.. — 1757 hielt der Wochenrat fest, die Vergabeung von Almosen sollte «immer vor MGhh. kommen, . . .»; WR 23. 5., WRP 30 fol. 128a. Demgegenüber setzte das Lb 1782 für Spenden bis zu einem halben Gulden den Säckelmeister, für grössere den Landammann ein; V. S. 110

⁵²⁵ Bsp.: WR 27. 10. 1727, WRP 25 fol. 448a; WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 30b; WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 94a.

⁵²⁶ Bsp.: WR 23. 5. 1707, WRP 22 fol. 271b; WR 21. 6. 1717, WRP 24 fol. 397b; WR 12. 11. 1727, WRP 25 fol. 28a; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 46b; WR 14. 11. 1757, WRP 30 fol. 154a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 70a; WR 3. 12. 1777, WRP 34 fol. 194a; WR 3. 12. 1787, WRP 35 fol. 411b

⁵²⁷ Bsp.: WR 23. 5. 1707, WRP 22 fol. 271a; WR 24. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 21. 7. 1727, WRP 25 fol. 411b; WR 26. 8. 1737, WRP 27 fol. 52b; WR 12. 6. 1747, WRP 29 fol. 49b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 114b; WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 178b; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 370b

⁵²⁸ Um den Rat zu entlasten, übertrug 1743 der Landrat dem regierenden Landammann die Aufgabe, die Verwandtschaft zusammenzuweisen — sichtlich ohne längere Wirkung! LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a f.

verbindliche Weisung an die Verwandtschaft, sich zu versammeln⁵²⁹, um dem Angehörigen in Bedrängnis⁵³⁰ mit einer Beisteuer⁵³¹ beizustehen⁵³². Die vom Familienrat beschlossene Unterstützung bedurfte der Genehmigung durch den Wochenrat⁵³³, der darnach oftmals sowohl den beauftragten Einzüger wie auch die belasteten Verwandten — häufig unter Androhung von Bussen — wiederum mahnen musste, diese auch dem Begünstigten zukommen zu lassen⁵³⁴.

Auch für die persönliche, leibliche Fürsorge mussten gelegentlich Befehle erlassen werden, sei es in Form von Anordnungen des Wochenrates selbst⁵³⁵, sei es in Form von Aufträgen an die Eltern und Verwandten im Sinne einer verstärkten Aufsicht oder gar der «Anschliessung» eines Pflegebedürftigen an Ketten⁵³⁶. Gewährten die Verwandten pflegelosen Kindern oder invaliden Personen die gebotene Fürsorge nicht, liessen die Gnädigen Herren selbige auf deren Kosten verdingen⁵³⁷. War die Verwandtschaft eines von den Eltern verlassenen Kindes überhaupt nicht zu eruieren, entschied der Wochenrat über die Art der Hilfe⁵³⁸. Gleichzeitig war es ebensosehr das Anliegen des Wochenrates, die Zahl solcher,

⁵²⁹ Nach einem Beschluss des LR vom 22. 4. 1747 bekam dazu der Landammann das Recht; LRP 7 fol. 248a

⁵³⁰ ab 1749 nach Vorprüfung der Bedürftigkeit durch den Ürte-Rat; Lb 1623/1731, S. 209 N. auf 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 124b; Lb 1782, V. S. 106 f.

⁵³¹ Die Höhe der Beisteuer wird im Landbuch «wegen Verschiedenheit der Umständen» nicht festgelegt und das jeweilige Mass «denen Hh. Räthen in jeder Urthi mit Zuzug der 5. nähsten statthaften Freunden überlassen» zu bestimmen; Lb 1782, V. S. 108

⁵³² «[Der Wochenrat] erlaubt Steüren anzulegen unter dem 4t[en] Grad vatt[ers]halb, . . .» Lb 1782, V. S. 11; den Einbezug von Verwandten der mütterlichen Seite — «Muttermärchigen» — konnte nur der Landrat bewilligen: Lb 1782, V. S. 107. — Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 259a; WR 31. 5. 1717, WRP 24 fol. 394a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 374a; WR 12. 8. 1737, WRP 27 fol. 50b; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 122b; WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b; WR 21. 5. 1777, WRP 34 fol. 158a; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 375a

⁵³³ Bsp.: WR 14. 3. 1707, WRP 22 fol. 255b; WR 24. 5. 1717, WRP 24 fol. 392b; WR 28. 7. 1727, WRP 25 fol. 414b; WR 15. 7. 1737, WRP 27 fol. 45b; WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 51b; WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 119a; WR 9. 3. 1767, WRP 32 fol. 78a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 379a. — Die Bezahlung einer nicht vom Wochenrat genehmigten Beisteuer konnten die pflichtigen Verwandten erfolgreich verweigern; Bsp.: WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 52a

⁵³⁴ Bsp.: WR 28. 8. 1707, WRP 22 fol. 251a; WR 19. 4. 1717, WRP 24 fol. 389b; WR 18. 8. 1727, WRP 25 fol. 419b; WR 20. 5. 1737, WRP 27 fol. 37b; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WRP 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 118a; WR 26. 1. 1767, WRP 32 fol. 72a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 370a

⁵³⁵ Bsp.: WR 5. 12. 1707, WRP 22 fol. 333b; WR 4. 8. 1727, WRP 25 fol. 417a; WR 6. 3. 1747, WRP 29 fol. 36a; WR 6. 6. 1757, WRP 30 fol. 130a; WR 7. 12. 1767, WRP 32 fol. 130b; WR 29. 1. 1777, WRP 34 fol. 135a; WR 9. 7. 1787, WRP 35 fol. 390a

⁵³⁶ Bsp.: WR 27. 7. 1707, WRP 22 fol. 295b; WR 23. 8. 1717, WRP 24 fol. 413a; WR 23. 6. 1727, WRP 25 fol. 400b; WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 29b; WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 52b; WR 12. 12. 1757, WRP 30 fol. 158a

⁵³⁷ Lb 1623/1731, S. 177 N.; Lb 1690, fol. 135a

⁵³⁸ Lb 1623/1731, S. 177, und Lb 1690, fol. 92b, beide N. auf NG 13. 5. 1691, LRP 4 fol. 39a; Lb 1782, V. S. 109

welche der Allgemeinheit allfällig zur Last fallen bzw. die Erwerbsmöglichkeiten Einheimischer einschränken konnten, möglichst gering zu halten: Neben der Anordnung genereller Säuberungen des Landes von Fremden — «Betteljagden»⁵³⁹ — wies er noch und noch einzelne Auswärtige namentlich aus dem Land⁵⁴⁰. In der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen war er entsprechend zurückhaltend, und er verband sie meist mit einschränkenden Auflagen⁵⁴¹. Selbst die Aufnahme eines Landesfremden im Spital erforderte die ausdrückliche Bewilligung des Wochenrates⁵⁴². Dass die Verpachtung von Land oder eines Gewerbetriebes an einen Fremden mindestens seiner Genehmigung bedurfte⁵⁴³, erscheint bei der allgemein gegenüber Nicht-Landleuten abweisenden Haltung als selbstverständlich; selbst die Einführung von mehr als einer Kuh zu Sömmierungszwecken auf einer Alp benötigte die Erlaubnis⁵⁴⁴. Sorgfältig liess er jeweils die für eine landesfremde Ehefrau geforderte Bürgschaft prüfen⁵⁴⁵, und er verlangte die Genehmigung jeglicher Veränderungen im Bestande eines Frauenvermögens⁵⁴⁶ oder in einer Bürgschaft⁵⁴⁷. Seiner Zustimmung bedürftig war ebenso die Vermögensverlegung in ein anderes Land, was in der Regel eine prozentuale Abgabe und — bei vollständiger Auflösung allen Eigentums in Nidwalden — den Verlust des Landrechts

⁵³⁹ Bsp.: WR 7. 2. 1707, WRP 22 fol. 244b; WR 31. 3. 1727, WRP 25 fol. 380a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43b; WR 22. 1. 1777, WRP 34 fol. 135a. Vgl. Lb 1623/1731, S. 119 N.; Lb 1690, fol. 87b

⁵⁴⁰ Bsp.: WR 21. 2. 1707, WRP 22 fol. 250b; WR 5. 7. 1717, WRP 24 fol. 402b; WR 17. 9. 1727, WRP 25 fol. 434a; WR 7. 10. 1737, WRP 27 fol. 57a; WR 27. 2. 1747, WRP 29 fol. 34a; WR 4. 7. 1757, WRP 30 fol. 133a, fol. 133b; WR 26. 1. 1767, WRP 32 fol. 72b; WR 19. 11. 1777, WRP 34 fol. 190b; WR 29. 1. 1787, WRP 35 fol. 368a

⁵⁴¹ Bsp.: — allgemein: WR 27. 6. 1707, WRP 22 fol. 280b; WR 20. 10. 1727, WRP 25 fol. 447a; WR 8. 5. 1747, WRP 29 fol. 45a; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121b; WR 13. 10. 1777, WRP 34 fol. 184a; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 379a. — an Waldbrüder: WR 29. 8. 1707, WRP 22 fol. 310b; WR 27. 9. 1747, WRP 29 fol. 68b; Lb 1623/1731, S. 182 N. auf NG 10. 5. 1705, LRP 5 fol. 87a

⁵⁴² Lb 1623/1731, S. 160 N. auf LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 15b; Lb 1690, fol. 147a; Lb 1782, V. S. 110

⁵⁴³ Bsp.: WR 25. 2. 1737, WRP 27 fol. 26a; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69b; WR 20. 8. 1787, WRP 35 fol. 396b. — Vgl. dazu die diversen Regelungen im Lb 1623/1731, S. 63, S. 65 (Verpachtung eines Sees), S. 79 N., und im Lb 1690, fol. 44b ff., fol. 64b

⁵⁴⁴ Lb 1623/1731, S. 122 N. auf NG 11. 5. 1625, LRP 2 fol. 236a, und NG 3. 5. 1648, LRP 3 fol. 3a; Lb 1690, fol. 90b. — Hingegen konnte der Wochenrat zur Sicherung von Weideplätzen für Vieh, das von Luzerner Metzgern aufgekauft worden war, das sonst übliche Zugrecht der Landleute aufheben; Lb 1623/1731, S. 190, und Lb 1690, fol. 142a, beide N. auf R&L 23. 4. 1694, LRP 4 fol. 151a

⁵⁴⁵ Bsp.: WR 2. 5. 1707, WRP 22 fol. 266a; WR 24. 11. 1727, WRP 25 fol. 462b; WR 27. 5. 1737, WRP 27 fol. 38a; WR 6. 11. 1747, WRP 29 fol. 76b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 113a; WR 9. 2. 1767, WRP 32 fol. 75b; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 156a; WR 11. 6. 1787, WRP 35 fol. 384b. Lb 1782, V. S. 52

⁵⁴⁶ Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 262a f.; WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 401b; WR 14. 7. 1727, WRP 25 fol. 409a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 38b; WR 9. 9. 1747, WRP 29 fol. 66b; WR 20. 6. 1757, WRP 30 fol. 132a; WR 6. 4. 1767, WRP 32 fol. 84a

⁵⁴⁷ Bsp.: WR 8. 11. 1717, WRP 24 fol. 424b; WR 1. 4. 1737, WRP 27 fol. 29b; WR 13. 3. 1747, WRP 29 fol. 37b; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121b; WR 15. 6. 1767, WRP 32 fol. 92a; WR 16. 6. 1777, WRP 34 fol. 161a. — Bezüglich Sicherheitsdepots vgl. Lb 1623/1731, S. 126, S. 180, beide N. auf NG 21. 5. 1730, LRP 6 fol. 369b f.

nach sich zog⁵⁴⁸. Mit dem Verlassen des Landes in engem Zusammenhang stand auch die Erteilung des Mannrechts⁵⁴⁹, wie überhaupt das Ausstellen von diversen Ausweisen, Bescheinigungen und Bestätigungen zu den laufenden Geschäften des Wochenrates zählte⁵⁵⁰.

Dazu kamen auch dauernd Bewilligungen zur Neubesiegelung von öffentlichen Urkunden, insbesondere von Gütten, die verloren gegangen oder deren Siegel abgefallen waren⁵⁵¹. Ebenso stand ihm der Entscheid zu, eine Gült, deren «Guot mit Rübinen oder anderen Schadens Gefahr underworffen währe», von den Landschätzern neu schätzen zu lassen⁵⁵².

Vermögensrechtlicher Beistand verband sich mit persönlicher Fürsorge in den zahlreich angeordneten Bevogtigungen. Das Verfügen einer Vormundschaft und das Ernennen eines Vogts standen dem Wochenrat nur interimsweise und auf Genehmigung eines nachfolgenden Geschworenen Gerichts zu⁵⁵³, während er die vom Vater auf dem Sterbebett bestimmten Vögte bestätigte⁵⁵⁴ bzw. im Falle eines Fehlens nächster Verwandter, aber der Existenz mehrerer Schwäger einen davon als Vormund bezeichnete⁵⁵⁵. Die Entlassung aus dem Amt konnte er nur jenen gewähren, die vom Geschworenen Gericht ernannt worden waren⁵⁵⁶, üblicherweise und sofern weitere amtsfähige Verwandte verfügbar waren, nach einer

⁵⁴⁸ Bsp.: WR 23. 8. 1717, WRP 24 fol. 431a; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 432b; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 38b; WR 12. 6. 1747, WRP 29 fol. 50a; WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 119b; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69b; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 156a; WR 22. 10. 1787, WRP 35 fol. 405b

⁵⁴⁹ Bsp.: WR 11. 10. 1717, WRP 24 fol. 421a; WR 26. 9. 1727, WRP 25 fol. 438a; WR 5. 8. 1737, WRP 27 fol. 49a; WR 16. 10. 1747, WRP 29 fol. 72b; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 109a; WR 6. 2. 1767, WRP 32 fol. 74b; WR 9. 6. 1777, WRP 34 fol. 159b; WR 1. 10. 1787, WRP 35 fol. 401b.

⁵⁵⁰ Bsp.: WR 28. 2. 1707, WRP 22 fol. 251a; WR 24. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 25. 8. 1727, WRP 25 fol. 423a; WR 15. 7. 1737, WRP 27 fol. 46a; WR 24. 7. 1747, WRP 29 fol. 58a; WR 18. 7. 1757, WRP 30 fol. 136a; WR 7. 9. 1767, WRP 32 fol. 107b; WR 30. 6. 1777, WRP 34 fol. 165b; WR 16. 7. 1787, WRP 35 fol. 390b

⁵⁵¹ Bsp.: WR 24. 10. 1707, WRP 22 fol. 325b; WR 3. 7. 1727, WRP 25 fol. 403b; WR 27. 11. 1737, WRP 27 fol. 66b; WR 23. 1. 1747, WRP 29 fol. 29a; WR 8. 8. 1757, WRP 30 fol. 141a; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. 79b; WR 19. 11. 1777, WRP 34 fol. 190b

⁵⁵² Lb 1623/1731, S. 85, und Lb 1690, fol. 64a, beide N. auf NG 5. 5. 1658, LRP 3 fol. 94b f.

⁵⁵³ Lb 1782, V. S. 11, V. S. 55. — Bsp.: WR 24. 1. 1707, WRP 22 fol. 243a; WR 25. 1. 1717, WRP 24 fol. 375b; WR 11. 8. 1727, WRP 25 fol. 418a; WR 24. 7. 1737, WRP 27 fol. 46a; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 125a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 71a; WR 9. 6. 1777, WRP 34 fol. 159b; WR 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 415a

⁵⁵⁴ bestätigen musste? — Bsp.: WR 11. 7. 1707, WRP 22 fol. 288b; WR 14. 5. 1717, WRP 24 fol. 392a; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 431a; WR 8. 7. 1737, WRP 27 fol. 44a; WR 11. 12. 1747, WRP 29 fol. 81b; WR 14. 2. 1757, WRP 30 fol. 112b; WR 14. 4. 1777, WRP 34 fol. 150b; WR 9. 7. 1787, WRP 35 fol. 390a

⁵⁵⁵ Lb 1623/1731, S. 170; Lb 1690, fol. 128b, beide N. auf LR 23. 4. 1670, LRP 3 fol. 216a; Lb 1782, V. S. 55. — Vgl. Blumer, 2. Teil, 2. Bd., S. 191 f., der aber aus den zitierten Belegstellen eine unrichtige Konsequenz zieht.

⁵⁵⁶ Lb 1623/1731, S. 170 N.; Lb 1782, V. S. 11. — Vom Vater erwählte Vögte bedurften der Entlassung durch den Landrat; LR 23. 4. 1755, LRP 8 fol. 128b. — Lb 1782, V. S. 60; s. S. 279



17 Das Spittel in Stans diente der Armen- und Krankenfürsorge.

zweijährigen Amts dauer⁵⁵⁷. Fühlte sich ein junger Bevormundeter schliesslich so weit «erwachsen, das[s] er lieber selbst Vogt wäre», konnte die Entlassung von der Verwandtschaft bzw. vom örtlichen Kirchenrat angeordnet werden, doch bedurfte sie der Bestätigung seitens des Wochenrates⁵⁵⁸. — Auch in die Verwaltung des Mündelvermögens griff der Wochenrat ein: So traf er selbst Anordnungen bezüglich des Vermögens, oder er erklärte den Vormund für eine bestimmte Handlung

⁵⁵⁷ Lb 1782, V. S. 60. — Bsp.: WR 7. 11. 1707, WRP 22 fol. 328b; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 385a; WR 10. 2. 1727, WRP 25 fol. 364b; WR 14. 10. 1737, WRP 27 fol. 59a; WR 27. 11. 1747, WRP 29 fol. 78a; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 116a; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 83b; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 149b; WR 18. 6. 1787, WRP 35 fol. 385b. — Die Ersatzwahl erfolgte wiederum durch das Geschworene Gericht; s. S. 357

⁵⁵⁸ Lb 1623/1731, S. 173; Lb 1782, V. S. 61 (Zitat); Blumer, 2. Teil, 2. Bd., S. 196. — Noch mit der Pflicht, mit dem Entlassungsgesuch «für die Landtlüth» zu kommen: Lb 1690, fol. 131b

als entlastet⁵⁵⁹. «Meinen Herren» oblag auch die Erteilung der Bewilligung zu einem Kirchenruf des Inhalts, der Vogt werde für die Zechschulden eines Mündels weiter nicht mehr aufkommen⁵⁶⁰. Eine durchgreifende Entlastung von «Geschäftten, so für die Freündtschafften behören», strebte der Wochenrat 1747 an⁵⁶¹.

Eine bedeutende Rolle kam dem Wochenrat in der allgemeinen Sorge um den Bestand privater Vermögen zu. Erhielt er Kunde von der drohenden Zahlungsunfähigkeit eines Partikularen, forderte er diesen zur Bekanntgabe seiner sämtlichen Aktiva und Passiva vor dem Obervogt heraus⁵⁶² und — erwies sich die Insolvenz als gegeben — ordnete er den «Geltenruf»⁵⁶³ und dann die «Geltenversammlung» an⁵⁶⁴. Als Hilfe für den Obervogt bei der Verzeichnung von Vermögensstücken und deren allfälligen Verwertung eines in «Auffall» geratenen Privaten bezeichnete der Wochenrat einen verständigen Mann aus der Urte des Betroffenen⁵⁶⁵. Vermögenssicherung war die Absicht auch der Überwachung der realen Sicherungswerte von Gültens⁵⁶⁶. Auf Bitte eines Gläubigers erliess er oftmals an den einzelnen Schuldner die Aufforderung, eine Vereinbarung einzuhalten und beispielsweise eine ausstehende Zahlung zu leisten⁵⁶⁷. Gerieten zwei Parteien über eine Angelegenheit in Streit miteinander, befahl er ihnen regelmässig, sich gütlich zu

⁵⁵⁹ Bsp.: WR 28. 3. 1707, WRP 22 fol. 256b; WR 14. 6. 1717, WRP 24 fol. 396a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 354a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 35b; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 116a; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. a78b; WR 21. 7. 1777, WRP 34 fol. 167a; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 383a

⁵⁶⁰ Lb 1623/1731, S. 171 N.

⁵⁶¹ 13. 3., WRP 29 fol. 39a

⁵⁶² Lb 1623/1731, S. 178, und Lb 1690, fol. 136a, beide N. auf NG 5. 5. 1624, LRP 2 fol. 220a; Vgl. auch Lb 1623/1731, S. 74 N., und Lb 1690, fol. 55b. — Bsp.: WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 395a; WR 9. 6. 1727, WRP 25 fol. 396a; WR 7. 1. 1737, WRP 27 fol. 17b; WR 16. 10. 1747, WRP 29 fol. 73a; WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 120b; WR 9. 2. 1767, WRP 32 fol. 75b; WR 27. 1. 1777, WRP 34 fol. 136b; WR 8. 1. 1787, WRP 35 fol. 365b

⁵⁶³ Bsp.: WR 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 248a; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 385a; WR 17. 4. 1727, WRP 25 fol. 283a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WR 3. 1. 1757, WRP 30 fol. 106b; WR 14. 12. 1767, WRP 32 fol. 133a; WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 367a

⁵⁶⁴ Bsp.: WR 2. 4. 1717, WRP 24 fol. 383a; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 41a; WR 17. 7. 1747, WRP 29 fol. 56a; WR 24. 1. 1757, WRP 30 fol. 108a; WR 18. 5. 1767, WRP 32 fol. 85a; WR 12. 3. 1777, WRP 34 fol. 144b; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371b

⁵⁶⁵ Lb 1623/1731, S. 178 N. auf 3-LR 7. 5. 1676 (Unter diesem Datum ist im LRP 3 kein Protokoll zu finden!)

⁵⁶⁶ Lb 1623/1731, S. 87; Lb 1690, fol. 65a

⁵⁶⁷ Bsp.: WR 18. 7. 1707, WRP 22 fol. 294a; WR 1. 10. 1717, WRP 24 fol. 418a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 352a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 35a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121a; WR 23. 3. 1767, WRP 32 fol. 80a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 18. 6. 1787, WRP 35 fol. 386a

einigen oder dann an das zuständige Gericht zu gelangen⁵⁶⁸. Gelegentlich hatte er in ein nachbarschaftliches Verhältnis schlichtend einzugreifen⁵⁶⁹. Keine Partei eines Streithandels, der vor Gericht ausgemacht werden musste, wurde auf sich selbst gestellt belassen: Auf Begehren hin gewährte der Wochenrat einen entsprechenden Beistand⁵⁷⁰. Rechtshilfe liess er auch einer Partei auf Verlangen dann zu kommen, wenn sich ein Handel ausserhalb der Talschaft abspielte oder wenn ein anderer Stand darnach forderte⁵⁷¹. Hilfestellungen bot der Wochenrat weiter bei Erbteilungen an⁵⁷², wobei ihm auch regelmässig erbrechtliche Verfügungen und Vereinbarungen zur Genehmigung unterbreitet wurden⁵⁷³.

Die landesväterliche Sorge erstreckte sich indes weit über den Familienverband hinaus in das tägliche Leben hinein. Laufend gebot oder verbot der Wochenrat ein bestimmtes Verhalten der Bevölkerung⁵⁷⁴; besonders häufig erlassen wurden Mandate bezüglich der Unterhaltung wie Spiel und Tanz⁵⁷⁵. Dazu traf er Vorkehrungen für die allgemeine Sicherheit der Landleute⁵⁷⁶ oder deren Gesund-

⁵⁶⁸ Bsp.: WR 16. 5. 1707, WRP 22 fol. 270a; WR 14. 6. 1717, WRP 24 fol. 396b; WR 14. 7. 1727, WRP 25 fol. 409b; WR 20. 5. 1737, WRP 27 fol. 37b; WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 52b; WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 118a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 70a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 375a. — Mehrmals, aber offensichtlich vergeblich, wurde der Versuch unternommen, den Schlichtungsauftrag durch den regierenden Landammann erteilen zu lassen; vgl. LR 6. 5. 1743, LRP 7 fol. 184a f.; WR 13. 3. 1747, WRP 29 fol. 39a

⁵⁶⁹ Bsp.: WR 19. 1. 1707, WRP 22 fol. 239b; WR 23. 8. 1717, WRP 24 fol. 413a; WR 15. 7. 1737, WRP 27 fol. 45b; WR 30. 11. 1757, WRP 30 fol. 157a; WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 399b

⁵⁷⁰ Bsp.: WR 19. 1. 1707, WRP 22 fol. 239b; WR 19. 4. 1717, WRP 24 fol. 389a; WR 19. 5. 1727, WRP 25 fol. 392b; WR 4. 2. 1737, WRP 27 fol. 24a; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54a; WR 23. 3. 1757, WRP 30 fol. 120a; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 82a; WR 10. 12. 1787, WRP 35 fol. 413a

⁵⁷¹ Bsp.: WR 28. 3. 1707, WRP 22 fol. 257b; WR 30. 8. 1717, WRP 24. fol. 414a; WR 7. 1. 1737, WRP 27 fol. 17a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WR 12. 9. 1757, WRP 30 fol. 146b; WR 18. 11. 1767, WRP 32 fol. 142a; WR 14. 7. 1777, WRP 34 fol. 166b f.; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 370a

⁵⁷² Bsp.: WR 7. 2. 1707, WRP 22 fol. 244a; WR 27. 10. 1727, WRP 25 fol. 448a; WR 2. 6. 1737, WRP 27 fol. 39b; WR 26. 6. 1747, WRP 29 fol. 52b; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 116a; WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 94b; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 156a; WR 7. 2. 1787, WRP 35 fol. 369a

⁵⁷³ Bsp.: WR 11. 7. 1707, WRP 22 fol. 253a; WR 30. 8. 1717, WRP 24 fol. 414a; WR 26. 5. 1727, WRP 25 fol. 394a; WR 7. 10. 1737, WRP 27 fol. 58b; WR 20. 2. 1747, WRP 29 fol. 32a; WR 3. 1. 1757, WRP 30 fol. 106b; WR 14. 9. 1767, WRP 32 fol. 108b; WR 7. 4. 1777, WRP 34 fol. 148b; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 377b.

⁵⁷⁴ Bsp.: WR 24. 1. 1707, WRP 22 fol. 243a; WR 26. 8. 1737, WRP 27 fol. 53a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 51a; WR 14. 11. 1757, WRP 30 fol. 153b; WR 31. 1. 1767, WRP 32 fol. 73a; WR 16. 6. 1777, WRP 34 fol. 163a; WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 366b

⁵⁷⁵ «In gefährlichen Zeiten» hatte der Wochenrat kraft Landbuch die Gewalt, «Spillen und Tantzen gänztlich einzustellen und zu verbieten». Lb 1623/1731, S. 16 N.; Lb 1690, fol. 13b; Lb 1782, V. S. 11 (Zitat). — Zur Regelung des Tanzes allgemein: Lb 1623/1731, S. 16 N.; Lb 1690, fol. 13b. — Bsp.: WR 19. 1. 1707, WRP 22 fol. 239b; WR 21. 7. 1727, WRP 25 fol. 410b; WR 17. 4. 1747, WRP 29 fol. 44b; WR 9. 11. 1767, WRP 32 fol. 119b; WR 14. 7. 1777, WRP 34 fol. 166b

⁵⁷⁶ etwa mit dem Befehl, einen bösen Hund wegzuschaffen; Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 261a; WR 31. 5. 1717, WRP 24 fol. 394a; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 41a; WR 22. 1. 1777, WRP 34 fol. 135a

heit⁵⁷⁷, mit welcher Sorge auch persönliche Alkoholverbote in Zusammenhang gebracht werden können⁵⁷⁸. Unter Umständen Gesundheit und Vermögen ganzer Dorfgemeinschaften standen bei Brandausbrüchen auf dem Spiel⁵⁷⁹, weshalb häufig feuerpolizeiliche Massnahmen getroffen wurden⁵⁸⁰. Besondere Aufmerksamkeit liess der Wochenrat auch der Pflege von Strassen, Wegen und Brücken angedeihen, deren Instandhaltung er immer wieder privaten Anstössern bzw. dem Zeug- und Bauherrn anbefahl⁵⁸¹. Seiner Aufsicht über die Bäche, den Fluss Engelbergeraa und den Anteil am Vierwaldstättersee⁵⁸² entsprang im speziellen das Recht zur Bewilligung des Holzflössens in der Aa⁵⁸³ und — in Verbindung mit der Überwachung des Verkehrs — die Weisungsbefugnis über die ganze Schiffahrt⁵⁸⁴.

Das dichte Geflecht obrigkeitlicher Anordnungen, die Vielfalt der geschriebenen und ungeschriebenen Gebote und Verbote einerseits, der Anspruch der Gnädigen Herren, das Haus in jeder Hinsicht sauber zu halten, anderseits, verlangten nach einer ausgedehnten Überwachung, die sowohl von den Vorgesetzten Herren⁵⁸⁵ und den Ratsherren⁵⁸⁶ als auch von den Trägern minderer Ämter⁵⁸⁷

⁵⁷⁷ Bsp.: WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43a; WR 27. 2. 1747, WRP 29 fol. 34b; WR 1. 8. 1757, WRP 30 fol. 139a; WR 9. 2. 1767, WRP 32 fol. 74b; WR 22. 9. 1777, WRP 34 fol. 181a; WR 20. 8. 1787, WRP 35 fol. 395b

⁵⁷⁸ Bsp.: WR 27. 6. 1707, WRP 22 fol. 283b; WR 20. 12. 1717, WRP 24 fol. 434a; WR 25. 2. 1737, WRP 27 fol. 26b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 374b

⁵⁷⁹ vgl. dazu Steiner-Barmettler

⁵⁸⁰ Bsp.: WR 8. 8. 1707, WRP 22 fol. 302b; WR 3. 7. 1727, WRP 25 fol. 404a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 40a; WR 9. 9. 1747, WRP 29 fol. 67a; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 143a; WR 27. 7. 1767, WRP 32 fol. 102a; WR 21. 7. 1777, WRP 34 fol. 167a; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 373a

⁵⁸¹ Bsp.: WR 14. 3. 1707, WRP 22 fol. 254a; WR 21. 6. 1717, WRP 24 fol. 398a; WR 30. 8. 1727, WRP 25 fol. 497b; WR 8. 7. 1737, WRP 27 fol. 45a; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54a; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121a; WR 5. 1. 1767, WRP 32 fol. 68b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 155b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 374a. — Von den Unterhaltskosten für die Landstrassen übernahm die Obrigkeit den halben Teil; Lb 1623/1731, S. 126

⁵⁸² Bsp. diverser Verfügungen: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263a; WR 9. 10. 1747, WRP 29 fol. 71b; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 121a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 70a; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 179a; WR 25. 6. 1787, WRP 35 fol. 388b

⁵⁸³ Lb 1623/1731, S. 25 N. auf NG 9. 6. 1720, LRP 6 fol. 94b f.; Lb 1690, fol. 25a N. auf NG 14. 5. 1651, LRP 3 fol. 27a, NG 5. 5. 1658, LRP 3 fol. 95a, NG 9. 5. 1660, LRP 3 fol. 110b, NG 14. 5. 1663, LRP 3 fol. 134a. — Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263a; WR 12. 4. 1717, WRP 24 fol. 388a; WR 5. 5. 1727, WRP 25 fol. 384a; WR 21. 10. 1737, WRP 27 fol. 60b; WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 41a; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 125b f.; WR 30. 6. 1777, WRP 34 fol. 164b; WR 25. 6. 1787, WRP 35 fol. 388b

⁵⁸⁴ Bsp.: WR 5. 9. 1707, WRP 22 fol. 313b; WR 8. 11. 1717, WRP 24 fol. 425a; WR 28. 3. 1727, WRP 25 fol. 376a f.; WR 2. 12. 1737, WRP 27 fol. 68a; WR 23. 11. 1767, WRP 32 fol. 125a; WR 4. 8. 1777, WRP 34 fol. 171a

⁵⁸⁵ Stellte z. B. der Obervogt in einer Mündelrechnung Mängel fest, hatte er den fehlbaren Vogt bei den Gnädigen Herren zu verzei gen; Lb 1623/1731, S. 172 N. auf LR 20. 4. 1667, LRP 3 fol. 175a; Lb 1690, fol. 130b N. auf LR 23. 4. 1672, LRP 3 fol. 251b f.

⁵⁸⁶ ihnen oblag die Pflicht zu «verleiden», d.h., fehlbares Verhalten zur Anzeige zu bringen; vgl. S. 245. — Bei drohendem Wertzerfall einer Gülthinterlage: Lb 1623/1731, S. 87; Lb 1690, fol. 65a

⁵⁸⁷ Zur Anzeigepflicht der Waldvögte s. S. 262

und von den Partikularen⁵⁸⁸ besorgt wurde und welche eine dauernde Flut von Verzeigungen zur Folge hatte. Dem Wochenrat oblag vor der eigentlichen Bestrafung⁵⁸⁹ das Einleiten eines umfassenden Untersuchungsverfahrens mit der Aufnahme von Beweisen⁵⁹⁰, dem Verfügen der Verhaftung⁵⁹¹ und dem Auftrag zur Durchführung von Verhören⁵⁹².

Intensiver als der Landrat kümmerte sich der Wochenrat um den Zustand des Staatshaushaltes. Seinen Ausgabenbeschlüssen, insbesondere solche der Entlohnung bzw. Entschädigung von Personen im öffentlichen Dienst⁵⁹³, zum Unterhalt von Gebäuden im Eigentum des Landes⁵⁹⁴, zur Unterstützung einheimischer oder fremder Bedürftiger⁵⁹⁵, der Förderung strebsamer Schüler mit Prämien⁵⁹⁶ und solchen zur Ergänzung der Kriegsausrüstung⁵⁹⁷, standen Massnahmen gegenüber, die sich um Einnahmen sorgten, etwa im Bereiche von Auflagegeldern und diversen Abgaben⁵⁹⁸, des Zolls⁵⁹⁹ oder der Pensionen⁶⁰⁰.

⁵⁸⁸ die bei Anzeigen und nachfolgender Bestrafung bei diversen Delikten mit einer Belohnung rechnen konnten

⁵⁸⁹ s. S. 318 ff.

⁵⁹⁰ «Kundschaften»; Bsp.: WR 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 248a; WR 10. 9. 1717, WRP 24 fol. 416a; WR 6. 10. 1727, WRP 25 fol. 442b; WR 25. 2. 1737, WRP 27 fol. 26a; WR 20. 2. 1747, WRP 29 fol. 31a; WR 24. 10. 1757, WRP 30 fol. 152a; WR 14. 10. 1767, WRP 32 fol. 115b; WR 6. 10. 1777, WRP 34 fol. 183b; WR 10. 9. 1787, WRP 35 fol. 400a. — Lb 1623/1731, S. 80 N.

⁵⁹¹ Bsp.: WR 11. 7. 1707, WRP 22 fol. 292a; WR 12. 4. 1717, WRP 24 fol. 387a; WR 31. 3. 1727, WRP 25 fol. 380a f.; WR 23. 12. 1737, WRP 27 fol. 70a; WR 24. 5. 1747, WRP 29 fol. 48a; WR 27. 7. 1757, WRP 30 fol. 137a; WR 6. 2. 1767, WRP 32 fol. 75a; WR 13. 1. 1777, WRP 34 fol. 134a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 372a

⁵⁹² Bsp.: WR 27. 6. 1707, WRP 22 fol. 281a; WR 5. 4. 1717, WRP 24 fol. 385a; WR 24. 11. 1727, WRP 25 fol. 462a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34a; WR 18. 5. 1747, WRP 29 fol. 46b; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 143a; WR 6. 2. 1767, WRP 32 fol. 74b; WR 11. 8. 1777, WRP 34 fol. 172a; WR 30. 7. 1787, WRP 35 fol. 393a

⁵⁹³ Bsp.: WR 31. 7. 1707, WRP 22 fol. 298a; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 432a; WR 2. 12. 1737, WRP 27 fol. 67b; WR 18. 8. 1747, WRP 29 fol. 64a; WR 18. 7. 1757, WRP 30 fol. 135b; WR 26. 10. 1767, WRP 32 fol. 116b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 180a; WR 15. 10. 1787, WRP 35 fol. 405a. — Die Jahresentschädigung der Vorgesetzten Herren und der weiteren Beamten war schon in den Landbüchern festgelegt. — Der Beschluss des Wochenrates vom 9. 6. 1727, WRP 25 fol. 396b, die Ärzte, Schärer und Schulherren möchten ihre Jahresbesoldung künftig von einem Landrat erbitten, hatte nicht dauernden Bestand, gewährte er sie ihnen doch auch später wieder: WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b

⁵⁹⁴ Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263 b; WR 30. 8. 1717, WRP 24 fol. 414a; WR 17. 11. 1727, WRP 25 fol. 457a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43b; WR 11. 12. 1747, WRP 29 fol. 81b; WR 18. 5. 1767, WRP 32 fol. 85a; WR 30. 6. 1777, WRP 34 fol. 164b

⁵⁹⁵ s. S. 307

⁵⁹⁶ Bsp.: WR 29. 8. 1707, WRP 22 fol. 310a; WR 12. 7. 1717, WRP 24 fol. 404a; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 142a; WR 31. 8. 1767, WRP 32 fol. 104b; WR 25. 8. 1777, WRP 34 fol. 176a

⁵⁹⁷ Bsp.: WR 28. 9. 1707, WRP 22 fol. 318a; WR 14. 6. 1717, WRP 24 fol. 396b; WR 30. 8. 1727, WRP 25 fol. 427b; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34b; WR 15. 4. 1757, WRP 30 fol. 124b; WR 13. 7. 1767, WRP 32 fol. 98a

⁵⁹⁸ Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 261a; WR 31. 5. 1717, WRP 24 fol. 393b; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 372b; WR 19. 8. 1737, WRP 27 fol. 51b; WR 31. 1. 1757, WRP 30 fol. 110b; WR 23. 11. 1767, WRP 32 fol. 125a

An die Beamten minderen Ranges ergingen seitens des Wochenrates ebenso Aufträge und Weisungen wie an einzelne Vorgesetzte Herren oder höhere Beamte⁶⁰¹. Anordnungen des Wochenrates mussten sich auch die Ürten gefallen lassen⁶⁰².

Tätig wurde der Wochenrat auch in diversen Bereichen des Handels⁶⁰³, vor allem in der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Korn⁶⁰⁴ und Salz⁶⁰⁵, in beiden Bereichen parallel zum Landrat⁶⁰⁶. Im eigenen Wirtschaftsraum erteilte er die Bewilligung zur Führung eines Gastwirtschaftsbetriebes⁶⁰⁷ und überwachte aufmerksam den Betrieb der obrigkeitlichen Metzgerei⁶⁰⁸. Allenthalben beschäftigten ihn auch die Belange der Fischerei und vor allem die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit frischen Fischen⁶⁰⁹. Mit der Beurteilung von Holzschlagbegehren aus obrigkeitlichen Wäldern⁶¹⁰ und Stellungnahmen zu Holzaus-

⁵⁹⁹ Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 263a; WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 399b; WR 17. 4. 1727, WRP 25 fol. 382a; WR 13. 5. 1737, WRP 27 fol. 34a; WR 5. 9. 1757, WRP 30 fol. 146a; WR 1. 6. 1767, WRP 32 fol. 88a

⁶⁰⁰ Bsp.: WR 27. 7. 1707, WRP 22 fol. 296b; WR 8. 5. 1717, WRP 24 fol. 390b; WR 27. 3. 1737, WRP 27 fol. 29a f.; WR 18. 11. 1767, WRP 32 fol. 123a; WR 1. 10. 1777, WRP 34 fol. 182b; WR 21. 5. 1787, WRP 35 fol. 379b

⁶⁰¹ Bsp.: WR 20. 6. 1707, WRP 22 fol. 279a; WR 26. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 3. 7. 1727, WRP 25 fol. 403b; WR 28. 1. 1737, WRP 27 fol. 22b; WR 13. 3. 1747, WRP 29 fol. 38a; WR 1. 6. 1757, WRP 30 fol. 129b; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 157a. — Zu einem im Landbuch festgehaltenen Einzelweisungsrecht vgl. Lb 1623/1731, S. 110 N. auf LR 21. 5. 1731, LRP 6 (die Protokollfolien 383 und 384 sind leer!)

⁶⁰² Bsp.: WR 11. 4. 1707, WRP 22 fol. 262b; WR 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 382a; WR 17. 3. 1727, WRP 25 fol. 373b; WR 11. 2. 1737, WRP 27 fol. 25a; WR 10. 4. 1747, WRP 29 fol. 41a; WR 14. 7. 1777, WRP 34 fol. 165b

⁶⁰³ Bsp.: WR 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 246b; WR 23. 8. 1717, WRP 24 fol. 412b; WR 28. 7. 1727, WRP 25 fol. 412a f.; WR 7. 1. 1737, WRP 27 fol. 17a; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 3. 2. 1767, WRP 32 fol. 74a; WR 12. 5. 1777, WRP 34 fol. 156a; WR 11. 6. 1787, WRP 35 fol. 383b.

⁶⁰⁴ Bsp.: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 259b; WR 18. 8. 1717, WRP 24 fol. 411a; WR 1. 7. 1767, WRP 32 fol. 97a

⁶⁰⁵ Bsp.: WR 5. 12. 1707, WRP 22 fol. 334a; WR 9. 8. 1717, WRP 24 fol. 408b; WR 8. 5. 1747, WRP 29 fol. 45b; WR 2. 3. 1757, WRP 30 fol. 114a; WR 19. 1. 1767, WRP 32 fol. 71a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154a; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 371a

⁶⁰⁶ vgl. S. 279 Fn. 265

⁶⁰⁷ Bsp.: WR 14. 2. 1707, WRP 22 fol. 246b; WR 30. 8. 1727, WRP 25 fol. 427b; WR 24. 5. 1747, WRP 29 fol. 47b; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 127a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b; WR 7. 2. 1787, WRP 35 fol. 369b

⁶⁰⁸ Bsp.: WR 2. 5. 1707, WRP 22 fol. 264b; WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 335b; WR 7. 9. 1767, WRP 32 fol. 106b; WR 20. 10. 1777, WRP 34 fol. 185b f.; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 382a

⁶⁰⁹ Bsp.: WR 23. 11. 1707, WRP 22 fol. 331a; WR 17. 4. 1727, WRP 25 fol. 380b f.; WR 26. 6. 1737, WRP 27 fol. 42b; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 50b; WR 18. 11. 1767, WRP 32 fol. 122a; WR 26. 2. 1777, WRP 34 fol. 140b; WR 22. 1. 1787, WRP 35 fol. 367a. — Lb 1623/1731, N. auf LR 23. 4. 1648, LRP 3 fol. 1a; Lb 1690, fol. 53b f.

⁶¹⁰ Nach den Landbüchern wurde die Erlaubnis jeweils am ersten Wochenrat nach der Nachgemeinde erteilt; Lb 1623/1731, S. 20 N. auf LR 23. 4. 1682, LRP 3 fol. 385b; Lb 1690, fol. 19b N. auf LR 23. 4. 1668, LRP 3 fol. 193a, LR 23. 4. 1671, LRP 3 fol. 230a, LR 23. 4. 1682, LRP 3 fol. 385b; Lb 1782, IV. S. 32

fuhranträgen blieb er stets über den Handel und den Verbrauch dieses wichtigen Bau- und Brennstoffes orientiert⁶¹¹.

Kraft Landbuch stand dem Wochenrat zu, die traditionelle Wallfahrt nach Buochs auf «ein[en] anderen bequemen Tag anzusetzen», wenn der Markustag⁶¹² als üblicher Termin mit der Landsgemeinde selbst zusammenfiel oder gar terminlich nachging⁶¹³. Indes liess er es dabei nicht bewenden und ordnete bei Notlagen irgendwelcher Art alleweil ein kollektives Gebet oder eine Prozession an⁶¹⁴.

Die Pflege der Aussenbeziehungen durch den Wochenrat manifestierte sich aus den Protokollen sehr deutlich als Empfangs-⁶¹⁵ und Ausgangsstelle⁶¹⁶ für die Korrespondenz mit den eidgenössischen Ständen und fremden Mächten. Er bewältigte auch die Routine-Diplomatie mit dem Absenden von Kondolationen und Gratulationen bei Todesfällen bzw. Geburten, Heiraten und Erkürungen in den Fürstenhäusern⁶¹⁷. Fast jede Sitzung des Wochenrates befasste sich mit Angelegenheiten der gemeinsamen Verwaltung von Vogteien⁶¹⁸, und häufig standen

⁶¹¹ Bsp.: WR 9. 5. 1707, WRP 22 fol. 269a; WR 26. 5. 1717, WRP 24 fol. 393a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 354b; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 40b; WR 9. 10. 1747, WRP 29 fol. 72b; WR 6. 6. 1757, WRP 30 fol. 131a; WR 10. 6. 1767, WRP 32 fol. 90b; WR 4. 8. 1777, WRP 34 fol. 171b; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 380a.

⁶¹² 25. April

⁶¹³ Lb 1623/1731, S. 31 N. auf LR 23. 4. 1695, LRP 4 fol. 184a, der allerdings den Landrat als zuständig erklärte! Lb 1782, II. S. 33. — Lb 1690, fol. 149a, bezeichnet unter Berufung auf den Georgenlandrat 1695 richtigerweise den Landrat als zuständig.

⁶¹⁴ Bsp.: WR 27. 5. 1707, WRP 22 fol. 273a; WR 19. 7. 1717, WRP 24 fol. 405a; WR 14. 7. 1727, WRP 25 fol. 409b; WR 9. 9. 1737, WRP 27 fol. 54b; WR 12. 6. 1747, WRP 29 fol. 49b; WR 14. 7. 1777, WRP 34 fol. 166b; WR 25. 6. 1787, WRP 35 fol. 388b

⁶¹⁵ Bsp.: WR 7. 2. 1707, WRP 22 fol. 244b; WR 11. 10. 1717, WRP 24 fol. 421a; WR 10. 2. 1727, WRP 25 fol. 362b; WR 12. 8. 1737, WRP 27 fol. 50a; WR 19. 6. 1747, WRP 29 fol. 51a; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115a; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69a; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 154b; WR 26. 3. 1787, WRP 35 fol. 373b

⁶¹⁶ Bsp.: WR 10. 1. 1707, WRP 22 fol. 239a; WR 7. 6. 1717, WRP 24 fol. 395a; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 355a; WR 5. 9. 1737, WRP 27 fol. 54a; WR 3. 7. 1747, WRP 29 fol. 54b; WR 30. 3. 1757, WRP 30 fol. 122a; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69a; WR 27. 10. 1777, WRP 34 fol. 187b; WR 3. 9. 1787, WRP 35 fol. 398b

⁶¹⁷ Bsp.: WR 7. 2. 1707, WRP 22 fol. 244b; WR 21. 7. 1727, WRP 25 fol. 411a; WR 1. 7. 1737, WRP 27 fol. 43b; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 17. 8. 1757, WRP 30 fol. 142b; WR 23. 3. 1767, WRP 32 fol. 80b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 180a. — Lb 1782, V. S. 11: «[Der Wochenrat] . . . beantwortet die oberkeitliche Schreiben, . . .»

⁶¹⁸ Bsp.: WR 7. 11. 1707, WRP 22 fol. 328a; WR 19. 7. 1717, WRP 24 fol. 406a; WR 4. 8. 1727, WRP 25 fol. 416b; WR 20. 5. 1737, WRP 27 fol. 36a; WR 6. 11. 1747, WRP 29 fol. 76a; WR 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115a; WR 12. 1. 1767, WRP 32 fol. 69b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 155b; WR 5. 3. 1787, WRP 35 fol. 372a f.. — Abgabe der «Ortsstimme»: WR 14. 3. 1707, WRP 22 fol. 254a; WR 14. 5. 1717, WRP 24 fol. 391a f.; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 431a; WR 3. 6. 1737, WRP 27 fol. 38b f.; WR 16. 3. 1757, WRP 30 fol. 117b; WR 25. 6. 1767, WRP 32 fol. 96a; WR 21. 7. 1777, WRP 34 fol. 168a f.. — Verweigerung der Ortsstimme, weil eine solche herauszugeben «ohne Gegenwirth der Widerparth usser zuo geben, wider den Articul, . . .»: WR 4. 6. 1707, WRP 22 fol. 277a. — Bestätigung der Bellener Geschworenen: WR 10. 1. 1707, WRP 22 fol. 239a; WR 20. 12. 1717, WRP 24 fol. 433a; WR 12. 12. 1757, WRP 30 fol. 158a; WR 24. 12. 1767, WRP 32 fol. 136a

Fragen aus dem Fremdendienst⁶¹⁹, der Grenzverhältnisse zu den Nachbarn⁶²⁰ oder solche bilateraler Beziehungen⁶²¹ auf der Traktandenliste. Oft mit ausdrücklicher Ermächtigung, aber auch gegen gelegentlichen Protest⁶²² der eigentlich zuständigen Rät' und Landleute⁶²³ ergänzte der Wochenrat die Instruktion eines Gesandten⁶²⁴, und kraft Artikel im Landbuch⁶²⁵ war ihm nach der Rückkunft von einem Ritt baldmöglichst mündlich über den Verlauf und die Ergebnisse der Zusammenkunft Relation zu erstatten⁶²⁶.

Gerichtsbarkeit

Die Gerichtsbarkeit des Wochenrates beschränkte sich auf die Beurteilung strafrechtlich geahndeter Delikte, die zudem im Verlaufe des 18. Jahrhunderts mit dem stärkeren Einsatz des Geschworenen Gerichts als Bussengericht und der Strafherren auf örtlicher Ebene eingeschränkt werden sollte. Als Beurteilungsinstanz für Delikte, welche mit festgesetzter Sanktion versehen waren, fungierte das Bussengericht bereits vor dem 18. Jahrhundert, doch mit der tatsächlichen Zuweisung von Straffällen wurde schon damals wie auch im 18. Jahrhundert selbst nicht konsequent ernst gemacht. Diverse Belegstellen nähren die Vermutung, dass ein dem Bussengericht zugewiesener Straffall nicht anders erledigt werden konnte als mit dem Verhängen der landbuchmässig fixierten Geldbusse, während dem Rat aufgrund der Einvernahme des Täters ein Ermessensspielraum zu stand⁶²⁷. In der Antwort auf eine Anfrage hielt der Landrat 1706 fest, dass es «zuo jedten Zeiten an einem ehrsamb- undt wohlwysen Wochenrath stehn solle», Straffällige «nach Beschaffenheit der Sachen für das Buossengericht zue weysen

⁶¹⁹ Bsp.: WR 27. 6. 1707, WR 22 fol. 283b; WR 18. 8. 1717, WRP 24 fol. 409b; WR 13. 1. 1727, WRP 25 fol. 353b; WR 13. 6. 1737, WRP 27 fol. 41a; WR 10. 7. 1747, WRP 29 fol. 55a; WR 4. 7. 1757, WRP 30 fol. 133b; WR 18. 3. 1767, WRP 32 fol. 79b; WR 9. 6. 1777, WRP 34 fol. 160a; WR 16. 7. 1787, WRP 35 fol. 390b

⁶²⁰ Bsp.: WR 2. 5. 1707, WRP 22 fol. 265a; WR 2. 4. 1717, WRP 24 fol. 387b; WR 14. 7. 1727, WRP 25 fol. 407a ff.; WR 19. 8. 1737, WRP 27 fol. 51a; WR 16. 5. 1757, WRP 30 fol. 126b; WR 13. 7. 1767, WRP 32 fol. 98b; WR 15. 9. 1777, WRP 34 fol. 179a; WR 25. 6. 1787, WRP 35 fol. 388a

⁶²¹ Bsp.: WR 10. 1. 1707, WRP 22 fol. 239a; WR 9. 8. 1717, WRP 24 fol. 409a; WR 28. 3. 1727, WRP 25 fol. 376a; WR 12. 8. 1737, WRP 27 fol. 50a; WR 27. 9. 1747, WRP 29 fol. 68b f.; WR 10. 1. 1757, WRP 30 fol. 107b; WR 13. 7. 1767, WRP 32 fol. 99b; WR 5. 5. 1777, WRP 34 fol. 153b; WR 4. 6. 1787, WRP 35 fol. 381a

⁶²² vgl. R&L 23. 4. 1700, LRP 4 fol. 294b

⁶²³ vgl. S. 289

⁶²⁴ Bsp.: WR 16. 5. 1707, WRP 22 fol. 270a; WR 14. 6. 1717, WRP 24 fol. 397a; WR 3. 7. 1727, WRP 25 fol. 405a ff.; WR 20. 5. 1737, WRP 27 fol. 37b; WR 23. 3. 1767, WRP 32 fol. 81a ff.; WR 3. 9. 1787, WRP 35 fol. 399a

⁶²⁵ 1623/1731, S. 88 f. N.

⁶²⁶ Bsp.: WR 8. 8. 1707, WRP 22 fol. 301b; WR 10. 12. 1717, WRP 24 fol. 432a; WR 23. 6. 1727, WRP 25 fol. 399b f.; WR 27. 5. 1737, WRP 27 fol. 38a; WR 1. 4. 1767, WRP 32 fol. 82b; WR 15. 12. 1777, WRP 34 fol. 196a; WR 31. 12. 1787, WRP 35 fol. 415a. — Das Lb 1782 forderte die Relation «vor dem Gewaldt, welcher die Instruction ertheilt hatte». V. S. 36

⁶²⁷ vgl. etwa die Androhung des Bussengerichts durch den WR 15. 6. 1693, LRP 5 fol. 108b, oder am 20. 6. 1707, WRP 22 fol. 279a und fol. 279b

oldt nit»⁶²⁸. In der Folge fällte der Wochenrat aufgrund aller möglicher Tatbestände⁶²⁹ Strafen in Form von Geldbussen⁶³⁰, körperlichen Züchtigungen⁶³¹ oder religiösen Sonderleistungen⁶³². In manchen Fällen begnügte er sich mit der Anordnung einer mündlichen Zurechtweisung⁶³³, und gelegentlich sprach er auch einen Angeklagten frei⁶³⁴. 1735 verfügte der Wochenrat selbst, «ess sollen künftighin keine buossfellige Sachen von M[einen] g[nä]d[igen] H[er]r[en] mehr bestraft, sonder[n] vor das Buossengericht gewüssen werden»⁶³⁵. Im gleichen Sinn votierte ein Jahr darauf auch der Landrat «krafft schon des hierumb errichteten Articulss», doch selbst seine Aufforderung an den regierenden Landammann, er möge darum «kein[e] Umbfrag hallten [und] auch nichts gescheiden»⁶³⁶, vermochte die diesbezügliche Wochenratstätigkeit nicht zu unterbinden⁶³⁷. Ohne längere Wirkung verblieben auch spätere Beschlüsse mit gleichem Ziel⁶³⁸ wohl deshalb, weil die Nachgemeinde 1757 mit einem nicht klar eingrenzenden Zusatz wiederum «schwörere Sachen» den Gnädigen Herren «zue decidieren» überliess⁶³⁹; die strafrichterliche Tätigkeit des Wochenrates setzte sich also fort⁶⁴⁰. Zehn Jahre später, 1767, sprach der Georgenlandrat in Anlehnung an den Artikel im Landbuch die Mahnung erneut aus, die «buossfällige Sachen» sollten vor das Bussengericht gewiesen werden und allein «die Criminalia und Malefiz U[nseren]

⁶²⁸ 23. 4., LRP 5 fol. 109b

⁶²⁹ Sie finden sich für die Geltungszeit des Lb 1623/1731 in den Landbüchern zerstreut; Bsp.: Lb 1623/1731, S. 68, S. 83, S. 125, S. 138 f., S. 177; Lb 1690, fol. 49b, fol. 62a, fol. 93a, fol. 102a, fol. 135a

⁶³⁰ Bsp.: WR 28. 2. 1707, WRP 22 fol. 252a; WR 4. 1. 1717, WRP 24 fol. 368b; WR 17. 9. 1727, WRP 25 fol. 434a f.

⁶³¹ Bsp.: WR 29. 8. 1707, WRP 22 fol. 311b f.; WR 11. 1. 1717, WRP 24 fol. 371b

⁶³² z.B. einer Wallfahrt, dem Stiften oder dem Besuch von heiligen Messen, dem Verrichten besonderer Gebete, etc.: WR 6. 7. 1707, WRP 22 fol. 287a f.; WR 15. 3. 1717, WRP 24 fol. 381b; WR 31. 3. 1727, WRP 25 fol. 378b f.

⁶³³ «Zuspruch»; Bsp.: WR 28. 2. 1707, WRP 22 fol. 251b; WR 4. 1. 1717, WRP 24 fol. 368b; WR 10. 9. 1727, WRP 25 fol. 429b

⁶³⁴ Bsp.: WR 11. 3. 1707, WRP 22 fol. 253a f.; WR 28. 6. 1717, WRP 24 fol. 401a; WR 4. 8. 1727, WRP 25 fol. 417a f.

⁶³⁵ 10. 1., LRP 7 fol. 4a

⁶³⁶ LR 23. 4. 1736, LRP 7 fol. 22b; Lb 1623/1731, S. 7 N.

⁶³⁷ Bsp.: vom Wochenrat verfügte Strafen im Jahre 1737: 1. 4., WRP 27 fol. 30a; 26. 6., WRP 27 fol. 42b; 21. 10., WRP 27 fol. 60b. — Im Jahre 1747: 19. 6., WRP 29 fol. 51a; WR 26. 6., WRP 29 fol. 51b; 3. 7., WRP 29 fol. 53b; 21. 8., WRP 29 fol. 64a

⁶³⁸ 3-LR 24. 10. 1749, LGP A fol. 123a

⁶³⁹ 8. 5., LGP A fol. 187a, auf Antrag des WR vom 9. 3. 1757, WRP 30 fol. 115b

⁶⁴⁰ Bsp.: Am 23. 5. 1757 verfügte er gegen einen Angeklagten einen Zuspruch, weil er ohne Erlaubnis eine Wehre geöffnet hatte, und gleichentags bestrafe er einen weiteren mit 2½ Gulden wegen Verletzung der Flöss-Vorschriften; WRP 30 fol. 128a. — Ebenfalls wegen einer Schädigung an den Aa-Dämmen liess er am 4. 7. 1757 einem Partikularen zusprechen; WRP 30 fol. 133a. In gleicher Art rügte er am 1. 8. 1757 einen Säumigen, der die Beisteuer nicht erlegt hatte; WRP 30 fol. 139b. — Dass sich der Wochenrat nicht auf unbedeutende Verfehlungen beschränkte, erweist sich aus seinen gleichentags gefällten Urteilen über zwei Diebe mit Körperstrafen, Trülle und Pranger; WRP 30 fol. 139b f.

g[nädigen] H[erren und] Obern vorbehalthen» bleiben⁶⁴¹, doch die Urteilstätigkeit des Wochenrates setzte auch darnach nicht vollends aus, wie Beispiele und eine Wiederholung des Beschlusses am nächstfolgenden Georgenlandrat aufzeigen⁶⁴². Nach letzterer Erkenntnis sollte sich der Rat bei «Sachen, die eine gesetzte Buoss haben», auf das Formieren der «nöthige[n] Processen» beschränken⁶⁴³. Mit einer systematischen Aufzählung der Tätigkeiten, «so unter willkurlicher Buoss verbitten und vor Rath gehören», strengte das Landbuch von 1782 eine klare Ausscheidung an⁶⁴⁴. Wenn auch die Anzahl der jährlichen Verfahren vor Wochenrat — wohl als Folge des ständigen Drängens — im Verlaufe des Jahrhunderts merklich verringert wurde, völlig blieben auch jetzt solche nicht aus, die wahrscheinlich eher vor das Bussengericht gehört hätten⁶⁴⁵.

Ein einmal gefälltes Urteil brauchte mit all seiner Härte nicht unbedingt durchgesetzt zu werden. Für Anträge auf Milderung, insbesondere auf Minderrung einer Busse, zeigte sich die Obrigkeit immer wieder zugänglich⁶⁴⁶. Doch Regel sollte sein, dass nur jene Instanz ihr Ersturteil nochmals überprüfte, die es auch ausgesprochen hatte! Bussen, die von einem Geschworenen Gericht ausgefällt worden waren, verbot die Nachgemeinde 1693 mit Adresse an den Wochenrat und an den Landrat bei harter Strafe für den Antragsteller zu mildern⁶⁴⁷. Und auch der Landrat wollte sich seine Strafen nicht von einem «Wochen- oder Extrarath als der kleinere Gewalt» abschwächen lassen⁶⁴⁸. 1751 beschloss er gar, dass selbst von einem Wochenrat ausgesprochene Strafen nur noch von einem Landrat reduziert werden dürften. Als Voraussetzung für ein Milderungsbegehren bezeichnete er «neüwe lindernde Umständt» und für den Fall, dass der Bestrafte sol-

⁶⁴¹ 23. 4., LRP 9 fol. 108a

⁶⁴² WR 18. 5. 1767, WRP 32 fol. 86a (Zuspruch wegen Metzgens wider den Artikel); WR 10. 6. 1767, WRP 32 fol. 89b (10 Gulden Busse wegen Widerhandlung gegen das 6. Gebot), fol. 91a (Zuspruch an einen Konkursiten wegen Nichttragen des «Grünen Hutes»); WR 27. 7. 1767, WRP 32 fol. 103a (Zuspruch wegen verbotenem Medizinieren), fol. 104b f. (Zuspruch wegen verbotener Viehausfuhr); WR 14. 10. 1767, WRP 32 fol. 114b (Bestrafung von 14 Spiel- und Trinkkumpanen, Bussen von 1 Gulde 5 Schilling bis 4 Gulden 20 Schilling); etc.

⁶⁴³ LR 23. 4. 1768, LRP 9 fol. 133b

⁶⁴⁴ IV. S. 85 ff.; es handelt sich um zwölf Artikel unterschiedlichsten Inhalts, der vom Verbot, «Enten, Gansen, Indianisch- und Gemeine Hüener lauffen [zu] lassen» (Art. 1) über «An Landts- und Nachgemeinden durch übeln Anzug etc. sich fehlbar machen» (Art. 7) und «Sich Partheyen» (Art. 8; Schlägerei) bis hin zur Verletzung des Spiel- und Tanzverbotes in den Zeiten des «Grossgebets» (Art. 12) reicht.

⁶⁴⁵ Bsp. aus dem Jahre 1787: WR 3. 1., WRP 35 fol. 366a (vorehelicher Geschlechtsverkehr); WR 26. 3., WRP 35 fol. 374a (Nachtburgereien); WR 6. 8., WRP 35 fol. 395a (Holzfrevel); WR 20. 8., WRP 35 fol. 396a (Bettlerbeherbergung); WR 3. 9., WRP 35 fol. 399a; WR 8. 10., WRP 35 fol. 403b f. (Drohungen); WR 19. 11., WRP 35 fol. 410a (Diebstahl); WR 10. 12., WRP 35 fol. 413b (Diebstahl); WR 31. 12., WRP 35 fol. 415b (Holzfrevel)

⁶⁴⁶ Bsp. von Strafnachlassbegehren an den Wochenrat: WR 4. 4. 1707, WRP 22 fol. 261a; WR 15. 2. 1717, WRP 24 fol. 379a; WR 8. 4. 1737, WRP 27 fol. 32a; WR 20. 2. 1747, WRP 29 fol. 30b

⁶⁴⁷ 31. 5., LRP 4 fol. 102a; Lb 1623/1731, S. 82; Lb 1690, fol. 40a, beide N.; Lb 1782, IV. S. 7

⁶⁴⁸ 5. 5. 1749, LRP 7 fol. 280a

che nicht zu bezeichnen vermochte, behielten sich die Gnädigen Herren vor, «jhm vor selben weiters nach gestalltsame der Sachen zu bestraffen»⁶⁴⁹.

2.3.4.2 Spezielle Räte

Einerseits zur Entlastung der ordentlichen Räte, anderseits wohl auch zur Verbesserung der Geheimhaltung wurde im Verlaufe des 18. Jahrhunderts eine kleine Anzahl spezieller Räte reaktiviert oder neu eingesetzt. Die Tätigkeit und die Zuständigkeiten dieser Fachräte erhellt sich bereits einigermassen aus ihren Benennungen. «Im Fahl einer Feürssbrunst» hatte der Feuerrat «nach Gut-befinden zu ordinieren den vollkommenen Gewallt». Die Bewohner waren ihm «alle Gehorsambe» zu leisten verpflichtet, während die Obrigkeit den Angehörigen des Feuerrates förmlich zusicherte, sie vor «aller Beschwährnus in allen Vorfallenheiten rechtlichen Angriffs [und] vor allem Schadten» zu schützen⁶⁵⁰. «Wass zue Abhalt- undt Verhinderung solcher leydigen Suchten»⁶⁵¹ dienlich sei anzuordnen, übertrug ein Zweifacher Landrat 1713 einem Ausschuss und forderte «schleinige Gehorsambe» gegenüber allem, «wass in solcher Sanitetsversamblung abgefasset wirdt»⁶⁵². Das Gremium scheint nicht dauernden Bestand gewonnen zu haben, denn 1774 wurde nach dem Beispiel anderer Stände erneut zu seiner Einrichtung geschritten⁶⁵³. Drei Jahre später indes war dieser augenscheinlich wiederum nicht aktionsfähig: Zur Bekämpfung einer drohenden Seuche wurde nicht der Sanitätsrat, sondern eine Kommission, bestehend aus den Vorgesetzten Herren und aus dem Geschworenen Gericht, aufgeboten⁶⁵⁴. Endlich formulierte das Landbuch von 1782 umfassend den Auftrag an den ständigen Sanitätsrat: Sollten «ansteckende Suchten old Kranckheiten unter Menschen oder Vüh in unserm Landt oder in benachbarten löbl[ichen] Ständen sich äussern», hatten sich dessen Mitglieder eiligst zu versammeln und ungesäumt dasjenige zu veranlassen, «was sie denen Umständen angemässen finden werden, damit unser Landt von dergleichen Ühlen befreyet werde»⁶⁵⁵.

Aktiv zu werden brauchte auch der Kriegsrat erst «bei sich ereignenden Kriegszeiten», — wenn «ein Landtzeichen aus dem Landt müsste, um unser Freyheit old den alten, wahren catholischen Glauben zu bewahren old einige pundtmässige Hilf zu leisten oder wann einheimische Krieg entstehen würden». In einem derartigen Fall sollte er «alle möglichste Wachtsammkeit» darauf verwenden, das zu verfügen, «was zu Beybehaltung unser[er] Freyheit, des alten, wahren catholi-

⁶⁴⁹ LR 23. 4. 1751, LRP 8 fol. 35a

⁶⁵⁰ Lb 1623/1731, S. 218 N. auf LR 5. 1. 1746, LRP 7 fol. 226b f.; Lb 1782, V. S. 33

⁶⁵¹ Es handelte sich um eine grassierende Viehseuche, die zunächst in Oberitalien wütete und zu einer allgemeinen Handelssperre geführt hatte und jetzt auch im Luzernischen Opfer unter den Tieren forderte; s. a. Bünti, Chronik, S. 257

⁶⁵² 4. 12. 1713, LRP 5 fol. 354a

⁶⁵³ WR 24. 1. 1774, WRP 33 fol. 251a; LR 18. 2. 1774, LRP 10 fol. 20a

⁶⁵⁴ LR 22. 12. 1777, LRP 10 fol. 91a

⁶⁵⁵ V. S. 31

schen Glaubens und zu Ehr und Nutzen unsers theüren Vatterlandts gedeylich seyn mag»⁶⁵⁶. Allerdings scheint auch der Kriegsrat im tatsächlichen Notfall nicht stets funktionsbereit gewesen zu sein, musste er doch bei allen bedeutenden Bedrohungen des 18. Jahrhunderts⁶⁷⁵ stets vorerst personell ergänzt werden.

2.3.4.3 Kommissionen

Ständige Kommissionen

Zwei in der Zusammensetzung klar umrissene Kommissionen nahmen sich jährlich der Kontrolle des gesamten Finanzhaushaltes an; die eine überprüfte jeweils die Armeleute- und Siechenrechnung⁶⁵⁸, die andere die übrigen Bücher: die «obrigkeitlichen»⁶⁵⁹, die des Säckelmeisters⁶⁶⁰, der Zoller, des Salzdirektors⁶⁶¹ und die des Zeugherrn, sowie die Angster-⁶⁶² und Umgeld-Rechnung⁶⁶³. Die Rechnungsherren und die übrigen Angehörigen der Rechnungsprüfungskommission sollten für «ausstehende oberkeitliche Gelter und Ansprachen genugsame Bürgschaft fordern und nehmen»⁶⁶⁴. Drängten sich als Folge der Prüfung Massnahmen auf, so waren sie berechtigt, konkrete Weisungen zu erteilen, Untersuchungen in die Wege zu leiten oder Anträge an den Landrat zu stellen⁶⁶⁵. Kraft Zusicherung im Landbuch sollten alle ihre bezüglich einer Rechnung gemachten Anordnungen «hafft haben» und von einem Wochenrat nicht abgeändert werden dürfen⁶⁶⁶.

Ad hoc-Kommissionen

Die Tätigkeit der auf eine beschränkte Zeit eingesetzten Kommissionen richtete sich nach dem Auftrag des delegierenden Gremiums. Dieser konnte ausserordentlich umfassend oder auf die Lösung eines Einzelproblems hin ausgerichtet sein. Kommissionen waren es zum Beispiel, welche die Bereinigung⁶⁶⁷ bzw. die Überarbeitung des Landbuches⁶⁶⁸ zur Vorbereitung übertragen erhielten, oder ei-

⁶⁵⁶ Lb 1782, V. S. 32

⁶⁵⁷ 1712, 1755, 1798

⁶⁵⁸ vgl. LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; Lb 1623/1731, S. 119, und Lb 1690, fol. 111a, beide N. auf LR 15. 3. 1694, LRP 4 fol. 148a; Lb 1782, II. S. 34

⁶⁵⁹ deren Inhalt mangels Quellen nicht eruierbar ist

⁶⁶⁰ mit den laufenden Einnahmen und Ausgaben

⁶⁶¹ Die Abrechnung über das Salzvorratsgeld ist offensichtlich 1768 von derjenigen über das Angstergeld getrennt worden; LR 17. 8. 1768, LRP 9 fol. 147b

⁶⁶² das ist die Kornherrenrechnung! vgl. Lb 1782, I. S. 27

⁶⁶³ Aufzählung: Lb 1782, V. S. 30; s. a. Lb 1782, I. S. 16, I. S. 17

⁶⁶⁴ Lb 1782, I. S. 17, I. S. 18

⁶⁶⁵ vgl. Kommission der Rechnungsherren vom 21., 22. und 26. 4. 1777, WRP 34 fol. 152b f.

⁶⁶⁶ Lb 1623/1731, S. 82 N. auf LR 24. 4. 1690, LRP 4 fol. 16a; Lb 1782, V. S. 30

⁶⁶⁷ Bsp.: LR 20. 11. 1702, LRP 5 fol. 31b; NG 10. 5. 1711, LRP 5 fol. 258a f.; LR 25. 6. 1742, LRP 7 fol. 173b; NG 11. 5. 1748, LGP A fol. 99b

⁶⁶⁸ Bsp.: NG 21. 5. 1730, LRP 6 fol. 369b; LR 12. 2. 1731, LRP 6 fol. 375b; 3-LR&L 11. 5. 1780, LGP B fol. 129a; LR 22. 5. 1780, LRP 10 fol. 152a. — S. a. von Deschwanden, Rechtsquellen, S. 95, S. 97 f.

ne Kommission wurde nach dem Stanser Dorfbrand damit beauftragt, sämtliche Entscheide im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau zu treffen⁶⁶⁹. Dem Extrem der Machtvollkommenheit der Baukommission — sie ersetzte alle andern Räte und selbst die Gerichte⁶⁷⁰! — standen Interimsräte gegenüber, deren Arbeit zum Beispiel mit der Vorbereitung eines neuen Artikels⁶⁷¹ oder der Lösung eines Einzelproblems⁶⁷² beendigt war.

⁶⁶⁹ LR 20. 4. 1713, LRP 5 fol. 319a f.; Steiner-Barmettler, S. 43 f.

⁶⁷⁰ vgl. Steiner-Barmettler, S. 44

⁶⁷¹ Bsp.: LR 2. 3. 1711, LRP 5 fol. 251a; WR (?) 10. 5. 1723, LRP 6 fol. 147b; LR 23. 4. 1729, LRP 6 fol. 328b f.; LR 24. 4. 1780, LRP 10 fol. 145b

⁶⁷² Bsp.: LR 22. 12. 1704, LRP 5 fol. 81b; R&L 18. 4. 1715, WRP 24 fol. 260b; LR 28. 8. 1747, LRP 7 fol. 259a; LR 11. 9. 1769, LRP 9 fol. 177b

